

## THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

### Neues zu Droysen?

*Alfaix Assis, Arthur: What Is History for? Johann Gustav Droysen and the Functions of Historiography, 242 S., Berghahn, Oxford/New York 2016.*

Angesichts der vielen im Rahmen des „Droysen-Jahres“ 2008 erschienenen Veröffentlichungen mag der Leser des vorliegenden Bands zunächst Zweifel haben, ob ihn darin Neues erwarten wird oder ob das Thema „Droysen“ für einige Zeit als ausgeforscht gelten darf. Der an der Universität Brasília als Assistant Professor lehrende Arthur Alfaix Assis platziert seine Dissertation in dieser breiten Forschungslandschaft mit der Begründung: „No analyst has really focused on the kind of justification that replaced the exemplar theory of history. How was the modern genetic historiography justified?“ (S. 12). Im Unterschied zur weithin bestehenden Auffassung, dass die exemplarische Behandlung der Geschichte durch den aufklärungszeitlichen Pragmatismus durch ein neues Paradigma, den Historismus, abgelöst worden sei, vertritt der Autor die These, dass es sich bei der Funktion, die dem historischen Wissen im Historismus zugewiesen werde, nicht um eine Ablösung, sondern um eine Modifikation des Exemplarismus handle. Auch die historische, genetische Geschichtsschreibung bediene sich des exemplarischen Erzählens. Neben dieser These hebt sich „What is History for?“ auch dadurch von einem Großteil der Droysenliteratur ab, dass Droysen „als Ganzer“ in den Blick genommen wird, wogegen er sonst eher exklusiv als Geschichtstheoretiker oder Politiker oder Geschichtsschreiber Preußens untersucht wird.

Auf eine Einführung in die Problemstellung folgt ein erstes Kapitel, in dem mit großer Übersicht und Souveränität ein Überblick über die exemplarische Geschichtsschreibung von der Antike bis zur Aufklärung geboten wird. Daran anschließend beschäftigt sich Alfaix Assis mit dem „theoretischen Design der neuen Rechtfertigung“ historischer Geschichtsschreibung, indem er Droysens Begriff des historischen Denkens vor dem Hintergrund von Humboldt und Herder als dessen Wurzeln darstellt. Kapitel 4 ist der Funktionalisierung von historischem Wissen als „Genealogie der Gegenwart“ gewidmet. Hier geht

der Autor besonders auf Droysens Hellenismuskonzeption ein, in der er einen Spiegel erkennt, den Droysen dem nach Einheit strebenden Deutschland vorgehalten habe. Auch Droysens Vorlesungen über die Freiheitskriege und seine Biographie Yorcks von Wartenburg werden als Beispielsammlungen für eine Politik gedeutet, die Droysen sich selbst von einem geeinten Deutschland unter preußischer Führung erhofft hatte und die 1848 aus seiner Sicht zunächst gescheitert sei. Das Spätwerk, in dessen Zentrum das unvollendete Mammutprojekt der „Geschichte der Preußischen Politik“ steht, zeige eine veränderte Strategie: Droysen habe damit dem Status quo von Preußen-Deutschland eine Genealogie liefern wollen. Die Diskrepanzen zwischen Droysens Geschichtstheorie und seiner eigenen historiographischen Praxis erklärt Alfaix Assis im abschließenden Kapitel mit der von Thomas Welskopp vertretenen Kompensationsthese: „Droyen’s wide-ranging theory of history can be understood as compensating for his narrow-minded historiographical practice“ (S. 167).

Das Gros der Erkenntnisse, das Alfaix Assis zu Droysen und seinem Werk bietet, ist hinlänglich bekannt. Mit Hinblick auf Droysens politische Haltung und deren Veränderung in den Jahren nach 1848, seine Geschichtstheorie, seinen philosophischen Hintergrund und seine Antikedeutung bietet der Band nichts Neues. Seine Stärke liegt eher in der Zusammenschau dieser Erkenntnisse. Auch dass Droysen den Staat als „sittliche Macht“ in den Bereich der Moral rückt, was der Autor eingehend behandelt, ist seit Jahrzehnten gründlich bearbeitet worden. Als neu gelten kann der Schluss, den Alfaix Assis zieht: Die Rechtfertigung des historischen Entwicklungsdenkens am Beispiel von Droysen wird als veränderte Tradition des pragmatischen Geschichtsdenkens gedeutet. Doch an der Überzeugungskraft dieser These mag man zweifeln: Zwar scheint Alfaix Assis’ Argument vorderhand überzeugend, dass Droysen mit seinen Werken eine Art Handlungsanweisung für den Staat als sittliche Macht geben wollte und dies mit der aufklärerischen Auffassung vergleichbar sei, nach der die Geschichte als Beispielsammlung für über-historische (moralische) Werte dienen sollte. Doch hält dieses Argument einer genaueren Prüfung nicht Stand. Während die Geschichtswissenschaft des Pragmatismus auf eine Erziehung des Menschengeschlechts zielte, deren Werte und Ziele vorab philosophisch-theologisch ermittelt worden waren, zeichnet sich Droysens Geschichtsdenken durch eine

tiefgreifende Emanzipation von den Vorgaben der Theologie und Philosophie aus. Mit Humboldt vertrat Droysen die Auffassung einer universalen Verzeitlichung, von der auch die ideelle Sphäre betroffen ist. Auch Werte und Ziele sind historisch und nur historisch als Interpretationsleistung des erkennenden Subjekts verstehbar. Es mag terminologisch als spitzfindig erscheinen, aber Droysen wollte der Politik keine historischen Beispiele liefern. Seine Geschichtsschreibung ist nicht exemplarisch, sondern exzeptionell und vorbildhaft. Es geht nicht wie bei einem Beispiel um das Typische, sondern um das historisch Einmalige, dessen besondere Leistung gezeigt werden soll. Der Mensch soll nicht erzogen werden wie im Pragmatismus, sondern er soll Material erhalten, um sich – wie Alfaix Assis richtig ausführt – selbst zu bilden. Dass Droysen diesen Bildungsprozess politisch zu funktionalisieren gesucht hat, steht außer Frage; dieser Umstand ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, dass er dem einzelnen Menschen, dem Staat als sittlicher Macht oder auch der ganzen Menschheit bestimmte ethische Werte vermitteln wollte.

München

Stefan Jordan

### **Zentrale Orte: Eine Theorie macht Karriere**

*Kegler, Karl R.:* Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik, 644 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

*Trezib, Joachim Nicolas:* Die Theorie der zentralen Orte in Israel und Deutschland. Zur Rezeption Walter Christallers im Kontext von Sharonplan und „Generalplan Ost“, 665 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2014.

Wissensgeschichte gehört zu den ebenso renommierten wie ertragreichen Forschungsansätzen einer kulturwissenschaftlich orientierten Geschichtsschreibung. Dabei hat sich dieser Forschungsbereich von der klassischen Wissenschaftsgeschichte hin zur Analyse vielfältigster Wissensformen fortwährend erweitert. Genealogie, Medialität und Transfer sind gegenwärtig die entscheidenden Stichworte eines ausgesprochen erfolgreichen Forschungskonzeptes. Mittlerweile liegen auch einige Studien zur Geschichte der

Raumplanung und Raumforschung im 20. Jahrhundert vor (u. a. Rössler 1990; Münk 1993; Leendertz 2008; Strubelt/Briesen 2015), und damit zu einer fachübergreifenden und seit den 1920er Jahren auch als sogenannte Anwendungswissenschaft aufstrebenden Disziplin.

Die 2011 als Dissertation angenommene Studie von Karl R. Kegler beschäftigt sich in diesem Kontext mit der von Walter Christaller 1933 publizierten und für die internationale Raumplanung überaus einflussreichen „Theorie der zentralen Orte“. Im Kern ging es dem von Alfred Weber, Robert Gradmann und Friedrich Metz geprägten Geographen um grundlegende Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten der Raumordnung. Ausgehend von einer mittelständischen Gewerbestruktur entwarf er ein „ideal genommenes Raumsystem“ (Christaller) in Form eines aus gleichseitigen Dreiecken bestehenden hexagonalen Gitters, in dem einzelne Raumeinheiten hierarchisch auf einen Mittelpunkt hin konzentriert waren. Diese Orte fungierten in seinem Modell als ökonomische, infrastrukturelle und verwaltungstechnische Zentren für die umliegenden Raumeinheiten, wobei in Christallers ursprünglichem Entwurf vor allem ökonomische Versorgungspotenziale von Interesse waren. Die „Theorie der zentralen Orte“ beruhte auf empirisch ermittelten Raumkonstellationen, die Christaller anschließend in ein formalisiertes Raumordnungsschema übersetzte. Er abstrahierte also aus den empirisch festgestellten Gliederungsprinzipien bestimmte Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich Siedlungsgemeinschaften im Raum allmählich und nicht immer optimal zu entwickeln schienen. Genau hier setzte fortan sein planerisches Interesse an, denn aus Christallers Modell ließen sich – so jedenfalls der Anspruch – Ordnungsmodelle für eine effektive Raumnutzung ableiten. Für eine auf Optimierung zielende Raumforschung war Christallers Arbeit daher auch normativ von ebenso grundlegender wie praktischer Bedeutung.

Kegler untergliedert seine quellengesättigte und sachlich überaus differenzierte Studie in drei Hauptteile. Im ersten Abschnitt mit dem Titel „Die geplante Ordnung“ analysiert der Autor Christallers Theorie mit Blick auf ihre zeitgenössischen Wissenschaftskontexte. Obgleich er das operativ überaus erfolgreiche Konzept in mancherlei Hinsicht als verdienstvoll und innovativ bewertet, fällt sein Gesamturteil über die wissenschaftliche Qualität der Theorie verheerend aus. Christaller habe „weder eine in sich geschlossene wissenschaftliche Theorie noch eine empirisch saubere

Interpretation der süddeutschen Siedlungsstruktur um 1930“ (S. 81) vorgelegt. Neben diversen argumentativen Widersprüchen zielt Keglens Kritik vor allem auf den Anspruch Christallers, ein raumwirtschaftliches Grundgesetz formuliert zu haben, aus dem sich wirtschaftsgeographisch optimale Siedlungsstrukturen ableiten ließen. Und in der Tat entwickelte Christaller nicht nur irgendein theoretisches Modell, sondern er beanspruchte, ein effizienzsteigerndes Leitbild für eine durch rasante Modernisierungsprozesse vor immensen Herausforderungen stehende Raumforschung konzipiert zu haben. Keglens demontiert sowohl diesen Geltungsanspruch als auch die wissenschaftliche Argumentation Christallers, erliegt dabei allerdings immer wieder der Versuchung, die „Theorie der zentralen Orte“ nicht wissenschaftsgeschichtlich zu analysieren, sondern sie fachwissenschaftlich widerlegen zu wollen. Der dabei zuweilen anklagende Ton der Studie ist freilich weder sachdienlich noch sonderlich erkenntnisfördernd.

Unter dem Titel „Geometrie für den totalen Staat 1933–1945“ untersucht Keglens im zweiten Abschnitt des Buches die Rezeption und die Anwendung von Christallers Konzept während des Nationalsozialismus. Christaller selbst war maßgeblich daran beteiligt, dass seine Theorie den ideologischen Prämissen des NS-Staates angepasst und mit Kriegsbeginn für die Raumordnungspläne in den besetzten Gebieten handlungsleitend wurde. Ihre zentralistische Grundstruktur begünstigte eine am Führerprinzip und an rassistischer Auslese orientierte Modifikation und empfahl sie als zentrales methodisches Instrument für die Raumordnungspläne der SS. Modernisierung des Bauerntums, dezentrale Industrialisierungsprozesse sowie eine gesteuerte Urbanisierung kennzeichneten eine „gelenkte Modernisierung“ (S. 305), die im Kern auf der Vorstellung optimierter Bevölkerungen und Räume fußte. Raumplanern wie Christaller, der seit 1940 drittmittelfinanziert als Gutachter für das „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“ (RKF) arbeitete, war dabei zweifellos bewusst, was rassenbiologische Homogenisierung des eroberten Raumes faktisch bedeutete. Die Anpassung der besetzten Gebiete an das im Modell stilisierte Optimum verwies unaufhörlich auf „überschüssige“ Bevölkerungen, deren Entfernung einkalkuliert beziehungsweise planerisch schlicht vorausgesetzt wurde.

Keglens stützt sich auf die bereits andernorts gewonnenen Erkenntnisse zur Etablierung und Institutionalisierung der Raumforschung in den

1930er Jahren sowie zur Anpassung und Modifikation der „Theorie der zentralen Orte“ während des Zweiten Weltkrieges. Da er die seit 2011 erschienene Forschungsliteratur nicht mehr berücksichtigt, bewegt sich seine Darstellung nicht durchgängig auf dem aktuellen Forschungsstand, auch wenn es sich bei Keglens Studie zweifellos um die bisher tiefendeste Untersuchung über die „zentralen Orte“ handelt.

Eine stärkere Würdigung der bereits vorhandenen Forschungsliteratur wäre indes auch für den dritten Teil der Untersuchung wünschenswert gewesen. Unter dem Titel „Von Ordnung zum Ausgleich“ untersucht Keglens abschließend die Rezeption des Zentrale-Orte-Modells in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende der 1960er Jahre. Christallers Konzept – so resümiert der Autor überzeugend – war auch „nach dem Krieg ein allgemein akzeptiertes und etabliertes Element im Methodenkanon und in den Arbeitsprogrammen von Raumforschung und Raumplanung“ (S. 464), auch wenn seinem Begründer – wie die meisten anderen Raumplaner 1946 als „unbelasteter“ Experte eingestuft – eine akademische Karriere versagt blieb. Trotz bestehender und auch immer wieder geäußelter Kritik einzelner Wissenschaftler ist das interdisziplinäre Arbeitsfeld von Raumforschung und Raumplanung jedoch „durch das Fortwirken von Überzeugungen, Planungsparadigmen und Forschungsprogrammen bestimmt, die von der ideologisch beherrschten Raumforschung des NS-Staates geprägt sind“ (S. 466), auch wenn es einen fundamentalen Unterschied mache, ob Ausgleichsmaßnahmen aus den Machtinteressen eines totalitären oder eines demokratischen Staates heraus erfolgten. Zuzustimmen ist Keglens, dass es wohl vor allem die begriffliche Unschärfe war und ist, die das Zentrale-Orte-Modell zu einer auch international überaus erfolgreichen Kompromissformel werden ließ. Keglens Studie liefert zudem wertvolle Hinweise für den eher übergeordneten Forschungskontext, der danach fragt, inwiefern eigentlich von ideologisch weitgehend neutralen Theorieangeboten, Planungskonzepten und Forschungspraktiken, die über Systembrüche hinweg zum Beispiel als modernes Raumplanungswissen politische Praxis prägten, auszugehen ist. Die Bedingungen und Mechanismen solcher Transferprozesse spielen im Falle der Zentrale-Orte-Theorie nicht nur im Übergang vom NS-Staat zur Bundesrepublik eine entscheidende Rolle, sondern auch im Kontext ihrer internationalen Wirkungsgeschichte. Als besonders

brisant gilt in diesem Kontext die Rezeption von Christallers Theorie in Israel, die Joachim Nicolas Trezib in seiner lesenswerten Studie „Die Theorie der zentralen Orte in Israel und Deutschland“ über den 1951 von Arie Sharon erarbeiteten Entwurf eines ersten israelischen Nationalplans untersucht hat.

Trezib verweist bereits in seiner ausführlichen Einleitung auf die politischen wie wissenschaftlichen Implikationen seiner erkenntnisleitenden Fragestellung. In seiner Dissertation vergleicht er die israelische Siedlungsplanung und Siedlungspolitik zwischen 1948 und 1967 mit nationalsozialistischen Raum- und Neuordnungskonzepten, wie sie vor allem im Zuge des „Generalplan Ost“ entwickelt und teilweise realisiert wurden. Trezib fragt provozierend, ob die israelische Raumordnung als die „unerwartete, lediglich mit umgekehrten Vorzeichen antretende, letzte Ausbaustufe des ursprünglichen, ersten RKF-Generalplan-Ost“ (S. 602) bezeichnet werden kann. Dass es sich hierbei um eine ebenso herausfordernde wie anspruchsvolle Forschungsperspektive handelt, steht außer Zweifel. Der Autor operationalisiert seinen Vergleich, indem er Rezeption und Wirkung der 1933 von Christaller begründeten „Theorie der zentralen Orte“ in der israelischen Nationalplanung detailliert nachverfolgt. Dieser zunächst überzeugende Zugriff erweist sich im Laufe der Untersuchung allerdings als ihre Schwachstelle, da sich der genaue Hergang des Wissenstransfers trotz intensiver Quellenrecherche offenbar nicht eindeutig nachvollziehen lässt. Das mindert den Erkenntnisgewinn der Studie insgesamt allerdings nur geringfügig.

Trezib untergliedert seine Arbeit in drei Hauptteile. Im ersten Schritt kontextualisiert er seine Forschungsfrage mit Bezug auf den von Jeffrey Herf geprägten Begriff des „reaktionären Modernismus“. Trezib fokussiert dabei ein Spannungsfeld, in dem er Planung als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Technologie verortet. Seine Ausführungen unter anderem zu autoritären Planungsdiskursen während des Ersten Weltkrieges, zur Erschließung des Agro Pontino als regionalplanerisches Modell der 1930er Jahre wie auch zu den US-amerikanischen Reformplänen des New Deal will der Autor als „tastenden Einstieg“ (S. 18) verstanden wissen, was allerdings nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass gerade der erste Teil der Studie relativ unverbunden bleibt mit den beiden anderen Hauptteilen.

Erst im zweiten Schritt wendet Trezib sich also den israelischen Nationalplanungen zwischen

1948 und 1967 zu, wobei sein Schwerpunkt auf der Analyse des sogenannten ‚Sharonplans‘ liegt. Auf nahezu 300 Buchseiten rekonstruiert der Autor die Planungsgeschichte des jungen Staates Israel anhand des „National Master Plan“, verfolgt seine institutionelle Implementierung und geht seiner konzeptionellen Abhängigkeit von der „Theorie der zentralen Orte“ detailliert nach. Grundlage der planerischen Arbeiten von Arie Sharon, Eliezer Brutzkus und Ariel Kahane – um nur einige israelische Raumplaner zu nennen – waren die nach dem Unabhängigkeitskrieg durch Flucht, Deportation und Vertreibung der arabischen Bevölkerung („transfer“-Prinzip) homogenisierten Gebiete, die alsbald durch eine gezielte Einwanderungs- und Siedlungspolitik in Besitz genommen werden sollten. Trezib kann überzeugend zeigen, wie dezidiert und nachhaltig die sowohl zionistischen als auch israelischen Raumplanungen durch völkisch-nationalistische Wissenschaftskonzepte deutscher Provenienz geprägt waren. Aufgrund dieser intensiven Wissenschaftskontakte ist es daher gar nicht so verwunderlich, dass Christallers Theorie vermutlich 1937/38 von zionistischen Wissenschaftlern rezipiert wurde und fortan die raumplanerische Entwicklung in Israel bis in die 1960er Jahre beeinflusste. Das Zentrale-Orte-Modell eignete sich hervorragend als Instrument bevölkerungsökonomischer Distribution und schien das Planungsziel, die jüdische Bevölkerung in nur 15 Jahren von knapp 700.000 auf über zwei Millionen Einwohner zu verdreifachen, möglich zu machen. Der Bau neuer Städte, eine gelenkte Landwirtschaft, die dezentrale Industrialisierung des Landes sowie der Infrastrukturausbau gehörten zu den Kernelementen einer Raumplanung, die in Christallers Theorie den *missing link* für den in der israelischen Siedlungslandschaft so ausgeprägten Stadt-Land-Gegensatz meinte gefunden zu haben.

Im dritten Hauptteil widmet sich Trezib schließlich der Rezeption der Zentrale-Orte-Theorie im Rahmen der NS-Raumordnungsplanungen, wobei er sich vor allem auf die verschiedenen Entwürfe und Ausarbeitungen konzentriert, die unter der nicht ganz zutreffenden Sammelbezeichnung „Generalplan Ost“ bereits hinlänglich bekannt sind. Der Autor stützt sich in seiner Rekonstruktion hier vor allem auf vorhandene (zumeist ältere) Sekundärliteratur und entwirft ein zwar dezidiertes, aber nicht unbedingt neues Bild der nationalsozialistischen Neuordnungspläne für den eroberten Osten. Anregender fällt dagegen das abschließende Fazit zu den gemeinsamen

Logiken israelischer und nationalsozialistischer Siedlungsplanungen aus. Trezib resümiert seinen Vergleich dahingehend, dass sich Christallers Theorie offenbar als Instrumentarium für eine räumlich expansive, auf dauerhafte Kolonisation ausgerichtete Ordnungs- und Siedlungspolitik hervorragend eignete. Trotz der konstatierten Unterschiede sieht der Autor deutliche Parallelen in den „bevölkerungsökonomischen bzw. ‚volkspolitischen‘ Umschichtungsmaßnahmen größten Ausmaßes“ (S. 598), für die die Zentrale-Orte-Theorie sowohl Argumentationshilfen wie auch Planungs- und Realisierungskonzepte bereitstellte. Die Ähnlichkeit der „antagonistisch bis eliminatorisch geeichten Diskurse lässt sich bis in die linguistischen Kodierungen ihrer termini technici hinein verfolgen“ (S. 601), was allemal darauf verweist, dass die hoffentlich bald nachfolgenden Studien zur internationalen Rezeptionsgeschichte der „Theorie der zentralen Orte“ weitere spannende Ergebnisse erwarten lassen.

Hamburg

Ulrike Jureit

## Zionismen

Salzborn, Samuel (Hrsg.): Zionismus. Theorien des jüdischen Staates, 211 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Am 14. Mai 1948 verlas David Ben-Gurion in einem bewegenden Akt die israelische Unabhängigkeitserklärung und verkündete darin „die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel“. Der rechtliche Status der Unabhängigkeitserklärung ist unklar. Laut einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes handelt es sich nicht um eine Verfassung, sondern lediglich um „Leitlinien“. Und so wird fast siebzig Jahre später in der Knesset, dem israelischen Parlament, kontrovers über die Erlassung eines Grundgesetzes gestritten, das Israel zum „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ erklären würde. Das Problem: Wie ist diese Definition mit dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller israelischen Bürger vereinbar? Was genau also bedeutet der Begriff „jüdischer Staat“ und welche Folgerungen sind daraus für die politische Wirklichkeit Israels zu ziehen?

Der von dem Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn herausgegebene Sammelband „Zionismus. Theorien des jüdischen Staates“ ist ein Indiz dafür, dass die skizzierte Debatte nicht nur

in Israel selbst von einem neuen Interesse für die Staatstheorien der Gründungsväter begleitet wird. Die kürzlich erschienenen Bücher über Theodor Herzl (Shlomo Avineri, 2016), Ze'ev Jabotinsky (Hillel Halkin, 2014) oder Nathan Birnbaum (Jess Olson, 2013) zeigen, dass eine Rückbesinnung der Forschung auf die zionistische Ideengeschichte zu verzeichnen ist. Der hier zu besprechende Sammelband trifft also durchaus den Zeitgeist.

In seiner Einleitung schreibt der Herausgeber, der Band wolle „die Pluralität in der Diskussion um den jüdischen Staat sichtbar machen“ (S. 9), weshalb sich ganz folgerichtig neun Beiträge zu ganz verschiedenen Denkern aus unterschiedlichen Kontexten und Zeitabschnitten der Geschichte anschließen. Salzborn selbst vertritt die These, Israel sei ein „Staat sui generis“, der sich durch „eine eigenständige Klassifizierung bildet“ (S. 10). Zum einen handele es sich um einen westlichen Nationalstaat, zum anderen aber auch um ein jüdisches Refugium, das als Reaktion auf das „Scheitern der jüdischen Integrationsbemühungen“ (ebd.) in Europa entstanden sei. Dass sich dieses Scheitern schon im 19. Jahrhundert angedeutet hat, veranschaulicht Volker Weiß in seinem Beitrag über den protozionistischen Sozialisten Moses Hess. Dieser war zutiefst von den universalistischen Idealen des Sozialismus überzeugt, musste aber als Jude immer wieder verletzende Erfahrungen mit dem Antisemitismus machen. Dies führte ihn 1862 zur Veröffentlichung der Schrift „Rom und Jerusalem – die letzte Nationalitätenfrage“, in der die Rückkehr der Juden nach Palästina propagiert wird. Weiß bemerkt zu Recht (S. 29), dass Hess' Schrift von den Zeitgenossen weitgehend ignoriert wurde. Wie vor diesem Hintergrund die Bedeutung Hess' für den Zionismus zu bewerten ist, wäre eine interessante Frage, die der Autor leider nicht beantwortet. Carsten Schliwski dagegen stellt in seinem Beitrag über Leon Pinsker fest, dass dieser sowohl als Theoretiker wie auch als Praktiker der Bewegung Chovevei Zion eine „unbedeutende Episode in der Geschichte des Zionismus“ (S. 50) geblieben sei.

Bisweilen mutet die Auswahl der behandelten Autoren etwas merkwürdig an: So fehlen zwar überraschenderweise Aufsätze über Ben-Gurion, Jabotinsky, Nordau, Borochow, Gordon oder Achad Haam, dafür enthält der Band aber einen interessanten Aufsatz von Sebastian Voigt über den jüdischen Sozialdemokraten Eduard Bernstein, der als erklärter Nicht-Zionist mit dem

Zionismus sympathisierte. Auch inhaltlich ist der Band keineswegs homogen: Andrea Livnats vor allem biographisch geprägtem Beitrag über Theodor Herzl und Michael Kühntopfs ähnlich gelagertem Text über Nathan Birnbaum stehen die tatsächlich auf die Frage der Staatstheorie konzentrierten Aufsätze von Steffen Hagemann über den Vordenker des religiösen Zionismus, Abraham Isaak Ha-Cohen Kook, und von Matthias Morgenstern über Isaac Breuer und die orthodox-antizionistische Organisation „Agudat Israel“ gegenüber. Kay Schweigmann-Greve beschäftigt sich in seinem Beitrag nicht nur mit Martin Buber, sondern der Leser erfährt darüber hinaus einiges über das Verhältnis des kulturzionistisch dominierten „Brith Shalom“ zu Israel und zur Araberfrage.

Der Beitrag über Chaim Weizmann schließlich zwingt den Rezensenten dazu, über ein Ärgernis des Sammelbandes zu sprechen: Der Aufsatz, so interessant er inhaltlich auch sein mag, ist sprachlich so schlecht redigiert, dass die Lektüre nahezu unzumutbar ist. So ist etwa von „Weizmanns erste[m] Absturz von der Führung der Zionistischen Weltorganisation“ (S. 138), von der „vollumfängliche[n] Auffassung des Zionismus im jüdischen Leben“ (S. 141) oder davon die Rede, „Antworten für die Spannungen zwischen Juden und Arabern zu finden, und Lösungen zu treffen“ (S. 151) – vom Satzbau gar nicht erst zu reden. Die anderen Beiträge sind sprachlich besser, aber das Buch wimmelt von orthografischen und Zeichensetzungsfehlern. Nur ein beliebig herausgegriffenes Beispiel: Buber „tat“ (S. 171) in die Zionistische Weltorganisation ein, warb für die „nationale Wiedergeburt“ (ebd.) und „lies“ (S. 172) sich in Jerusalem nieder. Kleinere inhaltliche Schnitzer – etwa die Unterscheidung von Lechi und Stern-Gruppe (S. 179) – kommen hinzu.

Insgesamt gewinnt man daher leider den Eindruck, dass der Band lieblos zusammengestellt und ohne genauere Prüfung gedruckt wurde. Das Fazit bleibt daher ambivalent: Einerseits enthält der Sammelband zahlreiche Anregungen für eine neue Diskussion der zionistischen „Klassiker“ sowie innovative Beiträge zu in diesem thematischen Kontext eher abseitigeren Denkern, andererseits hätte man sich an mancher Stelle eine gründlichere Überarbeitung gewünscht. Für Neueinsteiger in die Materie ist die Lektüre – mit Abstrichen – aber ohne Zweifel gewinnbringend.

München

Philipp Lenhard

## Seinen Augen trauen

Searle, John: *Seeing Things as They Are. A Theory of Perception*, 256 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

John Searles Beiträge zur Sprachphilosophie und der Philosophie des Geistes oder Bewusstseins (im englischen ist *philosophy of mind* mehrdeutig) haben diese Felder jeweils entscheidend mitgeprägt. Sein Spätwerk, in dem er sich der Untersuchung des ontologischen Status sozialer und naturwissenschaftlicher Phänomene widmet, bietet eine unkonventionelle und hoch umstrittene Version einer Verschränkung von Konstruktivismus und Realismus. Sein Interesse an konstruktivistischen Interpretationen der sozialen Welt ist eher untypisch für die philosophische Tradition der analytischen Philosophie, aus der Searle stammt. Vor allem seine Kritik an den herkömmlichen Begriffen von Rationalität und Objektivität wird in der analytischen Philosophie selbst kontrovers diskutiert, Searles Diskussionsangebot an Konstruktivisten aus *humanities* beziehungsweise den Sozial- und Geisteswissenschaften trifft dort auf wenig Resonanz. Dass man nicht nur in den angelsächsischen *humanities* Schwierigkeiten mit Searle hat, gründet sicher auch in seiner Auseinandersetzung mit Jacques Derrida um den philosophischen Status dessen Schriften. Die Auseinandersetzung wurde Teil der US-amerikanischen ‚Culture Wars‘ der 1980er und 1990er Jahre, in denen konservative und liberale Positionen um die Hegemonie an den Hochschulen und in den Curricula kämpften. Sein angelsächsisch geprägter, konfrontativer philosophischer Denk- und Argumentationsstil scheint aber auch im deutschsprachigen Raum seine Rezeption außerhalb der disziplinärer engen Grenzen der Sprechakttheorie und linguistischen Pragmatik zu erschweren. Das ist schade – und ganz gegen Searles Intentionen: Er gehört zu den Sprachphilosophen, die versuchen, sprachlogische und formal anspruchsvolle Argumentation mit Lesbarkeit für nicht-spezialisierte Leser\_innen zu verbinden. Auf den typischen technischen Jargon vieler Linguist\_innen und Wahrnehmungstheoretiker\_innen versucht er weitgehend zu verzichten.

Sein neues Werk „Seeing Things As They Are. A Theory of Perception“ ist dann auch tatsächlich genau das: eine Theorie der (sinnlichen) Wahrnehmung, hauptsächlich expliziert am Sehen beziehungsweise dem, was man im

19. Jahrhundert in Deutschland noch das Gesicht, analog zu Gehör und Gefühl, genannt hätte. Searle möchte mit dem vorliegende Werk einerseits einige Lücken seiner eigenen intentionalistischen Theorie der Wahrnehmung schließen, die er bereits 1983 in „Intentionality. An Essay in the Philosophy of Mind“ vorgelegt hat. Daraus seien Missverständnisse entstanden, die teilweise konträr zu seiner Intention stünden, einen naiven Realismus (*naïve realism*) zu begründen. Dass sie entstehen konnten, führt Searle auch darauf zurück, dass seine Epistemologie und Phänomenologie vor der Folie der über 2.000 Jahre dominierenden Konzeption der Wahrnehmung als im Wesentlichen ein *mind-body*-Problem und dem daraus entstehenden „Conceptual Dualism“ (S. 11) gesehen wird, der alle nachfolgenden Problemlösungen von Naturalismus, Materialismus bis hin zu Idealismus und Monismus präge. Für Searle fängt „one of the biggest mistakes in philosophy“ (S. 10) im Grunde mit Platon und Aristoteles an, die für die moderne Philosophiegeschichte definitive Form nimmt es dann in René Descartes Dualismus an – aber „[a]fter Kant it gets worse“ (S. 11). Mit der Darstellung dieser falschen Vorstellung und ihrer Konsequenzen sowie deren Widerlegung beschäftigt sich Searle im ganzen ersten Kapitel, das mit „The Bad Argument. One of the Biggest Mistakes in Philosophy in the Past Several Centuries“ sicher eine der selbstbewusstesten und amüsantesten Überschriften der jüngeren Philosophiegeschichte trägt. Searle präpariert auf 20 Seiten die klassischen Argumente heraus und versucht sie zu widerlegen. Für wie erfolgreich man ihn hält, hängt dabei auch von den eigenen erkenntnistheoretischen Positionen ab – und von der Bereitschaft, sich auf diese Art der philosophischen Argumentation einzulassen.

Hat man den kurzen philosophiehistorischen Abriss des ‚Bad Argument‘ hinter sich gelassen, steigt Searle mit dem zweiten Kapitel im Prinzip noch einmal in das Buch ein, jetzt aber systematisch. Leser\_innen, die an den inner-disziplinären Auseinandersetzungen um dualistische Wahrnehmungskonzepte nicht interessiert sind, können Kapitel 1 tatsächlich überspringen, was Searle selbst empfiehlt. Wer noch nicht mit Searles Konzept der Intentionalität und des Bewusstseins vertraut ist, sollte aber mit den beiden Appendices A und B starten, sonst bleibt Searles Argumentation im Folgenden nicht einfach zu verstehen. Hat man die beiden zentralen Konzepte Intentionalität und Bewusstsein nachvollzogen, ergeben sich

viele weiteren Argumente Searles zur Wahrnehmung von basalen Eigenschaften (*basic features*) und deren Zusammensetzung zu komplexeren Eigenschaften wie blau – blaues Auto – mein Auto tatsächlich fast von selbst. Sein zentraler Punkt, dass es neben einer subjektive Intentionalität des menschlichen Bewusstseins auch eine objektive Intentionalität des Wahrzunehmenden gibt, – um von mir als blau wahrgenommen zu werden, muss etwas als blau wahrzunehmen sein –, nähert Searles' Position einerseits an die Husserl'sche Phänomenologie an, andererseits ergeben sich heraus Anschlussmöglichkeiten an die *actor-network*-Theorie von Bruno Latour. Leider geht Searle auf Anschlussmöglichkeiten an andere aktuelle, nicht-dualistische Bewusstseins- und Wahrnehmungskonzeptionen nicht ein, sondern konzentriert sich auf die umfassende Darstellung seiner Argumente.

Aufgrund seines eng umgrenzten Themas und Searles nicht-technischem Stil ist „Seeing Things As They Are“ ein guter Einstieg in die Denkwelt eines der bedeutendsten lebenden Philosophen, auch wenn der Text nicht als Einführung gedacht ist. Disziplinär-philosophische Vorkenntnisse sind trotzdem keine Voraussetzung für die Lektüre, die Bereitschaft, sich auf eine sehr nicht-geisteswissenschaftliche Art der Argumentation einzulassen aber schon.

Stuttgart

Christina Dongowski

### La forza del destino

Rehlinghaus, Franziska: Die Semantik des Schicksals. Zur Relevanz des Unverfügbaren zwischen Aufklärung und Erstem Weltkrieg, 479 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

In ihrer 2013 an der Ruhr-Universität Bochum entstandenen Dissertation rückt Franziska Rehlinghaus mit dem Schicksalsbegriff einen „neuzeitlichen Grundbegriff“ in den Fokus, der „wesentlich für die Standortbestimmung des modernen Individuums in Welt und Gesellschaft“ (S. 13) war und ist. Aus einer beeindruckenden Langzeitperspektive, die von seiner Einführung in die deutsche Sprache im frühen 17. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg reicht, zeichnet sie die Polysemie und den Wandel des Begriffs im deutschen Raum nach. Mit Blick auf die bestehende

Forschung begründet die Autorin ihr Vorhaben in doppelter Weise. Zum einen verlieren ideengeschichtliche Studien durch ihren Tunnelblick auf die „Ahnenreihe deutscher Meisterdenker“ (S. 32) und ihre Festlegung auf eine eindeutige Definition ihres Gegenstandes die „semantische und funktionale Vielfalt“ (S. 13) des Schicksalsbegriffs aus dem Blick. Zum anderen unterscheidet sich der Begriff von anderen Grundbegriffen dadurch, dass er auf keine bestimmte außersprachliche Entität verweist. Als „sprachliche Verlegenheitsgeste“ (S. 23) könne er nur mit Blick auf seine pragmatische Funktion im Kontext spezifischer „diskursive[r] Knotenpunkte“ (S. 27) erfasst werden.

Die breite Perspektive der Studie wird durch die sorgfältig begründete Auswahl zwölf solcher Knotenpunkte ermöglicht, die in der Gliederung der Arbeit zum Ausdruck kommt. Nach einem Prolog über die Vorgeschichte des Schicksalsbegriffs setzt sich das zentrale, dritte Kapitel mit seinen Dimensionen im 17. und 18. Jahrhundert auseinander. Ausgehend von zeitgenössischen Wörterbüchern identifiziert die Autorin fünf Themenzusammenhänge, in denen das Schicksal eine Schlüsselrolle spielte (Astrologie, Stoizismus, Spinozismus, Vorsehung, Islam). Während so die Vielfalt der frühneuzeitlichen Verwendungskontexte und -weisen in den Blick kommt, zeigt Rehlinghaus auch, dass die pluriformen Debatten letztendlich stets durch die Auseinandersetzung mit dem „unauflösbare[n] Dreieck“ (S. 30) von göttlicher Vorsehung, Naturgesetz und menschlicher Freiheit motiviert waren. Jede ‚Lösung‘ seiner inneren Widersprüche zog neue Fragen nach sich, die den Begriff immer wieder in den Mittelpunkt zeitgenössischer Kontroversen rückten.

Die drei weiteren Kapitel widmen sich jeweils eigenen Entwicklungspfaden des Begriffs im langen 19. Jahrhundert. Das vierte zeichnet mit einem Fokus auf die Schicksalsdramen von Schiller bis zur Romantik die Dämonisierung des Begriffs im ästhetischen Kontext nach. Entgegen dem aufklärerischen Verständnis des Schicksals als universales Weltstrukturgesetz rückten hier wieder ältere, personalisierte Deutungen hervor, sodass auch die antiken Schicksalsgottheiten wiederbelebt wurden. Mit Werner Kraft deutet Rehlinghaus die Popularität dieser quasi-dämonischen Vorstellungen als Ausdruck einer postrevolutionären Resignation, bei der der Verweis auf eine übermenschliche Macht vor allem der Entlastung von der eigenen politischen Verantwortung diene.

Diese Tendenz stand konträr zu einer weiteren Entwicklung, die im nächsten Kapitel in den Fokus rückt. Von den Befreiungskriegen über die Revolution von 1848/49 bis hin zur völkischen Bewegung erfüllte der Schicksalsbegriff verschiedene ausdrücklich politische Funktionen, bei denen bei aller Widersprüchlichkeit immer wieder die Vorstellung einer geteilten Schicksalsgemeinschaft mit spezifischem welthistorischen Auftrag im Zentrum stand. Während am Anfang des Jahrhunderts noch das Individuum Napoleon in den Mittelpunkt der Schicksalsdebatten gerückt war, erschienen zu seinem Ende zunehmend nur noch Kollektive als geschichtlich handlungsfähig.

Komplementär zu dieser Vergemeinschaftung fand, wie im letzten Kapitel gezeigt wird, gleichzeitig eine Verinnerlichung des Schicksals statt. Indem die neuen Wissenschaften in seiner materiellen Beschaffung, genetischen Vererbung oder seinem Unterbewussten neue Prägungen des menschlichen Verhaltens entdeckten, verlegten sie das Schicksal in sein Inneres hinein. Dabei flammte die Debatte um die Grenzen menschlicher Freiheit, die seit der Aufklärung vorübergehend befriedet erschienen war, unter säkularisierten Vorzeichen wieder auf.

Die Dissertation zeigt einprägsam, wie die Auseinandersetzung mit dem Unverfügbaren in ganz unterschiedlichen Kontexten im Schicksalsbegriff einen Kristallisationspunkt fand, der gesellschaftliche Prozesse und Kontroversen dynamisierte und gelegentlich neue Wendungen gab. Gerade die oft sehr akribischen Einzelinterpretationen der Begriffsverwendung in spezifischen Debatten vermögen zu überzeugen. Bei der Analyse langfristiger Tendenzen zahlt die Arbeit einen gewissen Preis für ihre mutige Verknüpfung von Vogelperspektiven mit detaillierten Mikrostudien. Die Prozessbegriffe (Dämonisierung, Vergemeinschaftung, Verinnerlichung), mit denen die zentralen Entwicklungen im 19. Jahrhundert bezeichnet werden, ergeben sich in gewisser Weise schon aus der Auswahl der Fallstudien. Dabei könnten diese Entwicklungen ebenso gut als die Übertragung des Begriffs in neuen Zusammenhängen beschrieben werden, in denen solche Aspekte nun mal thematisch im Mittelpunkt standen. Dadurch wäre die Reichweite der Thesen entlastet und die Frage nach der Repräsentativität der gewählten Fallbeispiele entsprechend entschärft. Dabei ist gerade die Tatsache, dass die Studie auch Kontexte berücksichtigt, in denen



der Schicksalsbegriff gerade nicht das „diskursive Zentrum“ bildete, sondern „eher beiläufig“ (S. 408) gebraucht wurde, aus Sicht der Historischen Semantik als wesentlicher methodischer Fortschritt anzusehen. Allzu oft führt die einseitige Berücksichtigung von Texten, in denen der untersuchte Begriff selbst thematisch im Mittelpunkt stand, dazu, dass der ‚reflektierte‘ Begriffsgebrauch (metasprachliche Begriffsarbeit im Sinne etwa von Definitionen, Unterscheidungen und Begriffskritik) viel zu viel Gewicht beigemessen wird. Insgesamt regt die Studie also zum Weiterdenken an und bietet eine Fülle von fruchtbaren Anknüpfungspunkten für weitere Forschung.

Freiburg i. Br.

Theo Jung

### Entwicklung des Arbeitsbegriffes

Leonhard, Jörn/Steinmetz, Willibald (Hrsg.): Semantiken von Arbeit. Diachrone und vergleichende Perspektiven, 413 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Der anzuzeigende Band bewegt sich im Schnittfeld von zwei Forschungsgebieten, die sich seit dem späten 20. Jahrhundert markant verändert haben: Die Begriffsgeschichte hat sich in Auseinandersetzung mit Diskurstheorien zu einer Historischen Semantik erweitert, die die ursprüngliche Fokussierung auf die west- und mitteleuropäische „Sattelzeit“ gegen ein Interesse an Gleichzeitigkeiten des Ungleichzeitigen sowie an interkulturellen Vergleichen eingetauscht hat. Die um 1990 vorschnell totgesagte Arbeitergeschichte hat sich zur Geschichte der Arbeit gewandelt und in den letzten Jahren unter dem Label „Global Labour History“ vermehrt transnationale Phänomene ins Blickfeld genommen, deren historische Dimensionen auch von erheblicher Aktualitätsrelevanz sind. Unter diesen Prämissen will der Band das in der Literatur dominante euro- und germanozentrische Narrativ zur Entwicklung des Arbeitsbegriffes einer kritischen Analyse unterziehen und auf Leerstellen der bisherigen Forschung sowie Potenziale des globalhistorischen Vergleichs hinweisen.

In der umfangreichen Einleitung resümieren die beiden Herausgeber zunächst die „Meistererzählungen“ zum Arbeitsbegriff, etwa Werner Conzes Artikel in den „Geschichtlichen

Grundbegriffen“, der von einer sukzessiven Aufwertung des Arbeitsbegriffes während der Neuzeit ausging, oder das im angelsächsischen Sprachraum verbreitete Narrativ vom Aufstieg der „freien“ Lohnarbeit. Sodann formulieren sie das Programm einer „breiten“ und „reichen“ Historischen Semantik, die vorerst kein neues begriffsgeschichtliches Narrativ kreieren, sondern eine Vielzahl von Bezeichnungen aus dem semantischen Feld der Arbeit unter die Lupe nehmen will. Dabei soll die bisherige Forschung zeitlich, räumlich und methodisch-disziplinär erweitert werden.

Der erste Hauptteil ist mit dem Titel „Arbeitsbegriffe und Arbeitswelten: Annäherungen aus historisch-semantischer, sozialgeschichtlicher und ethnographischer Sicht“ überschrieben und vermisst gleichsam Länge und Breite des semantischen Feldes. Einerseits behandeln einzelne Beiträge wichtige Entwicklungen in West- und Mitteleuropa während Mittelalter und Reformationszeit, andererseits befassen sich andere Beiträge etwa mit den iberamerikanischen Kolonien, dem arabischen Raum oder dem kolonialen Kongo. Der zweite Abschnitt mit dem Titel „Definitionskämpfe um Arbeit und Nicht-Arbeit in der industriellen und postindustriellen Zeit“ versammelt Beiträge zu Entwicklungen in der industrialisierten Welt (West-/Mitteleuropa, Nordamerika und Japan) von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Neben verschiedenen Formen der „Nicht-Arbeit“ wird dabei etwa auch die Frage nach einem postmaterialistischen Wandel der Arbeitsethik im späten 20. Jahrhundert diskutiert. Ein kommentierend-resümierender Beitrag von Thomas Sokoll rundet den Band ab und stärkt dessen Kohärenz.

Insgesamt entfaltet der Band ein eindrückliches, chronologisch, geographisch und methodisch weitgefächertes Panorama des semantischen Feldes um den Arbeitsbegriff. Zugleich verdeutlicht er, dass sich die altbekannte Schwierigkeit, semasiologische und onomasiologische Zugriffe in einer synthetisierenden Darstellung zu vereinen, durch den Einbezug intersprachlicher und -kultureller Vergleiche noch gewaltig steigert. Die hier versammelten Beiträge werden zweifellos Impulse für weitere Forschungen sowohl historisch-semantischer als auch „realhistorischer“ Art geben; ob daraus dereinst eine neue „Meistererzählung“ hervorgehen wird, ist indessen eher fraglich.

Zürich

Christian Koller

## News on Environmentalism(s)

*Dunaway, Finis: Seeing Green. The Use and Abuse of American Environmental Images*, 344 pp., Chicago UP, Chicago, IL 2015.

*Saunders, Clare: Environmental Networks and Social Movement Theory*, 272 pp., Bloomsbury, London/New York 2014.

Environmental research is growing: two books out of this research field are “Environmental Networks” by Clare Saunders and “Seeing Green. The Use and Abuse of American Environmental Images” by Finis Dunaway. These approaches seem to have nothing in common except using an English speaking country as their research area: Saunders focuses on Great Britain and Dunaway on the United States. But what is fascinating about these diverse books is that they have unique approaches to their topic: Saunders sees environmentalism as an interplay of different environmental networks rather than groups. Dunaway analyses images as “active rhetorical agents” (p. 1) pursuing environmental politics. Most importantly, both consider environmentalism as important for an active citizenship. Reviewing both books together leads to my argument that we need to think about environmentalism as multifaceted, and especially as visual. Environmental consciousness is not only raised via texts but also via the visual. Analyzing networks of imagery widens the range of motivations that helped create environmental consciousness in the past.

In his research about the visual culture of American environmentalism, Dunaway presents its history as entangled “cultural, political, and visual practices” (p. 8). Contrary to approaches using conventional sources or visuals as mere illustrations, Dunaway analyses media images as his main research material. He focuses on icons which have helped to build an environmental consciousness in the United States and have also marginalized some important perspectives like system-challenging views or structural inequalities. Examining different kinds of media imagery like “pictures in popular magazines, television news, advertisements, cartoons, films, and political posters” (p. 2), Dunaway shows how the idea of environmentalism became mainstream by repeating topics and motifs. This approach allows him—by detecting similar ideas and motifs within this wide variety of sources—to reveal crucial themes determining the environmental discourse.

Therefore, Dunaway brings into focus the producers of this imagery, “including photographers, advertisers, cartoonists, filmmakers, news broadcasters, and environmental organizations” (p. 6). Focusing on the recipients’ opinion—especially “self-defined environmentalists and conservative commentators” (ibid.)—he analyses “letters to newspaper and magazine editors, film reviews, and archival sources” (ibid.).

Dunaway defines media images as “active rhetorical agents”: by shaping public debates they contribute to ideological statements within environmental politics. These iconic images have in common that, with their help, one can see environmental issues like looking through a burning lens. In contrast to landscape imagery showing pristine, wild nature separated from humans, this “ecological lens” (p. 11) has popularized the perspective that both mankind and nonhumans, sharing the same environment, are in increasing danger. He highlights this by using imagery which merges politics and spectacle. Americans could see their responsibility for saving the environment—either in voting for political change or in altering their personal behavior.

Instead of choosing a merely chronological approach, the author switches between zooming into specific imagery and embedding them into a broader context. “Seeing Green” is composed of three main chapters framed by a pre- and a post-history. It begins in the early 1960s when modern environmentalism emerged; Dunaway argues that at this time people started to see environmental issues through an “ecological lens”. Campaigns against nuclear testing and the pesticide DDT visualized this endangered realm shared by humans and nonhumans. In each of the three main chapters Dunaway focuses on one important environmental moment (‘Earth Day’, nuclear meltdown and green consumerism). These moments went along with intense media coverage. On one side these clusters of images helped to develop popular environmentalism; on the other side the visualizations limited its emergence. Chapter 1, “Earth Day and the Visual Politics of Environmental Crisis”, deals with the environmental crisis around ‘Earth Day’ 1970 produced by ecological disasters like oil spills, litter and air pollution, and recycling as an answer to these crises. Chapter 2, “Energy Crises and Emotional Politics”, focuses on several energy crises during the 1970s. It deals with the oil crisis, the fictional nuclear meltdown in a nuclear power plant told in the Hollywood movie “The China Syndrome”

(1979) followed by a real accident at the nuclear power plant “Three Mile Island” only a few days after the release of the movie as well as the first ‘Sun Day’ which wanted to offer a “soft path” solution (e.g. solar energy) to the energy crisis as a “road not taken” (Armory Lovins). Part 3, “Green Goes Mainstream”, illuminates how green values reached the everyday life (referring mostly to white middle-class people) and how neoliberal ideas merged with the conception of environmental citizenship. In these three main chapters, Dunaway covers the time between the late 1960s till the 1990s. Since then environmental disaster have become more present in the public consciousness, most prominently global warming and climate change. These topics are covered in his post-history about Al Gore’s slide show “An Inconvenient Truth” (2007). Dunaway calls all these analyzed events pivotal moments in which media images played a crucial role. They stoked fear about environmental crises and shaped how to act in such situations. In combination, Dunaway sees popular images and emotional politics as important parts of power plays within the general public.

Three topics, not often covered by other research, can be found throughout “Seeing Green”: “the emotions and public life, the shifting meanings of environmental citizenship, and the limits of media representation” (p. 2).

The use of touching imagery fuses fact and feeling, emotional visualizations address the feeling of the recipients, and raise their environmental consciousness. This means, via images, emotions are one aspect of environmental concern within public and political debates. Air pollution, nuclear power and energy, toxic pesticides and waste, litter and garbage, oil spills and shortages or climate change: all these topics address fear as one of the most effective feelings by using different kinds of motifs, like gas masks or car lines waiting in front of gas stations. Other topics like recycling, alternative energy or carbon offsets which are visualized by motifs such as recycling arrows, solar panels or windmills, display hope. This leads to the argument that imagery uses different kinds of visual strategies and motifs: panoramic views and close ups give an overview or zoom into individual effects (oil spills and oil shortage); graphs—as being new within the visual repertoire—highlight long-term effects and vulnerability as one of the most visualized topics related to environmentalism (global warming and climate change). Popular motifs are also pregnant women (pesticides, atomic bomb),

men (air and water pollution) and Native Americans (uranium extraction, lead pollution, 9th ward after hurricane Katrina, litter), suffering animals (oil spill, pesticides), or gas masks (air pollution, environmental pollution).

Images about earth seen from outer space visualize universal vulnerability, in the case of human being irrespective of race or class borders. Beside these depictions Dunaway identifies one of the most used motifs: images of vulnerable bodies, typically white children. These notions of universal vulnerability are often connected to discussions about environmental citizenship, which covers citizens’ rights as well as responsibilities concerning ecological issues. One important tool of environmental citizenship is visual media. Dunaway argues that imagery helps to emphasize universal responsibility. Solutions offered by mainstream environmentalism which follows neoliberal market traditions favor individual behavior and consumer choices rather than suggesting political or systemic changes—suggesting that consumers have the ability to change markets (and their industrial behavior) through the power of their purchase rather than governmental regulations.

This leads to the “limits of media representation”. Media imagery highlights spectacles of crisis and masks systemic causes and structural inequalities, focuses on personal responsibility and individual consumer choices rather than industrial and governmental responsibility. Especially crises promising iconic imagery shape the public debate. Such media coverage reveals some topics and exclude others or focuses on a specific point instead of explaining the whole topic: discussions zooming in on the toxic farming chemicals DDT and Alar disregard other toxics, highlighting nuclear energy production leaves out uranium extraction or nuclear waste. Bringing into focus air and lead pollution in general does not point to racial and class inequalities concerning the exposure, narrowing the scope to nature devastation by oil spills instead does not indicate the usage of fossil energy by people or industry. Another point, productive as well as problematic, is media coverage visualizing environmental time: short-term views on current catastrophes and crises are better to visualize than long-term effects lying ahead. This view filters out or ignores proposals for the so-called “soft path” emphasizing alternative energy or long-lasting, system-changing solutions. This means, issues, crises or catastrophes with the potential of eye-catching iconic imagery are easier to be covered by media than others, especially if

media have easy access to these events and if concerned people are not part of a marginal group.

While Dunaway develops his topic by narration, Saunders has chosen a completely different way. In combining theoretical and empirical considerations of social movements in general, and environmentalism in particular, Saunders argues that the term "environmental networks" focuses on dynamic processes. These processes are based on different kinds of historical and current interactions: between environmental organizations, individuals as well as polity and/or other campaign targets. Analyzing in-depth traditional and new social movement theory and applying it to British environmentalism, she wants to understand how and why differences within environmental organizations occur and how these differences affect networking between different groups.

The book is composed of eight chapters, followed by "Concluding Remarks", and a final conclusion. The first three chapters give an outline to Saunders' approach. Chapter 1 introduces her research aims as well as her theoretical and methodological approach. The introduction is followed by an enlightening theoretical chapter about networks in relation to different social movement theories. Chapters 1 and 2 help to understand the history of social movement theory as well as the pros and cons of different research angles. Based on these explanations Saunders prefers the term "network" focusing on dynamics and interaction rather than "movement" highlighting a movement's coherence. Chapter 3 gives a detailed insight into her empirical setting about "London's Environmental Networks" on a national, regional and local level with further information in the appendixes; her fieldwork mostly done in 2003 includes surveys, interviews and participant observation. Saunders has chosen British environmentalism because it is a very active movement and well-developed compared to most of the other environmental groups worldwide, and because it gives an example for the European environmentalism with diversified political opinions. She focuses on London because most environmental groups in Britain as well as different types of groups are situated in the capital.

The next four chapters combine theoretical thoughts with empirical application about topics like "The Role of Resources in Relationships" (Ch. 4), "Political Structures" and "Political Contingencies" (Ch. 5) as well as "the role of informal networks in seeking cultural change" (p. 150) (Ch. 6) or "Collective Identity and Solidarity" (Ch. 7). Chapter 8 merges social movement theories with the

help of a synthetic analytical framework developed by Saunders. This makes it possible to explain in a better way how interaction takes place within environmental networks. The book closes with a conclusion and further application fields of environmental networks research.

Environmental groups, as Saunders points out, differ in strategy, interaction with decision-makers, access to resources, and identity creation. These differences influence choices for collaborations between diverse groups. Though varied research methods differ in terms of how a social movement is constituted, most of them agree that social movements can also be seen as networks. Within these networks, individuals and organizations interact and act together for the sake of social aims, either to resist or to achieve social change. Using the term "network" does not focus on questions such as which group belongs to a social movement like environmentalism and which does not; instead of highlighting "spatial dimension (national, regional and local) and ideological strands (conservationists, political ecologists/reformists and radical environmentalists)" (p. 4) this definition of "network" is interested in the interaction between different actors.

Rather than focusing on topics such as the emergence of new values, how groups institutionalize or how radical conflicts or local oppositions proceed, Saunders' way of analyzing networks on several levels emphasizes the heterogeneity of (environmental) groups, their targets as well as their strategies of interaction. This synthetic approach assumes that organizations act as strategic or normative partners depending on their interaction with "individuals, campaign targets, the polity, society and their previous relations with other environmental organizations" (p. 16). Because of this assumption it is of interest to ask how the different actors influence the organizations choosing their allies.

To summarize Saunders' book, explaining "patterns of interaction in environmental networks" (p. 178) develops a multilevel approach "to look at the political and social environment, organizations' strategies and status and their culture and identity" (*ibid.*). To carve out characteristics of different groups includes analyzing "relationships with the polity, campaign targets, individuals and previous relations with other environmental organizations" (p. 200). Indeed, for empirical studies, Saunders points out that it is hard to sort existing organizations into a set of theoretical ideal types. Nevertheless she is able

to detect London's environmental network as a dynamic one with collaborating, competing and sometimes conflicting actors.

Comparing "Seeing Green" and "Environmental Networks and Social Movement Theory" as two differing case studies about environmentalism in general allows us to see it in a broader picture and to identify advantages of different approaches. While Dunaway is fascinated with dense descriptions of environmental imagery and their function within the public discourse, Saunders gives a forceful insight into (new) social movement theory. Both are using their chosen approaches in a convincing way to analyze and contextualize their huge databases.

This leads to an argument I wish to put forward: if we could understand environmentalism not only as a collection of people but also as network woven out of imagery, we could understand environmental politics also as "aesthetic practice" (Andreas Reckwitz) which influences how people notice social issues (Hanna Katharina Göbel/Sophia Prinz). This would combine both approaches introduced above, widen the idea of politics to aesthetics and focus on the interplay of aesthetic practice and visual matters. Maybe visual media including its motifs could detect hidden connections irrespective of time, space or social/political groups. The reviewed approaches impressively show that environmentalism is manifold and interwoven within the political and public discourse about (visually) creating our own future and that we should speak of environmentalism with an "s" at the end: environmentalisms.

Darmstadt

Silke Vetter-Schultheiß

### (Post-)Imperial Umwelten

Armiero, Marco/Sedrez, Lise (Hrsg.): A History of Environmentalism. Local Struggles, Global Histories, 208 S., Bloomsbury, London/New York 2014.

Beattie, James/Melillo, Edward/O'Gorman, Emily (Hrsg.): Eco-Cultural Networks and the British Empire. New Views on Environmental History, 344 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

„From the earliest times, empires have been about networks: [...] In modern times, we have to

come to realize that we must add webs of nature and of the environment“ (S. xiv). Der von James Beattie, Edward Melillo und Emily O'Gorman herausgegebene und durch ein Vorwort John M. MacKenzie's versehene Band „Eco-Cultural Networks and the British Empire. New Views on Environmental History“ verbindet neuere Konzeptionen der Imperiumsforschung mit umwelthistorischen Perspektiven. Die Herausgeberin und die Herausgeber definieren ihr Schlüsselkonzept der *eco-cultural network* als eine Verbindung von kulturellen Formationen, materiellem Austausch und ‚natürlichen‘ Prozessen. Ökologie konzipieren sie als die Querverbindungen zwischen dem Lebenden und dem nicht-Lebenden. Insofern ergänzen sie das Netzwerk als Grundprinzip der Ökologie durch die Sphäre des Kulturellen, um das historische Wechselverhältnis von Mensch und Natur zu verdeutlichen. Damit untersuchen sie diejenige Schnittstelle von Kultur und Natur, die zum Deutungshorizont der neueren Umweltgeschichte geworden ist.

Auch der zweite Band, der in dieser Rezension besprochen wird, verwendet Ökologie als historiographische Linse. Marco Armiero und Lise Sedrez verknüpfen in ihrem Sammelwerk „A History of Environmentalism. Local Struggles, Global Histories“ Ökologie mit der Idee des Netzwerkes, wobei sie zunächst dessen naturwissenschaftliche Bedeutung betonen, etwa die Beziehung zwischen Spezies und Ort. Damit folgen sie einem zweiten Trend im umwelthistorischen Forschungsfeld, nämlich Verortungen und Lokalitäten als zentrale Kategorien globaler Prozesse zu berücksichtigen. Diesen Ökosystemen im ‚natürlichen‘ Sinn stellen Armiero und Sedrez den Begriff der *socio-natural environments* zur Seite, um – neben der Natur – die menschlichen Beziehungsgeflechte am Ort analytisch fassbar zu machen. Während Beattie, Melillo und O'Gorman die Welt hauptsächlich aus der Perspektive des Britischen Empires betrachten, ist es das Ziel von Armiero und Sedrez, ausgehend von Orten in unterschiedlichen Weltregionen globale Perspektiven zu entwerfen. Das Empire spielt hier – auch aufgrund der Betrachtungszeit der Beiträge – keine räumliche, sondern höchstens eine epistemische Rolle, im Sinne von Machtverhältnissen und Konfliktpotenzialen.

In einem ähnlichen Denken in Natur-Kultur-Verflechtungen verankert, beschreiten deshalb diese Bücher unterschiedliche Reiserouten: Die Beiträge in Beattie, Melillo und O'Gorman decken die Zeitspanne von 1837 bis 1945 ab, von der

Viktorianischen Ära bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Durch die Themenwahl der Aufsätze ergibt sich zudem ein bestimmtes narratives Koordinatensystem: Imperium und Klima, die Plantagen- und die Landwirtschaft, Tiere zwischen Europa und Afrika, die Jagd sowie koloniale Gewürze und Konsumgüter sind Gegenstände des Netzwerkes. Dabei teilen die Herausgeber die Beiträge in zwei Sektionen („Regional Eco-Cultural Networks“ und „Local Eco-Cultural Networks“). Was ist nun die (Um-)Welt des Britischen Empires? Geographisch deckt der Band die anglophonen Teile wie Australien, Neuseeland, Kanada sowie Afrika, Indien, Europa und China ab. China dient nicht nur als eine Vergleichsfolie, sondern wird vielmehr zum Akteur im inter-imperialen Netzwerk. James Beatties Essay über kantonesischen, gewerbsmäßigen Gemüseanbau in Neuseeland zeigt besonders eindringlich, welches innovative Potenzial diese Sicht auf die imperiale Welt hat: Beattie stellt chinesische Migranten, deren spezifisches Umweltwissens, deren Pflanztechnologien und deren Pflanzen in den Vordergrund und verfolgt, wie der kantonesische Gemüsebau nicht nur Neuseeland, sondern auch die Umwelt Chinas durch den Kapitalrückfluss veränderte. Dadurch, dass der Fokus auf den Zirkulationsnetzwerken zwischen Südchina und Neuseeland liegt, wird praktisch die alleinige, umwelthistorische Gestaltungsmacht europäischer Imperien dezentralisiert. Klassische Geschichten des *columbian exchange* (Crosby „The Columbian Exchange“, 1972) waren noch davon geprägt. Diese sensibilisierten zwar früh die Leser für die materiellen, umweltbezogenen Folgen der Entdeckung der beiden Amerikas und die dadurch ausgelösten Verteilungsströme von Pflanzen, Tieren, Bakterien und Viren. Mit diesem Modell wurden Amerika und Europa aber auch zu den Zentren globalen Austausches. Der Band über *eco-cultural networks* beschwört am Beginn das Ende der ‚großen Erzählungen‘, zu denen in umwelthistorischer Sicht der *columbian exchange* zählte. Liefern die Fallbeispiele aus dem Netzwerken neue (post-)imperiale Erzählmöglichkeiten?

Erhellend ist bezüglich der *eco-cultural networks* die Tatsache, dass die Beiträger\_innen sowohl die kulturelle als auch die materielle Dimension der dynamischen und nicht linearen Interaktionen zwischen Mensch und Natur gleichermaßen betrachten. Materielles und Deutung werden im Netzwerk zum flexiblen und multidirektionalen Aushandlungsfeld: Denn das Materielle und Menschliche (z. B. Arbeitsbedingungen

auf Plantagen, Umweltschäden) musste zur Herstellung eines imaginierten Empires sogar ausgeblendet werden, wie Edward D. Melillo in seinem Beitrag zum Teekonsum zeigt. Die globale imperiale Vision überschrieb somit die lokalen Geschichten, die eher die Schattenseiten der Plantagenwirtschaft offenlegten. Mit dieser Verschränkung aus Materiellem und Imagination, Lokalem und Regionalem sowie den imperialen Weltkarten nehmen Beattie, Melillo und O’Gorman auf die drei vorherrschenden Hauptnarrative der Umweltgeschichte Bezug (nach McNeill „Observations on the Nature and Culture of Environmental History“, 2003): Geschichten materiellen Wandels, Erzählungen kultureller Verschiebungen und Narrative politischer Entwicklungen.

Die Vorteile einer Verflechtung dieser Horizonte im Sinn einer Vielschichtigkeit zeigen sich in den einzelnen Beiträgen in unterschiedlicher Weise. Zudem wird ersichtlich, wie Umweltgeschichte auch immer ein Auge auf den Problemen der Gegenwart hat, wobei die Vergangenheit eben keine lineare Rückprojektion des „Heute“ ist. Georgina Endfields und Samuel Randalls Beitrag stellen zum Beispiel die Verknüpfung von Klima und Empire in den Mittelpunkt. Interessant ist in diesem Beitrag die Tatsache, dass „Klima“ bevor es von einer Reihe von fachwissenschaftlichen Experten im 20. Jahrhundert im Zeichen der Klimamodellierung besetzt und naturwissenschaftlich abstrahiert wurde, eine heterogene, semi-professionelle Akteurskoalition beschäftigte: Förster, Ärzte, Schiffkapitäne und sogar religiöse Autoritäten. In der Vorzeit des „Klimawandels“ oszillierte die Betrachtung des Klimas im Britischen Empire zwischen philosophischer Reflexion, der Beobachtung von natürlichen Prozessen und politischer Deutung, wobei Klimadebatten zum Instrument und Gradmesser imperialer Kontrolle werden konnten (siehe auch: Zilberstein „A Temperate Empire“, 2016; Arnold „The Tropics and the Traveling Gaze“, 2014).

Bei Beattie, Melillo und O’Gorman ist somit nicht nur die Idee bestechend, Imperien als multilokale und volatile Verbindungen von Personen und Institutionen zu betrachten, sondern auch die Frage relevant, welche Art von Dynamik, Transfer und Zirkulation in diesen Netzwerken herrscht. Erinnert an David Arnolds „Empire on the Move“ lohnt sich ein genauerer Blick, wer überhaupt Teil dieser *eco-cultural networks* ist: Konsumenten in der Arbeiterkasse, Teepflücker in Sri Lanka, Händler in Neuseeland und China, einheimische Jäger in Nordamerika und

britische Administratoren, aber auch Pflanzen und Tiere wie inter-imperiale Zugvögel und Haustiere, Güter wie Tee und Kaffee. Das koloniale Projekt basierte somit auf einer Herrschaft über Menschen und Umwelten, wobei ganz im Sinne neuer Transfergeschichten, das gewollte oder ungewollte Wandern der Flora und Fauna die Netzwerk-Idee auch an die Grenze intentionalen Handelns bringen konnte. Innovativ ist die Tatsache, dass das Britische Empire zu einem Reich der Ökosysteme wird, wobei dieser Zuschnitt wirkungsvoll Geschichtsbetrachtung jenseits des Nationalstaates, des Zentrum-Peripherie-Modells und der großen Erzählungen ermöglicht.

Die Beiträge in Armiero und Sedrez lassen sich als Fortführung, aber auch Neujustierung historiographischer Ökologien mit starkem Blick auf die Gegenwart verstehen. Sie befassen sich schwerpunktmäßig mit den Jahren der sogenannten ‚Ökologischen Ära‘ und somit mit dem post-imperialen Zeitalter. Rückblicke und ein längerer thematischer Ausflug in die vorletzte Jahrhundertwende setzen Armiero und Sedrez programmatische Forderung um, die „Ära der Ökologie“ (so ein Buchtitel Johannes Radkaus, 2011) nicht exakt in den 1970er Jahren beginnen zu lassen, sondern den historischen Untergrund mit zu betrachten. So befasst sich Jerry J. Frank mit einem fast prototypischen, frühen lokalen Naturschutzunterfangen, den amerikanischen Nationalparks. Sie waren „contested places“ (S. 23) zwischen der einheimischen Bevölkerung und dem National Park Service, der 1916 eingerichtet worden ist. Der Vorteil der Längsschnittperspektive liegt darin zu zeigen, wie die ‚Natur‘ der Parks über die Zeit umgedeutet worden ist: In der Frühzeit des Yellowstone Nationalparks wurde die dort wohnende Bevölkerung zunächst aus den Geschichten des Parks ausgeklammert, um dann auch physisch entfernt zu werden. Dieses Ideal der *fortress conservation* (Brockington „Fortress Conservation“, 2002) wurde – so könnte man ergänzen – auch in den kolonialen Parks Afrikas und dann weltweit zu einem Management-Ideal (Gissibl „The Nature of German Imperialism“, 2016; Gissibl/Höhler/Kupper „Civilizing Nature“, 2012.) Der amerikanische National Park Service machte Park-Landstriche zu einer Imagination unberührter Natur. Frank plädiert dafür, diese Vorstellung mit dem realen Ort in Beziehung zu setzen, und die Interaktion zwischen unterschiedlichen Gruppen von Menschen und der nicht-menschlichen Welt zu berücksichtigen.

Thematisch zeichnen die anderen Beiträge, von unterschiedlichen disziplinären Foki (z. B. Politik- und Sozialwissenschaft, Umweltgeschichte) ausgehend, ein umwelthistorisches Panorama, das Biodiversität, Tier- und Naturschutz, Ressourcenregime, Müll- und Verschmutzungsszenarien als Koordinaten der Betrachtung vorstellt. Die geographische Reichweite umspannt Australien, Niger, Tibet, Europa, Indien und Brasilien. Diese heterogenen Fallstudien teilen eine allgemeine und eine spezifische Gemeinsamkeit: In allgemeiner Hinsicht greifen sie narrative Leitlinien aus der aktuellen Umweltgeschichte auf, die sich von Beatties, Melillos und O’Gormans Betrachtungshorizont in gewisser Weise unterscheiden und die Joan Martínez und Ramachandra Guha (Guha/Martínez „Varieties of Environmentalism“, 2001) entworfen haben: Den Kult der Wildnis, den Grundsatz der Öko-Effizienz (*eco-efficiency*) und die Umweltschutzbewegung der Armen. Diese Großnarrative haben innere Widersprüche: Während das historisch älteste, der Kult der Wildnis, bestimmte Landstriche aus der menschlichen Nutzung ausklammert, zielt der Grundsatz der Öko-Effizienz auf eine rationale, nachhaltige Ausbeutung der Natur. Das dritte Narrativ, die Umweltbewegung der Armen (*environmentalism of the poor*), fordert die anderen beiden, traditionelleren und top-down Interpretationen durch eine Art bottom-up Betrachtung heraus. *Subaltern environmentalism*, wie diese Strömung auch bezeichnet werden kann, adressiert Fragen von Umweltgerechtigkeit vor allem aus der Sicht des Globalen Südens.

Exemplarisch für die Organisation einer sozialen Bewegung im Globalen Süden sind die Reaktionen auf den Chemieunfall in Bhopal (1984). Das lokale Austreten von giftigem Gas in einer amerikanisch-multinationalen Pestizidfabrik kostete tausenden Menschen das Leben. Bhopal wurde – laut einem Slogan auf der Mauer der Fabrik – zum wahren Gesicht der Globalisierung. Stephan Zavestoski analysiert in dem Band die transnationale und globale Bedeutung von „Bhopal“ in doppelter Hinsicht: Einerseits als „historical site of the world’s worst industrial disaster“ (S. 129), andererseits als „Bhopal, the global social movement“ (S. 130). Ein Problem der sogenannten ‚Dritten Welt‘ setzte das Problem von Vergiftung und das Recht auf ein Leben in unkontaminierter Umgebung somit auf die globale Agenda. Fragen der Umweltgerechtigkeit überschreiten jedoch in diesem Band den für derartige Betrachtungshorizonte üblichen

Betrachtungsradius des klassischen Nord-Südgefälles. Ökologische Probleme und Risiken waren auch in Bezug zu Klasse, „Rasse“ und *gender* in Europa ungleichmäßig verteilt. Armieros Beitrag über den Müll in Neapel fokussiert innereuropäische Fragen von Umweltgerechtigkeit, die sich im italienischen Fall auch als innerstaatliches Nord-Südgefälle lesen lassen. Anhand des aktuellen Fallbeispiels aus dem Jahr 2009 zeigt Armiero, dass Umweltbewegungen pluralistisch sind und dass auch die Subalternen im eigenen Land in ihrer Formierung eine Rolle spielen können.

Wie diese Beispiele offenlegen, liegt als zweite Band-spezifische Gemeinsamkeit jedem Beitrag ein lokaler Umweltkonflikt zugrunde, dessen Analyse transnationale, oder globale Betrachtungshorizonte eröffnet. Frank Zelko, zum Beispiel, zeigt das anhand von Kampagnen zum Schutz der Sattelrobben, die zunächst in einem spezifischen Ökosystem, nämlich Neufundland stattfanden. Vom Ort ausgehend stehen dann die *socio-natural environments* der lokalen Jäger, die aus dem Verkauf der Felle ihren Lebensunterhalt bestreiten, und die wirtschaftlichen Interessen des globalen Kapitals im Fokus. Einen zweiten Bezugspunkt zur Welt setzt die öffentlichkeitswirksame Intervention der NGO Greenpeace, die sich als mobile Einsatztruppe des Umweltschutzes verstand, indem sie die Sattelrobben und deren Tötung auf die Agenda globaler Umweltpolitik setzte.

Mit dem Fokus auf „Konflikte“, vor allem in der Zeit des Umweltaktivismus seit den 1970er Jahren, wird der Band selbst hochpolitisch. Während Beattie, Melillo und O’Gorman eher implizit durch Narrative über die Vergangenheit neue Politiken umwelthistorischer Betrachtung ermöglichen könnten, werden Armiero und Sedrez explizit. Die Forderung nach akademischen Umweltwissen über lokale Aushandlungen zwischen Mensch und Natur wird zur Ermahnung planetarischen Ausmaßes: „Under ash-grey skies, before oil-coloured black seas, in a city shaken by hurricanes or drowning in waste, in messianic world conferences to negotiate CO2 emissions in exchange of development and wealth: wherever we are, nature has never been so close, so present and so significant. [...] This book offers a collection of stories from planet Earth – nine meaningful histories of struggles and resistances in different places, each fought in the name of Nature. Together it is these people who are building a global history of environmentalism and, in this process, transforming the relations between humans and the environment on a planetary scale“ (S. 16).

Ob es derartige prophetische Beschwörungen der *common destiny* der Menschheit, die im Übrigen selbst ein Produkt der ökologischen Jahre sind, braucht, mag dahin gestellt sein. Beide Bände zeigen jedoch eindrucksvoll, was die Umwelthistoriographie im postimperialen Zeitalter braucht: Betrachtungen, die auf die Welt aus der Sicht des Netzwerkes, und bislang marginalisierter Akteure, der Jäger aus Neufundland, der Teepflücker in Sri Lanka, oder einfach aus der Sicht der Zugvögel blicken, die im Flug Afrika und Europa trennten und verbanden.

München

Franziska Torma

### **Human animal studies**

Bühler-Dietrich, Annette/Weingarten, Michael (Hrsg.): *Topos Tier. Neue Gestaltungen des Tier-Mensch-Verhältnisses*, 248 S., transcript, Bielefeld 2015.

Der vorliegende von Annette Bühler-Dietrich und Michael Weingarten herausgegebene und auf eine Ringvorlesung zurückgehende Sammelband versucht sich an einem interdisziplinären Einblick in die sogenannten *human animal studies*. Er versammelt zu diesem Zweck nicht nur unterschiedliche geschichts- oder sozialwissenschaftliche Beiträge, sondern auch zoologische, philosophische und theologische. Dieser Versuch ist jedoch nicht nur interessant, sondern auch riskant: Die von den Herausgebern als gemeinsamer Bezugsrahmen ausgeflaggte Frage nach dem „Topos Tier“ vermag die sehr verschiedenartigen Studien nach Ansicht des Rezensenten nur sehr vage zusammenzuhalten. Zwar versuchen die Herausgeber der Bandbreite der Beiträge dadurch gerecht zu werden, dass sie sowohl nach „dem“ Tier als privilegiertem Ort oder besser Mittel menschlicher Weltdeutung und Gesellschaftsordnung als auch nach den konkreten Orten von „realen“ Tieren als Lebewesen und Gesellschaftsmitgliedern fragen. Tatsächlich erfährt man jedoch sehr wenig über die materiellen Orte von Tieren. Die meisten Beiträge widmen sich allein der Repräsentation beziehungsweise Imagination von Tieren und Mensch-Tier-Verhältnissen. In diesem Zusammenhang aber verfehlt der Sammelband einige neuere und wegweisende Entwicklungen innerhalb der *human animal studies*, die sich verstärkt der Produktion und der Materialisation von



Tieren und Mensch-Tier-Verhältnissen widmen. Nicht alle Beiträge können jedoch im Folgenden ausführlicher besprochen werden.

Lediglich zwei Beiträge widmen sich den materiellen Orten von Tieren – in tropischen Regenwäldern einerseits, in westafrikanischen Zoos andererseits. Julien Bondaz weist dabei zurecht auf den weitverbreiteten Eurozentrismus der Zooforschung und vor allem auch der Zoogeschichtsschreibung hin: Die exotisierende Präsentation „fremder“ Tiere sei schließlich nur für die Zoos in den westeuropäischen Metropolen kennzeichnend gewesen, nicht aber für diejenige in den Kolonien beziehungsweise ehemaligen Kolonien. Vor allem im Zuge der Dekolonialisierung seit 1960 hätten westafrikanische Zoos eine immer stärkere Nationalisierung und Regionalisierung „heimischer“ Tiere vorangetrieben – mit großen Auswirkungen auf die Unterbringung und Auswahl der Tiere. Deutlich weniger über die konkreten Orte von Tieren erfährt man bereits in dem nach Ansicht des Rezensenten viel zu abstrakt geratenen Überblick über tropische Regenwälder von Andreas Schlüter. Das Hohelied auf die dort vorherrschende Artenvielfalt verrät kaum etwas über soziale und historische Kontexte und Situationen und dementsprechend durchaus unterschiedliche Regenwälder und deren Tiere, nicht-menschliche wie menschliche.

Demgegenüber präsentieren Benjamin Bühler, Heike Baranzke, Hans Werner Ingensiep und Ellen Spickernagel sehr interessante, breit informierte Untersuchungen zur sich wandelnden Bedeutung unterschiedlicher Tiere und Mensch-Tier-Verhältnisse für das Naturideal und die Selbstwahrnehmung von Menschen als Menschen – als „männlich“ oder „weiblich“, „zivilisiert“ oder „barbarisch“, „krank“ oder „gesund“. Bühler rückt dabei die Rolle „des“ Tieres als „anthropologische Maschine“ (Giorgio Agamben) innerhalb der Lebenswissenschaften im 19. Jahrhundert in den Fokus. Baranzke setzt sich mit der zugeschriebenen oder abgesprochenen Würde von Tieren innerhalb der vornehmlich deutschsprachigen Theologie auseinander – von Christian Adam Damm bis Karl Barth handelt es sich dabei allerdings fast ausschließlich um evangelische Theologen. Wo Baranzke den Begriff der Würde am Werk sieht, taucht dieser allerdings zuweilen gar nicht auf. Der Beitrag verfolgt insofern teilweise eher ein theoretisches als ein historisches Interesse. Ingensiep entwirft einen breiten Überblick zur westeuropäischen Wahrnehmung von Affen und vor allem von Menschenaffen zwischen Anfang

des 18. und Ende des 19. Jahrhunderts – auf einem langen Weg vom „Monster“ zur „Person“. Spickernagel schließlich widmet sich den Jagdgemälden von Johann Elias Ridinger aus dem 18. Jahrhundert. Sie konzentriert sich dabei auf dessen Strategie der sequenziellen Darstellung des Jagdablaufs und eine dadurch möglicherweise dynamisierte Blickweise auf Tiere.

Andere Beiträge hingegen scheinen die angemahnte Fragestellung des Sammelbandes gänzlich aus dem Blick verloren zu haben. Michael Weingarten beginnt seine Studie zum „Tier in mir“ zwar mit einigen sehr vielversprechenden Beobachtungen zur Geschichte von Dr. Jekyll und Mr. Hyde, driftet dann aber nach Ansicht des Rezensenten ab in eine seitenlange Auseinandersetzung mit Spinoza und Spinoza-Interpreten, die weder auf Tiere noch auf deren materielle oder imaginäre Orte eingeht. Auch Hamed Taheri vermag seine interessanten Überlegungen zur Rolle der Stimme – der Stimme an sich – kaum mit Fragestellungen der *human animal studies* zu verknüpfen. Es geht ihm genau genommen weder um Menschen noch um andere Tiere, sondern um das „Andere“.

Und so stellt dieser Sammelband ein erfreulich breites Angebot an sehr unterschiedlichen Zugriffen und akademischen Interessen zur Diskussion, das auf den Rezensenten aber mangels eines roten Fadens doch recht willkürlich wirkt und zuweilen kaum etwas mit Tieren oder Mensch-Tier-Verhältnissen zu tun hat.

Berlin

Pascal Eitler

### Grenzen und Möglichkeiten von *international relations*

*LeRoy Malchow, Howard: History and International Relations. From the Ancient World to the 21st Century, 344 S., Bloomsbury, London/ New York 2015.*

Howard LeRoy Malchow ist Professor für englische und amerikanische Geschichte an der renommierten Tufts University, damit also nicht unbedingt als Spezialist für internationale Geschichte ausgewiesen. Doch dieser Zweig der Geschichtswissenschaft ist auch nicht sein zentrales Thema. Vielmehr schreibt er als Historiker über die bei uns eher politikwissenschaftliche Disziplin der *international relations* (IR). Das

Ganze dürfte ein *textbook* für Universitätskurse sein, doch dafür ist es viel zu komplex angelegt. Im Grund gibt es drei Perspektiven, die sich in drei Hauptteilen jeweils mischen. Das ist einerseits eine Realgeschichte eines internationalen Staatensystems, sodann sind das zeitgenössische Beobachtungen kluger Denker zu einzelnen Phasen oder Ereignissen dieses Systems und drittens ist das eine informierte Geschichte der heutigen Universitätsdisziplin IR und ihrer Deutungen dieser historischen Formation oder jenes Ereignisses. In schlechter anglophoner Tradition geschieht dies ausschließlich für Forschungen in den USA und Großbritannien, jeder Hinweis auf französische oder deutsche Ansätze fehlt (doch halt: Friedrich Meinecke taucht einmal im Text auf, auch Jürgen Habermas). Das wird man für den entsprechenden Adressatenkreis wohl akzeptieren müssen.

Einleitend verortet der Autor IR zwischen den etablierten Disziplinen Geschichtswissenschaft, wobei er kurz auf Diplomatiegeschichte – in den USA sehr viel weiter als bei uns gefasst und weniger diskreditiert – eingeht, und Politikwissenschaft. IR wird zunächst mit Gordon Craig und einer durch ihn erweiterten *diplomatic history* eingebracht. Teil I ist ganz der Fachgeschichte IR gewidmet. Er holt sie seit dem Ersten Weltkrieg als Entwicklung und Verortung recht unterschiedlicher Themen und Kurse an britischen und amerikanischen Universitäten ab, bemüht sich aber auch, einige „great debates“ vorzuführen. Hier spielt zum ersten Mal *international law* eine Rolle. Die großen Männer sind hier und auch später immer wieder Edward Hallett Carr, nicht nur mit seiner „Twenty years crisis“ von 1939, sondern auch mit seiner Geschichtsphilosophie, sodann Hans Morgenthau. Realismus und liberaler Internationalismus sowie Institutionalismus sind bereits die auch in Deutschland gängigen Stichworte der großen Schulen, die der Verfasser in weiteren Unterkapiteln bis etwa in die feinsten Verästelungen des Nach-Realismus und seiner verschiedenen Denominationen vorführt. Kenntnisreich folgen diverse britische Schulen von Martin Wight bis Hedley Bull. Es schließen sich bis zur Gegenwart unter anderem Weltsysteme (Immanuel Wallerstein), Kritische Theorie (Habermas), „Neo-Gramscianism“, Sozialpsychologie vs. Kognitive Psychologie an. Ob diese zunehmende Zentrifugalität zur IR-Geschichte beiträgt, sei dahingestellt. Wichtig ist aber, dass LeRoy Malchow schon hier den realhistorischen Kontext der einzelnen Protagonisten knapp vorstellt, ja auch

dem Vergleich etwa der Kubakrise mit einzelnen Theorien von IR, deren Fehlschlag und danach Weiterentwicklung konstatiert.

Der zentrale zweite Teil ist „International Relations and International History“ betitelt. Hier schafft es der Verfasser tatsächlich von der Antike – den Sumerern als System, Thukydides als Person – an zu starten. In ähnlichem Geschwindigkeit geht es über das Mittelalter und die Frühe Neuzeit bis zur Französischen Revolution. Dabei wird zum größten Teil eine handbuchartige Nacherzählung von Realgeschichte geboten, die arg holzschnittartig ausfällt; doch merkt man ihm den gelernten Historiker an, der an anderer Stelle klug neuere Einsichten in Halbsätzen vermittelt. Oben wurde von der Geschichte von Staatensystemen gesprochen, doch trifft das nicht ganz die Intention des Autors: Er will weit darüber hinausgehen, breitet etwa den Feudalismus (als relativ geschlossenes System) aus, diskutiert militärische Revolution(en), kommt auf die Kreuzzüge, diskutiert die Entwicklung des Instruments der Diplomatie, beschreibt die Entstehung des modernen Staates und so fort. Das nähert sich einer traditionellen Weltgeschichte an. Sehr schön entlarvt er den „Mythos“ des Westfälischen Friedens.

Das setzt er europazentrisch, dann für das 20. Jahrhundert mit den großen Friedensregelungen, dem Kalten Krieg bis zu Détente und der heutigen Welt, nun globaler fort. *Global history* ist allerdings nicht sein Ansatz, leider kommt er trotz Erwähnung von Imperialismus et cetera relativ europazentrisch einher. Eingestreut sind in diese realhistorischen Abläufe große Denker – von Niccolò Machiavelli über Hugo Grotius bis Immanuel Kant, von A.J.P. Taylor erneut bis Craig. Die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart ist stärker als in Teil I realgeschichtlich angelegt, streut in diesem Teil II erneut deutende Positionen bis hin etwa zu Francis Fukuyama oder dem Soziologen Martin Shaw an.

Dieser Wechsel von herkömmlicher Narration und perspektivischer Deutung verwirrt in Teil II ebenso wie in Teil III, in dem heutige IR und ihr Gebrauch von Geschichte entfaltet wird. In diesen letzten Kapiteln wird noch einmal ein bunter Strauß an möglichen oder entfalteteten Theorien und Modellen behandelt. Viele von ihnen kreisen um die Rolle von Souveränität in einer zunehmend transnationaler werdenden Welt, greifen hier auch einmal politökonomische Perspektiven auf, die sonst im Buch zu kurz kommen. Am Schluss steht die stark völkerrechtlich konnotierte Diskussion von Menschenrechten und der

These des Demokratischen Friedens – beides Themen, derer sich der Rezensent angenommen hat und die ihm fair referiert erscheinen.

Im Ausblick zeigt sich LeRoy Malchow skeptisch: „History is littered with the misreading of the present through a lens crafted from past experience with little regard to specific historical context“ (S. 300). Das klingt nach Geschichtspessimismus gegenüber der Historikerzunft, dürfte aber eher auf die unverdrossenen Modellbildner der IR gemünzt sein – aber warum diesen dann ein ganzes Buch widmen? Vielleicht ist es auch nur die Verzweigung über die US-amerikanische Politik der letzten Dekaden: „Self-criticism is not something US policy makers seem to do very well, but in an even more interconnected world, American exceptionalism and hubris may bear long-term costs“ (S. 301). Da wären wir fast zurück bei Axel Oxenstiernas Einsicht aus dem 17. Jahrhundert, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert werde oder Barbara Tuchmanns Diagnose von der Torheit der Regierenden. Das ist aber wohl doch ein wenig zu wenig Einsicht in die Bilanz einer bedeutenden Wissenschaftsrichtung, die dieser Autor doch wohl gerade erklären und übersichtlich machen möchte.

Fazit: Für deutsche Kurse würde man das Werk nicht empfehlen. Die Einblicke in die Geschichte des Fachs IR in den USA und Großbritannien zeugen von großer Belesenheit und sind weiterführend. Die Zusammenführung mit der realen Geschichte internationaler Beziehungen will viel zu viel und bleibt deswegen stark hinter den Erwartungen zurück.

Köln

Jost Dülffer

## EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

### Tell unterwegs

Blatter, Michael/Groebner, Valentin: Wilhelm Tell, Import – Export. Ein Held unterwegs, 149 S., hier + jetzt, Baden 2016.

Wieder einmal ein Buch über Wilhelm Tell – den ewigen Wiedergänger. Gleich zu Beginn sagt es uns, was Tell nicht und damit in seinem Jahrhunderte langen Leben doch schon gewesen ist: Freiheitskämpfer, Gründungsvater, Attentäter, Revolutionär. Die beiden Autoren, Valentin Groebner, Mediävistikprofessor an der Universität

Luzern, und Michael Blatter, Stadtarchivar von Sursee, offerieren einen neuen Zugang, indem sie nicht wieder einmal Tell entdecken, sondern diejenigen sichtbar machen wollen, die ihn nutzen. Und den erzählenden Gebrauch als „fliegenden Teppich“ verstehen. Dessen faszinierende Eigenschaft besteht in der Kombination von Dauerhaftigkeit und Wandelbarkeit. Das Interesse gilt dem Wandel, dem Umbau, dem Weglassen und dem Hinzufügen: „Eine Geschichte ist deswegen eine gute Geschichte, weil sie immer wieder neu erzählt werden kann. Sie erzeugt ihre eigenen Varianten, Spielplätze sozusagen, auf denen Abweichungen getestet werden können, ohne dass die ganze Erzählordnung bedroht wird“ (S. 16).

Selbstverständlich erhalten wir die Hinweise auf Ursprung beziehungsweise Import des scheinbar schweizerischen Heros (Persien und Dänemark) sowie auf die Wiederausfuhr des Helden nach Frankreich und nach den beiden Amerika; Hinweise auch auf die Rückkehr in das helvetische Land, wo er sich gleichsam selber begegnet und wo der aristokratische und der revolutionäre Tell sich plötzlich gegenüberstehen. So weit, so gut und, wie man sagt, interessant. Dicht präsentiert und brillant geschrieben.

Der leicht neue Zugang bietet auch überraschende Novitäten. Einen Hinweis etwa auf den Zusammenhang zwischen Tell und den Schweizer Postautos: Der Dreiklang, den die gelben Ungetüme seit 1924 auf den engen und kurvenreichen Bergstraßen einsetzen, ist Gioachino Rossinis Tellen-Oper entnommen (S. 122).

Natürlich taucht im „Teppich“-Epos nach 1800 auch ein Friedrich Schiller auf (S. 102). Wir erfahren da, dass er die beiden oft vermischten Subgeschichten vom einsamen Tyrannen-Mord in der Hohlen Gasse und vom kollektiven Aufstandsprojekt auf dem Rütli sorgfältig auseinanderhält und so den republikanischen Gründungsakt nicht mit der Tat des Einzelgängers belastet – „eine elegante Lösung“. Wir werden aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Rütli-Eidgenossen als die einzig echten Nachkommen der freien schweizerischen Vorfahren verstehen und sich abgrenzen von den „fremden Stämmen, die seitdem in der Mitte ihres Landes sich angesiedelt“ haben. Also Masseneinwanderung aus Resteuropa *avant la lettre!*

Eine nicht angesprochene und schon gar nicht beantwortete Frage stellt sich doch: Was ist mit dem Publikum, das den Resonanzraum zur Geschichte bildet, also gleichsam mit der Luft oder dem Wind zum fliegenden Teppich?

Die einzelnen „Teppiche“ lassen sich leicht identifizieren, den ersten schriftlichen Tell-Beleg im Weissen Buch von Sarnen aus der Zeit um 1470, dann die Chronisten Russ, Etterlin, Schilling et cetera. Aber: Wegen der Eigenheit des frühesten Schriftstücks und, allgemeiner, wegen der niedrigen Alphabetisierung der frühzeitlichen Gesellschaft müssen wir annehmen, dass die Rezeption dieser Texte mehr als bescheiden war. Volkslieder und Volksspiele hatten da eine wesentlich größere Reichweite. Je näher wir unserer Gegenwart kommen, desto unwichtiger wird die Verbreitungsfrage, Tell ist dann einfach nur noch da. Aber noch im Falle von Schillers Tellendrama bleibt die Frage ungeklärt, wie das 1804 in Weimar uraufgeführte Stück in die Schweiz sozusagen zurückkehrte. Es dauerte Jahrzehnte, bis Schillers „Geschenk“ von der Schweiz angenommen wurde, hatte man doch bereits eigene Versionen davon. Und die einzelnen Fremdenführer, die schon im ausgehenden 18. Jahrhunderts die Touristen mit ihren „Teppichen“ in Verzücken versetzten, waren wahrscheinlich wichtiger als das doch nicht leicht verständliche hochdeutsche Drama.

Diese leicht subversive Erzählung vom variantenreichen Umgang mit Tell ist bei den Nationalkonservativen der Schweiz erwartungsgemäß nicht gut angekommen. Das ist verständlich, weist sie doch unter anderem auch darauf hin, dass sich 1939 der schweizerische Widerstandsgestalt am berühmten Zürcher Schauspielhaus mit wiederholten Aufführungen des schwäbischen Theaterstücks (Schillers „Tell“) stärkte, das von Ausländern (deutschen Emigranten) aufgeführt wurde (S. 124).

Wie gesagt: Wieder einmal ein Tell-Buch, das heißt ein Büchlein, in diesem Fall höchst ansprechend in Inhalt und Form, mit einem neuen Zugang zu einer alten Figur. Mit Sätzen wie diesen: „Gute Geschichten sind fliegende Teppiche, schnelle Verkehrsmittel, die ohne weiteres grosse Entfernungen überwinden können; und während sie sich in Bewegung setzen, verändern sie sich“ (S. 37). Dieser generalisierende Zugang ermuntert, ja drängt uns, nach anderen Geschichten dieser Art Ausschau zu halten. Gibt es welche oder ist diejenige zu Tell doch einzigartig? Zum Schluss nochmals einen der zahlreichen zitierwürdigen Sätze: „An Wilhelm Tell zu glauben, heisst also vor allem, an den Glauben anderer Leute an Wilhelm Tell zu glauben“ (S. 126).

Basel

Georg Kreis

## Entwicklungslinien des Konsums

*Trentmann, Frank: Empire of Things. How We Became a World of Consumers, from the Fifteenth Century to the Twenty-First, 880 S., Allen Lane, London 2016.*

Frank Trentmann beschäftigt sich seit 20 Jahren mit der Geschichte des Konsums. Als Herausgeber des „Oxford Handbook of the History of Consumption“ ist er darüber hinaus bestens vertraut mit der Literatur zum Thema. Dieses Wissen hat er nun in einem Werk komprimiert, das einschließlich Endnoten 800 Seiten aufweist, die durch ein 62-seitiges Register erschlossen werden – wahrlich ein gewaltiges Werk, das im Frühjahr 2017 auch auf Deutsch erscheinen soll.

Auf den ersten 400 Seiten legt Trentmann in einer gewaltigen Tour de Force die Entwicklungslinien des Konsums dar. Die Konsumgesellschaft oder, für ihn äquivalent, „the commercialization of everyday life“, ist nach ihm weder ein Kind der Industrialisierung oder gar des 20. Jahrhunderts, sondern begann im Italien der Renaissance (15. Jahrhundert), im Nordwesteuropa des 17. Jahrhunderts (Niederlande und Großbritannien) und in der späten Ming-Dynastie (2. Hälfte des 16. Jahrhunderts). Eine der Stärken dieses beeindruckenden Opus ist, dass Trentmann die üblichen Grenzen Europas und seiner *offsprings* verlässt und, ganz im Sinne der *great divergence*-Debatte (Warum England und nicht China?), ein besonderes Augenmerk auf Ost- und Südasiens legt. Der im Untertitel gewählte Begriff „World of Consumers“ spiegelt nicht nur den geographischen Fokus seines Buchs wider, sondern hebt auch auf die im 16. Jahrhundert beginnende Globalisierung ab. Nicht nur Silber oder Pfeffer, sondern auch Massenprodukte wie Baumwolle, Kaffee, Tee und Pfeffer wurden weltweit gehandelt. Schmückten beziehungsweise schmeckten sie anfangs nur den Oberschichten, so diffundierte der Konsum dieser Produkte mit steigendem Wohlstand und sinkenden Transportkosten in immer weitere Schichten der Gesellschaft. Der Wunsch sich diese Produkte leisten zu können und damit den Konsum der weiter oben stehenden Schichten zu imitieren, war nach Trentmann eine wichtige Triebkraft für die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnende Industrialisierung.

In der Zeit davor diente Trentmann zufolge der Erwerb oder Besitz von Dingen weniger dem Konsum, als vielmehr der Demonstration von Macht und Wohlstand und als von Geldentwertungen

unabhängiger Wertaufbewahrung. Diese These eines Strukturbruchs des Konsumverhaltens, den Trentmann ungefähr zwischen dem Spätmittelalter und dem Übergang zur Frühen Neuzeit verortet, vermag den Rezensenten nicht ganz zu überzeugen. Ist es nicht eine sozialanthropologische Konstante, dass der Mensch gerne lecker isst und trinkt, dass er Wärme schätzt, sich attraktiv zu kleiden versucht und Freude an ästhetischen Objekten hat, und dass er Dinge, die diese Bedürfnisse befriedigen, zu erwerben trachtet? Ist es nicht eher eine Folge des steigenden Lebensstandards städtischer Schichten, dass Historiker ab etwa dem 15./16. Jahrhundert immer mehr Belege für steigenden Konsum in den Quellen finden? Der steigende Lebensstandard wird von Trentmann durchaus auf dem Stand der Forschung referiert.

Auf unglaublich breiter Literaturlage referiert Trentmann dann den Siegeszug des Konsums durch die Moderne, wobei er auch die totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts miteinbezieht, die sich einerseits zur Legitimation ihrer Herrschaft zu Konsumversprechen genötigt sahen, andererseits die Ressourcen jedoch viel lieber für die Sicherung und Ausweitung ihrer Herrschaft einsetzen wollten.

Im zweiten Teil des Buchs nimmt Trentmann aktuelle Diskurse über den Konsum aus verschiedenen Perspektiven auf und verfolgt sie durch die Zeit. Bei diesen Perspektiven handelt es sich beispielsweise um den Kundenkredit, über die Rolle der Zeit und die des Wohlfahrtsstaats, der den privaten Konsum durch das Versprechen der Altersabsicherung gewaltig ansteigen ließ.

Die Diskurse über den Konsum sind so alt wie er selbst. Immer schon scheint die Menschheit ein schlechtes Gewissen beim Konsum gehabt zu haben. Sein Gegenstück, die Askese, wurde bis heute zumindest verbal immer in hohen Ehren gehalten. Sah Adam Smith im Konsum den Endzweck allen Wirtschaftens, so geißelte ihn Karl Marx als Entfremdung, die das Gut zur handelbaren Ware mache. Während Trentmann in der Einleitung betont, dass es ihm nicht darum ginge, den Konsum zu verteufeln oder zu glorifizieren, entwirft er im letzten Kapitel über die Wegwerfgesellschaft das Schreckensszenario einer Welt, die im Müll ihres ständig steigenden Konsums ertrinkt. Steigende Energieeffizienz, Recycling oder Car-Sharing haben vor allem dazu geführt, dass die Konsumenten Ressourcen an einer Stelle sparen konnten, um sie für den Konsum anderer, zum Teil neuer Produkte einsetzen

zu können. „Recycling has been little more than a comforting distraction from the stuff that really matters“ (S. 675) ist sein pessimistisches Fazit, dem er die Mahnung folgen lässt, dass wir nicht nur Konsumenten, sondern auch Bürger sind, die sich um die Zukunft ihres Gemeinwesens und des Planeten Gedanken machen sollten. Frank Trentmann, der konzediert, dass sich Menschen im Konsum und durch den Erwerb von Dingen verwirklichen, kann und will hier wenig Alternativen anbieten, aber er bringt historische Tiefenschärfe in die Diskussion.

Regensburg

Mark Spoerer

### Möglichkeiten und Grenzen des Gleichgewichtskonzeptes

*Jonas, Michael/Lappenküper, Ulrich/Wegner, Bernd (Hrsg.): Stabilität durch Gleichgewicht? Balance of Power im internationalen System der Neuzeit, 256 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.*

Der vorliegende Band versammelt die 2013 auf einer Tagung an der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh gehaltenen Vorträge. Einigen Autoren geht es dabei darum zu untersuchen, ob und wie das Ideal eines Mächtegleichgewichts das Denken und Handeln europäischer Staatsmänner seit dem 17. Jahrhundert geprägt hat. Andere Beiträge beschäftigen sich eher mit der Frage, ob das Konzept einer *balance of power* ein geeignetes wissenschaftliches Instrument ist, um aus heutiger Sicht rückwirkend die Geschichte internationaler Beziehungen zu erklären. Dabei wird durchaus auch eine Antwort auf die überaus relevante Frage gesucht, ob nun eine Politik, die den Erhalt beziehungsweise das Austarieren eines internationalen Gleichgewichts anstrebt, langfristig Stabilität schafft und friedensstiftend wirkt oder ob sie im Gegenteil dauerhaft fragil ist und eher militärische Konflikte provoziert.

Die meisten Beiträge untersuchen die politische Praxis der Gleichgewichtspolitik in historischer Perspektive. Klaus Malettke untersucht die Genese moderner Gleichgewichtstheorien in den Bemühungen verschiedener Bündnisse, die Hegemonialbestrebungen erst der Habsburger und dann der Bourbonen zu durchkreuzen. Bernhard R. Kroener argumentiert, dass das Ausbleiben größerer Konflikte innerhalb Europas zwischen

1763 und den Koalitionskriegen eher den hohen finanziellen, materiellen und personellen Kosten des Siebenjährigen Krieges sowie den vergleichbar hohen militärischen Potenzialen der Mitglieder der Pentarchie, die einen Angriffskrieg zu einem unkalkulierbaren Risiko gemacht hätten, als einem bewusst an der *balance of power* orientierten Friedenssicherungssystem geschuldet gewesen sei. Timothy Blanning und Matthias Schulz gehen in ihren Beiträgen auf die ‚klassische‘ Phase der Gleichgewichtspolitik im Konzert der Großmächte nach dem Sieg über Napoleon ein. Ersterer betont, dass 1815 keine so einschneidende Wasserscheide in den europäischen Beziehungen wie häufig angenommen gewesen sei, da der Rückgang der Kriege nicht das Resultat neuer Mentalitäten oder Verhaltensformen, sondern von der Kriegsmüdigkeit sowie der Klärung der Machtverhältnisse gewesen sei. Für alle sei sichtbar gewesen, dass Großbritannien die unbestrittene Vorherrschaft auf der See innehatte und dass innerhalb Europas kein Staat das Potenzial hatte, eine hegemoniale Stellung einzunehmen. Letzterer hebt hervor, der Wiener Kongress habe ein Kräftegleichgewicht gerade nicht hergestellt, aber ein um eine rechtliche und auch die Unabhängigkeit kleinerer Staaten berücksichtigende Dimension erweitertes Gleichgewichtsdenken sei sehr wohl einflussreich geworden und habe in der Konsultationspraxis des Konzerts der Großmächte seinen Ausdruck gefunden. Erst der Siegeszug des Sozialdarwinismus habe seit den 1880er Jahren das Fundament des Gleichgewichtsprinzips ausgehöhlt.

Das 20. Jahrhundert ist das Thema der nächsten drei Artikel. Patrick O. Cohrs bewertet die britische Außenpolitik nach 1923, die das Versailler System im Sinne eines faireren europäischen Äquilibriums korrigiert und zu internationaler Stabilität bis in die 1930er Jahre geführt habe, weitgehend positiv. Bernd Wegner verdeutlicht, dass gleichgewichtstheoretische Kategorien selbst auf die von einem Verfall der internationalen Ordnung geprägten 1930er Jahre anwendbar sind, hätten doch die französische und britische Regierung mit ihrer zwischen *counterbalancing* und *appeasement* alternierenden Politik gegenüber Hitler das Ziel verfolgt, ein politisches Äquilibrium in Europa herzustellen. Jost Dülffer nutzt das Gleichgewichtsmodell, um die internationalen Beziehungen im Zeitalter von Nuklearwaffen im Kalten Krieg zu analysieren.

Der Band schließt mit drei Artikeln, die sich der Theorie und aktuellen Problemen des Mächtegleichgewichts aus politikwissenschaftlicher

Sicht widmen. Michael Sheehan kritisiert (neo-)realistische Gleichgewichtskonzeptionen und zeigt auf, dass das Gleichgewicht der Kräfte ein normativ aufgeladenes und historisch kontingentes soziales Konstrukt ist. Auch Florian Kühn zweifelt in seinem Beitrag den analytischen Nutzen von Gleichgewichtsmodellen an, da diese unter anderem zu stark auf Staaten (und hier besonders auf die Großmächte) fokussiert seien, gesellschaftliche Dynamiken also außer Acht ließen, und der ihnen zugrunde liegende Machtbegriff nicht komplex genug sei. Schließlich wendet Michael Staack das Konzept der *balance of power* auf die entstehende neue Weltordnung an, die zunehmend nicht mehr von einer Hegemonie der USA, sondern von einer multipolaren Struktur gekennzeichnet sei.

Da es in der Diplomatiegeschichte sowie der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen kaum ein Konzept gibt, das mehr Aufmerksamkeit als die *balance of power* erfahren hat, ist es nicht verwunderlich, dass der Sammelband kaum bahnbrechende neue Erkenntnisse vermittelt. Stattdessen stellt er eher eine Bestandsaufnahme bisheriger Forschungen zur Gleichgewichtspolitik dar – dies allerdings in lesenswerter, differenzierter und vielschichtiger Weise. Die Probleme, den Begriff zu definieren und das Konzept theoretisch zu fundieren, werden ausführlich und sachkundig diskutiert. Ist ein Gleichgewicht das Resultat von tatsächlich relativ gleichmäßiger Verteilung von Macht und dem Fehlen eines Hegemons oder kann sinnvollerweise nur von Gleichgewichtspolitik gesprochen werden, wenn Widerstand gegen eine sich bereits formierende Übermacht organisiert wird? Bedarf es Flexibilität, um verschiedenen Vorherrschaftsbestrebungen in wechselnden Koalitionen entgegenzutreten, oder eher einer völkerrechtlichen Kodifizierung und bündnispolitischen Fixierung, damit ein Gleichgewicht stabil ist? Kann der Zustand einer *balance of power* nur von sich gegen eine Hegemonialmacht zusammenschließenden mittleren Mächten hergestellt oder kann ein Hegemon selber zum Bewahrer des Gleichgewichtes werden? Die kritische Erörterung dieser zentralen Fragen verbindet die Artikel des Bandes in kohärenter Weise. Gerade als anspruchsvolle Einführung in den Begriff und die Theorie der *balance of power* sowie die historische Praxis von Gleichgewichtspolitik ist der vorliegende Band deshalb uneingeschränkt empfehlenswert.

Regensburg

Jasper Trautsch

**Kommentatoren des politischen Zeitgeschehens**

*Pestel, Friedemann: Kosmopoliten wider Willen. Die „monarchiens“ als Revolutionsemigranten, 589 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.*

Die *monarchiens* haben als Gruppe eine sehr kurze politische Karriere während der Anfangsphase der Französischen Revolution gemacht. Spätestens nach der Oktoberkrise, die den Umzug des Hofes von Versailles nach Paris erzwang, war es mit ihrer Idee eines Zweikammernsystems in einer konstitutionellen Monarchie (nach englischem Vorbild) vorbei. Die einen machten sich auf den Weg durch Europa, andere hielten noch eine Weile in den Reihen der äußersten Rechten in der Nationalversammlung aus. Doch die Karrieren der Einzelnen waren weit länger als die der Gruppe, und hieraus bezieht Friedemann Pestels Freiburger Dissertation ihr Interesse. Denn er geht einer Gruppenbiografie (allerdings mit einer gewissen Präferenz für den zwischenzeitlich in Weimar gelandeten Jean-Joseph Mounier, was angesichts der Studienjahre Pestels im nahegelegenen Jena nicht verwundert) nach und erzählt den gesamten Bogen von den vorrevolutionären Ideenwurzeln und Sozialisationskernen bis zum Nachleben in den Rückkehrwellen der Emigration sowie in den Versuchen, Ancien Régime und neue Ordnung unter Ludwig XVIII. und Karl X. zu versöhnen.

Was dabei gegenüber der Pionierarbeit von Robert Griffiths über „Le centre perdu. Malouet et les monarchiens“ (1988) hervorsticht, sind erstens die breitere Berücksichtigung der Quellen aus den verschiedenen europäischen Emigrationsstationen und zweitens die stärkere Gewichtung der Kolonialproblematik. Letztere ist in den zurückliegenden Jahren in der Revolutionshistoriografie immer prominenter geworden und bietet für die Geschichte der konstitutionellen Monarchisten insofern einen guten Rahmen, als Pierre Victor Malouet – neben Jacques Mallet du Pan, Gérard de Lally-Tollendal, François Dominique de Reynaud de Montlosier und Mounier eine der Symbolfiguren der *monarchiens* – schon vor der Revolution dichte Beziehungen zum Pflanzermilieu unterhielt und unter der Restauration seine Karriere als zuständiger Minister für die (allerdings kläglich scheiternde) Rückeroberung der verlorenen Kolonien beschloss. Damit ist aber auch gesagt, dass die fünf wichtigsten *monarchiens* nur

wenig verband, wenn man ihre Biografien, ihre bevorzugten Themen als eifrige Pamphletisten und ihre politischen Ambitionen betrachtet. Ob sie als „Kosmopoliten wider Willen“ eine Einheit bilden, kann ebenfalls bezweifelt werden. Allerdings zielt die titelgebende Idee auch eher auf einen Trend in der neueren Emigrationsforschung, die die Prägung der Weltwahrnehmung durch die erzwungenen Aufenthaltsorte in den Blick nimmt. Und da hatte Frankreichs vorrevolutionäre Elite, die sich bald auf eine Irrfahrt durch Europa (mit dem unbezweifelbaren Fixstern London) begeben musste, so manches zu lernen.

Pestel lässt uns an dieser nicht völlig unbekanntem Odyssee teilhaben, indem er nach einführenden Kapiteln über die Herkunft der *monarchiens* und die Rolle der Anglophilie in Frankreichs politischen Diskursen vor 1789 zunächst die Krisenzeit der ersten Revolutionsmonate Revue passieren lässt, dann die einzelnen Exilorte durchgeht. Dabei mussten sie sich mit den verschiedenen Konstruktionen von „Konterrevolution“ auseinandersetzen, die als Fremd- und Selbstzuschreibung eine erhebliche Gewalt entfalteten. Daraus ergab sich ein ständiges Polemisieren der *monarchiens* in verschiedene Richtungen – mal gegen die verschwörungstheoretische Begründung eines Abbé Barruel, mal gegen die Verfluchungen durch die Daheimgebliebenen. Für diese Abwehr in zweierlei Richtung arbeiteten sie sich beinahe durch den Gesamtbestand möglicher politischer Referenzen – von Englands Glorious Revolution über die nordamerikanische Unabhängigkeit bis zu Irlands Freiheitsstreben. Das macht sie zu interessanten Kommentatoren des politischen Zeitgeschehens, auf die viele Motive zurückgehen, die man in späteren Diskursen wiederfindet. Für eine europäische Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts sind sie damit allemal ergiebiger als für eine Geschichte des politischen Einflusses im ausgehenden 18. Jahrhundert, denn der blieb vergleichsweise bescheiden.

Immerhin, und hier hat der Verfasser tatsächlich viel neues Material erschlossen, (bes. S. 255–298), hatte vor allem Malouet einiges Gewicht in der Kolonialfrage und unterbreitete Vorschläge für eine Rückkehr zur Dominanz der Pflanzeraristokratie. Er verhandelte dazu mit der britischen Regierung, der er und seine Anhänger die Verteidigung der eigenen Interessen eher zutraute als den Brissotins in Paris, die sich mit den *gens de couleur* in eine Koalition begeben hatten, oder gar den Robespieristen,

die sogar vor der Abschaffung der Sklaverei nicht zurückschreckten, als anders die Inseln nicht mehr zu halten (oder zurückzugewinnen, wie im Fall Guadeloupes) waren. Die Wette auf britische Unterstützung hatte allerdings unter den obwaltenden Kräfteverhältnissen auf Saint-Domingue kaum Chancen auf kurzfristige Realisierung. Vielmehr verloren die Engländer und ihre lokalen Truppen aus bewaffneten Sklaven den Kampf um die Zuckerinsel ebenso wie sie sich aus Guadeloupe zurückziehen mussten, weil Hugues ebenso wie Sonthonax die Ex-Sklaven auf ihre Seite ziehen konnten. Erst nach 1795 (als die Bewohner der Kolonien als gleichberechtigte Bürger in der Verfassung des Jahres III geführt wurden), sollte sich das Blatt wieder wenden. Nun bildete die Kolonialfrage wieder einen Hebel für die konservativen Kräfte in Richtung einer breiteren postrevolutionären Allianz, die den Graben zur verbliebenen Emigration zuschütten könnte. Es ist also gar nicht verwunderlich, aber bisher in der Literatur trotzdem wenig behandelt, dass sich die *monarchiens*, denen es gerade um diese Brückenbildung ging, des Kolonialthemas (und der Rückkehr zur Sklaverei) annahmen.

Ob gleich jeder, der verschiedene Fluchtorte erreicht und mit den dortigen politischen Verhältnissen in Berührung kommt oder sogar auf sie Einfluss zu nehmen sucht, ein Kosmopolit (wenn auch wider Willen) ist, wird vom Autor nicht wirklich ausargumentiert. Bezogen auf die fünf Helden, deren Reiseweg von Pestel gut quellengestützt nachvollzogen wird, lässt sich allerdings festhalten, dass sie auf der Suche nach dem unmöglichen Kompromiss zwischen Revolution und alter sozialer Ordnung, eine Menge gelernt haben von der vergleichenden Betrachtung unterschiedlicher politischer Systeme. Kein Wunder also, wenn sie mit zahlreichen Thesen in die Theoriegeschichte des europäischen Konservatismus eingegangen sind. Das Zweikammernsystem als effizienter Schutz vor Erschütterungen durch spontane Unzufriedenheit der Unterschichten; Erhalt der sozialen Hierarchie durch Betonung der Eigentumsrechte nicht nur an Sachen, sondern notfalls auch an Personen; ein pragmatisches Verhältnis zum Bellizismus – die Liste der Topoi, die man in der Ideengeschichte folgender Jahrhunderte wiedererkennt, ist eindrucksvoll. Insofern hat sich dieser erneute Tour d'Horizon durch die zahlreichen Schriften der *monarchiens* und der vielen Briefe, mit denen sie Kontakt zu den jeweils an ihren Emigrationsstationen Regierenden suchten, mehr als gelohnt.

Leider hat das Buch jedoch auch Schwächen. Man wünscht sich eine direkter auf das Ziel hinführende Argumentation. Für eine Dissertation mag es angehen, das Thema zu umkreisen und aus allen möglichen Blickwinkeln anzuschauen, aber auch schon da kann man Zweifel haben, ob solch eine Vorgehensweise der Klarheit der Fragestellung zuträglich ist. Immerhin ist aber eine universitäre Qualifizierungsschrift nur für einen kleinen Leserkreis bestimmt, bei der eine gewisse Passion für derartige Fingerübungen unterstellt wird. Ein Buch für ein (wie immer gemessen) breiteres Publikum steht dagegen deutlicher in der Pflicht klar zu sagen, worin der Erkenntnisfortschritt gegenüber dem bereits existierenden Wissensstand besteht und warum man die Investition an Geld und Aufmerksamkeit tätigen sollte, um die folgenden knapp 500 Seiten Lektüre auf sich zu nehmen. So wird man zwar über des Autors eigene (ganz unbestreitbare!) Innovation ausführlich unterrichtet, die dahin führenden Linien in der früheren Forschung aber werden unnötig abgewertet oder verwischt, auch wenn am Ende alles exakt in der ausführlichen Bibliografie (S. 536–570) nachgewiesen ist.

Leipzig

Matthias Middell

### Staat im Staate im St...?

Gahlen, Gundula/Segesser, Daniel M./Winkel, Carmen (Hrsg.): Geheime Netzwerke im Militär 1700–1945, 222 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Mit der Frage nach den Wechselwirkungen zwischen Geheimbundorganisationen und Militär bringen die Herausgeber des vorliegenden Bandes zwei Forschungsstränge zusammen, die sich bisher wenig füreinander interessiert haben, nämlich Militärgeschichte und Geheimbundforschung. Gerade weil beide Strukturen – Militär und Geheimbund – durch interne Regeln, Rituale, soziale Codes und ihr jeweiliges Ethos stark im Widerspruch zueinander stünden, so die Herausgeber, lohne der Blick auf ihre Verflechtungen.

Zu großen Teilen basiert das Buch auf Beiträgen zu einer Tagung mit dem wortgleichen Titel, abgehalten 2012 an der Universität Bern. Die zehn Beiträge reichen zeitlich vom frühen 18. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und streuen geografisch ebenfalls sehr



breit; die Mehrzahl der Aufsätze nimmt erfrischender Weise nichtdeutsche Regionen in den Blick, so sind unter anderem Bulgarien und die Karibik vertreten. Die gemeinsame Klammer ergibt sich durch den sehr offenen Begriff von „Geheimen Netzwerken“, der gezielt auch Anschluss an die Netzwerkforschung sucht und Phänomene, die nicht primär konspirativ sind, miteinschließt.

Auf ein paar wenige Beiträge sei im Folgenden gesondert eingegangen: Die „Société des antisobres“ im 18. Jahrhundert als eine Art Schnittstelle von Militär, Politik und Alkoholgenuss untersucht der Beitrag von Anne-Simone Rous. Eingefädelt durch hohe Beamte an den Höfen Preußens und Sachsens vermochte der Bund nicht nur das Verhältnis beider Fürsten und Staaten gleichermaßen zu stabilisieren, Elemente wie militärisches Vokabular und Kosenamen sowie gegenseitige Geschenke wirkten egalisierend und haben, so Rous, „Konfliktprävention“ qua praktizierte Freundschaft und Geselligkeit betrieben.

Allison O. Ramsay zeigt in ihrem Beitrag die Verflechtung von Freimaurertum und Militär in der englischsprachigen Karibik auf und bewegt sich als einzige Autorin außerhalb Europas. Sie beleuchtet nicht nur Traditionstransfers von Logen aus dem Mutterland über die Soldaten, sondern auch die Verbreitung von Freimauerei und die Erzeugung spezifischer transkultureller Identitäten, welche sie unter anderem an den Grabsteinen verstorbener Freimaurer/Soldaten abliest. Allzu stark theoriebeladen wird der Konnex von Raum, Transfer, Geheimbund, Identität und Gender/Maskulinität hingegen nur bedingt deutlich.

Die Reichswehr als „unpolitische Truppe“ dekonstruiert Jürgen Kilians Beitrag über ein Netzwerk von Generalstabsoffizieren im 100.000-Mann-Heer der Weimarer Republik, deren gesetztes Ziel der deutsche Wiederaufstieg zu einer Großmacht war. Faktoren wie gemeinsame Generation und Sozialisation führten laut Kilian dazu, dass sich Männer gleicher Gesinnung und bestimmten Funktionsposten begegneten und politische Vorstellungen teilten. Paradox war der Zerfall des Netzwerks: mit Ausschaltung direkter Gegner, dem Aufstieg einiger Mitglieder und damit verbunden dem Wegfall des Gebotes im Geheimen zu agieren, verlor sich das soziale Bindemittel der Gruppe und folglich ihre Wirkmächtigkeit.

Besonders der Beitrag von Linda von Keyserlingk verdient Beachtung. Mittels netzwerkanalytischen Instrumentariums untersucht sie die als

„konspiratives Kommunikationsnetz“ bezeichnete Gruppe des 20. Juli 1944. Anhand unterschiedlicher Grade der Involvierung einzelner Mitglieder und der infolge von Geheimhaltung selbstauferlegten Logik von Absprachen und der Art und Weise von Treffen zeigt die Autorin überzeugend auf, wie effektiv das Netzwerk insgesamt agieren konnte und welche Faktoren sich hemmend auf seine Tätigkeit auswirkten.

Weiterhin lesenswert sind Beiträge von Andreas Önnersfors über das Netzwerk der ‚Order of Walhall‘ im Schweden des ausgehenden 18. Jahrhunderts, von Jens Boysen zur Vorbereitung des Posener Aufstandes 1918 durch polnisch-stämmige Soldaten aus dem preußischen Heer sowie Alaric Searles Text über Verflechtungen von britischem Faschismus und militärischen Führungskräften im Kontext des Krieges gegen NS-Deutschland vor und nach 1939.

Leider stehen Buchtitel und Aufsätze im Spannungsverhältnis, Titel und Einleitung sprechen vom „Militär“, die einzelnen Beiträge (mit Ausnahme der Texte von Ramsay, Gahlen und Boysen) behandeln jedoch ausschließlich Netzwerke von Offizieren. Daraus hätten sich weiterführende Fragen ergeben, beispielsweise ob geheime Netzwerke im Militär eher Elitenphänomene sind. Generell wurden die Netzwerke und Geheimbünde in den Beiträgen jeweils unterschiedlich stark thematisiert. Nicht alle Texte wirken auf den spezifischen Fokus des Bandes zugespielt.

Dem Charakter eines Buches, das Neuland zu betreten versucht, eigen, lotet der Sammelband aber die Möglichkeiten des Feldes zunächst einmal aus und bündelt unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen, auch wenn Beispiele mit politisch-konspirativen Agenden und politikzentrierte Ansätze überwiegen. Fest steht, dass die Phänomene sehr divergieren. Hier wirkt der Begriff der Netzwerke zwar einerseits inkludierend, weil er offen ist für viele Erscheinungsformen sozialer Querverbindungen. Andererseits verschwimmen gerade durch diese Breite die Gemeinsamkeiten immer stärker, was die Herausgeber aufzufangen versuchten durch ihre Binnendifferenzierung, deren Kategorien allerdings allzu viele Schnittmengen aufweisen und dadurch ebenfalls an Tauglichkeit eingebüßt haben. An einer weiteren begrifflichen Qualifizierung werden nachfolgende Projekte sich abzuarbeiten haben.

Paris

Byron Schirbock

## Internationale Fürsorgenetzwerke

*Landes, Christopher: Sozialreform in transnationaler Perspektive. Die Bedeutung grenzüberschreitender Austausch- und Vernetzungsprozesse für die Armenfürsorge in Deutschland (1880–1914), 386 S., Steiner, Stuttgart 2016.*

In seiner 2015 eingereichten Dissertation befasst sich Christopher Landes mit „grenzüberschreitenden Austausch- und Vernetzungsprozessen“ (vgl. den Untertitel des Buches) auf dem Gebiet der Armenfürsorge zwischen 1880 und 1914. Dabei möchte er zwei historiographische Ansätze miteinander verbinden: die neuere transnationale Geschichtsschreibung mit ihrem Fokus auf internationale Vernetzungen und Ideentransfers auf der einen Seite und die bereits eine längere Tradition aufweisende sozialgeschichtliche Forschung über Armut und Armenfürsorge auf der anderen Seite. Diese Verbindung ist dem Autor gut gelungen, wobei der Schwerpunkt der Studie jedoch auf der Erforschung der Armenfürsorge liegt. In diesem Bereich stellt die Dissertation eine wertvolle Ergänzung zu den aktuellen mikrohistorisch ausgerichteten Beiträgen zur Armutsforschung dar, auf die sich Landes in seiner Arbeit immer wieder bezieht.

Die vorliegende Studie hat zwei Schwerpunkte: Zum einen sollen die internationalen Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren auf dem Gebiet der Armenfürsorge systematisch erfasst und dargestellt werden. Darüber hinaus will Christopher Landes aber auch die Rückwirkungen des internationalen Austausches auf die Entwicklung der Armenfürsorge im Deutschen Reich untersuchen. Als Quellenmaterial dafür dienen in erster Linie deutsche und fremdsprachige Druckschriften und Fachzeitschriften über das Armenwesen sowie Schriften aus dem Umfeld der Fürsorgekongresse. Ergänzt wird dieses Quellenmaterial durch einige Archivalien und Nachlässe einzelner deutscher Sozialreformer.

Betrachtet wird das Thema der Arbeit aus vier verschiedenen Perspektiven, welche jeweils eines der Kapitel des Buches ausmachen: Das erste Kapitel behandelt die internationalen Netzwerke der Armenfürsorge, innerhalb derer die internationalen Beziehungen gepflegt wurden. Dieses Kapitel ist der umfangreichste Teil des Buches und befasst sich hauptsächlich mit der Geschichte des internationalen Konferenzwesens und dem Wirken des im Jahr 1900 gegründeten Comité internationale. Hierüber bietet

Christopher Landes einen guten, wenn auch an manchen Stellen etwas zu detaillierten Überblick.

Das zweite Kapitel der Arbeit ist dem internationalen Erfahrungsaustausch über einzelne Fachgebiete der Armenfürsorge gewidmet. Hier hat Christopher Landes zwei Themen ausgewählt, von denen das Thema der ‚Ausländerfürsorge‘ als „internationales Thema per se“ von besonderer Relevanz ist (S. 163). Auf diesem Gebiet kann ein direkter Einfluss der Arbeit des Comité internationale auf die Politik nachgewiesen werden. Als zweites Thema wird das Problem der Unterstützung arbeitsfähiger Armer behandelt, das eng mit der damals viel diskutierten ‚Vagabundenfrage‘ und mit der Entdeckung der Arbeitslosigkeit als eigenständigem sozialen Problem verbunden war. Auch die Frage der Unterscheidung zwischen ‚selbstverschuldeter‘ und ‚unverschuldeter‘, ‚würdiger‘ Armut gehörte zu diesem Problembereich.

Der letzte Aspekt wird auch im dritten Kapitel der Arbeit aufgegriffen, welches sich mit den im internationalen Austausch erarbeiteten Leitkonzepten der Fürsorgeexperten auseinandersetzt. Zu den behandelten Themen gehören unter anderem der Grundsatz ‚Arbeit statt Almosen‘ sowie die individuelle Prüfung der einzelnen Armutsfälle. Gesondert behandelt werden darüber hinaus die kurz vor dem Ersten Weltkrieg aufkommenden neuen Leitkonzepte der Wohlfahrtspflege, welche die kollektive Vorsorge gegenüber der klassischen Armenfürsorge in den Vordergrund rückten.

Das vierte und letzte Kapitel der Arbeit behandelt Armuts- und Fürsorgediskurse während des Untersuchungszeitraums und greift dabei viele Themen des vorherigen Kapitels wieder auf. Besprochen werden unter anderem die aktuellen Auseinandersetzungen um eine Definition des Armutsbegriffs oder die Art und Weise der Wissensproduktion über die Armen. Ein weiteres Unterkapitel ist dem Wandel der Fürsorgediskurse um 1914 gewidmet.

In seiner Schlussbetrachtung fasst Landes die Ergebnisse seiner Studie in drei Phasen grenzüberschreitender Vernetzungsprozesse zusammen. In der ersten Phase ab 1880 war demnach der internationale Austausch noch geprägt von länderspezifischen Interessen und Auseinandersetzungen. Deutsche Akteure seien vorerst nur am Rande beteiligt gewesen. Die zweite Vernetzungsphase ab 1900 habe mit der Gründung des Comité internationale „den Durchbruch bei der Formalisierung der internationalen

Beziehungen“ (S. 343) auf dem Gebiet der Armenfürsorge gebracht. Die Beteiligung am internationalen Austausch über Grundprinzipien und praktische Fragen der Fürsorge habe eine gemeinsame Identität zwischen den Fürsorgeexperten verschiedener Länder geschaffen und auf die Entwicklung des Sozialstaats in den jeweiligen Ländern zurückgewirkt. In der dritten Vernetzungsphase vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges hätten die internationalen Netzwerke jedoch wieder an Bedeutung verloren. Internationaler Austausch habe nun eher in einzelnen Teilgebieten der Fürsorge und auf konkrete Fragestellungen bezogen stattgefunden und sei von der Auseinandersetzung mit den neuen Ansätzen der Wohlfahrtspflege geprägt gewesen, bevor der internationale Austausch während des Krieges zum Erliegen kam.

Christopher Landes zieht am Ende seiner Studie das Fazit, dass „die Miteinbeziehung einer transnationalen Perspektive [...] die Forschung zur Armenfürsorge sinnvoll erweitern kann“ (S. 352). In der Tat hat er auf diesem Gebiet eine Forschungslücke geschlossen. Aber auch Forschenden, die nicht in erster Linie an den internationalen Aspekten der Diskurse in der Armenfürsorge um 1900 interessiert sind, ist dieses Buch zu empfehlen, da es einen guten Überblick über die wichtigsten Diskurse und Themen auf diesem Gebiet liefert. Zu bemängeln ist lediglich, dass einige Themen immer wieder unter anderen Gesichtspunkten aufgegriffen werden und es dadurch häufig zu Wiederholungen kommt. Insgesamt tut dies aber der guten Lesbarkeit des Buches keinen Abbruch.

Trier/Köln

Katharina Brandes

### Japanischer Gefallenenkult

Schölz, Tino: „Die Gefallenen besänftigen und ihre Taten rühmen“. Gefallenenkult und politische Verfasstheit in Japan seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 509 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Diese Dissertation (Universität Halle) beschäftigt sich mit der japanischen Einstellung zum Tod und dem Gefallenenkult nach dem Ende des Tokugawa-Shogunats. Tino Schölz untersucht diese eigene Form der Ehrung sowohl in ihrer historischen Entwicklung unter Berücksichtigung

religiöser und kultureller Traditionen als auch in ihren politischen Funktionen. Als bestimmend sieht er neben religiösen Wurzeln aus Shintoismus und Buddhismus auch den Konfuzianismus und den Ehrenkodex *bushidô* (Weg des Kriegers) der Samurai-Klasse an. Eingeteilt ist das Werk in drei Hauptkapitel: Die Wurzeln der Gefallenenverehrung vor der Begründung des modernen Nationalstaates Mitte des 19. Jahrhunderts, die Ära des autoritären Staatswesens 1853–1945 und die demokratische Phase nach 1945.

Mit Ausnahme der Abwehr von Mongoleneinfällen im 13. Jahrhundert hatte das Land bis zum 16. Jahrhundert nur Gefallene aus Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Clans gekannt und in der nachfolgenden Friedensperiode gar keine derartigen Opfer. Die von den USA 1853/54 erzwungene Öffnung des bis dahin abgeschotteten Landes und das Auftauchen von Flotten weiterer Mächte machten aber nicht nur eine Kriegsbereitschaft gegen äußere Gegner erforderlich, sondern führten auch zu einer Destabilisierung im Innern und dem Wiederaufflammen von Bürgerkriegen. Der nun auf den Tenno ausgerichtete neue Nationalstaat brachte einen Gefallenenkult zugunsten der Kaiser-Fraktion hervor, dagegen eine Ächtung der oppositionellen Truppen der neuen Bürgerkriege, besonders derjenigen der Shogunats-Seite. Neben alten religiösen und kulturellen Traditionen bei der Totenehrung arbeitet der Autor die Politik heraus, mit neuen, aber archaisierenden Praktiken einen Kaiserkult aus der Taufe zu heben, der ein historisches Erbe zur Legitimierung des nun auf den Tenno zugeschnittenen neuen Staates vortäuschte. Der Monarch, der jahrhundertlang nur noch religiös-kultische Aufgaben wahrgenommen hatte, erhielt nun wie in grauer Vorzeit eine militärische Funktion und zusätzlich eine gottgleiche Stellung. Im Gegensatz zur Tokugawa-Zeit verlor der Buddhismus an Einfluss zugunsten des Shintoismus, dessen Hohepriester der Tenno selbst war. Für ihn zu sterben wurde als höchste Ehre propagiert.

Der Shintoismus übernahm nun an Stelle des Buddhismus weitgehend auch die Aufgabe der Bestattungsriten für Kriegstote. Die Gefallenen mussten dabei besänftigt werden, da sie sonst als unruhige Geister herumirren und womöglich Rache an der Gesellschaft für ihren gewaltsamen Tod nehmen könnten. Daher rief der Priester ihre Seele herbei (*shôkon*), schreinte sie in ein Shinto-Heiligtum ein und verlieh den Toten dadurch den Status einer Gottheit. Planmäßig wurden dazu eigene Shinto-Schreine mit einer

eigenen Priesterschaft begründet. Der wichtigste darunter war der Yasukuni-Schrein (Schrein des befriedeten Landes) in Tokyo, der ab 1869 zur Stätte eines zentralen staatlichen Gefallenenkultes wurde, um die toten Helden der Kaiserfraktion zu ehren. Später wurden auch die Toten der gegen andere Staaten geführten Kriege aufgenommen.

Die Hinterbliebenen erfuhren ebenfalls besondere Ehrungen, wohingegen die Familien von Kriegsgefangenen, die ja nicht bis zum letzten Atemzug gekämpft hatten, mit sozialer Ächtung zu rechnen hatten. Wie von der militärischen Führung regelrecht gefordert, hatten sich Soldaten in auswegloser Lage notfalls auch von eigener Hand zu töten, um damit zumindest Würde und Ehre zu bewahren, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Familie und die Nachkommenschaft. Durch die ab 1894 geführten auswärtigen Kriege gewannen auch die Buddhisten als Seelsorger wieder an Einfluss im Militär, und die Gefallenenehrung verlor den Charakter eines staatlichen Monopols. Stattdessen wurde sie auch zur Aufgabe von Hinterbliebenenverbänden und patriotischen Organisationen.

Gefallene wurden gewöhnlich in der Nähe der Kampfstätte kremiert, und ihre Asche wurde in die Heimatgemeinde gesandt, um sie in öffentlichen oder privaten Zeremonien zu bestatten. Wie Schölz nachweist, wurden aber vom Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 an auch Kriegerfriedhöfe im Ausland angelegt, so zum Beispiel in der Mandschurei.

Angesichts der von dem Autor minutiös beschriebenen Todes- und Opferbereitschaft der Japaner ist zu fragen, ob er nicht stärker der Rolle hätte nachgehen sollen, die der buddhistische Glaube an Wiedergeburt bei dieser Haltung spielte. Immerhin erhielten die Gefallenen dadurch eine Chance für ein neues – womöglich besseres – Leben und Bewährung. Das dürfte dem Tod einen Teil seines Schreckens genommen haben und ihm – gepaart mit der Aussicht auf shintoistische Ahnen- und Heldenverehrung und sogar Vergöttlichung – eine gewisse Attraktivität verschafft haben. Vor einer Schlacht feuerten sich jedenfalls die Soldaten häufig mit dem Ruf gegenseitig an: „Im Yasukuni-Schrein sehen wir uns wieder!“.

Das Jahr 1945 bedeutete eine tiefe Zäsur. Die amerikanische Besatzungspolitik beendete durch eine Reihe von Ver- und Geboten den politischen Totenkult, so beispielsweise durch die erzwungene Trennung von Staat und Religion und damit dem Ende des Staatshintos. Der

Tenno wurde vom vergötterten militärischen Oberbefehlshaber zum friedliebenden „Symbol des Staates“ gewandelt und die Friedenspflicht in der Verfassung verankert. Statt staatlicher Zeremonien kümmerten sich andere Trägergruppen, vor allem der Hinterbliebenenverband, um das Gedenken. Schwierig aber wurde der Spagat, sich einerseits von den Zuständen des autoritären Staates und den Eroberungskriegen zu distanzieren, andererseits aber an die für den Tenno gefallenen Soldaten zu erinnern und sie zu ehren.

Nach dem Ende der Besatzungszeit 1952 war Japan relativ frei in seinen Praktiken des Gefallenengedenkens, und wie Schölz überzeugend nachweist, machten sich bald unter der nahezu ununterbrochenen Herrschaft der konservativen Partei LDP restaurative und apologetische Tendenzen mit einer Verharmlosung der aggressiven Expansionspolitik bemerkbar. Dabei erfuhr der berühmt-berüchtigte Yasukuni-Schrein durch die Aufwartung durch Politiker eine Prestigesteigerung, die zu internationaler Kritik, besonders durch die einst von Krieg überzogenen Nachbarländer führte. Nach mehreren gescheiterten Anläufen gab die Regierungspartei 1974 jedoch ihre Versuche auf, das Heiligtum in staatliche Trägerschaft zu überführen. Stattdessen aber machten zahlreiche Politiker bis hin zu einigen Premierministern dem Schrein weiterhin „privat“ ihre Aufwartung. Sie spalteten damit nicht nur die – weitgehend pazifistisch gestimmte – japanische Gesellschaft, sondern lösten immer wieder einen Sturm der Entrüstung in den ehemaligen Opferländern aus, zumal als auch die auf dem alliierten Militärtribunal von Tokyo 1946–48 zum Tode verurteilten Hauptkriegsverbrecher dort 1978 eingeschreint wurden. Allerdings verweigern die Kaiser seither ihre Besuche.

Berlin

Gerhard Krebs

### Deutsch-Amerikaner

*Bungert, Heike: Festkultur und Gedächtnis. Die Konstruktion einer deutschamerikanischen Ethnizität 1848–1948, 637 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.*

Im 19. Jahrhundert stellten deutschsprachige Migranten die mit Abstand größte Einwanderergruppe in den Vereinigten Staaten. Im öffentlichen Raum haben sich indes nur wenige Spuren

deutsch-amerikanischen Lebens erhalten. Das „Verschwinden“ der deutschen Einwanderer im amerikanischen Mainstream hat viele Gründe. Die Forschung hat die Auswirkungen der massiven antideutschen Propaganda-Kampagne während des Ersten Weltkrieges lange überschätzt. Deutschsprachige Migranten waren keine homogene Gruppe. Sie stammten aus unterschiedlichen Regionen, die teilweise außerhalb der Grenzen des kleindeutschen Reiches lagen. Die Einwanderung erstreckte sich über einen langen Zeitraum, ging aber nach 1890 deutlich zurück. Dazu kamen konfessionelle Gegensätze und tief ausgeprägte Klassenunterschiede. Insbesondere deutschsprachigen Protestanten standen viele Tore offen, die Mitgliedern anderer Einwanderergruppen lange versperrt blieben. Nicht wenige deutschsprachige Katholiken verbrachten ihre Freizeit primär in Vereinen, die unter dem Dach der Kirche organisiert waren.

Wenn deutsche Einwanderer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in großer Zahl zusammenkamen, taten sie das in der Regel, um zu feiern. Dieser zentrale, aber bisher kaum erforschte Aspekt der deutsch-amerikanischen Geschichte steht im Zentrum der überarbeiteten Habilitationsschrift von Heike Bungert. Die an der Universität Münster lehrende Historikerin untersucht die Funktion von Festen, Massentreffen von Turnern, Sängern und Schützenvereinen sowie Paraden in vier ausgewählten amerikanischen Städten: New York, Milwaukee, San Antonio und San Francisco zwischen 1848 und 1914. Mit diesem Ansatz löst sie sich vom nach wie vor dominanten Fokus auf einzelne Städte und kann Aussagen über regionale Unterschiede und generelle Entwicklungen machen. Vergleiche zur Festkultur anderer Einwanderergruppen zieht sie allerdings nur am Rande. Zu loben ist, dass die Analyse von Festen und Vereinskultur theoretisch fundiert ist. Bungert geht auf die Ergebnisse der deutschen Bürgertums-Forschung ein und zieht interessante Vergleiche zwischen deutschen und deutsch-amerikanischen Entwicklungen. Sie stützt sich im Hinblick auf den Begriff kulturelles Gedächtnis auf soziologische und kulturwissenschaftliche Ansätze von Pierre Nora, Pierre Bourdieu und Jan Assmann. Für die amerikanische Einwanderungsgeschichte bezieht sie sich auf unter anderem auf Studien von Milton Gordon, Ewa Morawska und Kathleen Conzen über die Konzepte „Assimilation“ und „Ethnizität“. Ein weiteres Verdienst der Studie ist, dass Bungert Geschlechterrollen sorgfältig untersucht und bewertet.

Die Gliederung der Studie ist chronologisch angelegt. Die vier Hauptkapitel behandeln die Jahre vor dem amerikanischen Bürgerkrieg, die relativ kurze Zeitphase zwischen dem Bürgerkrieg und der Gründung des Deutschen Reiches, die entscheidende Phase der „Ethnizitätsbildung“ von 1870 bis in die frühen 1890er Jahre und abschließend die Periode der „Nationalisierung“ in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Schon ein oberflächlicher Blick deutet an, dass Bungert einen gewaltigen Bestand von teilweise kaum bekannten Quellen in dutzenden von Archiven recherchiert hat. An manchen Stellen erdrücken die Materialfülle und der Detailreichtum die Argumentation der überlangen Studie. Wie viele andere Historiker über Deutsch-Amerikaner konzentriert sich Bungert dank der guten Quellenlage auf die Ebene der „ethnischen“ Mittler. Zum Kreis der führenden Repräsentanten der Einwanderer und den Organisatoren von Festveranstaltungen gehörten primär Mitglieder der Mittelschicht, Geschäftsleute, Ärzte, Anwälte und nicht zuletzt Journalisten, aber auch Frauen und Arbeiterführer.

New York beherbergte in absoluten Zahlen die meisten deutschsprachigen Einwanderer. Ähnlich wie in Chicago mussten sie sich mit anderen Gruppen wie den etablierten Anglo-Amerikanern, Iren und gegen Ende des Jahrhunderts Italienern und Juden arrangieren. Die Fluktuation war hoch und die Unterschiede zwischen deutschsprachigen Einwanderern stärker ausgeprägt als in der Provinz. Selbst an großen Festveranstaltungen in New York nahmen daher vor allem Mitglieder von Vereinen aus anderen Teilen des Landes und häufig nur eine Minderheit der deutschen New Yorker teil. In der mittelgroßen Stadt Milwaukee, das mit Cincinnati und St. Louis das sogenannte „deutsche Dreieck“ bildete, stellten in den deutschen Staaten geborene Einwanderer zeitweise über ein Drittel der Bevölkerung. Für New York und Milwaukee kann sich Bungert auf eine Reihe aktueller Studien stützen. Weniger bekannt und auch kaum erforscht ist die Geschichte von Migranten aus den deutschen Staaten im texanischen San Antonio und in San Francisco. Diese Teile der Studie sind selbst für Spezialisten besonders interessant.

Bungerts Hauptthese ist, dass eine schnelle Assimilation deutscher Einwanderer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht stattgefunden hat. Die Festkultur expandierte bis nach der Jahrhundertwende. Tausende von Personen kamen regelmäßig zu unterschiedlichen Festveranstaltungen, auch in Regionen, in denen

deutsche Migranten keine prominente Gruppe waren. Allerdings geht Bungert gerade einmal in einem Absatz auf die Jahre nach 1914 ein. Da der Krieg einen deutlichen Bruch repräsentierte, erscheint es unabhängig von der Bewertung problematisch, das Ereignis vollkommen auszuklammern. Denn es ist unbestritten, dass das Vereinsleben und die Festkultur deutscher Einwanderer nach dem Krieg zwar nicht von der Bildfläche verschwanden, aber doch stark an Bedeutung verloren.

Die Studie eignet sich hervorragend als Einstieg in das sehr disparate Feld der deutsch-amerikanischen Geschichte, nicht zuletzt für Studenten und Lehrer. Der Forschungsüberblick und die ausführliche Bibliographie reichen weit über den thematischen Fokus der Studie hinaus und sind besonders wertvoll.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

### Nahost-Umschau

*Steininger, Rolf*: Deutschland und der Nahe Osten. Von Kaiser Wilhelms Orientreise 1898 bis zur Gegenwart, 259 S., Lau, Reinbek 2015.

Rolf Steininger edierte Bände zur deutschen, österreichischen, nahöstlichen und amerikanischen Geschichte. Geboren 1942, wirkte er am Innsbrucker Institut für Zeitgeschichte. Dieser Band zu Deutschland und Nahost seit 1898 soll ein Desiderat sein: durch eine knappe Übersicht auf der Basis der jüngsten Literatur und Akten. Die Lücke besteht, kam doch erstmals 2013 eine Gesamtschau heraus, die freilich voluminös ausfiel, aber durch Steininger breit benutzt wird.

Sieben Kapitel ordnete der Emeritus chronologisch. Im Ersten Weltkrieg werden die Sicht Kaiser Wilhelms II. auf Juden und Muslime sowie der Dschihad für den Kaiser, der Völkermord an den Armeniern, das Ende des Osmanenreichs und Palästinas Juden erhellte. Die Weimarer Republik und das ‚Dritte Reich‘ werden bis 1939 dem Punkt Briten, Juden und Araber aus der Sicht der Jerusalemer Generalkonsuln zugeordnet.

Zum Zweiten Weltkrieg geht es um Hitler und den Irak sowie um den Großmufti al-Husaini in Berlin. Die nächsten beiden Kapitel gelten der Bonner Republik bis zu den diplomatischen Beziehungen mit Israel 1965; und dem Sechstagekrieg 1967 bis zur deutschen Einheit 1990. Das

letzte Kapitel behandelt die deutsche Wiedervereinigung 1990 und die Gegenwart.

Methodisches sei vorausgeschickt. Wer eine kurze Umschau sucht, den plagt die Qual der Wahl. Steininger schöpft aus seinem Aktenfundus. Dieser ist multilateral und fraglos seine Stärke. Zwar obsiegt öfter der Historikerdrang, zu häufig allzu lange aus Akten zu zitieren (S. 44–63), die Stringenz verfehlend. Doch lockerte er dies durch treffliche Fotos – nebst Anhang mit Zeittafel und Literaturtipps – auf.

Andererseits arbeitet er nicht in den Sprachen der betroffenen Völker, weshalb Umschriften von Namen und Begriffen, ausgewogenere Inhalte und Literaturen infrage stehen. Doch legt der Buchtitel Beziehungen nahe. Wie aber können sie gelten, ohne andere Seiten, also Bücher von Kollegen in Mittelost und dortige Akteneditionen, einzubeziehen? Keine Beziehungsgeschichte sollte so einseitig sein, außer zu Themen wie „deutsche Quellen zu Nahost“. Aber es ist noch weniger, zumeist die bundesdeutsche Sicht, denn oft fehlen ostdeutschen Einflüsse auf die Kerngruppe arabischer Staaten um Algerien, Libyen, Ägypten, Syrien, Irak, Südjemen sowie die PLO im Kalten Krieg.

Die These, die deutsche Nahostpolitik, die den Namen verdiene, gebe es erst wieder seit der Bundesrepublik (S. 8), ist fraglich. Ein Gesamtblick bedeutet, dass Wilhelms, Weimars und Hitlers Nahostpolitik, so furchtbar sie auch in der Islam- und Minoritätenpolitik ausfielen, Deutschlands eigene Wege zu Nahost waren, also die primäre Berliner Nahostpolitik in Krieg und Frieden. Was dann im Kalten Krieg zur Region folgte, bildete in Bonn und Ostberlin eine sekundäre Nahostpolitik als Variablen der stets vorrangigen Politik von Großmächten. Bonn folgte Washington, London und Paris; hingegen Ostberlin dem Sowjetreich. Vierzig Jahre auf Washington orientiert, fällt es Berlin noch schwer, seinen primären Nahostkurs zu etablieren.

Produktiv sind Steiningers Gedanken zum deutsch-osmanischen Pakt im Ersten Weltkrieg. Max von Oppenheims Plan zur „Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde“ war, dass das islamische Dschihadgebot zur Ideologie im Weltkrieg entfaltet wurde, die sich im Osmanenreich gegen lokale „Ungläubige“ richtete, Juden wie Christen. Dies nahmen Kaiser Wilhelm und seine Islamologen an. Mit Mittelostlern, die 1917 ihre Theorie des Islamismus begründeten, lieferten sie für Muslime als Dschihadisten Motive im Genozid gegen die Christen wie Armenier,

Griechen und Assyrer sowie zum versuchten Genozid an Palästinas Juden. Der Bundestag bejahte 2016 eine deutsche Mitverantwortung am Völkermord an den Armeniern.

Ausgelotet wird die Wiedergutmachung mit Israel 1952. Zu erwähnen wäre hier der Bonner Vorschlag, parallel diplomatische Beziehungen zu starten. Hätte ihn Israel befolgt, konnten dritte Seiten Bonn nicht durch volle Beziehungen mit Ostberlin erpressen. Dessen Nein sollte auch zum israelischen Ersuchen auf „1/3 Schuldenbegleichung“ von 1956 erörtert werden.

Steiningers Fazit zu Bonner Waffenlieferungen an Israel auf US-Bitte ist wichtig. Es spricht für die These der sekundären Bonner Nahostpolitik: Amerika wollte im Hintergrund bleiben, rüstete es doch gerade Jordanien mit Waffen aus. Mit deutscher Hilfe blieb das militärische Gleichgewicht in Nahost erhalten, ohne das Amerika direkt involviert war (S. 113). Doch mit diesem Hilfsdienst, von Washington „Chance einer Geste der Solidarität mit Israel“ genannt, brach das Bonner Nahostdebakel aus – „die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik“ (S. 117). Hier fehlt zumeist die ostdeutsche Interaktion, der jene arabische Gruppe folgte und Ostberlin die volle Anerkennung 1969 zugab. Dies vertiefte die deutsche Zweistaatlichkeit.

Der Autor mag nächste Auflagen verbessern: nicht nur „Türken“ (S. 21f.), geht es um die Osmanen; Istanbul, nicht Konstantinopel. Weniger der Sultan erklärte den Dschihad, denn er galt nur als osmanischer Herrscher. Aber als „Kalif“ sprach er alle Muslime an. In seinem Namen proklamierte der Scheich des Islam am 14., nicht am 12. November 1914 einen koalitionsären Teildschihad gegen Alliierte, die Mittelmächte ausgespart. Al-Husaini wurde 1921 Großmufti von Jerusalem (S. 44, 78). Seine und Hitlers Erklärung gab es sogar doppelt (S. 74): auch auf Arabisch gesendet im Rundfunk der Achse und als Vertragsentwurf, den Hitler mit Benito Mussolini abklärte, aber Ende 1941 zurückhielt; Paragraph sieben sah Genozid an Juden auch in Mittelost und deren Reiseverbot dorthin aus Europa vor. Es gab nur „Radio Berlin“ in Zeesen (S. 78), al-Husaini (\*1897) wurde 77 Jahre alt und der Kronprinz hieß Fahd (S. 199).

Rolf Steininger edierte eine anregende Nahost-Umschau aus Berliner, Bonner, Jerusalemer, Washingtoner und Wiener Sicht. Er mag balancierten Abrissen neue Wege angebahnt haben.

New Jersey

Wolfgang G. Schwanitz

## Europäische Zugehörigkeitspolitiken

*Gosewinkel, Dieter: Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, 772 S., Suhrkamp, Berlin 2016.*

Eine Geschichte europäischer Staatlichkeit nach dem Wiener System bis zur Neusortierung von Grenzen und Bevölkerungen nach 1989. Eine Geschichte der europäischen Integration bis zu ihrer aktuellen Krise. Eine Geschichte des europäischen Kolonialismus inner- und außerhalb des Kontinents einschließlich der Dekolonialisierung. Geschichten politischer Zugehörigkeit, von Gewaltpolitiken, Bevölkerungsverschiebungen, Minderheiten- und Menschenrechten, von dissidenten Bürgern und Emanzipationsversuchen – dies alles und noch mehr bietet Dieter Gosewinkels umfassende Studie zur Staatsbürgerschaft in Europa, die diese moderne Rechtsinstitution des Nationalstaats als „Sonde“ zur Gesellschaftsanalyse einsetzt (S. 20). Wem, wie und wann garantierten Staaten seit Beginn des 20. Jahrhunderts „Schutz und Freiheit“ – so die titelgebende Funktion des Zugehörigkeitsprivilegs – und wem wurden sie verwehrt? Die doppelte Fragestellung richtet sich ebenso auf den Wandel staatsbürgerlicher Rechte wie ihrer Zugangsvoraussetzungen. Daher wird der diskriminierende Ausschluss für die relevantesten Gruppen – Frauen und Juden – durchgängig einbezogen. Neben der Rechtsinstitution und der politischen Praxis ihrer Anwendung soll auch das normative Ideal von Staatsbürgerschaft historisiert werden.

In transnationaler Perspektive werden die Entwicklungen in sechs prägenden west- und osteuropäischen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei und Russland) untersucht und in sechs nahezu monografiestarken Epochenkapiteln von 1900 bis 2014 so nebeneinander gestellt, dass ihre enge Verflochtenheit deutlich wird. Dass die im Laufe des 20. Jahrhunderts zur dominanten Zugehörigkeitskategorie aufsteigende Staatsbürgerschaft eine System- und Rechtstraditionen übergreifende gemeineuropäische Rechtsinstitution des *ius publicum europaeum* bildete (S. 639), ist nur ein Ergebnis dieses ausgreifenden Zuschnitts, der erstmals Ost und West in einer Synthese verbindet. Ebenso gewinnbringend erweist sich die Perspektiverweiterung auf die „globale Dimension“ europäischer Staatsbürgerschaft im Kolonialismus und seinen Rückwirkungen (S. 640), die

innereuropäische Entwicklungen kontrastiert und in Beziehung setzt.

Annahmen, die die Forschung lange prägten, werden nebenbei modifiziert. So relativiert Gosewinkel die Bedeutung kultureller Nationskonzepte und historisiert Thomas H. Marshalls soziologisches Modell von stufenweise errungenen Rechten anhand der Biografie des Autors. Die Internierung des britischen Studenten in Deutschland während des Ersten Weltkrieges als „feindlicher Ausländer“ illustriert die existenzielle Dimension, die der politischen Zugehörigkeit im Jahrhundert der Extreme zukam. Denn Zugehörigkeitspolitiken, stets in der Spannung zwischen Rechtegewährung gegenüber den Mitgliedern eines Staates und der Abgrenzung nach außen, wirkten sich höchst ambivalent aus: Einerseits stärkten sie soziale Gleichheit im Sinne des seit der Aufklärung in der Staatsbürgerschaft beinhalteten Versprechens auf Partizipation und Inklusion. Andererseits verschärfen sie kulturellen, religiösen und ethnisch-nationalen Ausschluss und dienen dazu, rechtliche Hierarchien zu legitimieren. In den Diktaturen und Kolonien kam dies besonders scharf zum Ausdruck. Wie die Mitgliedsrechte konkret gestaltet wurden, bestimmten unterschiedliche politisch-soziale Konstellationen, Interessen und transnationale Einflüsse.

Die große Linie säkularen Wandels europäischer Staatsbürgerschaft erfasst Gosewinkel als Übergang von der Nationalisierung zur Denationalisierung (S. 636): Staatsbürgerschaft wurde als „Grundmodell“ Ende des 19. Jahrhunderts etabliert, in der Epoche der Weltkriege nationalisiert und ethnisiert, ihre rechtliche Form zerstört und die Ausschlussfunktion radikalisiert; das Nachkriegseuropa war jedoch regional gespalten. Einer Nationalisierung im Einflussbereich der Sowjetunion, die alle Grundrechte an Staatsbürgerschaft koppelte, standen im Westen – durch den Aufstieg von Menschenrechten wie aufgrund kontinuierlicher Arbeitsmigration – Tendenzen zur Denationalisierung gegenüber. Nach dem Kalten Krieg glichen die Regionen sich wieder an. Für unsere Gegenwart konstatiert der Historiker einen Bedeutungsverlust der einzelstaatlichen Zugehörigkeit gegenüber der EU-Mitgliedschaft. Zwar sei nach wie vor relevant, Staatsbürger zu sein, doch würden transnational formulierte Schutzrechte für Individuen immer wichtiger (ebd.).

Die umfangreiche, gleichwohl hochkompakte Darstellung, basiert auf breiter Grundlage. Gesetze und andere politisch-normative Quellen werden diskurs- und sozialgeschichtlich

eingebettet, eine ganze Bibliothek historischer und juristischer Forschung souverän ausgewertet. Dieter Gosewinkel ist als Jurist und Historiker wie durch seine grundlegenden, oft komparativen Arbeiten zur deutschen Staatsbürgerschaft hervorragend qualifiziert für eine anspruchsvolle Rechtsgeschichte, die auf das komplexe Geflecht sich wandelnder Politiken, Rechte und ihrer Verhältnisse zur Lebenswirklichkeit zielt, anstatt sich auf den Normenwandel zu beschränken. Die Studie zeichnet sich durch hohe methodische Reflexion aus, auch gegenüber den Grenzen des Zugriffs. So scheint die nicht eigens untersuchte lebensweltliche Erfahrung hinter Politiken und Rechtsinstrumenten immer wieder auf, denn die existenzielle Bedeutung der gewährten oder verweigerten Schutz- und Freiheitsrechte im 20. Jahrhundert bildet das Hauptargument dieser umfassenden Darstellung, die Handbuchcharakter hat, und wird eindrucksvoll belegt.

Über die Zeit- und Gegenwartsgeschichte hinaus wagt der ‚bekennende Etatist‘ Ausblicke. Für die Schutzfunktion sei nicht entscheidend, dass unbedingt ein Nationalstaat sie garantiere, sondern dass Mitgliedschaft und politische Zugehörigkeit überhaupt von einer schutzmächtigen politischen Einheit bestimmt und verteidigt werde (S. 654). So verbirgt sich hinter dem nüchternen Pathos der Präzision durchaus eine Positionierung für Europa.

Potsdam

Kathrin Kollmeier

## 20. JAHRHUNDERT

### Der Stadtraum als Erzieher

*Viehhauser, Martin*: Reformierung des Menschen durch Stadtraumgestaltung. Eine Studie zur moralerzieherischen Strategie in Städtebau und Architektur um 1900, 383 S., Velbrück, Weilerswist 2016.

Historiker und Soziologen interessieren sich seit einiger Zeit stark für Versuche, menschliches Verhalten auf subtile Weise in gewünschte Bahnen zu leiten. Dieses Interesse ist auf die Verbreitung der Machttheorien Michel Foucaults zurückzuführen; es entspringt aber auch einem Trend zur Historisierung der Hochmoderne: Das *social engineering* wird als Strukturmerkmal der



Epoche zwischen 1880 und 1980 betrachtet. Und so ist es zu begrüßen, wenn auch Erziehungswissenschaftler dieses Feld bestellen – wie Martin Viehhauser mit seiner neuen Studie zu Städtebau und Architektur um 1900 als „moral-erzieherischen“ Disziplinen.

Viehhauser zeigt, dass um die Wende zum 20. Jahrhundert eine heterogene Konstellation aus zumeist bürgerlichen Architekten, Städtebauern, Kunsttheoretikern und Politikern neue Konzepte entwickelte, Einzelgebäude und Stadtraum so zu gestalten, dass sie befriedend und ordnend auf (nationale) Kollektive wirkten. Bewusst geformte städtische Morphologie, eine aus lokalem Material, aus Geschichte und Landschaft erwachsende architektonische Stilistik, aber auch wohngygienische Anstrengungen – all das analysiert Viehhauser als Teil einer Reform-„Strategie“, die sich am besten als pädagogische begreifen lasse. Heterogene Entwicklungslinien verbanden sich um 1900 zu einer Praxis, die darauf abzielte, bestimmte Erfahrungen räumlich vorzuprägen – Erfahrungen, die Individuen zu höherer Sittlichkeit führen konnten. Welche konkreten Verhaltensweisen das im Sinne der „Ordnung der Gesellschaft“ (S. 123) bewirken sollte, macht Viehhauser nicht ganz klar. Seine Quellen deuten aber auf Ziele hin wie Bildungsaspirationen, ökonomische Selbstgenügsamkeit, vorsorgendes Verhalten und Integrationswille in die nationale Gemeinschaft.

Viehhauser hat sich tief in die internationalen Fachdebatten der Periode eingelesen, deren Analyse er um die Sichtung von Unterlagen aus politischen Entscheidungsprozessen und der städtischen Planungspraxis (in der Schweiz) ergänzt. Für mehrere Vignetten zu Zürich hat er zudem punktuell Archivmaterial aufgetan. So konturiert er eine Phase, in der sich gerade die Stadtplanung parallel zum rasanten Wachstum vieler Städte zu professionalisieren begann, was der Autor entlang von Kategorien wie Rationalisierung und Verwissenschaftlichung diskutiert. Interessant ist dies vor allem dort, wo Viehhauser Verbindungen zwischen wissenschaftlichem Wissen und planerischer Programmatik zutage fördert. So kann er zeigen, dass die oft als rückwärtsgewandt wahrgenommenen Vorschläge des Städtebau-theoretikers Camillo Sitte zur Dimensionierung von öffentlichen Plätzen neuen wahrnehmungspsychologischen Forschungen entsprachen. Derlei Raumbildung baute auf Theorien zum Sehsinn auf, die eine Anpassung an „menschliche Maßstäbe“ nahelegten, weil erst das eine Prägung durch die Umgebung zu ermöglichen schien.

Auch Viehhausers Rekonstruktion der komplexen Genealogie des Heimatstils geht in diese Richtung. Wenn Reformen die historistische Repräsentationsarchitektur ablehnten, hatte das eine evolutionsbiologische Grundierung; es galt ihnen, durch Wiedergewinnung des individuellen künstlerischen Ausdrucks an eine unterbrochene Entwicklung anzuknüpfen. Schönheit und Wahrfähigkeit konnten dann der Entfremdung in der Massenkultur entgegenwirken.

Nun ist Viehhausers Beobachtung der ‚Modernität‘ solcher Diskurse nicht ganz neu, wie der Blick in die Arbeiten von Ákos Moravánszky oder in (vom Autor nicht rezipierte) Veröffentlichungen zur ‚Neuen Tradition‘ im Bauwesen zeigt. Dennoch ist es seiner These von der Moralerziehung *qua* Raumgestaltung zu wünschen, dass sie gerade bei Architekturhistorikern Gehör findet, die dazu neigen, die Entstehungskontexte der untersuchten Bauwerke auszublenden. Allerdings wird sich dann zeigen, ob nur der Rezensent diese These eher unzureichend belegt findet. Auffällig ist, dass Viehhauser sie oft wiederholt, was sein Buch recht redundant macht. Den Lesefluss stört neben einem ausgeprägten Nominalstil zudem, dass Viehhauser die Biografien der Akteure in die Fußnoten auslagert – solche Angaben sollten entweder analytisch eingebunden oder weggelassen werden.

Insgesamt fällt die Bilanz gemischt aus. Spannenden Beobachtungen wissenschaftlicher Art sowie der begrüßenswerten Absicht, das Architekturfeld für die Geschichte der Pädagogik zu öffnen, steht der Eindruck gegenüber, dass Viehhauser die Forschungsstände von Kunst- und ‚allgemeiner‘ Geschichte eher selektiv auf seine These hin durchsiebt. Insbesondere gilt das für die umfangreiche Literatur zu Kernarenen des Munizipalsozialismus der Jahrhundertwende wie Bodenreform und Baugesetzgebung. Viehhauser kann zwar die Nähe der entsprechenden Bemühungen zu den auf gestalterische Wirkungen ausgerichteten Konzepten etwa der Heimatschutzbewegung aufzeigen – aber handelt es sich wirklich um *ein* umfassendes Reformprojekt? Niemand würde beispielsweise bestreiten, dass der Arbeiterwohnungsbau der Jahrhundertwende darauf hinauslief, ‚unsittliches‘ Verhalten zu verhindern. Aber ist die Trennung von Individuen *qua* Grundriss, die Praktiken wie das Schlafgängertum verunmöglichen sollte, dasselbe wie der Versuch, Menschen durch Geschmackserziehung zu verbessern? Problematisch erscheint auch die großzügige Chiffre „um 1900“. Viehhauser

widmet sich kaum der Frage, wie lange die Koalition der Moralreformer bestand. Sind die Bemühungen der Modernisten der Zwischenkriegszeit, durch die „Neue Baukunst als Erzieher“ rationale Subjekte zu formen, Reflexe des Raumwahrnehmungsdeterminismus der Jahrhundertwende? Wenn ja, wie passt das zur teils antiästhetischen (oft sozialistischen) Haltung dieser Akteure?

Natürlich hingen Heimatstil, Historismuskritik und Wohnhygiene irgendwie zusammen. Aber letztlich camoufliert der Begriff der „Strategie“ diesen Zusammenhang mehr, als das er ihn erhellt. Auch weil Viehhauser nicht erklärt, wer eigentlich der ‚Mensch‘ ist, der hier reformiert wird, entsteht ein wenig der Eindruck einer Verschwörung zur Verbürgerlichung der bedrohlichen ‚Masse‘. Die ist aber eine Imagination just der Zeit, die Viehhauser in den Blick nimmt.

Gießen

David Kuchenbuch

### Intellektuelle als Zeitdiagnostiker

*Hübinger, Gangolf*: Engagierte Beobachter der Moderne. Von Max Weber bis Ralf Dahrendorf, 277 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Welche Rolle spielten Intellektuelle als politische Zeitdiagnostiker im 20. Jahrhundert? Wie können sie dieser Aufgabe in der von der Globalisierung geprägten europäischen Gegenwartsgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts gerecht werden? Diesen grundlegenden Fragen geht der Band von Gangolf Hübinger nach, indem er – in Anlehnung an Raymond Aron – den „engagierten Beobachter“ als einen spezifischen „intellektuellen Typus der Moderne“ (S. 270) definiert und näher untersucht. Aufgekommen sei dieser Typ des Intellektuellen um 1900, und insofern könne man ihn als eine Reaktion auf die Grunderfahrungen der Unübersichtlichkeit der Moderne verstehen. Der „engagierte Beobachter“ sei gekennzeichnet durch die „Spannung zwischen wissenschaftlicher Beobachtung der historisch-sozialen Welt und politischem Handeln in dieser Welt“ (S. 8) und spiele aufgrund seiner besonderen zeitdiagnostischen Kompetenzen in der Geschichte der Intellektuellen des 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle.

In drei großen Kapiteln zeichnet Hübinger diesen Typus anhand von exemplarischen ‚Fällen‘ in einer Art Längsschnitt durch das 20. Jahrhundert

nach. Obgleich der Band eine Sammlung von Aufsätzen zumeist aus den Jahren von 2004 und 2015 darstellt, bietet er aufgrund seiner stringenten Fragestellung eine zusammenhängende Interpretation und Darstellung der Intellektuellengeschichte, die sich zudem hervorragend lesen lässt. Allerdings sollte man dabei nicht aus den Augen verlieren, dass der nach dem Modell von Aron als reflektiert-liberaler Aufklärer gezeichnete „engagierte Beobachter“ eher eine Ausnahme als die Regel der Geschichte der europäischen Intellektuellen bildete, die im 20. Jahrhundert allzu oft nicht der totalitären ‚Versuchung‘ widerstanden und sich in den ‚Dienst‘ von politischen Bewegungen, Parteien oder Regimen und deren Ideologien stellten.

Im ersten Kapitel des Bandes werden das Aufkommen des „engagierten Beobachters“ und deren „wissenschaftliche Selbstbeobachtung um 1900“ (S. 21) untersucht. Mit dem „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“ wird in diesem Zusammenhang eine Zeitschrift präsentiert, in welcher sozialwissenschaftliche Zeitdiagnostik und politischer Anspruch eine zentrale Rolle spielten. Ferner werden die Themen Sozialreform, Geschichtsdanken, Darwinismus und Säkularisierung behandelt, die für das Selbstverständnis und das Weltbild vieler Intellektueller um 1900 von fundamentaler Bedeutung waren. Dies gilt nicht zuletzt für die im zweiten Kapitel behandelten Protagonisten Max Weber und Ernst Troeltsch, die in hohem Maße die Ideale des „engagierten Beobachters“ verkörperten. So zeigt Hübinger sehr anschaulich, dass Webers Werk durch das leidenschaftliche Bemühen um das Verständnis sowie die Lösung der politischen Probleme der Gegenwartsgesellschaft und zugleich durch einen umfassenden universalgeschichtlichen Erklärungsansatz geprägt war, mit dem er sowohl Politikern als auch den Gebildeten seine besondere Interpretation der Moderne und deren spezifische Rationalisierungsprozesse bereitstellte. Auch der liberale Theologe, Historiker und Philosoph Troeltsch lässt sich als „engagierter Beobachter“ beschreiben, der mit seinen kultur- und ideengeschichtlichen Arbeiten (besonders zum Historismus) eine wissenschaftliche Gesamtinterpretation der europäischen Moderne vorlegte, jedoch mit einer detaillierten Diagnose des politischen Wandels Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg zugleich entschieden auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit zielte.

Besonders bemerkenswert erscheint ferner das dritte Kapitel des Buches, das den Bogen bis

an die Schwelle der Gegenwart schlägt und die „Zeitdiagnostik um 2000“ (S. 191) diskutiert. So wird in einem konzisen Essay die Rolle des Historikers Fritz Sterns beleuchtet, der als kultureller Vermittler zwischen den USA und Deutschland erheblichen Einfluss auf die geschichtspolitischen Kontroversen der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren genommen habe. Als „engagierter Beobachter“ habe Stern die beiden Welten der Geschichte und der Politik in einem Zusammenhang betrachtet und sich entsprechend in der Öffentlichkeit sowie in den erinnerungspolitischen Debatten engagiert. Als besonders lesenswert darf auch das vergleichende Porträt von Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf gelten, deren politisches und wissenschaftliches Engagement Hübinger als zwei Varianten der europäischen Aufklärung versteht. Konkret untersucht werden die Positionen zur deutschen Wiedervereinigung und ihre unterschiedlichen Selbstverständnisse als Intellektuelle.

Den Abschluss des Bandes bildet ein umfangreicher und inspirierender Aufsatz, der sich mit den „Aufgaben“ der Historiker in der Gegenwartsgesellschaft befasst und im Anschluss an Tony Judt die Problematik der ‚Geschichtsvergessenheit‘ sowie die jüngsten Entwicklungstendenzen der westlichen Geschichtsschreibung erörtert. Der Band Gangolf Hübingers bietet die gelungene Geschichte eines besonderen Typus des Intellektuellen im 20. Jahrhundert und stellt zugleich ein überzeugendes Plädoyer für die Relevanz der Intellektuellengeschichte in der globalisierten Gegenwartsgesellschaft dar.

Jena

Thomas Kroll

### Netzwerke völkischer Autoren

Vordermayer, Thomas: Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Konstitution und gesellschaftliche Tiefenwirkung eines Netzwerks völkischer Autoren (1919–1959), 470 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Völkische Ideologie und völkisches Gedankengut waren in den 1920er Jahren kein neues Phänomen; vielmehr waren völkische Bewegungen bereits fester gesellschaftlicher Bestandteil im kaiserlichen Deutschland und fanden dort weithin Akzeptanz. Anders als vor dem Ende des Ersten Weltkrieges bemühten sich in der ersten

Nachkriegszeit nun allerdings insbesondere Intellektuelle und Schriftsteller, eine neue, bürgerlich geprägte völkische Ideologie zu entwickeln, die auch bei weiten Teilen der geistigen Elite des Landes anschlussfähig sein sollte. Vor diesem Hintergrund untersucht Thomas Vordermayer in seinem Dissertationsprojekt exemplarisch die Netzwerke dreier exponierter völkischer Autoren: Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer und Wilhelm Stapel, die durch ihr Œuvre maßgeblich dazu beitrugen, völkisches Gedankengut durch ein distinguiertes Auftreten auch innerhalb der gesellschaftlichen Eliten der Weimarer Republik salonfähig zu machen.

Hinsichtlich der Untersuchung völkischer Autoren identifiziert Vordermayer drei Forschungsdesiderate: Erstens, das Verhältnis völkischer Autoren zu den gesellschaftlichen Eliten, zweitens, die Untersuchung ihres Schaffens anhand von Privatkorrespondenz und drittens, die Untersuchung konstruktiver Kooperation. Im Zentrum der Arbeit stehe daher die „Beschreibung eines Netzwerks völkischer Autoren und die Frage nach ihrer übergreifenden gesellschaftlichen Relevanz jenseits der engeren Grenzen des völkischen Vereins- und Verbandslebens“ (S. 4). Vordermayer fragt unter anderem danach, wie sich die genannten Autoren in drei politischen gegenseitig förderten und beeinflussten, wie sie sich zum Nationalsozialismus positionierten oder wie sie ihren Bedeutungsverlust nach 1945 umgingen. Hierfür stützt sich der Autor insbesondere auf Briefkorrespondenzen aus den privaten Nachlässen sowie die politische und philosophische Publizistik der drei Autoren. Vordermeyers Verwendung des Begriffs der ‚Netzwerkansätze‘ erlaubt ihm einen breiten Zugriff auf seine Quellen. So ist er in der Lage, die drei Lebens- und Schaffenswege der völkischen Autoren seit 1918 detailliert nachzuzeichnen sowie überzeugend in einen übergeordneten historischen Interpretationskontext einzubetten; so gelingt es ihm letztlich, bestehende methodische Grenzen zu überwinden und eine Mittelposition zwischen gängigen geschichtlichen Erzählformen einzunehmen. Nun bleibt aber gerade die Quellenbasis Chance und Bürde der Arbeit zugleich: Entweder ist diese teilweise lückenhaft beziehungsweise es existiert gar keine Überlieferung oder es finden sich zu manchen Themenbereichen mehr als ausführliche Einlassungen. Dieses Ungleichgewicht führt dazu, dass viele Auffassungen, Absichten und Beweggründe der Autoren oftmals

entweder nicht nachgezeichnet werden können oder die Gliederung der Studie stellenweise ausfasert.

Für Grimm, Kolbenheyer und Stapel führten der Ausgang des Ersten Weltkrieges und seine politischen Folgeerscheinungen zur Radikalisierung ihrer Weltanschauungen. Konsequenz dieser tiefgreifenden Umorientierung waren die Ablehnung einer nostalgischen Überhöhung der Kaiserzeit und seiner sozialen Eliten sowie die Abkehr vom politischen Liberalismus und seiner als internationalistisch interpretierten Einflüsse auf die deutsche Kunst und Literatur. Vielmehr wurden ab 1918 vehement die Stärkung einer völkisch-nationalen Dichtung als Verantwortung dem eigenen Volke gegenüber sowie eine hiermit einhergehende pädagogische Funktion des Schriftstellers propagiert. Hierzu galt es jedoch zunächst, sich auf dem boomenden, aber auch hart umkämpften Weimarer Buchmarkt der 1920er Jahren zu positionieren. Als eine Art ‚Marketingstrategie‘ kann hierbei das Image des ‚totgeschwiegenen Dichters‘ gesehen werden, mit dem insbesondere Kolbenheyer kokettierte und – trotz des mehr als beachtlichen publizistischen Erfolgs seiner „Paracelsus-Trilogie“ (1917) – den eigenen Mythos des genialen Autors ohne öffentlichen Zuspruch nährte. Grimms Vernetzung in der deutschen Presselandschaft nahm seit der Veröffentlichung seines „Volk ohne Raum“ (1926) explosionsartig zu und verschaffte dem Autor exklusiven Zutritt zu den Redaktionen sowie hoch dotierte Autorenverträge. Zudem machte sich Grimm einen Namen als Experte zu Themen wie ‚Auslandsdeutschtum‘, auch wenn in seinen Publikationen die Ebenen von Fiktion und wirklich Erlebtem fließend ineinander übergingen. Stapel hingegen tat sich, neben seiner Herausgeberschaft des „Deutschen Volkstum“, als Initiator und Vertreter eines von den Zeitgenossen so genannten kritischen und ‚konstruktiven‘ Antisemitismus hervor, was ihm schließlich den Ruf eines reflektierenden, intellektuellen Antisemiten und Referenzautor auf diesem Gebiet eintrug.

Grimm, Kolbenheyer und Stapel waren exponierte literarische Persönlichkeiten der 1920er Jahre und versuchten, qua ihrer ausgewiesenen Expertise, Einfluss auf die NS-Bewegung und ihre Ziele auszuüben. Stapel und Grimm beispielsweise verteidigten den Hitler-Putsch sowie Hitler und Ludendorff beim Prozess in München durch ihr publizistisches Wirken. Kolbenheyer wiederum pflegte engen Kontakt mit dem NS-Chefideologen Alfred Rosenberg.

Problematisch wurde für sie aber schließlich, dass jene Einflussnahme der Autoren seitens der Parteiführung alles andere als erwünscht war. Insbesondere die öffentlichen Eingaben Grimms und Stapels trugen ihnen harsche Kritik ein, die in der gefährlichen Behauptung kulminierte, sich in offene Gegnerschaft zur NS-Bewegung begeben zu haben. Trotz der durch das Regime und deren Vorgehensweise ab 1933 erfahrenen Enttäuschungen waren die Autoren aber dennoch weiterhin bereit, sich propagandistisch vereinnahmen zu lassen, da für sie das ‚Dritte Reich‘ letztlich eine historische Errungenschaft und vor allem überfällige Überwindung der verhassten Republik darstellte. Diese Rolle einerseits, aber noch mehr ihr Auftreten als Apologeten des NS nach 1945 andererseits führten schließlich zur schleichenden Dekanonisierung der Werke Grimms, Kolbenheyers und Stapels in der frühen Bundesrepublik.

Köln

Benjamin Schulte

## Die Intellektuellen und ihr Staat

Rüther, Günther: Die Unmächtigen. Schriftsteller und Intellektuelle seit 1945, 349 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Günther Rüther geht in seinen Grundannahmen von zwei Räumen aus, dem politischen und dem „Raum des freien Denkens“ (S. 13). „Dem Intellektuellen“ bleibe der politische Raum „von Ausnahmen abgesehen verschlossen“ (ebd.); Kompromisse seien ihm „suspekt“, weil sie der „Radikalität und Rationalität seines Denkens“ (ebd.) entgegenstünden. Eine weitere Grundannahme lautet: „Im Gegensatz zur politischen Elite handeln die Intellektuellen nicht organisiert“ (S. 14). Damit wird das intellektuelle Feld als Ansammlung von Monaden konstruiert, die sich an der politischen Macht reiben. Vernetzungen und Fraktionen der Sinndeuter, hinter denen wiederum nicht selten mächtige ökonomische und politische Interessen standen beziehungsweise stehen, bleiben ebenso ausgeklammert wie die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Intellektuellen und Intellektuellengruppen um Themen, die nichts direkt mit dem Verhältnis zur politischen Elite zu tun hatten. Allerdings hält sich der Verfasser dann selbst nicht konsequent an seine Vorgaben.

Im ersten Kapitel über die unmittelbare Nachkriegszeit, in dem es keine nationalstaatliche Macht in Deutschland gab, kann die eingangs genannte Fragestellung ohnehin nicht verfolgt werden. Die Skizzen einer „Kultur in Trümmern“ (S. 20) handeln von Kino, Theater und Bildender Kunst sowie von Beiträgen namhafter Intellektueller zur sogenannten ‚Schulddebatte‘.

Im anschließenden Kapitel „Die Teilung“ über die 1950er Jahre erweist sich der Verfasser als Verteidiger der politischen Kultur der frühen 1950er Jahre, ohne auch nur eine einzige der zahlreichen kritischen Arbeiten, etwa zum Umgang mit der NS-Vergangenheit, zu berücksichtigen. Die berechnete und nicht gerade neue Kritik am Restaurationsbegriff wird von Rüter benutzt, um eine Einheit von liberaler Verfassung und Verfassungswirklichkeit bereits in der Gründerzeit der BRD zu suggerieren; allerdings distanziert er sich von manchen Auswüchsen des Antikommunismus, etwa im Blick auf den vom Außenminister Heinrich von Brentano vorgenommenen Vergleich von Bertolt Brecht mit Horst Wessel (S. 84ff.).

Der gesamtdeutschen Konzeption entsprechend schildert der Autor fast ebenso umfänglich wie die westdeutsche auch die Entwicklung in der DDR. Die Entgegensetzung der Freiheitspropaganda im Westen mit der Friedenspropaganda in Ostdeutschland, die antifaschistische Gründungslegende und die Enttäuschungen der Intellektuellen werden knapp skizziert, einschließlich ihrer mehrheitlichen Parteinahme für das Regime im Juni 1953 und der Konstellationen im kurzen „Tauwetter“ 1956/57, dem eine Welle der Repression folgte. Man gewinnt bei der Lektüre den Eindruck, dass es dem Verfasser besser gelingt, den weniger komplexen Prozess in der DDR darstellerisch zu fassen, zumal er sich durchgängig entlang der Protokolle der DDR-Schriftstellerkongresse orientiert. Dimensionen einer west-östlichen Beziehungsgeschichte, etwa im Blick auf die beiden PEN-Vereinigungen, bleiben freilich ausgeklammert.

In den 1960er Jahren stellten sich immer mehr links und linksliberal eingestellte Intellektuelle gegen den „CDU-Staat“ (S. 124). Rüter bedauert, dass eine der „wenigen“ (S. 128) Gegenstimmen, die des rechtskonservativen Schriftstellers Hans-Egon Holthusen, nicht durchdrang, weil er gerade von seiner SS-Vergangenheit eingeholt worden war. Unter der Überschrift „geseheiterte Versöhnung“ (S. 146) wird der Versuch von Adenauers Nachfolger als Bundeskanzler,

Ludwig Erhard, geschildert, mit den Intellektuellen ins Gespräch zu kommen. Hier gleitet die Darstellung in psychologisierende Apologie ab. Der „Volkskanzler“ als ein „auf Diskurs setzender, um Ausgleich bemühter, offener, freundlicher Intellektueller“ (S. 147), der mit seiner Intellektuellenbeschimpfung zwar persönlich „verständlich“, aber unklug und töricht auf Provokationen namentlich von Rolf Hochhuth reagierte, lässt dessen Positionen (etwa das von seinen rechtsintellektuellen Beratern, Carl Schmitt-Adepten, Rüdiger Altmann und Johannes Gross ausgearbeitete Programm einer „formierten Gesellschaft“) außer Acht.

Das Kapitel über die 1970er Jahre konfrontiert die Beliebtheit von Willy Brandt, verbunden mit gesellschaftlichen Aufbruchshoffnungen bei vielen Intellektuellen, mit der pragmatischen Kühle, die sein Nachfolger ausstrahlte. Einigen Raum nimmt der sogenannte ‚Radikalenerlass‘ ein, den Brandt selbst rückblickend als „einen seiner schwersten politischen Fehler“ (S. 176) bezeichnet hat; dies sieht der Verfasser anders. Zudem verbirgt er nicht seine politischen Sympathien für Helmut Schmidt. Breiten Raum nimmt die „Terrorismusdebatte“ (S. 181) ein, in dessen Mittelpunkt Heinrich Böll steht. Auch in diesen Passagen bemüht sich Rüter um Ausgewogenheit; der Vorwurf aus der CDU, der Nobelpreisträger habe die „Saat der Gewalt gepflegt und kultiviert“ (S. 183), sei zu weit gegangen. Der Friedensbewegung der 1980er Jahre wird nicht so verständnisvoll begegnet. Hier begegnen uns bewusste und unbewusste „Helfershelfer des Kreml“ (S. 187) und „gesinnungsethische“ (S. 190) Ignoranten der Politik.

Auch in diesem Kapitel steht die Intellektuellengeschichte der DDR im Schatten, obwohl Rüter ihr etwa 40 Prozent des Platzes einräumt. Skizziert wird der Wechsel von einer Phase kulturpolitischer Lockerung unter Erich Honecker, verkündet auf dem VIII. Parteitag der SED 1971, zu einer neuerlichen Verhärtung, für die die Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 zum Symbol wurde.

Die 1980er Jahre stehen unter der Überschrift „Kontroverse um die Macht“ (S. 213). Das Kapitel beginnt mit Helmut Kohls Regierungserklärung unter dem Signum einer geistig-moralischen Wende, die so gar nicht dem Selbstverständnis vieler Intellektueller entsprochen habe. Rüter hebt die Anstrengungen hervor, die der künftige Kanzler zuvor über viele Jahre hinweg unternommen habe, um das

feindliche Verhältnis zu vielen Intellektuellen durch Gesprächsangebote zu entspannen und urteilt: „Mit diesem der Zukunft zugewandten Kurs führten Karl Castens, Kurt Biedenkopf und Kohl als Parteivorsitzender die Union zu neuen Ufern“ (S. 220). Hier gleitet die Darstellung in Hausgeschichtsschreibung ab. Über etliche Seiten hinweg wird dargelegt, dass Kohl „kein provinzieller Kulturmuffel“ (S. 226) gewesen sei, und – ausgerechnet – seine Besuche bei Ernst Jünger gelten als unabweisbarer Beleg dafür.

Für das letzte Jahrzehnt der Zweistaatlichkeit wird eine Parallelführung von BRD- und DDR-Geschichte versucht. Der Renaissance der nationalen Frage – Ausstellungen, Bitburg, Historikerstreit – im Westen habe eine „geschichtspolitische Wende“ (S. 241) in Ostdeutschland entsprochen, wo nun Friedrich II. und andere preußische Granden geehrt und Martin Luther „rehabilitiert“ (S. 243) worden seien. Die Opposition unter Intellektuellen gegen die neuen nationalen Töne und des Gedankens einer Wiedervereinigung in der BRD firmieren dagegen als „Bedenkenträger“ (S. 246). Die Sympathie des Autors gehört Botho Strauß und Martin Walser, natürlich nicht Günter Grass und Jürgen Habermas.

Das abschließende Kapitel „Auf den Gipfeln herrscht Ruh“ (S. 267) hätte wohl mit einem Fragezeichen versehen werden müssen. Hier dekretiert der Verfasser zwar apodiktisch: „Die DDR war ein Unrechtsstaat, weil seine Staatsgewalt auf Unrecht gründete“ (ebd.). Aber er findet doch einige kritische Worte zur „Abwicklung“ (S. 270) der intellektuellen Institutionen der DDR und zum Umgang mit ihren namhaften Schriftstellern, etwa in der Kampagne gegen Christa Wolf.

Die Darstellung endet mit der neuen Rolle, die die Intellektuellen in der „europäischen Krise“ (S. 288) spielten; „neue Visionen“ würden gebraucht, die „Wirklichkeit“ (S. 297) werden könnten. Dies sei das neue Aufgabenfeld für Intellektuelle. Wer würde diesem edlen Wunsch seine Sympathie versagen?

Gleichwohl legt man den Band mit zwiespältigen Gefühlen aus der Hand: Einerseits durchaus instruktive Schilderungen des Umgangs von Intellektuellen und politischer Macht miteinander in beiden deutschen Staaten, andererseits ein – im engsten Sinne – parteilicher Grundzug der Darstellung, den der um Fairness bemühte Verfasser immer wieder abzumildern versucht.

Hamburg

Axel Schildt

## Double Vision: Verdun in French and German Perspectives

*Krumeich, Gerd/Prost, Antoine: Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-französischer Sicht, 272 pp., Klartext, Essen 2016.*

Verdun was the longest battle of the First World War, lasting from February to December 1916, and the one with the greatest symbolic importance for France and Germany. Who can forget the image of François Mitterrand and Helmut Kohl, standing hand-in-hand in 1984 before the ossuary at Douaumont, at the heart of the battlefield, silently renewing Franco-German reconciliation and their commitment to a Europe founded on peace? With over 300,000 dead and 450,000 wounded (we shall never know the exact totals), the human cost speaks for itself. So, too, does the lunar landscape made by millions of high-explosive shells bursting in the confined salient to the north and east of Verdun, which is where the battle unfolded, and whose traces can still be seen today. Here, at the mid-point of the war, French and Germans fought each other to a standstill, and to what ultimate avail? A hundred years on, if we wish to meditate on the horror of war we need look no further.

However, in this Franco-German study of the battle, Verdun appears more complex as two eminent historians take us through its enigmas and myths. We begin with the decision by the German commander-in-chief, Erich von Falkenhayn, to attack Verdun. It was long believed that given the difficulty of conducting a successful offensive during the First World War in the face of machine-guns and high explosive artillery, Falkenhayn boldly innovated by choosing a place the French would have to defend for symbolic reasons (the history of Verdun went back to Charlemagne) so that he could ‘bleed them white’ (*Ausblutung*) by superior firepower. This was the logic of attrition, or *Ermattungskrieg*.

The problem is that Falkenhayn adopted this idea only in the course of the battle, once his initial plan had failed. In an account he wrote once the war was over to protect his reputation, he invented a ‘Christmas memorandum’ that he falsely claimed to have sent to the Kaiser in 1915 setting out this idea. But if it was not *Ausblutung*, what did Falkenhayn intend when he unleashed the Fifth Army on Verdun on 21 February 1916? The answer is still not clear. Falkenhayn was that interesting figure so frequent in German history,

the conservative whose conservatism leads him to toy with radical ideas. Sensing that Germany could not win outright and that time was ebbing away, he sought to destabilise the western Allies, and even split the British from the French, by forcing the latter into costly attacks that would undermine their morale—and manpower. The germ of *Ausblutung* was perhaps more evident here than the authors allow. But Verdun was just the opening move in this enigmatic plan.

In part because he held back forces for the larger campaign, in part because of the intrinsic difficulties of offensive warfare, Falkenhayn failed to take the town despite the biggest artillery bombardment to date. The French indeed defended Verdun with grim resolve, not because of any historic symbolism (another myth) but because it was politically unacceptable to allow further German invasion of French territory. Within three weeks, Verdun had become a mutual battle of attrition, with each side claiming the other's losses were greater. Neither side could 'win' in conventional terms. Justification by *Ausblutung* was born. The Germans continued to attack until June, when pressure on the Somme and other fronts forced them onto the defensive. The French then attacked at equally high cost until in December the lines stood more or less where they had in February. Not for the first time, the true nature of the war emerged backwards, as the unintended consequence of military planning.

One of the great merits of this book is to show that since warfare is by nature interactive, the national perspective in which military history is usually written is the least suited to explaining it. Krumeich and Prost enable us to understand the battle as a common if lethal enterprise. Yet they also know that the battle meant different things to the two sides and they deploy a comparative cultural history in order to demonstrate this.

They show above all that Verdun has always occupied a far greater place in the national imagination in France than Germany. This goes back to the battle while it was being fought. For the French it was an epic struggle embodying what was at stake in the war—defence of the nation against invasion. Each day they did not lose was a kind of victory, and this was reflected in the outpouring of articles, images and books. The fate of the two forts embedded in the battlefield, Douaumont and Vaux, both captured by the Germans and eventually retaken by the French, dramatized the larger struggle. For the Germans, Verdun was their one offensive on the western front between

1914 and 1918, and apart from the grim logic of attrition belatedly applied by Falkenhayn, it was a failure. It received minimal media coverage. For Germany, the defensive success of 1916 was the Somme, where the Reich was defended against the combined might of Britain and France. There, rather than at Verdun, was where the image of the battle-hardened *Stahlhelm* was first defined.

Likewise, in the inter-war years, Verdun loomed larger for the French. Defeat generated a different collective memory of the war in Germany, initially marked by silence. Only at the end of the 1920s did the veterans' experience re-emerge. Verdun took on belated significance as a site of reconciliation between former French and German combatants but also as a symbol of the bond between the front experience and National Socialism. In these ways, this history explores like so many layers of archaeology the different strata of myth, memory and event that go to make up a battle. Hopefully, it points the way to the military history of the future.

Dublin/Oxford

John Horne

### Populäres – neu entdeckt

Meierhofer, Christian/Wörner, Jens (Hrsg.): *Materialschlachten. Der Erste Weltkrieg und seine Darstellungsressourcen in Literatur, Publizistik und populären Medien 1899–1929*, 504 S., V&R unipress, Göttingen 2015.

Der Sammelband „Materialschlachten“ besticht nicht nur durch lesenswerte Aufsätze, sondern auch dadurch, dass die beiden Herausgeber in einer sehr umfangreichen Einleitung aufzeigen, wie der Erste Weltkrieg über Fächergrenzen hinaus als populäres Phänomen untersucht werden kann, ohne die historisch gegebenen Bedingungen der medialen Vermittlung und Aneignung zu vernachlässigen. Die Autor\_innen haben ihre Quellen intensiv und auf der Höhe der aktuellen beziehungsweise zeitgenössischen Literatur interpretiert und kommentiert. Je nach Beitrag liegt das Augenmerk der Autoren auf der Beobachtung der Diskurse oder auf dem Erschließen ganz verschiedenartiger Quellen (S. 58).

Besonders überzeugend ist die Intensität, mit der die Medien – zum Beispiel der Film „Westfront 1918“ von Thomas Althaus – analysiert werden. Nicht nur Kameraeinstellungen werden

beschrieben; Bezug genommen wird auch auf die (oftmals schwer verständlichen) Dialoge, die Musik und den Umgang mit den Kriegsgeräuschen in dem ersten Tonfilm von Georg Wilhelm Pabst. Die zunächst verblüffende These, dass das Kino durch den Tonfilm unter die Herrschaft der Phrase geraten sei, begründet Althaus plausibel (S. 455). Seine SchlussThese, in „Westfront 1918“ zeretzten sich Ton- und Bildspur gegenseitig (S. 472), regt zum erneuten Anschauen des Filmes an, der stets im Schatten von „Im Westen nichts Neues“ stand.

In dem klar strukturierten Sammelband kommen sowohl junge Doktoranden als auch erfahrene Forscher zu Wort. Manuel Köppen überzeugt in seinem Beitrag über den Schriftsteller Werner Beumelburg, weil er nicht nur die späten Kriegsromane („Gruppe Bosemüller“ und „Sperrfeuer um Deutschland“) des nationalkonservativen Schriftstellers analysiert, sondern auch früher verfasste Werke. Er unterstreicht, dass Beumelburgs Texte eine Mischung darstellen aus Versatzstücken von pazifistischen und kriegsverherrlichenden Schilderungen und damit jeden ansprechen konnten: von der Mutter daheim zum suchenden Jüngling bis zum altgedienten Veteran (S. 272). Genau das ist – so die Herausgeber – unter anderem mit dem „Populären“ gemeint: leicht verständliche Inhalte für eine breite und vielfältige Zielgruppe aufzubereiten und diese mit dem verbreiteten Diskurs zusammenzubinden (S. 12). Beumelburg, so Köppen, sei Vertreter einer Gruppe, die in den Jahren der Weimarer Republik die Grenze zwischen dem Historiografischen und dem Fiktionalen verflüssigte (S. 290). Die zunehmende Fiktionalisierung in seinem Werk korrespondierte mit einer Radikalisierung seiner Ansichten, die den Krieg in ein paranoides Phantasiegebilde verwandelten (ebd.).

In einen vergleichbar breiten Kontext stellt Fabian Beer die Veröffentlichungen Erich Kästners, die sich mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigen. Er verbindet eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Texte – angefangen von kleinen Gedichten, die der Schüler Kästner schrieb, über Film- und Romankritiken bis hin zu zentralen Werken. In Beers differenzierter und kenntnisreicher Darstellung kommt eine Breite an immer wieder gebrochenen Bezügen zum Ersten Weltkrieg zum Ausdruck, die nicht nur das Können Kästners widerspiegelt, sondern auch deutlich macht, wie vielschichtig die Deutungen des Krieges (bei den herausragenden Autoren) waren, bevor die Nationalsozialisten die Erinnerung ganz auf die Rechtfertigung einen neuen Krieges fokussierten, der die deutsche

Niederlage von 1918 in einen Sieg umwandeln sollte.

Ähnlich akribisch rekonstruiert Philipp Stiasny am Beispiel des Filmes „Verdun, visions d'histoire“ seine Entwicklung, Anpassungen, Schnitte und die Rezeption in Frankreich und Deutschland. Die unter diversen Titeln gezeigten deutschen Fassungen erlaubten ganz unterschiedliche Deutungen, die 1934 stark gekürzte Fassung für die Aufführung in Schulen war ein Rückschritt – sicher nicht nur in Bezug auf den nun wieder fehlenden Ton (S. 492, 500f.).

Johannes Waßmer „befreit“ Henri Barbusse beziehungsweise sein 1916 in Frankreich und 1918 in deutscher Übersetzung erschienenes Werk „Le Feu“ von einer einseitigen Deutung als pazifistisches Werk. Zwar lasse das Tagebuch einer Korporalschaft, so Waßmer, durchaus diese Interpretation zu, aber auch eine stärker national-propagandistische Sinnggebung sei lesbar (S. 341f.). Diese Möglichkeit von sich widersprechenden Lektüren ergebe sich aus dem spannungsreichen Verhältnis von Faktualität und Fiktionalität (S. 342). Letztendlich ist nicht entscheidbar, was von Barbusse selbst erlebt, aus den Zeugnissen der Kameraden stamme oder erdacht worden sei. Dass damit der Wert von „Le Feu“ nicht geschmälert wird, vermittelt Waßmer überzeugend.

Aber nicht nur die großen Namen aus dem Kreise der Schriftsteller und Filmemacher, sondern auch vernachlässigte Quellen werden behandelt, so die Artikel aus dem „Deutschen Offiziersblatt“ und dem „Militär-Wochenblatt“ zur Michael-Offensive, der letzten großen Schlacht im Jahr 1918, bevor die Mittelmächte die Niederlage eingestehen mussten. Zwar hätte Christian Haller die detailgesättigte Darstellung der Schlacht und die umfangreichen Fakten zum Ersten Weltkrieg gerne etwas straffen können zugunsten einer noch intensiveren Interpretation seiner Quellen. Doch auch so wird deutlich, wie viel die Autoren in der militärischen Fachpresse ausblendeten, wie offen einige über die Kampf-moral und Friedenssehnsucht der Soldaten nachdachten (S. 246) und die Gegner einschätzten. Im Fall der Amerikaner beurteilten sie deren Un-erfahrenheit zwar vielleicht korrekt – zogen aber nicht den Schluss, dass auch ein junges Heer siegreich sein könne (S. 249).

Für den Leser gibt es in diesem Sammelband viel Populäres neu oder erstmals zu entdecken.

*Düsseldorf*

*Susanne Brandt*



## Cultural History of the Great War

*Pla, Xavier/Fuentes, Maximiliano/Montero, Francesc (Eds.): A Civil War of Words. The Cultural Impact of the Great War in Catalonia, Spain, Europe and a Glance at Latin America, 441 pp., Lang, Frankfurt a. M. 2016.*

This collection of essays forms part of the globalization of the cultural history of the Great War, one of the positive by-products of public interest in the centenary of the war's outbreak in 2014. Within that cultural history there are three sub-fields to which essayists contribute in interesting ways. The first is the history of intellectuals, in particular those struggling to understand the effects of the European conflict on national and sub-national movements and identities; the second is the history of journalism; the third is the history of literary forms – memoirs or fiction as carriers of categories and styles of remembrance.

Most follow Olivier Compagnon's lead in examining the war period as a moment of separation from European hegemonic forces. The space liberated by the loss of belief in European progress or in the primacy of European over non-European cultural forms is that which writers, journalists, and intellectuals of all kinds used to map out their dreams and projects for the Hispanic and Portuguese worlds both in Europe and in Latin America.

These are useful and important topics, and the editors have drawn on expertise in many fields, in particular those of cultural studies and literary analysis. Still, there remains a gap between the way cultural history is defined here, and the way it is used in Anglophone and Francophone studies of the Great War. Exploring this contrast may help point to ways in which Hispanic cultural historians of many colors could develop their work in coming years.

The first point is the relatively minor role played by the study of intellectuals in Anglophone and Francophone cultural history. There is a substantial literature which shows clearly how intellectuals and their wartime writings misled historians about public attitudes to war, especially in 1914. No one would use Stefan Zweig to describe Austrian attitudes to war in general any more. The same is true for Sigmund Freud, Max Weber, and a host of others gullible enough to fall for the war-as-regeneration myth. Most later expressed their embarrassment about their naivete, and drew a veil over their early wartime pronouncements. German scholars, from the 1960s on, also fled from

*Geistesgeschichte*, or the idealist school in which cultural history was configured as the history of intellectuals, those who incarnated the spirit of the age, however that was defined. Once again, from the 1960s on, that position gave way in Germany to a social history of the war, which has in time become a social and cultural history of representations of violence and of human beings subjected to it. Here we find a Franco, British, German convergence, especially powerful in the work of the *Historial de la grande guerre*, at Péronne, Somme, and its international research centre.

Independently, the American journal "Representations", edited by distinguished scholars centred at the University of California at Berkeley, has led the way in pushing the history of intellectuals further to the margins of cultural history. Together with what may be termed the Péronne school (of which this reviewer is a member), the journal "Representations" has helped fashion a paradigm of cultural history as the study of representations of all kinds and in all media, through which groups of people understand the world in which they live. Transpose that to the cultural history of war, and anyone can see why intellectuals are only minor players in the way societies generate and disseminate representations of violence and war. In the same way in which historians of the French school around the journal "Les Annales, Société, Economie, Civilization" described the history of reading through *colporteurs* or itinerant tradesmen with images and pamphlets in their sacks, so historians of war today are much more interested in popular images of all kinds than in intellectuals' writings.

This leads to a suggestion which may help merge the two approaches – intellectual and popular. There is much to be learned from the ways that both photography and film in the period of the Great War straddled the globe. One of the earliest blockbusters of the post-war years was "Four Horsemen of the Apocalypse", which through Rudolph Valentino, brought the story of the war from Argentina to France and then to the whole world. The visualization of the war through photography, while limited and problematic, was also a global phenomenon. How it added to or challenged stereotypes of war is a subject well worthy of comparative treatment.

This set of reflections is less a critique than an appeal for further comparative work of the kind this book has begun. Perhaps it is important to register that to many European scholars, what matters in cultural history is not primarily what

people read but what people saw in their own times. I do not want to push this argument too far; after all photographs have captions, explicit or implicit. But the realm of the visual alongside the verbal is where this reviewer sees the future of the cultural history of the Great War, in Latin America, as much as in every other part of the world.

*New Haven, CT*

*Jay M. Winter*

## **Krise der Demokratie in Europa**

*Barth, Boris: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938, 361 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2016.*

Boris Barths kenntnis- und detailreiche Studie über die „Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938“ fügt sich in den immer stärkeren Trend, nationale Narrative durch transnationale und europäische Perspektiven aufzubrechen, um zu valideren Aussagen über nationale Spezifika und allgemeine Entwicklungsbedingungen europäischer Gesellschaften zu gelangen. Gerade für seinen Gegenstand ist diese Erweiterung überaus verdienstvoll und erkenntnisfördernd, weil sie die deutschen Debatten zum Scheitern der Weimarer Republik und zum Aufstieg des Nationalsozialismus in einen breiteren Kontext stellt. So untersucht Barth die gesamteuropäische Krise der Demokratie nach dem „Großen Krieg“ und fragt, „warum in den 1920er- und 1930er-Jahren eine große Zahl von Demokratien kollabierte“ (S. 21). Dabei handelte es sich zumeist um noch junge Staatsgebilde; 1914 hatten gerade einmal drei Republiken auf europäischem Boden bestanden, wohingegen es 1918 schon 13 waren (S. 149). Die Welt der Monarchien und Imperien des 19. Jahrhunderts war also im Ersten Weltkrieg und durch die Pariser Friedensordnung grundlegend umgestaltet worden, auch wenn es schon vorher Tendenzen zu einer steigenden politischen Partizipation, zur demokratischen Institutionenbildung und zur Verrechtlichung gegeben habe (S. 7–13).

Der Erste Weltkrieg verhalf in Europa aber nicht nur Demokratie und Republik zum Durchbruch, wie Barth betont, sondern er stärkte zugleich die Kräfte, die fortan an ihrer Zerstörung arbeiteten. Dabei sei es allerdings weniger der Erste Weltkrieg gewesen, der zu einer Brutalisierung und Paramilitarisierung der politischen

Auseinandersetzung geführt habe, als vielmehr die bürgerkriegsähnlichen Zustände und gewalttätigen Auseinandersetzungen, die sich fast überall nach seinem Ende beobachten ließen. Gerade hier erweist sich die Fruchtbarkeit der gesamteuropäischen Perspektive, wenn Barth herausarbeitet, dass auch Länder, in denen vordergründig ruhige Zustände herrschten, im Anschluss an den Krieg in Kolonialkriege und -konflikte verwickelt waren. In den vier folgenden Großkapiteln beschäftigt sich Barth dann mit verschiedenen Ursachenkomplexen für die Krise der Demokratie, die er gegeneinander abzuwägen sucht: politische Ethnisierungen und Vertreibungen, wirtschaftliche Problemlagen, den „Kampf um die Staatsform“ und die antiparlamentarische Opposition.

Im ersten Problemkomplex nimmt der Vertrag von Lausanne für ihn eine zentrale Stellung ein, weil er, nachdem das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum allgemeinen Prinzip erhoben worden war, ethnische Vertreibungen legalisierte. Nach 1923 sei es dann europaweit zu „stillen Vertreibungen“ durch Diskriminierungen gekommen. Bei Barths weiterem Durchgang durch die Ethnisierungen nationaler Politiken in Europa überzeugt vor allem, wie er immer wieder die Komplexität von etwa konfessionellen, regionalen und nationalen Identitäten herausarbeitet. Seine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit konzentriert sich auf Inflation, Agrarkrisen und internationales Finanzwesen, um dann wenig überraschend die Weltwirtschaftskrise ins Zentrum zu stellen. Diese sieht Barth nicht als Ursache für die Krise der Demokratie in Europa, wohl aber als einen wichtigen Katalysator, „weil die sozialen und sozioökonomischen Folgen nicht mehr beherrschbar waren und mehreren zwar schwachen, aber noch funktionierenden parlamentarischen Systemen die Legitimation entzog“ (S. 137).

Gerade hier beziehungsweise im anschließenden Kapitel über die Staatsform zeigt sich die Stärke des europäischen Blicks, wenn Barth etwa argumentiert, dass die Weltwirtschaftskrise in Schweden, wo keine starke antiparlamentarische Bewegung bestanden habe, auch keine diesbezügliche Kraft entfaltet habe. In Frankreich hingegen habe es zwar eine starke rechtsradikale Bewegung gegeben und die Demokratie sei durch viele Regierungswechsel instabil gewesen, aber ein vergleichsweise starker Liberalismus sowie die Kompromissbereitschaft der Parteien, die sich zur Volksfront zusammenschlossen, haben deren Machtübernahme verhindern können. Insgesamt sieht er aber in der allgemeinen Schwäche des

Liberalismus eine wesentliche Bedingung für den Aufstieg und den Sieg antiparlamentarischer Kräfte. Dieser sei also weniger deren Stärke als vielmehr der Schwäche der Demokratie zuzuschreiben (S. 180, 295). Im Vergleich zu den vorangegangenen Kapiteln etwas weniger spezifisch geraten denn auch Barths abschließende Überlegungen zu den antidemokratischen Kräften, die er auf Technokratie, Führerkult und die Theorie der Rechtsradikalen konzentriert. Zwar verweist er hier darauf, dass einige dieser Elemente, wie vor allem Technokratie und Eugenik, keine Spezifika nichtdemokratischer Vorstellungswelten waren, aber die Bedeutung dieser Gemeinsamkeiten für den Aufstieg letzterer bleibt etwas im Dunkeln.

Insgesamt hat Barth eine überzeugende Synthese zur Krise der Demokratie im Europa der Zwischenkriegszeit vorgelegt, die aber vor den grundsätzlichen Problemen einer europäischen Geschichtsschreibung nicht gefeit ist. Im Versuch, Vollständigkeit zu erreichen, geraten die Kapitel bisweilen ein wenig additiv, weil Land für Land abgehandelt wird. Auch kommt Barths Geschichte aufgrund des notwendig hohen Aggregationsgrades fast vollständig ohne Menschen aus; stellenweise handelt der Nationalismus, aber nicht die nationalistisch gesinnten Menschen. Schließlich ist die diskursive Anlage des Buches und die explizite Auseinandersetzung mit Forschungspositionen positiv hervorzuheben; aber auch sie trägt nicht eben zur Lesefreundlichkeit bei, wenn es immer heißt, dass ein bestimmter Autor etwas „hervorgehoben“ habe. Letztlich ist nach der Lektüre auch nicht ganz klar, an welche Adressaten sich das Buch richten soll. Für das wissenschaftliche Publikum wird bisweilen zu viel zu explizit und ausführlich erklärt, etwa zum Konstruktionscharakter des Nationalismus (S. 62–68), aber für eine breitere Öffentlichkeit und die Studierenden dürften die konkreten Schilderungen dann doch oft zu voraussetzungsreich sein.

Potsdam

Rüdiger Graf

### Gewaltherrschaft durch Bewässerung?

*Teichmann, Christian: Macht der Unordnung. Stalins Herrschaft in Zentralasien 1920–1950, 287 S., Hamburger Edition, Hamburg 2016.*

Christian Teichmann sieht unter Stalin eine „Macht der Unordnung“ in Zentralasien am Werk. Seine

These versucht er durch die Untersuchung der Wasserwirtschaft, des Kanalbaus und Baumwollanbaus zu erhärten. Er setzt sich von Historikern ab, die meinen, die sowjetische Staatsführung habe „in Zentralasien eine Politik der Emanzipation und Entwicklung verfolgt“ (S. 19f.). Er beansprucht, am Beispiel der künstlichen Bewässerung und des Baumwollanbaus in Zentralasien aufzuzeigen, wie „Unordnung zum wichtigsten Instrument der Herrschaftssicherung wurde und wie die Macht der Unordnung die staatliche Herrschaftsausübung gleichzeitig fortwährend unterminierte und destabilisierte“ (S. 20).

Teichmann verzichtet einleitend nicht nur auf eine argumentative Auseinandersetzung mit der bisherigen Forschung, sondern auch auf methodische Überlegungen zum Herangehen. Etwa ein Drittel seiner Arbeit besteht aus langen Zitaten aus Berichten nach Moskau. Deren punktuelle Aussagen stellt er ohne kritische Prüfung als glaubwürdige Fakten hin. Zudem stützt er seine Schlussfolgerungen immer wieder auf Forschungen über despotische Herrschaft in Afrika (u. a. Cabal/Daloz: S. 20; Trotha/Klute: S. 61–69; Spittler: S. 53–57, 120, 186): Eine Rechtfertigung für diese Übertragung auf die sowjetische Herrschaft in Zentralasien hält er nicht für nötig.

Sieht man von der Aneinanderreihung von Behauptungen in Einleitung, Zwischenresümees und dem „Resümee“ (S. 240–256) ab, handeln die Kapitel von interessanten Dingen und sind bei kritischer Distanz gegenüber Teichmanns einseitiger Interpretation lesenswert. Kapitel 2 bis 4 zeigen, wie stark die bolschewistische Herrschaft an der kolonialen und ‚modernisierenden‘ Ausrichtung des russischen Imperiums festhielt. Lediglich in der Nationalitätenpolitik wurde mit der „Einwurzelung“ (*korenizacija*) in Zentralasien in den 1920er Jahren offenbar mit großem Erfolg anders vorgegangen. Im zweiten Kapitel geht es um „Koloniale Revolutionen – Zentralasien zwischen Zaren und Sowjets, 1885–1922“ (S. 22–51). Teichmann beschreibt unter anderem den Baumwollboom seit den 1890er Jahren, von dem auch die Region profitierte. Das dritte Kapitel behandelt die sowjetische Nationalitätenpolitik der Einwurzelung in den 1920er Jahren: „Grenzen ziehen, Wasser teilen – Moskau und die indigenen Eliten, 1923–1929“ (S. 52–83). Offenbar trafen sich die Parteiführung in Moskau und die neuen indigenen Eliten in der Verfolgung einer Dekolonisierungspolitik. Die Landreform 1926 zielte auf die Einwurzelung der neuen Herrschaft. Ohne den Nachweis zu führen, suggeriert

Teichmann als Intention Stalins dahinter, sich die aus Grenzziehungen und dem Streit um Wasser erwachsenen Konflikte zunutze zu machen (S. 82f.). Das vierte Kapitel zeigt, in welchem Maße sich die Bolschewiki weiter auf die bewährten Fachkräfte stützten, die wie vor 1914 dabei ihre eigenen Erfahrungen und Visionen einer auf Bewässerung und Kanalbau aufbauenden Modernisierung einbrachten: „Fußvolk mit Eigensinn – Ingenieure und Bolschewiki, 1923–1929“ (S. 84–113). Für die Phase ab 1928, die endlich wie versprochen die Herrschaft Stalins dokumentieren soll, ist seine Themenauswahl weniger schlüssig. Das fünfte Kapitel überschreibt er mit „Eine Zeit der Wirren“ – Forcierter Baumwollanbau und Kollektivierung, 1929–1932“. Dabei geht er allerdings weder auf den Baumwollanbau noch die Kollektivierung in Zentralasien konkret ein (S. 114–141). Das sechste Kapitel handelt vom Kanalbau in der Wüste, also einem typischen Moderneprojekt: „Utopie im Ausnahmezustand – Ein Großbau in Tadschikistan, 1930–1937“ (S. 142–172). Das ist interessant, für die Frage der Herrschaftssicherung in Zentralasien aber bestenfalls randständig. Kanalbau und Baumwollanbau sind bekanntlich arbeitsintensiv. Insofern ist Teichmanns Argumentation irritierend, dass Stalins Kalkül zur Schaffung von „Unordnung“ nun gerade in der Deportation von Menschen in dieses zuvor unbesiedelte Wachschtal bestanden haben soll (S. 166ff.). Weder über die tatsächliche Baumwollproduktion in diesem Tal noch über den genauen Verbleib der Deportierten gibt er Auskunft. Das siebte Kapitel „Planerfüllung ohne Plan – Baumwollwirtschaft und Staatsterror, 1933–1937“ (S. 173–210) verrät vor allem, dass er über die konkreten Produktionsbedingungen und die Lage der Bevölkerung nichts herausgefunden hat: Zur Frage, wie sich der Baumwollanbau auf die Produzenten auswirkte, hätten „die Quellen überraschend wenig zu sagen“ (S. 191). „Viele Genossen befanden, dass die Landbevölkerung weiterhin nach dem Rhythmus der Tradition lebe“ (ebd.). Das wäre aber dann ein Beleg für Ordnung: Teichmann lässt in seiner Argumentation die beherrschte Bevölkerung jedoch weitgehend außen vor. Im achten Kapitel wirft er einen ungeordneten Blick auf Usbekistan zur Kriegszeit: „Kriegslandschaften – ‚Volksbaustellen‘ und der Zweite Weltkrieg, 1937–1950“ (S. 211–239).

Aus Platzgründen können nur punktuell Unzulänglichkeiten in der Argumentation aufgezeigt werden. Aufgrund Teichmanns eingangs erwähnter These wird dazu der Bereich der Ökonomie

ausgewählt. Der Autor behauptet, unter Stalin seien Statistiken zu Staatsgeheimnissen erklärt worden, um Desinformation, Orientierungslosigkeit und Verunsicherung zu verbreiten (S. 175f., 252). Angesichtes der umfangreichen Wirtschaftsverwaltung wurde jedoch jederzeit statistisches Material gesammelt, das als Basis der Wirtschaftspläne diene. Das gilt für Baumwolle sogar in besonderem Maße, weil hier die Statistiken von unterschiedlichen Stellen erhoben wurden (vgl. Eugène Zaleski „Stalinist Planning for Economic Growth, 1933–1952“, 1980). Ein Teil dieser Daten ist auch zeitgenössisch publiziert worden. Teichmanns Aussagen zur Baumwollproduktion halten einer Überprüfung fast durchweg nicht stand: Keineswegs kann für 1928 von einer „guten Situation“ die Rede sein (S. 114). Sein Verweis auf das Chaos in der Baumwollproduktion 1931–1932 ist korrekt (S. 135–141). Das heißt aber nichts anderes, als dass Stalin zur Bewahrung seiner Herrschaft einen Durchbruch benötigte. Dass er ihn 1935 mit seiner Politikkorrektur auch erzielte, verschweigt Teichmann und spricht fälschlich vom „Scheitern der Baumwollbeschaffung 1935 und 1936“ (S. 199). Die auf deutlich höherem Niveau als zuvor stabilisierte Baumwollindustrie belegt, dass ab 1935 zeitweilig so etwas wie „Ordnung“ in der Baumwollproduktion herrschte. Teichmann suggeriert dagegen, dass die Sowjetunion „seit“ 1935 „unter größter Geheimhaltung wieder hochwertige Baumwolle im Ausland einkaufte“ (S. 251). Hätte Teichmann nicht in die tadschikische Wüste, sondern in das Ferganatal geschaut, in dem auch unter Stalin noch fast die gesamte sowjetische Baumwolle erzeugt wurde, und sich mit den Funktionsmechanismen des dortigen Kolchossystems befasst, wäre ihm das nicht entgangen.

Teichmanns Argumentation leidet an vielen Stellen daran, dass seine Belege seine Behauptungen nicht bestätigen. Das gilt etwa für die argumentativ zentralen Aussagen zur Lenkung der Wirtschaft durch Stalin. Er behauptet, Stalin habe seine Herrschaft über die regionalen Apparate damit gesichert, dass die Kontrolle über die verfügbaren Ressourcen und deren Umverteilung in seinen Händen zusammenlief (S. 208f.): „Der Generalsekretär verbrachte viel Zeit damit, Getreidevorräte, Baumaterialien, Handelsgüter oder Rohstoffe von einer Region in eine andere umzuverteilen“ (S. 251). An der angeführten Stelle (Stalin i Kaganovič, S. 409f.) sucht man vergeblich nach der Bestätigung dieser Aussage. Das hält Teichmann nicht davon ab, resümierend

zu behaupten: „Seine Eingriffe bei der Ressourcenallokation bildeten den Kern dessen, was man unter Macht der Unordnung verstehen kann: eine durch unvorhersehbare Einzelfallentscheidungen gesteuerte Manifestation von Macht“ (S. 252). Auch die Behauptung, Stalin hätte persönlich festgelegt, wie viel Baumwolle abzuliefern sei (S. 182), wird von den angeführten Belegstellen nicht gestützt: Es sind nämlich Mitteilungen von Kaganovič und Molotov an Stalin, in denen sie ihm detailliert über die von den Planungsbehörden festgesetzten Ablieferungsmengen berichten! Das ist ein gewaltiger Unterschied: Nicht Stalin legte willkürlich Ablieferungsmengen fest, um „Unordnung“ zu erzeugen. Vielmehr hielt er die Misere bei der Baumwollproduktion und damit der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien für so wichtig, dass er sich persönlich darum kümmerte. Nur in sehr wenigen Problembereichen wie Getreide griff Stalin gelegentlich ein und korrigierte die Pläne zur Verteilung von Traktoren und regionale Ablieferungsmengen.

Stalins Diktatur setzte die Unberechenbarkeit seines Handelns voraus. Dass seine Intervention vielfach Chaos („Unordnung“) verursachte, ist allgemein bekannt. Ebenso, dass er es gut verstand, sich „persönliche Auseinandersetzungen“ „zunutze zu machen und, wenn nötig, anzuhetzen“ (S. 83). Zugleich musste er zur Bewahrung seiner Position als Diktator aber wirtschaftliche Erfolge vorweisen. Eine durchgängige „Herrschaft durch Unordnung“ schloss wirtschaftliche Erfolge aus. Um seine Herrschaft zu verstehen, muss man hinter die Kulisse schauen: Stalin verstand es, seine Politik zu korrigieren, wenn sie sich in Chaos festgefahren hatte und seine Herrschaft bedrohte. Die radikalen Kurswechsel kaschierte er, indem er die Verantwortung den bisherigen Führungskräften zuschob (dafür bringt auch Teichmann mehrfach Belege). Auf diese Weise schuf er 1931–1932 die Grundzüge der Kommandowirtschaft, Ende 1932 des Kolchossystems. Teichmann ignoriert den radikalen Kurswechsel in der Baumwollpolitik 1935. Die Elemente der „Ordnung“ wird man nicht finden, wenn man vor allem die Kommunikation zwischen Parteispitze und Peripherie heranzieht, die selbstverständlich auf Probleme fokussierte. Vielmehr hätte sich Teichmann die Mühe machen müssen, die operative Korrespondenz mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft und der Staatlichen Plankommission durchzusehen.

Teichmanns These der „Unordnung“ ist insofern problematisch, da sie auf Fehlannahmen

über die Funktionsweise der sowjetischen Kommandowirtschaft beruht. Zudem gelingt ihm kein methodischer Zugang zu den zentralasiatischen Gesellschaften. Seine einleitenden Ausführungen zu Herrschaft und Bewässerung haben keinen Bezug zur anschließenden Darstellung; so bemüht er sich noch nicht einmal zu belegen, dass Stalins Gewaltherrschaft überhaupt auf der Bewässerung beruhte.

Bielefeld

Stephan Merl

### Die Deutschen und der Holocaust

*Schrafstetter, Susanna/Steinweis, Alan E. (Hrsg.): The Germans and the Holocaust. Popular Responses to the Persecution and Murder of the Jews, 198 S., Berghahn, Oxford/New York 2015.*

Was wussten die Deutschen von und wie reagierten sie auf die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime? Diese Frage steht im Mittelpunkt des von Susanna Schrafstetter und Alan E. Steinweis herausgegebenen Sammelbandes „The Germans and the Holocaust“. Mit neuen Forschungsergebnissen und wissenschaftlich bisher kaum erschlossenem Material knüpfen sechs Fallstudien an aktuelle, international geführte Debatten um die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus an: Die Reaktionen der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung auf antijüdische Maßnahmen des Regimes bedienten ein weites Spektrum – von Zustimmung über Wegschauen bis hin zu Scham und Protest (Wildt 2007, Gruner 2011). Entgegen der nach 1945 geläufigen Schutzbehauptung, von der systematischen Entrechtung und Vernichtung der Juden nichts gewusst zu haben, setzten diese Reaktionen doch gerade solches Wissen voraus – Informationen, die entweder offen durch die NS-Führung oder über Hören-Sagen verbreitet wurden (Gellately 2002, Longerich 2006, Dörner 2007). Dass die Mehrheit der Deutschen gegenüber der menschenverachtenden Politik der Nationalsozialisten in mindestens wohlwollendem Nichtstun verharrte, lässt auf weithin gesellschaftlich geteilte antisemitische und rassistische Vorurteile schließen (Schmiechen-Ackermann 2012).

Wie sich der politische Antisemitismus zu einer sozialen Bewegung im späten 19. und

frühen 20. Jahrhundert entwickelte, untersucht Richard S. Levy. Gegenüber früheren antijüdischen Strömungen verstanden es die Vertreter des ‚neuen‘ Antisemitismus, sich politisch zu organisieren und mittels gezielter Kampagnen gegen die Gleichstellung der Juden zu mobilisieren. War dies für die meist assimilierten jüdischen Deutschen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 ein marginales Problem, so traten im Schock der Niederlage 1918 antisemitische Vorurteile und Schuldvorwürfe offen zutage – ein ideologischer Nährboden, auf dem sich der Nationalsozialismus etablieren konnte.

Frank Bajohr zeigt anhand der regimeinternen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, der Berichte ausländischer Diplomaten sowie der Sopade, dass ab 1933 viele nichtjüdische Deutsche die Maßnahmen gegen Juden guthießen, dabei lediglich deren Umsetzung kritisierten – insbesondere, wenn rohe Gewalt angewendet wurde. Protest äußerte sich aber nur, wenn die regimegelenkten Aktionen negative Auswirkungen auf den Alltag der Bevölkerung hatten. Zu einem entschlossenen Entgegenreten aus Mitgefühl und Solidarität mit der jüdischen Minderheit kam es dagegen selten.

Am Beispiel der Reichshauptstadt differenziert Wolf Gruner die Reaktionen der nichtjüdischen Berliner. Anhand von Polizeidokumenten und Verfahrensakten wird deutlich, dass individuelle Gewalttaten gegen Juden schon innerhalb der ersten Wochen nach dem Machtantritt der NSDAP 1933 sprunghaft anstiegen. Dabei legitimierte der staatliche Terror die gewaltsame Durchsetzung eigennütziger Interessen unter dem Deckmantel des Politischen. Trotzdem gab es noch bis in die Kriegsjahre hinein Akte der Unterstützung für jüdische Nachbarn, Freunde und Familienmitglieder. Handlungsspielräume waren auch in der Diktatur noch vorhanden. Niemand konnte passiv bleiben.

Wie viel die nichtjüdischen Deutschen nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von der Vernichtung der europäischen Juden wissen konnten, analysiert Peter Fritzsche. So berichteten auf Urlaub von der Ostfront heimkehrende Wehrmachtsoldaten über Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten. Auch erlebte die ‚Volksgemeinschaft‘ die Deportation der Juden in die Vernichtungslager im Herbst 1941 und im Sommer 1942 direkt mit. Die alliierten Bombardements auf deutsche Städte betrachtete die dortige Bevölkerung ab 1943 als Vergeltungsmaßnahmen für den

Umgang mit der jüdischen Minderheit. Die Angst vor Revanche nutzte die Regimeführung schließlich für eine, die NS-Verbrechen explizit thematisierende Kampagne, die für den Kampf um den ‚Endsieg‘ mobilisieren sollte.

Zwischen 1941 und 1945 suchten circa 10.000 bis 15.000 Juden im Untergrund Schutz. Dabei waren sie, wie Susanna Schrafstetter anhand des Beispiels München resümiert, auf die Hilfe ganzer Netzwerke von nichtjüdischen Deutschen angewiesen. Die Helfenden stammten aus allen sozialen Schichten, die meisten von ihnen hatten schon vor 1933 familiäre und freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten. Doch neben altruistischen Motiven bewogen auch eigennützige Interessen viele Deutsche zum Helfen. Im Extremfall nutzten sie die Situation der Versteckten zu ihrem Vorteil aus – nicht zuletzt durch Denunziation der Schutzsuchenden.

Atina Grossmann untersucht die bislang in der Forschung kaum beachteten, durch Konflikte und Spannungen geprägten Beziehungen zwischen nichtjüdischen Deutschen und jüdischen *displaced persons* (DPs) nach 1945. Beide Seiten hielten dabei Stereotype über die jeweils anderen aufrecht und nutzten diese – vor allem auf deutscher Seite – nicht selten politisch aus. In der Abgrenzung zu jüdischen DPs aus osteuropäischen Ländern, die als Gefährdung für den Neubeginn betrachtet wurden, verortet Grossmann ein Wiederaufleben des auch nach 1945 überaus populären Mythos von der ‚Volksgemeinschaft‘.

Die großen Stärken des Bandes machen aus, dass die Fallstudien einerseits Schlaglichter auf die Zeit vor 1933 und nach 1945 werfen. Auch einseitig kausale Begründungen werden andererseits mit Verweis auf die Vielschichtigkeit von Motivlagen und Verhaltensweisen sowie auf das komplexe soziale Gefüge verworfen. Was wussten die Deutschen vom Holocaust? Diese Frage zielt im Kern auf die Mechanismen der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaftsideologie‘ und der Dynamik ihrer sozialen Ausgrenzungsprozesse. Einzig diese Perspektive (und die kritische Würdigung neuerer Forschungsarbeiten hierzu) wird – trotz aller Differenzierung – zu wenig beachtet. Insgesamt liefern die Fallstudien jedoch interessante Zugänge zur Leitfrage des Bandes und können als exzellenter Ausgangspunkt für die weitere Forschung dienen.

Hannover/Berlin

Christine Schoenmakers

**Protestantische Erinnerungskultur in West und Ost**

*Pavlush, Tetyana*: Kirche nach Auschwitz zwischen Theologie und Vergangenheitspolitik. Die Auseinandersetzung der evangelischen Kirchen beider deutscher Staaten mit der Judenvernichtung im „Dritten Reich“ im politisch-gesellschaftlichen Kontext, 573 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015.

Seit dem Frühmittelalter diente die Kirche in Europa als Stütze der Herrschenden. Im Zeitalter der beiden Weltkriege waren zahlreiche deutsche Pfarrhäuser ein Hort des Chauvinismus. Nach Januar 1933 verstanden sich die evangelischen Pfarrer mehrheitlich als ‚Deutsche Christen‘ im Sinne der Nationalsozialisten; immer mehr bekannten sich zu Rassismus, „Erbpflege“, „Aufartung“ und ähnlichen Ungeheuerlichkeiten, welche die nationalsozialistischen Machthaber propagierten. Unterdessen nutzten radikale Antisemiten Äußerungen Martin Luthers, um die Notwendigkeit der Judenverfolgung zu beweisen.

Vor diesem Hintergrund zeichnet die Ukrainerin Tetyana Pavlush den Wandel nach, der sich in den evangelischen Kirchen in den Jahren nach dem Nationalsozialismus – in den Besatzungsjahren und dann in der Bonner Republik und in der DDR – mit Blick auf den nationalsozialistischen Judenmord ereignet hat. So fragt sie danach, welchen Anteil die Kirchen am gesamtgesellschaftlichen Prozess der Aufarbeitung der antijüdischen NS-Verbrechen hatten. Zudem interessiert sie, wie sich die offizielle Vergangenheitspolitik im Zeichen der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges auf die Erinnerung in den Kirchen auswirkte. Die Analyse fußt auf Stellungnahmen der Amtskirchen, auf Arbeitsergebnissen von Kirchentagen, nur „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ (S. 522) bestimmten Papieren und der evangelisch ausgerichteten Presse. Unveröffentlichte Materialien wurden hingegen bei dieser Studie nicht mit einbezogen.

Die Verfasserin beginnt mit einer Darlegung der methodologischen Grundlagen ihrer vergleichenden Untersuchung. Die Schilderung ist ansonsten chronologisch geordnet. Die frühen Nachkriegsjahre unterlagen einem „beredtem Schweigen“, ehe sich in den 1960er Jahren Neuansätze zeigten, die freilich zunächst von eher isolierten Einzelpersonlichkeiten vorangetrieben wurden. Erst Ende der 1970er Jahre konnten sie sich auf breiter Front durchsetzen.

Wichtige Marksteine und Zäsuren der gesamtgesellschaftlichen „Vergangenheitsbewältigung“ gelten auch im kirchlichen Kontext: Die antisemitische „Schmierwelle“ und Häufung von Friedhofsschändungen in den Jahren 1959 und 1960, die aufrüttelnd wirkten. Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, wobei mit dem Zeugenauftritt Heinrich Grübers auch das „andere Deutschland“ vor Gericht erschien (S. 144–152). Die Debatte um das Theaterstück „Der Stellvertreter“ Mitte der 1960er Jahre, das Katalysator für eine Polarisierung der Erinnerungen war; dabei entstammte der Autor Rolf Hochhuth einem zutiefst protestantischen Kleinstadtmilieu unweit der damaligen Zonengrenze. Durch den Sechstage-Krieg von 1967 sahen sich die Kirchen der Herausforderung gegenüber, im Zeichen des Nahostkonfliktes ihr Verhältnis zum jüdischen Staat Israel zu erläutern. Die „Erinnerungswende“ datiert Pavlush ins Jahr 1979 (S. 262), als die Fernsehserie „Holocaust“ in der Bundesrepublik eine enorme Breitenwirkung entfaltete – und in der DDR indirekte Reaktionen hervorrief.

Genauer betrachtet werden sodann drei Gedenktage zum 9. November 1938 und deren teils kontroverse öffentliche Wirkungen in den Jahren 1968, 1978 und 1988. Dabei geht es der Verfasserin ausdrücklich um den jeweiligen „Stand des Holocaustbewusstseins“ (S. 405). Seinen Höhepunkt erreichte das aus der evangelischen Kirche hervorgehende Pogromgedenken in West und Ost anlässlich des 50. Jahrestags der nazistischen Novemberpogrome, das sich in einer regelrechten „Gedenkepidemie“ niederschlug (S. 413), wobei sich innenpolitischer Druck und außenpolitisches Interesse vermischten. Wiederholt blickt Pavlush auf die „Schuldfrage“ in den Gedenkreden der evangelischen Kirchenvertreter wie auf die vielfältigen Bemühungen um ein christlich-jüdisches Gespräch und eine „Theologie nach Auschwitz“ (S. 430). Weitergehende Forschungsperspektiven zeigt die Verfasserin mit der Anregung auf, eine ähnliche Untersuchung für die Kirchen im Nachkriegs-Österreich durchzuführen (S. 483); auf den letzten Seiten umreißt sie im Vergleich die kirchliche Erinnerungskultur in der Ukraine, die vom Erbe der sowjetischen Vergangenheitspolitik weiterhin stark geprägt ist.

Im Anhang hat Pavlush kurze Biogramme wichtiger Akteure deutscher kirchlicher Erinnerungsarbeit zusammengestellt. Orts-, Institutionen- und Personenregister fehlen dagegen. Die Studie lässt auch sprachlich einiges zu wünschen und hätte unbedingt von einem versierten

deutschen Muttersprachler gegengelesen werden sollen. Hinzu kommt, dass Pavlush die damaligen Debatten über weite Strecken zitatenreich referiert, was einigermaßen ermüdet. Insgesamt gelingt es der Verfasserin, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den kirchlichen Diskussionen beiderseits der innerdeutschen Grenze in ihrem politisch-gesellschaftlichen Kontext herauszuarbeiten – eine Fleißarbeit, die sich in 1.348 Fußnoten niederschlägt. Ergebnis ist ein differenziertes und kleinteiliges Bild protestantisch-kirchlicher Erinnerungspolitik in Deutschland zwischen Hitler und der „Wende“. Danach hat das Thema übrigens an Bedeutung verloren. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei – so Pavlush – aufseiten der evangelischen Kirche ein zurückgehendes Interesse an der christlich-jüdischen Thematik festzustellen (S. 482).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### Gipfeltreffen im Kalten Krieg

*Tudda, Chris: Cold War Summits. A History, From Potsdam to Malta, 240 S., Bloomsbury, London/New York 2015.*

Die schmale Studie des amerikanischen Historikers Chris Tudda bietet einen interessanten Zugang zur Geschichte des Kalten Krieges: Sein Verlauf wird anhand von sechs Gipfeltreffen angedeutet, die für unterschiedliche Aspekte und Entwicklungsstadien des großen weltpolitischen Konflikts der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stehen. Am Anfang steht die Konferenz von Potsdam im Juli/August 1945, auf der die „Großen Drei“ versuchten, sich über die Nachkriegsordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu verständigen. Es folgt eine Skizze der Bandung-Konferenz im April 1955, mit der Jawaharlal Nehru, Zhou Enlai, Achmed Sukarno und andere das weltpolitische Gewicht der blockunabhängigen Staaten stärken wollten. Sodann wird das Treffen von Glassboro im Juni 1967 beleuchtet, zu dem Lyndon B. Johnson kurzfristig den zur UNO-Vollversammlung in New York angereisten sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin eingeladen hatte. Weiter geht es mit dem spektakulären Besuch von Richard M. Nixon bei Mao Zedong und Zhou Enlai in Peking im Februar 1972. Das vorletzte Kapitel behandelt das Gipfeltreffen von Jimmy Carter und Leonid Breschnew in Wien

im Juni 1979, bevor zum Schluss über das Treffen von George Bush senior und Michail Gorbatschow Anfang Dezember 1989 auf zwei Kreuzern vor Malta berichtet wird. Das Buch beleuchtet auf diese Weise sowohl die Dominanz der Rivalität der beiden Weltmächte in der Weltpolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als auch die Grenzen ihrer globalen Macht, die sich aus dem Aufstieg von Staaten und Völkern ergaben, die zuvor in kolonialer Abhängigkeit von europäischen Mächten gelebt hatten.

Jedes Kapitel beginnt mit einer Chronik der Ereignisse, die dem jeweiligen Gipfeltreffen vorausgingen. Es folgen eine Referierung des Gesprächsverlaufs, kurze Bewertungen des Treffens durch Teilnehmer und/oder den Autor sowie ein ebenso kurzer Ausblick auf den weiteren Gang der Ereignisse. Auf diese Weise geraten die Probleme, um die es jeweils ging, und die Ergebnisse des Gipfels nicht immer mit der nötigen Schärfe in den Blick. So wird die Verständigung über deutsche Reparationen in Potsdam nur sehr unvollständig geschildert, und der Beschluss zur die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen wird überhaupt nicht erwähnt. Der Leser gewinnt aber einen sehr lebendigen Eindruck vom Vorgehen der Konferenzteilnehmer und damit auch sowohl von ihren Zielsetzungen als auch von ihrer Performanz. Beispielsweise beeindruckt Zhou Enlai durch ein gewinnendes und höchst professionelles Auftreten sowohl auf der Konferenz in Bandung als auch in den Gesprächen mit Nixon. Mao (der zum Zeitpunkt des Nixon-Besuchs mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte) erscheint demgegenüber in alten ideologischen Formeln befangen und voller Skepsis gegenüber der von Zhou betriebenen Öffnung. Breschnew erweist sich beim Treffen mit Carter besser vorbereitet als der amerikanische Präsident; er lässt sich von seinem Dolmetscher zwar immer wieder Schriftstücke reichen, die er dann vorliest, aber diese kommen argumentativ sehr genau auf den Punkt und lassen Carters Hoffnung auf Entgegenkommen in der Menschenrechtsfrage und Zurückhaltung in der ‚Dritten Welt‘ ins Leere laufen. Bei der Malta-Konferenz ist zu sehen, wie ein zunächst noch vorsichtiger George Bush lernt, was Perestroika tatsächlich bedeutet und welch großes Feld amerikanisch-sowjetischer Kooperation sich damit auftut. Gorbatschow zeigt sich besorgt, dass Helmut Kohl in der deutschen Frage aufs Tempo drückt und stellt auch schon die Frage nach der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands. Darauf erhält er keine



Antwort; Bush rät ihm nur, Kohls Rhetorik nicht zu ernst zu nehmen.

Wie üblich, nimmt auch dieser Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges aus einer amerikanischen Feder die deutschsprachige Literatur zum Thema nicht zur Kenntnis. Nicht zuletzt deswegen unterlaufen Tudda auch einige handwerkliche Fehler. So verlegt er den wechselseitigen Aufmarsch amerikanischer und sowjetischer Panzer in Berlin im Oktober 1961 kurzerhand vom Grenzübergang Friedrichstraße ans Brandenburger Tor. Für den 9. November 1989 berichtet er von einer Entscheidung von Egon Krenz, „Czechoslovak refugees and East Germans interested in ‚private travel‘“ (S. 167) direkt nach Westdeutschland gehen zu lassen; dann lässt er Kohl (der sich bekanntlich in Warschau aufhielt) noch in der Nacht zum 10. November Bush von Berlin aus anrufen. Der britische Nachkriegspremier Clement Attlee wird von Tudda konstant nur mit einem „t“ geschrieben.

Solche Schnitzer sind bedauerlich, droht darüber doch die wichtigste Erkenntnis aus der Untersuchung der sechs Gipfeltreffen in den Hintergrund zu treten: Ausnahmslos alle Beteiligten waren daran interessiert, den Kalten Krieg einzudämmen und eine atomare Konfrontation der Supermächte zu verhindern. Die persönliche Begegnung der Führer der beiden Supermächte brachte sie diesem Ziel etwas näher, auch wenn die Annäherung oft nur atmosphärischer Natur war und neuer Konfrontation keineswegs dauerhaft vorbeugen konnte. Tuddas Darstellung lässt dieses Strukturelement des Kalten Krieges deutlich hervortreten.

Essen

Wilfried Loth

### Die Erfindung des Wirtschaftswachstums

*Schmelzer, Matthias*: The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm, 396 S., Cambridge UP, Cambridge 2016.

Wie wurde abstraktes „Wirtschaftswachstum“ nach dem Zweiten Weltkrieg ein unhinterfragbares, quasi-natürliches Ziel von Regierungspolitik in aller Welt? Was verstanden Zeitgenossen zwischen den 1940er und den 1970er Jahren unter „Wachstum“ und wie legitimierten

sie „Wachstumspolitik“? Das sind die zentralen Fragen, denen Matthias Schmelzer in seiner gründlich recherchierten, sehr gut lesbaren und bereits mehrfach ausgezeichneten Dissertation nachgeht. Sein Ziel ist es, zu einer Wissensgeschichte der Ökonomie beizutragen, die über die Dogmengeschichte hinausgeht und die Generierung, die Anwendung und Transfers von Wissen in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Außerdem will Schmelzer am Beispiel der 1948 gegründeten „Organization for European Economic Co-operation“ (OEEC) sowie deren 1961 entstandenen Nachfolger „Organization for Economic Co-operation and Development“ (OECD) untersuchen, wie internationale Organisationen und transnationale Netzwerke von Experten, Beamten und politischen wie wirtschaftlichen Entscheidungsträgern Debatten und Entscheidungen auf nationaler Ebene beeinflussten. Darüber hinaus beabsichtigt er, mit seinem Buch die anhaltenden wachstumskritischen Debatten um eine historische Perspektive zu bereichern, die Pfadabhängigkeiten und Zusammenhänge aufzeigen kann.

Nach der Einleitung und einer einführenden institutionengeschichtlichen Skizze der OEEC/OECD befasst sich der erste Abschnitt des Buchs mit der Etablierung des „Wachstumsparadigmas“ in den späten 1940er und 1950er Jahren. Diesem Paradigma zugrunde liegen Schmelzer zufolge (a) die Überzeugung, dass die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, wie sie während des Zweiten Weltkrieges in den USA und Großbritannien entwickelt und angewendet wurde, die wirtschaftliche Aktivität eines Landes adäquat messe; (b) die Ansicht, dass das an der Zunahme des Bruttonationalproduktes gemessene Wirtschaftswachstum Lösungen für eine Vielzahl sozioökonomischer Probleme biete; (c) die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum grenzenlos sei; und (d) die Gewissheit, dass Wirtschaftswachstum Fortschritt bringe, zum Wohlbefinden einer Gesellschaft beitrage und die Macht von Nationalstaaten stärke. Schmelzer zeichnet nach, wie mit der Entwicklung und internationalen Standardisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den 1940er und 1950er Jahren die statistische Grundlage dafür geschaffen wurde, Wirtschaftswachstum denk- und anstrebbbar zu machen (Kap. 1). Anschließend zeigt er auf, wie Experten und vor allem die OEEC nach der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg Wirtschaftswachstum zunehmend mit Produktivitätswachstum gleichsetzten und

es damit ermöglichen, dass ‚Wirtschaft‘ theoretisch unendlich wachsen konnte (Kap. 2). Und schließlich gilt sein Interesse der Frage, wie hochrangige Ökonomen und Regierungsbeamte, die in Gremien der OEEC zusammenkamen, in den 1950er Jahren dazu beitrugen, dass nationale Regierungen relativ ähnliche wirtschaftspolitische Ziele und Maßnahmen formulierten und Wirtschaftswachstum dabei zunehmend ins Zentrum rückten (Kap. 3).

Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf die 1960er Jahre, als Wirtschaftswachstum zum Block- und ideologieübergreifenden Maßstab für den Fortschritt, die Macht und den Einfluss eines Landes wurde. Angesichts der Wachstumserfolge der 1950er Jahre warb die OECD nun nicht mehr dafür, stabiles Wirtschaftswachstum anzustreben, sondern das höchstmögliche. Für das gesamte Jahrzehnt legte sie sogar das Ziel fest, dass die Volkswirtschaften aller ihrer Mitgliedsländer bis 1970 um 50 Prozent wachsen sollten – eine Marke, die sie sogar noch überboten (Kap. 4). Die zentrale Bedeutung, die das Konzept Wirtschaftswachstum spätestens Mitte der 1960er Jahre für die Politik aller Industriestaaten erhalten hatte, und die gleichzeitige Uneinigkeit darüber, wozu dieses konkret dienen sollte und wie man es politisch erreichen könne, führte dazu, dass Ökonomen zunehmend Schlüsselpositionen in staatlichen Verwaltungen einnahmen sowie zahlreiche Politikfelder „ökonomisiert“ wurden. Letzteren Vorgang illustriert Schmelzer am Beispiel der Bildungspolitik, in die das Konzept des Humankapitals mithilfe der OECD rasch Eingang erhielt (Kap. 5). Auch in der Entwicklungspolitik – zentraler Bestandteil der OECD-Programmatik – schlug sich das Wachstumsparadigma nieder. Luzide macht Schmelzer deutlich, wie dessen vier oben genannten zentralen Annahmen dazu dienten, in der postkolonialen Welt der 1960er Jahre die Interessen des sich nunmehr in der OECD organisierenden „Westens“ beziehungsweise „Nordens“ gegen die des „globalen Südens“ zu formulieren und durchzusetzen (Kap. 6).

Der dritte und letzte Abschnitt widmet sich der ab Ende der 1960er Jahre aufkommenden Kritik am Konzept des unbegrenzten Wirtschaftswachstums innerhalb der OECD und in deren Umfeld (v. a. dem „Club of Rome“) (Kap. 7). Vor allem die wirtschaftlichen Krisen der mittleren 1970er Jahre setzten der OECD-internen Suche nach Alternativen zwar ein recht jähes Ende, führten aber zu einer Neudefinition von Wachstum hin zur

Betonung von qualitativem Wachstum (Kap. 8). Am Beispiel der internationalen Umweltpolitik, in deren Rahmen sich die OECD anfangs der 1970er Jahre maßgeblich an der Formulierung von Problemen und diesbezüglichen Lösungsansätzen beteiligte, sowie anhand der Suche nach statistischen Indikatoren, die das Wohlbefinden von Gesellschaften messen und so das Bruttoinlandsprodukt ergänzen sollten, macht Schmelzer deutlich, wie die teils massive Kritik am quantitativ gemessenen Wirtschaftswachstum in Nebenforen verlagert wurde, während Wirtschaftspolitiker mehr denn je auf steigende Bruttonutzenprodukte hinarbeiteten (Kap. 9). Ein Epilog skizziert die einschlägigen Debatten von der Mitte der 1970er Jahre bis in die Gegenwart und verknüpft aktuelle Auseinandersetzungen um eine „Green Economy“ und eine Postwachstumsgesellschaft mit älteren Diskussionen.

Nach der Lektüre des Buches hat man nicht nur gelernt, wie das „Wirtschaftswachstum“ zum zentralen Ziel von Wirtschaftspolitik in aller Welt wurde, sondern auch wie stark politische und wirtschaftliche Interessen nationaler Regierungen, internationale Expertengremien, institutionelle Legitimierungsnotwendigkeiten der OEEC/OECD und Konflikte innerhalb dieser Organisationen die Etablierung und Veränderung des „Wachstumsparadigmas“ beeinflussten. Zur gleichen Zeit steckt Schmelzer weitere Forschungsfelder ab, wirft seine Arbeit doch die Frage auf, wie nationale Öffentlichkeiten, Wissenschaftler und Entscheidungsträger über einschlägige Konzepte, und Handlungsempfehlungen debattierten und diese konkret umsetzten. Auch die Beteiligung anderer internationaler Organisationen oder privater Thinktanks an der Formulierung und der Durchsetzung des Wachstumsparadigmas wäre ein lohnendes Untersuchungsfeld, das Schmelzer explizit ausklammert. Und schließlich lässt sich Schmelzers Buch, das die Kontingenz und Veränderlichkeit des Konzepts Wirtschaftswachstum so deutlich vor Augen führt, als Plädoyer dafür lesen, Alternativen zur Wachstumsorientierung von Wirtschaftspolitik zu diskutieren und einzufordern. Allein das macht „The Hegemony of Growth“ zu einem Buch, das nicht nur Historiker lesen sollten, sondern auch jene, die an aktuellen Debatten über Wachstum und dessen Grenzen sowie an der zukünftigen Gestaltung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik interessiert sind.

*Freiburg i. Br.*

*Martin Bemann*

**„Varieties of Capitalism“**

Hockerts, Hans Günter/Schulz, Günther (Hrsg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer, 211 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Lange Zeit war die Beschäftigung mit dem „Rheinischen Kapitalismus“ davon geprägt, die Wesensunterschiede zum anglo-amerikanischen Wirtschaftsmodell herauszuarbeiten und zu diskutieren. In diesem Zusammenhang wurde ein Gegensatz zwischen einer produktions- und einer überwiegend finanzmarktgetriebenen Kapitalismusvariante postuliert. Als Charakteristika des „deutschen Modells“ galten dabei vor allem seine Konzentration auf qualitativ hochwertige und exportfähige Industrieerzeugnisse, stabile, auf Langfristigkeit angelegte Netzwerke aus personellen und finanziellen Beziehungen sowie die Konsensorientierung und Kooperationsfähigkeit von staatlichen Stellen, Unternehmen, Banken und Gewerkschaften. Aufgrund seiner Krisenresistenz und breiten Zustimmungsfähigkeit erschien das „deutsche Modell“ trotz seiner zunehmenden Innovationsschwäche nicht selten als nachahmenswert. Da allerdings die Beschäftigung mit den ‚Varieties of Capitalism‘ immer auch darauf zielte, Aussagen über die historischen Wurzeln aktueller ökonomischer und sozialpolitischer Problemlagen zu treffen, waren derartige Einschätzungen nicht unabhängig von den wirtschaftlichen Konjunktoren. So ließen die unterschiedlichen Bewertungen des „Rheinischen Kapitalismus“ immer auch auf zeitgenössische Orientierungskrisen und wechselnde Umgangsweisen mit ihnen schließen. Nach dem Wesen des „deutschen Modells“ und des „Rheinischen Kapitalismus“ zu fragen, war damit oftmals Teil einer tagespolitischen Debatte über die Zukunfts- und Leistungsfähigkeit gegenwärtiger ökonomischer und sozialpolitischer Strukturen.

Mittlerweile richtet sich das sozial- und geschichtswissenschaftliche Interesse am „Rheinischen Kapitalismus“ verstärkt auf den Transfer von Ordnungs- und Organisationsformen, von Ideen, Gesellschaftsvorstellungen und Verfallsdiagnosen, die von den Zeitgenossen mit den unterschiedlichen Modellen verbunden wurden. So liegt neuerdings ein Schwerpunkt auf der Analyse der internationalen Vernetzung der (korporatistischen) Akteure. Mit dieser Interessensverschiebung gehen auch die Abwendung von Themen der Geschichte der Wirtschaftspolitik und eine

Hinwendung zur Wissens- und Kulturgeschichte einher. Dies führt dazu, dass die „Modelle“ immer seltener als feste Gefüge, sondern zunehmend als „nur“ noch grundsätzliche Dispositionen interpretiert werden. Kontingente Prozesse werden damit heute viel stärker betont.

Dies zeigt sich auch im vorliegenden Sammelband. So spielen in den Beiträgen etwa Verweise auf die Bedeutung der internationalen Wirtschaftswissenschaften eine bedeutendere Rolle als in früheren Aufsatzsammlungen zum „deutschen Modell“ (beispielsweise in Gilgen/Kopper/Leutzsch „Deutschland als Modell? Rheinischer Kapitalismus und Globalisierung seit dem 19. Jahrhundert“, 2010). Auch ist zentrales Thema des von Hans Günter Hockerts und Günther Schulz herausgegebenen Bandes zu einer bereits 2011 veranstalteten Tagung nicht die idealtypische Gegenüberstellung unterschiedlicher Kapitalismusmodelle und Produktionsregime. Vielmehr werden die zentralen Akteursgruppen und Institutionen im „deutschen Modell“ mit dem Fokus auf die „Ära Adenauer“ untersucht. Damit wird eine Zeit der wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen in den Blick genommen, in der die Pass- und Handlungsfähigkeit alter und neuer Institutionen erprobt wurde (S. 98), in der angesichts der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg Wege zur Bändigung des Kapitalismus ständig diskutiert wurden (das zeigen insbesondere die Beiträge von Schroeder und Hockerts), aber auch die Verteilungsspielräume im ‚Wirtschaftswunder‘ soziale und ökonomische Konflikte befriedeten. Folgerichtig konzentriert sich das Interesse der Autoren mehrheitlich auf die Frage, inwieweit es in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft einen Umbruch in der vormals etablierten korporatistischen Balance gegeben habe. Welche Strukturen, Institutionen und Problemlösungsmechanismen festigten sich nach 1945 wieder, was war grundsätzlich neu? Welche Ansätze der Neuausrichtung wurden diskutiert, welche verworfen und welche setzten sich durch? Welchen Anteil hatten dabei Akteure außerhalb der Bundesrepublik?

Konkret fragen die Autoren in den einzelnen Beiträgen danach, ob es im Kartelldenken (Jan-Otmar Hesse), beim Wiederaufbau der Kammerstrukturen der gewerblichen Wirtschaft (Boris Gehlen) und im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern (Wolfgang Schroeder) eine Abkehr von den prägenden Vorstellungen und konsensualen Übereinkünften gegeben hat, die für die erste Hälfte des

20. Jahrhunderts prägend gewesen waren. Die Autoren zeigen, welche Traditionslinien es gab und welche neuen Elemente sichtbar wurden. Dabei werden ganz unterschiedliche Situationen und Herausforderungen im Umgang mit Pfadabhängigkeiten sichtbar. Während etwa Schroeder am Beispiel der parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaften den markanten Bruch gegenüber den parteipolitischen Richtungsgewerkschaften betont, dominierten in anderen Bereichen die Traditionslinien, wenn – wie bei den Industrie- und Handelskammern – anfänglich auch Alternativkonzepte nicht ohne Aussicht auf Erfolg waren. Zugleich zeigen die Autoren, etwa bei den konfliktträchtigen Aushandlungen zum Mitbestimmungsgesetz, auch immer wieder die Grenzen der zeitgenössischen Kooperationsbereitschaft – einem der zentralen Merkmale des „Rheinischen Kapitalismus“. Mit der Betonung auf dem Ringen verschiedener Akteure um die wichtigsten Weichenstellungen erscheint das „deutsche Modell“ damit in der Phase seiner Neuauflage nach dem Zweiten Weltkrieg offener als in bisherigen Interpretationen. Auch wenn Traditionslinien schlussendlich vielerorts fortgesetzt wurden, geschah dies, wie Christoph Boyer mit Blick auf die Bundeshandwerksordnung feststellt, in einer „unverkennbar eigene[n], mit neuen Elementen angereicherte[n] Variation“ (S. 93).

Neben diesen fast schon klassisch zu nennenden Gegenständen der Debatte um ein „deutsches Modell“ hält der Sammelband aber auch einige bislang eher unterbelichtete Schwerpunktsetzungen bereit. So durchbricht etwa Christoph Boyer mit seiner Analyse der Kooperationsbereitschaft des gewerblichen Mittelstandes die bisher dominierende Konzentration auf die Großindustrie. Christopher Kopper, Friederike Sattler und Ralf Ahrens zeigen hingegen in ihren Beiträgen zu Versicherungskonzernen, zu Wegen der Unternehmensfinanzierung und zur Kreditwirtschaft im ‚Wirtschaftswunder‘, dass es noch zahlreiche Forschungslücken in der bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte gibt. Offensichtlich basiert die Annahme einer ‚Deutschland AG‘ – also einer starken Interessengleichheit, hohen Quervernetzung durch Aufsichtsratsmandate und einer immensen Kooperationsbereitschaft von Banken, Versicherungen und Großunternehmen – auf dürftigem Datenmaterial. Hier verweisen die Beiträge immer wieder auf konkreten Forschungsbedarf.

Der Rezensent hat den vorliegenden Sammelband mit Freude und Gewinn gelesen. Die im

Aufsatz von Friederike Sattler zu Recht erhobene Forderung, nicht nur Institutionen und politische Richtungsentscheidungen, sondern auch Praktiken und Semantiken zu untersuchen (S. 144), können die Beiträge zwar noch nicht einlösen. Nichtsdestotrotz zeichnen sie zukünftige Wege der Forschung deutlich vor. Ihr hauptsächlich Verdienst ist es, die Neuausrichtungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg differenzierter darzustellen, als dies aus der Perspektive des „deutschen Modells“ bislang geschehen ist. Ganz offensichtlich ist die Analyse der ‚Varieties of Capitalism‘ noch nicht an ihren Abschluss gelangt, sondern erhält von der stärkeren kultur-, wissens- und globalisierungsgeschichtlichen Ausrichtung der heutigen Wirtschaftsgeschichte neue Impulse.

Düsseldorf

Steffen Dörre

### **Eine Vergangenheit, die nicht vergeht**

*Heydemann, Günther/Vollnhals, Clemens (Hrsg.):* Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, 287 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

*McDermott, Kevin/Stibbe, Matthew (Hrsg.):* De-Stalinising Eastern Europe. The Rehabilitation of Stalin's Victims After 1953, 262 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.

Die Rehabilitierung der Opfer kommunistischer Unterdrückung war ein viel diskutiertes Thema vor zwanzig Jahren, als die „Bewältigung“ leninistischer Herrschaft eine Konjunktur im Film, Fernsehen und auf dem Buchmarkt auslöste. Dies geschah zu einer Zeit beispielloser Offenheit in den vormaligen Republiken der Sowjetunion, ein Resultat der Öffnung von Archiven der Staatspartei und der in ihrem Namen agierenden Geheimpolizei.

Der von Kevin McDermott und Matthew Stibbe vorzüglich redigierte Band mit Beiträgen über elf Länder erscheint reichlich spät, denn das Interesse an den Verbrechen des Kommunismus hat merklich nachgelassen. In der Einleitung unterstreichen die Herausgeber, dass der Terminus „Rehabilitation“ für die Periode 1953 bis 1989/1990 nicht zutrifft: Amnestien oder auf patriarchalische Art von oben erlassene Pardonierungen erfassen die menschliche Seite

der „Entstalinisierung“ genauer; denn der in die russische Sprache übernommene Fremdbegriff *reabilitatsija* hätte suggeriert, es sei Unrecht geschehen, das Opfer sei schuldlos und folglich den ideologischen Überbau des Parteistaates infrage gestellt. Außerdem waren Mitte der 1950er Jahre in Osteuropa Männer an der Macht, die hochgradige Komplizen der Massenrepression gewesen waren, nicht zuletzt Nikita Chruschtschow, Parteisekretär in Moskau beziehungsweise der Ukraine auf dem Höhepunkt des Terrors 1937/38. Dasselbe galt umso mehr für Offiziere der Staatssicherheit, die jedoch während der „Aufarbeitung“ ab 1953 in den seltensten Fällen belangt wurden. Wie Marc Elie darstellt, sind von den 3,7 Millionen politischen Strafanklagen (1921–1953) in der UdSSR bis 1960 lediglich 1,2 Millionen einer Revision unterzogen worden. Als monetäre Entschädigung bekamen die Opfer einige Wochenlöhne; die Rückkehr zum früheren Wohnplatz in Moskau oder Leningrad wurde indes verwehrt, ebenso eine Wiedergutmachung hinsichtlich der persönlichen Gegenstände, die bei der Verhaftung von NKWD-Offizieren beschlagnahmt wurden. Nach einem Stillstand in der Breschnew-Ära erfuhr die Untersuchung der politischen Anklagen einen neuerlichen Aufschwung unter Gorbatschow, der alle außergerichtlichen Urteile der Stalin-Zeit für null und nichtig erklärte, womit 1989/1990 839.000 Menschen (meistens posthum) schuldig gesprochen wurden. Als Folge des Rehabilitierungsgesetzes vom Oktober 1991 verfügte Präsident Jelzin die Rehabilitierung von weiteren 650.000 Verurteilten, die selbst oder ihre Hinterbliebenen eine moderate soziale Besserstellung erhielten. Der Aufsatz von Andrea Pető über die post-Stalin Jahre in Ungarn befasst sich vorwiegend mit dem Leben von Júlia Rajk, der Witwe des hingerichteten Innenministers László Rajk, die nach ihrer Entlassung 1954 nach fünf Jahren im Gefängnis ununterbrochen um die Herstellung des guten Namen ihres Mannes kämpfte. Ihr Ziel – ein öffentliches Begräbnis – erreichte sie im Oktober 1956, das sozusagen als Vorbote der ungarischen Revolution in die Geschichte einging. Die Praxis der „Rehabilitation“ in der polnischen Volksdemokratie (Piotr Kładoczny) verlief recht schleppend: Eine Regierungskommission bestätigte 1957 die Richtigkeit des ursprünglichen Verdikts in über 50 Prozent der 4.400 Rehabilitierungsanträgen, erst 1989/1990 und nach 1991 erfolgte eine generelle Annullierung der politischen Anklagen der kommunistischen Jahrzehnte. Die

DDR (Matthew Stibbe) war ein besonderer Fall, ging es den Machthabern, abgesehen von einer Amnestie für politische Gefangene 1956 und die stillschweigende Wiederaufnahme etlicher in Unnade gefallener Parteiführer in Amt und Würden, vorwiegend um deutsche Kommunisten, die in der UdSSR den Gulag überlebt hatten und nach 1954 in die DDR „heimkehren“ durften. Sie oder die Familien der vielen hingerichteten KPD-Mitglieder erhielten Arbeit und Wohnraum, mussten sich aber zum Stillschweigen verpflichten. Vielleicht der interessanteste Beitrag ist jener über die ČSSR (Klára Pinerová), wo die Kommunistische Partei (KSČ) als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen 1946 hervorging und zwei Jahre später in einem halblegalen Staatsstreich die absolute Macht an sich riss. In der Periode 1948–1954 gab es in der Tschechoslowakei an die 90.000 politische Gefangene, eine Zahl, die durch insgesamt sechs Amnestien bis 1960 erheblich reduziert wurde. Die Parteispitze um Antonín Novotný folgte widerwillig der neuen Politik von Chruschtschow, setzte einerseits eine geheime Kommission ein, die über 50 Urteile revidierte und prominente Überlebende der Schauprozesse wie Artur London aus der Haft entließ. Andererseits gab es noch 1954 Schauprozesse, zum Beispiel gegen den „slowakischen Nationalismus“. Der slowakische Parteiführer Gustáv Husák blieb bis 1960 in Haft, ebenso Eugen Löbl, ein Mitangeklagter im Slánský-Prozess (1952). Für die Parteiführung lag die Hauptschuld für die „Exzesse“ im ersten Jahrzehnt der KP-Herrschaft eindeutig bei der Geheimpolizei. Nach neuen Enthüllungen über die Terrorherrschaft Stalins anlässlich des 22. Parteitages der KPdSU im Oktober 1961 geriet die tschechische Führung unter Druck, aber ihre halbherzigen Entscheidungen blieben geheim: Der Prozess gegen Slánský und seine Mitangeklagten wurde zwar als Fabrikation dargestellt, die Parteiausschlüsse blieben jedoch in Kraft. Die völlige Rehabilitierung der Opfer der Gottwald-Novotný Ära erfolgte erst im Zuge des ‚Prager Frühlings‘ und eine finanzielle Wiedergutmachung stellte man in Aussicht. Die sowjetische Invasion machte all diese liberalen Maßnahmen zur Makulatur, die Richterschaft wurde gesäubert und der neue Parteichef, das ehemalige Justizopfer Husák, stellte sich gegen weitere Urteilsrevisionen. Erst im April 1990 galten alle Opfer der KSČ-Herrschaft als rehabilitiert; im Juli 2011 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die finanzielle Entschädigung der zu Unrecht Verurteilten. Anhand

von Berichten der Geheimpolizei nach der großen Amnestie vom Mai 1960 zeichnet Pinerová ein interessantes Bild der tschechoslowakischen Gesellschaft. Die KSČ genoss ein im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staatsparteien einen hohen Grad an Legitimität, verfügte über einen harten Kern an Militanten, die, wie weite Teile der übrigen Bevölkerung, gegenüber „Bürgerlichen“ einer intoleranten *workerist* Grundeinstellung nachgingen und die KP als Verteidigerin ihrer ökonomischen Interessen wahrnahmen. Daher die vielen Beschwerden über „Arroganz“ mancher „Amnestanten“, die ihren sozialen Habitus aus der Zwischenkriegszeit neuerlich zur Schau stellten. Unmissverständlich für viele Werktätige war beispielsweise die nach wie vor gegen Arbeiter verhängten hohen Strafen für Diebstahl, während „Reaktionäre“ und „Hochverräter“ nach relativ kurzer Haft freikamen. Der Sammelband ist als ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der osteuropäischen Gesellschaften nach 1945 einzuordnen.

Eine weitere Studie zum Umgang mit den Opfern von Diktaturen im 20. Jahrhundert liegt mit dem von Günther Heydemann und Clemens Vollnhals herausgegebenen Sammelband „Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa“ vor. Diese zwölf Länder umfassende Studie beinhaltet auch Aufsätze über die Wiedergutmachungspraxis in vormals autoritären beziehungsweise faschistischen Regimes. Italienbesucher wissen heute noch über den starken Mussolini-Kult zu berichten und echauffieren sich über die Präsenz von gewählten Faschisten im Abgeordnetenhaus in Rom. Federico Scarano sieht die Langlebigkeit autoritärer Traditionen in der starken Lagerbildung des politischen Spektrums, insbesondere nach Einsetzen des Kalten Krieges 1947. Die nun der jeweiligen politischen Partei zuzuordnenden Opferverbände konnten in puncto Wiedergutmachung wenig ausrichten: Eine Regierungskommission aus dem Jahr 1964 erkannte lediglich zehn Prozent der 330.000 Anträge an und die Entschädigung kam zum größten Teil Juden und antifaschistischen Widerstandskämpfern zugute. Bis in die Gegenwart unberücksichtigt bleibt der Leidensweg der sogenannten ‚Militärinternierten‘, das heißt italienische Soldaten, die sich nach dem Kriegsausritt Italiens 1943 der Wehrmacht nicht ergeben wollten beziehungsweise sogar gegen diese gekämpft hatten. Die Rede ist von 600.000 Opfern – Internierten, in der Haft oder KZ Umgekommenen, Erschossenen et cetera. Der ausgewiesene Spanien-Historiker Walther L. Bernecker skizzierte die wohl

bekanntere „Vergangenheitsbewältigung“ in der post-Franco Zeit, auch eine Geschichte von Halbmaßnahmen und des Unvermögens des konservativen Lagers, sich in einer nationalen Kraftakt der Wahrheit zu stellen. Der „historische Kompromiss“ der sogenannten *transición* 1976–1982 erfolgte unter der Bedingung, dass der Bürgerkrieg der Amnesie anheimfallen sollte und grundsätzlich als „Tragödie“ einzuschätzen sei. Die lange Herrschaft der Sozialisten zwischen 1982 und 1996 änderte nichts an dieser Haltung, der 50. Jahrestag des Ausbruch des Bürgerkrieges 1986 wurde von der PSOE ignoriert. Bei der Aufarbeitung dieses traumatischen Konflikts – 150.000 im Krieg Gefallene, 49.000 Opfer des „roten Terrors“ in der republikanischen Zone, mindestens 130.000 in den von den Franco-Truppen eroberten Gebieten und eine ähnliche Zahl unter der faschistischen Judikatur bis 1944 et cetera – ist nicht nur das europaweit vergleichsweise niedrige soziale Engagement der Spanier, sondern vielmehr die Stärke des „soziologischen Francoismus“ ein großes Hindernis. Gemeint ist jenes Wählersegment, das sich über drei Generationen als Nutznießer des Franco-Regimes ein Vorwärtskommen in der Gesellschaft zu sichern wusste, sei es als Eigentümer beschlagnahmter Firmen und Landstücke verfeimter Republikaner, sei es als Funktionäre oder als Beamte im Staatsapparat; also allesamt Wähler, die kein Interesse an einer durchgehenden Wiedergutmachung für die Besiegten in Bürgerkrieg hegen und deshalb den Konservativen treu anhängen. Deshalb scheiterte ein vom Ministerrat approbierter Gesetzesentwurf 2006 im Parlament, und die Gesetzestexte, die ein Jahr darauf doch verabschiedet wurden, hatten keine juristischen oder wirtschaftlichen Folgen. Auch Bemühungen, die über 100.000 „Verschwundene“ des Bürgerkrieges ausfindig zu machen, zu exhumieren und würdevoll zu bestatten, wurden von der konservativen Regierung behindert, etwa durch Kürzungen der Subventionen für Exhumierungen oder die Suspendierung eines in dieser Sache engagierten Richters – Baltasar Garzón. Bis 2013 hatten über 2.000 Exhumierungen auf lokale Initiative stattgefunden, aber die Regierung ignorierte im selben Jahr den Vorschlag einer UNO-Delegation, einen nationalen Plan zur Ortung der Massengräber zu organisieren. Elena Zhemkova beschreibt die Rehabilitierungspraxis russischer/sowjetischer Regierungen seit 1954 und bringt sie auf den neuesten Stand: 800.000 Freisprüche zwischen 1992 und 2010.

Auch diese Sammlung zeigt eindeutig, dass „Erinnerungskultur“ oder das Fehlen derselben in vielen demokratischen Staaten Europa nach wie vor ein brisantes Thema in der Politik bleibt.

Wien

Finbarr McLoughlin

### Leitideen der Alterssicherung

*Torp, Cornelius*: Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Alter und Alterssicherung in Deutschland und Großbritannien von 1945 bis heute, 472 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Die Alterssicherung ist ein Kern moderner Sozialversicherungssysteme. Wer den Wandel von Wohlfahrtsstaaten studieren will, ist daher gut beraten, sich intensiv mit der Rentengesetzgebung und ihren Reformen zu befassen. Cornelius Torp hat in seiner Habilitationsschrift die Entwicklung der Alterssicherung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt gerückt. Mit dem Zuschnitt seiner Studie setzt er in dreifacher Hinsicht Akzente: Erstens nimmt er mit dem gewählten Zeitraum von 1945 bis in die Gegenwart ebenso die „Blütezeit des Wohlfahrtsstaates“ wie auch die Zeiten, in denen die Expansion an ihr Ende kam, in den Blick. Er schreitet sogar in die 1990er Jahre und das neue Jahrtausend voran und kann damit die Frage nach der Reichweite marktliberaler Paradigmen sowie der zunehmenden Bedeutung demographischer Problemdiskurse aufgreifen. Zweitens verfolgt er einen systematischen Vergleich zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik, wobei er mit diesem erprobten Vergleichspaar zwei Leitmodelle europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit beschreibt. Torp nutzt die Methode des Vergleichs (erweitert wo sinnvoll um die Perspektive des Transfers), um die Ursachen rentenrechtlicher Entwicklungen aufzuspüren, und zeigt, wie mit der Frage nach dem „Warum“ die Historisierung gegenwärtiger Problemlagen gelingen kann. Drittens schlägt er mit der Untersuchung von gesellschaftlichen Gerechtigkeitsvorstellungen, die in den Reformdebatten zum Ausdruck kamen, eine Schneise ins bisherige Forschungsfeld der Geschichte des Wohlfahrtsstaats, in dem Studien zu Leitideen sozialer Sicherung immer noch unterrepräsentiert sind. Dabei erzählen uns die oft technisch anmutenden sozialpolitischen

Auseinandersetzungen um Leistungsarten und Berechnungsmodi, viel über die Aushandlung gesellschaftlicher Ordnung.

Das Buch gliedert sich in acht Großkapitel, die sich jeweils auf eines der beiden Länder konzentrieren. Auf diese Weise gelingt es Torp, Phasen der Transformation auszumachen und länderspezifische Entwicklungsgeschwindigkeiten zu berücksichtigen. So setzt die Studie in Großbritannien mitten im Zweiten Weltkrieg an, als die Beveridge-Kommission mit der Einführung der Flatrate-Rente eine endgültige Abkehr vom *poor law* einleitete. Der universalistischen Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates zum Trotz trug die staatlich geförderte Ausweitung des Systems betrieblicher Alterssicherung zu einer Zunahme sozialer Ungleichheiten im Ruhestand bei, wobei die unterschiedlichen Lebenslagen der Rentner von einer sich zunehmend empirisch ausgerichteten Gerontologie sichtbar gemacht wurden.

Zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten im Alter trug auch die große Rentenreform der Bundesrepublik im Jahre 1957 bei – und dies war durchaus gewollt. Torp betont, dass es in den die Reform begleitenden Debatten nicht nur um die Idee sozialer Sicherung ging, sondern dass – anders als in Großbritannien – immer wieder auf die Frage der Gerechtigkeit Bezug genommen wurde. Gerecht konnte Unterschiedliches bedeuten, im Falle der Rentennovellierung der Bundesrepublik ging es vor allem um Leistungsgerechtigkeit. Wenngleich die ausbezahlten Beiträge gehörig differierten, verbesserte die Reform die Situation fast aller Rentner. Die umfassende Leistungssteigerung war dabei nur durch die Aufgabe des Kapitaldeckungsverfahrens und die Umstellung auf ein Umlageverfahren zu haben, was einen entscheidenden Bruch mit der deutschen Sozialstaatstradition darstellte.

Das dritte und vierte Kapitel widmen sich den jeweiligen Reformbemühungen, wobei es im britischen Fall zunächst um die Geschichte einer drei Jahrzehnte dauernden Reformblockade geht. Obwohl die Mängel der Alterssicherung à la Beveridge deutlich hervortraten und von Sozialwissenschaftlern empirisch bestätigt wurden, dauerte es bis 1975, dass der Gesetzgeber das Earnings-Related Pension Scheme (SERPS) einführte. Während diese Reform in Großbritannien mit der Etablierung einer einkommensabhängigen Zusatzrente einen neuen Weg einschlug, waren die Neuerungen in der Bundesrepublik hauptsächlich Erweiterung im bestehenden System. Immer weitere Bevölkerungskreise erhielten

Zugang zum staatlichen Rentensystem, so dass dieses immer mehr den Charakter einer Staatsbürgerversicherung annahm.

Dass die staatliche Alterssicherung in beiden Ländern verstärkt unter Druck geriet, zeigen das fünfte und sechste Kapitel, wobei demographische Prognosen eine entscheidende Rolle spielten. Die Konsequenzen des Krisendiskurses fielen indes recht unterschiedlich aus. In Großbritannien setzte die Regierung Margaret Thatchers empfindliche Einschnitte durch, vor allem wenn man auf die Berechnung der Beitragszeiten sowie die Witwenversorgung blickt. Zugleich erfolgte eine durchschlagende Förderung privater Alterssicherung. In der Bundesrepublik waren die Eingriffe in die bisherige Rentengesetzgebung weit moderater. Anders als die britischen Tories standen CDU und CSU marktliberalen Umbauvorstellungen noch fern. Mit dem komparatistischen Zugriff und der Frage nach den Leitideen wohlfahrtsstaatlicher Bearbeitung erklärt Torp hier besonders gut die Ursachen für diese unterschiedlichen Entwicklungen. Die Sparpolitik der konservativen Regierungen in Großbritannien basierte ebenso auf der tief verankerten Tradition nichtstaatlicher Alterssicherung wie auf konfligierenden Gerechtigkeitsvorstellungen der beiden großen Parteien. In der Bundesrepublik herrschte hingegen ein parteiübergreifender (mit Ausnahme der GRÜNEN), tief verankerter Konsens über die Richtigkeit des 1957 beschritten und 1972 fortgeführten Weges.

Wie sehr der Blick in die allerjüngste Zeitgeschichte bei diesem Thema geboten ist, wird in den letzten beiden Kapiteln deutlich. Nicht zuletzt die Krise der privaten Versicherungswirtschaft bedingt durch Skandale und die Verluste auf den Aktienmärkten, erhöhten den Druck auf die Labourregierung, die staatliche Alterssicherung grundlegend zu erneuern. Die Reform nach der Jahrtausendwende brachte eine Rückkehr zu den Grundprinzipien des Beveridge-Plans, indem die staatliche Basisrente aufgewertet und die Abkehr von einkommensabhängigen Leistungen beschlossen wurde. Auch die Fortsetzung des Ausbaus privater und betrieblicher Alterssicherung mit der Errichtung des National Employment Savings Trust, der nicht erst seit der Regierung Thatchers ein zentrales Merkmal britischer Wohlfahrtsstaatlichkeit darstellte, passte in das Bild einer Rückbesinnung auf bewährte Konzepte. Auch in der Bundesrepublik fiel die von internationalen Institutionen, wie der Weltbank und der OECD, propagierte Umstellung auf das Mehssäulenmodell

auf fruchtbaren Boden: Die sogenannte Riester-Reform leistete der Privatisierung von Rentenleistungen entscheidenden Vorschub.

Cornelius Torps Studie überzeugt durch ihre Syntheseleistung: Der Autor pflügt durch fast sieben Jahrzehnte britischer und bundesdeutscher Rentenpolitik und gibt dabei zugleich Einblick in die Sozialgeschichte des Ruhestandes. Seine konsequente Erörterung von Ursachenbündeln, die sozialpolitische Kontinuitäten und Kehrtwenden begründen, ist ebenso erhellend wie die systematische Suche nach den Leitideen wohlfahrtsstaatlichen Handelns.

Frankfurt a. M.

Nicole Kramer

### **Evangelische Kirche in der DDR und deutsch-deutsche Migration**

*Lepp, Claudia: Wege in die DDR. West-Ost-Übersiedlungen im kirchlichen Bereich vor dem Mauerbau, 224 S., Wallstein, Göttingen 2015.*

In den Jahren zwischen 1951 und 1961 wanderte fast jeder sechste Bewohner der DDR in die Bundesrepublik ab. Allerdings verließen zugleich zwischen 400.315 (westdeutsche Statistik) und 602.713 (Angaben der DDR) Menschen die Bundesrepublik, um in die DDR zu gehen. Vor allem von 1954 bis 1957 förderte das SED-Regime die Rückkehr beziehungsweise den Zuzug in die DDR, bevor es 1960 die Überwachung verstärkte, mit der eine Zuwanderung unerwünschter oder als gefährlich betrachteter Personen verhindert werden sollte.

Unter den Rückkehrern und Neuzuziehenden waren auch evangelische Theologiestudierende, Vikare und Vikarinnen, Pfarrer, Diakonen und Diakonissen. So siedelte der Vater Angela Merkels, Horst Kasner 1954 von Hamburg in die DDR über. Das kirchliche Personal, das in den ostdeutschen Staat zurückkehrte oder zuzog, untersucht Claudia Lepp detailliert in ihrer instruktiven Studie. Dabei ist die beziehungs- und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive hervorzuheben, denn die Wanderung betraf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten und den protestantischen Kirchen, die erst mit der Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR 1968 institutionell voneinander getrennt wurden. Darüber hinaus bezieht die



Darstellung die Perspektive der Migranten selber ein. Dazu hat die Verfasserin 64 zurückgekehrte und 70 zugezogene geistliche Kräfte analysiert, zu denen sie persönliche Angaben erschließen konnte.

Die SED-Führung hatte an der Zuwanderung von kirchlichem Personal nur geringes Interesse. Während der Zuzug und die Rückkehr vor 1950 kaum behindert wurden, vollzog sich im Zuge des Kampfes gegen die „Jungen Gemeinden“ (1952/53) und nach der Einführung der Jugendweihe in der DDR in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren eine beschleunigte Entkirchlichung, die sich auch in einem deutlichem Rückgang der Beteiligung an den Riten (Taufen, Konfirmation, Trauungen und Beerdigungen) niederschlug. Entgegen der Darstellung der Verfasserin (S. 128f.) war für diesen Prozess aber keineswegs ausschließlich politische Repression ursächlich, sondern – wie vor allem Detlef Pollack betont hat – auch die allgemeine Säkularisierung und Modernisierung. Insgesamt wurden in der DDR weniger Theologiestudierende, Vikare und Vikarinnen sowie Pfarrer benötigt. Nur für den diakonischen Bereich waren aus der Sicht der Ost-Berliner Machthaber arbeitsmarktpolitische Ziele relevant. Ansonsten sollten die Kirchen in der DDR geschwächt und die Zu- und Rückwanderung von Personen verhindert werden, die der staatssozialistischen Diktatur kritisch gegenüberstanden oder sogar gegen sie opponierten. Zuzugsanträge von Ost-West-Migranten wurden deshalb nur nach genauer Prüfung, generell selten und nach 1956 kaum noch gewährt.

Dagegen förderten die ostdeutschen Landeskirchen mit Unterstützung der Evangelischen Kirche in Deutschland (bis 1968) die Zuwanderung, da sie seit den 1950er Jahren unter Personalmangel litten. Deshalb bemühten sich ostdeutsche Kirchenvertreter wie Propst Heinrich Grüber wiederholt bei hochrangigen SED-Funktionären und beim Ministerrat um Zuzugsgenehmigungen, besonders für Vikarinnen und Vikare. Überdies vermittelten sie als „Integrationsagenten“ (S. 185) zurückgekehrtem und zugewandertem kirchlichem Personal in der DDR Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und Wohnraum. Darüber hinaus appellierten sie an die westdeutschen Landeskirchen, die allerdings nur zum Teil und oft zurückhaltend für den Dienst in der DDR warben, da auch sie angesichts der in den 1950er Jahren schnell zunehmenden Beschäftigung in der Bundesrepublik ausgebildetes Personal dringend benötigten. Zudem kritisierten

sie die Freigabep Praxis der ostdeutschen Landeskirchen. Nicht zuletzt trennte der Kalte Krieg auch die Institutionen der evangelischen Gläubigen in den beiden deutschen Staaten voneinander. So scheiterten die Bemühungen der ostdeutschen Kirchen, in der Bundesrepublik Nachwuchskräfte zu gewinnen und die Rückkehr von aus der DDR stammenden Theologiestudierenden zu sichern, an der Abschottungspolitik des SED-Regimes, aber auch am Misstrauen der westdeutschen Landeskirchen. Deshalb muss die zu allgemeine Interpretation Claudia Lepps, dass es sich um ein „SED-staatlich unerwünschtes, aber kirchlich gewolltes Wanderungsgeschehen“ (S. 186) handelte, differenziert werden.

Die West-Ost-Migration kirchlichen Personals war nicht wirtschaftlich motiviert. Vielmehr verringerte die Rückkehr beziehungsweise der Zuzug in die DDR im Allgemeinen den Lebensstandard der Betroffenen. Jedoch waren sie in den ostdeutschen Kirchengemeinden willkommen und besonders benötigt, um die Gläubigen gegenüber dem übermächtigen Herrschaftsanspruch der SED-Machthaber abzuschirmen. Zudem sollte den „Kirchen im Sozialismus“ – so das Arrangement seit den 1960er Jahren – die Fortexistenz gesichert werden. Die damit verbundenen berufsethischen Motive, die von den kirchlichen Migranten im Rückblick oft betont worden sind, müssen aber noch quellenkritisch analysiert werden. Dazu sind die ausgewerteten Selbstzeugnisse und Interviews nicht ausreichend (vgl. z. B. S. 145 und 167). Unstrittig trugen jedoch neben den berufsethischen Motiven oft familiäre Bindungen zur Wanderung in die DDR bei, besonders bei den Rückkehrern. Aber auch die meisten Neuzuziehenden siedelten in die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg über, woher sie stammten. Aufschlussreich ist ebenso der Hinweis der Verfasserin, dass dreißig Prozent der untersuchten Neuzuziehenden aus Pfarrhäusern kamen. Noch höher war diese Selbstrekrutierungsquote unter den betrachteten Rückkehrern, von denen 46 Prozent Pfarrerefamilien entstammten.

Wiederholt weist Claudia Lepp auch auf mehrfache Migration kirchlichen Personals zwischen den beiden deutschen Staaten hin. So wanderten Pfarrer ebenso wie Vikarinnen und Vikare, die zuvor in die DDR zugezogen oder zurückgekehrt waren, in die Bundesrepublik zurück, vielfach wegen des als bedrückend und schwierig empfundenen Lebens in der DDR. Die Rückkehr erfolgte überwiegend ohne Freigabe durch die

ostdeutschen Landeskirchen, die teils aktive Abwerbung vermuteten. Auch wenn die Darstellung die West-Migration des kirchlichen Personals und Nachwuchses nicht systematisch vergleichend analysiert, werden die Spezifika des Prozesses – eine „Wanderung über eine politisch-territoriale Grenze innerhalb desselben Nationalverbandes“ (S. 18) und deren Abhängigkeit von den Zielen und Interessen kirchlicher und staatlicher Akteure – doch wiederholt hervorgehoben. Überdies weist die Verfasserin abschließend auf die Brisanz des Themenfeldes hin. Allerdings ist der Streit über die Migration von der Bundesrepublik in die DDR nach 1990 eingebettet in die übergeordnete Kontroverse über das Verhalten führender Kirchenvertreter in der DDR.

Trotz der hier dargelegten Grenzen handelt es sich bei Claudia Lepps Buch um eine umfassende und empirisch breit fundierte Studie. Sie eröffnet auch über den engeren Gegenstandsbe- reich hinaus Einblicke und Einsichten in die Lage der evangelischen Kirchen und ihrer Landesverbände. Die Befunde stützen sich zwar teilweise auf Plausibilitätsannahmen, sind aber nahezu durchweg begründet und nachvollziehbar. Alles in allem ist die Monographie nicht nur ein wichtiger Beitrag zur kirchlichen Zeitgeschichte, sondern auch zur Historiographie über die Beziehungen und Verflechtungen zwischen den beiden deut- schen Staaten von den späten 1940er bis zu den frühen 1960er Jahren.

Berlin

Arnd Bauerkämper

### Alltag in Plattenbausiedlungen

*Rubin, Eli: Amnesiopolis. Modernity, Space, and Memory in East Germany, 208 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2016.*

Den Untersuchungsraum für die Studie Eli Rubins „Amnesiopolis. Modernity, Space, and Memory in East Germany“ stellt die Plattenbausiedlung Marzahn dar, die auf den grünen Flächen am Stadt- rand Berlins in den 1970er und 1980er Jahren gebaut wurde. Beschäftigten sich die Historiker bisher meist mit repräsentativen Bauten der SED-Herrschaft, blieben die Plattenbauten und ihre Rolle für den Alltag der Ostdeutschen völlig unterbelichtet. Die wenigen Untersuchungen des Plattenbaus begrenzen sich auf die politische Dimension dessen Entstehung und

architektonisch-ästhetische Charakterisierungs- merkmale. Demgegenüber versucht Eli Rubin in seiner Arbeit die DDR aus der Perspektive des Raumes und des Alltags zu beschreiben. Ausge- hend von dem Raumverständnis von Henri Le- febvre, Ed Soja und David Harvey, dass der Raum durch die Alltäglichkeit bestens für das Verständ- nis von Machtstrukturen und Ideologien geeignet ist, untersucht er die Plattenbausiedlung Marzahn als materiellen Raum, in welchem die sozialis- tische Ideologie als Erfahrung vermittelt wird. In diesem Sinne geht es in dieser Studie um Mar- zahn als alltägliches Projekt, in dem normale Men- schen mit Macht interagieren. Die Studie stellt die These auf, dass Marzahn durch den DDR-Staat als eine radikal neue, moderne und sozialistische Siedlung konzipiert wurde, die zukunftsorientiert und ohne irgendeine Referenz auf die kapitalis- tische Vergangenheit Deutschlands sein sollte. Diese vom Staat beanspruchte Marzahn-Utopie brachte darüber hinaus den Bewohnern die Erfah- rung einer neuen, bisher unbekanntem Welt ein, die einen radikalen Bruch mit der persönlichen und kollektiven deutschen Erinnerung anbot. In diesem Sinne war Marzahn, so die Annahme des Autors, Amnesiopolis – ein Schlüsselwort für das Vergessen oder Ausradieren der Vergangenheit.

Mithilfe des Archivmaterials, aber auch di- verser Tagebücher, Erinnerungsschriften und geführter Interviews, die helfen sollten, die Er- fahrung der Bewohner zur Sprache zu bringen, versucht Eli Rubin dieser besonderen Beziehung zwischen dem Raum und dem Gedächtnis nach- zugehen. Gerade der Versuch, die alltägliche Erfahrung der Bewohner mit dem Raum zu erfassen, macht diese Untersuchung zu einem neuen und ambitionierten Vorhaben.

In fünf Kapiteln stellt Eli Rubin Marzahn als Prestige- und Propagandaobjekt der DDR-Füh- rung dar, das die Abwendung von der Vergan- genheit hin zur Zukunft manifestieren und zur Bildung einer sozialistischen Gemeinschaft bei- tragen sollte. Dabei zeichnet der Autor Marzahn als den Höhepunkt einer langen Geschichte der Auseinandersetzung mit der Wohnungsnot, unter welcher die Berliner Arbeiter seit der Industriel- len Revolution litten und für welche die Miets- kaserne repräsentativ steht (Kap. 1). Mit dem Wohnungsbauprogramm Erich Honeckers aus dem Jahre 1973 versprach die SED-Führung die endgültige Lösung des Wohnungsproblems der Arbeiterklasse. Bis 1990 sollten demnach alle Bewohner der DDR mit einer Wohnung ver- sorgt werden.

In diesem Kontext wurde Marzahn, wo der Bau von 35.000 Wohnungen für 100.000 Menschen geplant wurde, als moderne und „wahrhaft sozialistische“ Großsiedlung konzipiert, die den bisherigen Mietskasernen völlig entgegen stand (Kap. 2). Weder die moderne Struktur und die komplett ausgestatteten Wohnungen, noch die künstlich erzeugte Naturlandschaft (Parkanlagen und Flüsse) sollten auf diese vergangene Erfahrung hindeuten. Ebenfalls sollte die beanspruchte neue Gemeinschaft nichts mit den alten Kiezen der Arbeitersiedlungen zu tun haben.

Da das Privileg, in Marzahn leben zu dürfen, vor allem junge Arbeiterfamilien mit Kindern hatten, die vornehmlich in staatlichen Institutionen oder politischen Organisationen aktiv waren, waren 66% der Marzahn-Bewohner verheiratet, meist Arbeiter\_innen sowie oftmals Mitglieder des staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsapparats. Dabei zeigt der Autor, dass die alltägliche Erfahrung der Bewohner in der Siedlung in jeder Hinsicht neu (Kap. 3) war. Der materielle Raum bot den Bewohnern neue Ausblicke aus vertikaler Position, neue Gerüche und alltägliche Praktiken. Ebenfalls neu war, so der Autor, die Gemeinschaftserfahrung, worauf der Raum mit seinen Plätzen, freien Flächen und Einrichtungen entscheidenden Einfluss hatte (Kap. 4). Zwar wurden die gemeinsamen Aktivitäten von politischen Organisationen initiiert und vorangetrieben, sie trugen jedoch zur Bildung des Gemeinschaftsgefühls bei und entwickelten sich oft eigenständig weiter. Dabei ging es nicht nur um gegenseitige Nachbarschaftshilfe, sondern auch um Initiativen wie etwa Verkaufsstellen, an denen selbstgemachte Produkte verkauft werden konnten. Und dennoch, trotz der positiven alltäglichen Erfahrung, die aus den Interviews deutlich wird, gab es, so der Autor, auch eine Schattenseite: die Anwesenheit der Stasi (Kap. 5), die den Raum von Beginn an „durchherrschte“.

Somit kommt Eli Rubin zu der Schlussfolgerung, dass Marzahn zwar für die meisten Bewohner eine Verbesserung des Lebensstandards und ein glückliches Leben bedeutete und daher „sehr nah an Utopie“ grenzte, insgesamt jedoch mehr Dystopie oder eine bittersüße Utopie war. Zwar bezweifelt Eli Rubin, dass Marzahn zur Bildung einer sozialistischen Persönlichkeit beitrug, wohl aber zu einer sozialistischen Gemeinschaft in Marzahn. Völlig offen bleibt jedoch, was der Autor mit „sozialistisch“ meint. Zwar war Marzahn als „wahrhaft sozialistisch“ konzipiert, jedoch waren gerade im Kontext der internationalen

Großsiedlungsentwicklung weder die architektonischen Strukturen, noch die Gemeinschaft und Nachbarschaftsbeziehungen nur für Marzahn reserviert. Gilt für Rubin die Tatsache als „sozialistisch“, dass in Marzahn neben dem Universitätsprofessor ein einfacher Bauarbeiter wohnte? Ist Marzahn „sozialistisch“, weil die Erinnerung der Bewohner an diese Zeit, die aus den Interviews herausklingt, beinahe an eine „schöne neue Welt“ erinnert, die mit der Wende 1989/1990 zugrunde ging? Demnach scheint die Behauptung, Marzahn sei in jeder Hinsicht sozialistisch, wenig plausibel und regt dazu an, solche Großsiedlungen nicht nur national, sondern auch im internationalen Kontext zu analysieren. Dennoch liefert die Studie Eli Rubins insgesamt interessante und neue Einblicke in den Alltag der Plattenbausiedlungen.

Regensburg

Anna Pelka

### Westmedien in der DDR

*Kuschel, Franziska*: Schwarz Hörer, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien, 328 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Der Titel von Franziska Kuschels Dissertation, die von dem Historiker Thomas Mergel an der Humboldt-Universität Berlin betreut wurde, sagt alles: Die Autorin interessiert sich für die Rolle der Westmedien in der DDR im Allgemeinen – natürlich vor allem für die Nutzung des Westfernsehens, von ARD und ZDF, aber auch des Hörfunks und der westlichen Presse sowie für Kinofilme. Die Autorin hat eine detailgesättigte Arbeit vorgelegt, die durch ihr Reichtum an Fakten und eine gründliche Recherche besticht. Sie hat dafür eine klare und neutrale Sprache gewählt, die frei ist von jeglicher Rhetorik aus Zeiten des Kalten Krieges und die Dissertation sehr gut lesbar macht. Es scheint, dass die Wissenschaft endlich an dem Punkt angelangt ist, die DDR nicht mehr ‚bekämpfen‘ zu müssen, sondern ein differenziertes Urteil mit Blick auf die deutsch-deutsche Teilung zulässt.

Dennoch verlässt den Leser nicht das Gefühl, vieles schon zu kennen oder an anderer Stelle gelesen zu haben, sei es nun die Episode mit den ‚Ochsenköpfen‘ – den Hausantennen, die von DDR-Bürgern nach Westen ausgerichtet wurden und die FDJ-Brigaden 1961 von den Dächern

holten – oder die Anekdoten aus dem Dresdner Tal der Ahnungslosen, dessen Einwohner sich bis in die 1980er Jahre gedulden mussten, ehe auch sie Westfernsehen empfangen konnten. Nicht nur Siegfried Lokatis und Ingrid Sonntag (2008), deren Sammelband sich dem Thema „heimliche Leser in der DDR“ widmete, sondern auch Hans-Jörg Stiehler („Leben ohne Westfernsehen“, 2001), Michael Meyen („Denver Clan und Neues Deutschland“, 2003) oder Claudia Dittmar („Feindliches Fernsehen“, 2010) haben sich intensiv mit der Rolle der Westmedien in der DDR beschäftigt. Vermutlich ist das aber die Stärke der Dissertation von Franziska Kuschel: Nun findet man alles, was man schon immer über Westmedien in der DDR wissen wollte, an einem Ort.

Kuschels Arbeit wird dabei von der zentralen Fragestellung geleitet, „mit welchen Strategien einerseits der Staat den Medienkonsum zu kontrollieren, zu verhindern oder zumindest einzudämmen versuchte“ (S. 10); andererseits möchte sie wissen, „mit welchen Strategien die Mediennutzer dem staatlichen Druck begegneten und versuchten, ihre Interessen durchzusetzen“ (ebd.). Die Autorin erzählt somit aus doppelter Perspektive: der des Staates sowie der des Mediennutzers. Das Buch gliedert sich in vier Kapitel, die den Leser chronologisch bis ins Jahr 1989 begleiten.

Der Sinn und Zweck von Kapitel 1 mag sich dabei nicht so recht erschließen. Hier geht es in „Vorgeschichten“ (S. 28) um die Entstehung von Massenmedien und die Herausbildung eines Massenpublikums sowie um Medien, Kontrolle und Zensur in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. In den nachfolgenden drei Kapiteln wird kein Bezug mehr auf diese Einführung genommen. Besser als ein Rundumschlag wäre sicherlich gewesen, sich auf den Journalismus und die Presseorgane von (Exil-)KPD und SPD/USPD in der Weimarer Republik und/oder im ‚Dritten Reich‘ zu konzentrieren, aus deren politischen Reihen sich nicht nur die Gründerväter der DDR, sondern auch der ostdeutschen Medien rekrutierten. Kommunisten und Sozialdemokraten, sozialisiert mit Zensur und Kontrolle und nicht selten als ‚Opfer‘ darunter leidend, bauten als neue Machthaber in der DDR genau diese erlernten Strukturen wieder auf.

In Kapitel 2 stehen die Jahre 1949 bis 1961 im Mittelpunkt. Diese Zeit stand noch ganz im Zeichen des Hörfunks. Ein eigenes Unterkapitel wird dem RIAS gewidmet, den ideologischen und technischen Eindämmungsstrategien der SED-Führung sowie der strafrechtlichen Verfolgung von

Hörern. Aber auch Grenzkinos und die Anfänge des Fernsehens werden in diesem Abschnitt beleuchtet sowie die Rolle von westlichen Pressezeugnissen, die trotz Verboten noch ungehindert über die Grenze in den Osten gelangen konnten. An der ein oder anderen Stelle hätte es hier gut getan, auch die ‚Gegenseite‘ mitzudenken. So bleibt vage oder nur implizit, warum die Menschen in der DDR überhaupt unbedingt Westmedien konsumieren wollten. Denn gerade in den 1950er Jahren waren die heimischen Medien unsäglich, voll von Stalin-Bildern und pro-sozialistischen Parolen.

Im dritten Kapitel richtet die Autorin den Blick auf die Jahre 1961 bis 1971. Die Zeit nach dem Mauerbau war geprägt von der rasanten Expansion des Fernsehens und der Eroberung der ostdeutschen Wohnzimmer durch ARD und ZDF. Auch in den 1960er Jahren versuchte die Partei- und Staatsführung durch technisch-administrative Maßnahmen den Westmedienkonsum zu unterbinden. Erfolg hatte sie aber nur mit westdeutschen Printmedien, die fast ausschließlich nur noch durch Schmuggel in die DDR gelangen konnten.

Die Jahre 1971 bis 1989, Schwerpunkt des vierten und letzten Kapitels, werden von Kuschel beschrieben als Zeit der Resignation und Kapitulation vor den Westmedien. Erich Honecker ließ mit seiner Aussage im Jahr 1973 daran keinen Zweifel, dass jeder den westdeutschen Rundfunk „nach Belieben ein- oder ausschalten“ (S. 207) könne. Zwei Programmreformen sollten das heimische Fernsehangebot ansprechender machen.

In ihrem Fazit zeigt sich Franziska Kuschel überrascht, „mit welcher Offenheit und mit welchem Selbstverständnis ostdeutsche Bürger ihr Recht auf Unterhaltung und eine freie Programmwahl [...] während der gesamten Dauer des Bestehens der DDR einforderten“ (S. 306). Woher die Furchtlosigkeit der DDR-Bürger? Eine Antwort steht noch aus.

*Brüssel*

*Anke Fiedler*

### **Blick über den Tellerrand**

*Seegers, Lu (Hrsg.): Hot Stuff. Gender, Popkultur und Generationalität in West- und Osteuropa nach 1945, 219 S., Wallstein, Göttingen 2015.*

Die zeithistorische Forschung hat sich bisher vorwiegend den politischen Generationen

gewidmet. Der generationelle Zusammenhang der 1945er, 1968er und 1989er wurde demnach als politische und stark an Ereignisse gebundene (Umbruchs-)Erfahrung untersucht. Fragen nach Lebenswelt, nach Konsum oder nach dem Geschlecht blieben bei solchen generationellen Deutungen weitgehend ausgeklammert.

Genau hier setzt der Sammelband „Hot Stuff. Gender, Populärkultur und Generationalität in West- und Osteuropa nach 1945“ der Zeithistorikerin Lu Seegers an, der auf einen Workshop in Göttingen 2013 zurückgeht. Autoren und Autorinnen unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen untersuchen, „wie sich Generationen über Populärkultur konstituieren und welche Rolle dabei Konzeptionen von Geschlecht“ (S. 14) spielen. Sie widersprechen damit ganz deutlich der Praxis, Frauen erstens unter einer männlichen Generationenzuschreibung zu subsumieren und sie zweitens als „Anhängsel von Jungen“ zu verstehen, die entscheidende „Träger neuer Trends“ seien.

Die neun Beiträge konzentrieren sich auf die sich wechselseitig stark beeinflussenden Bereiche Mode und Musik als „elementarste Kennzeichen der populären Kultur“ (S. 15) und gleichzeitig wichtiger Möglichkeit, um sich von den Eltern oder vorherigen Generationen abzugrenzen. Für ihre Analyse verwenden die Autoren und Autorinnen unterschiedlichstes Quellenmaterial von politischen Archivbeständen, über Medienquellen bis hin zu Zeitzugeinterviews und verdeutlichen damit nicht nur die umfangreiche Quellenlage zum übergeordneten Untersuchungsgegenstand, sondern auch mögliche Zugänge und Methoden. Zeitlich und räumlich ist der Band sehr breit gefächert und bietet der Leserschaft eine umfassende Zusammenschau des Untersuchungsfeldes. Die Beiträge bewegen sich zwischen den 1960er und 1990er Jahren und decken drei größere Raumeinheiten ab, die den Aufbau des Bandes zeitgleich strukturieren: Der erste Teil konzentriert sich auf die Bundesrepublik und die DDR; der zweite beleuchtet Südosteuropa und die Sowjetunion; im dritten geht es um Generation, Gender und Populärkultur in Westeuropa, genauer um Großbritannien und Spanien. Dadurch ermöglicht die Lektüre des Bandes dem Leser und der Leserin, selber transnational gleiche, ähnliche oder andere Verhaltensformen und Präsentationsstile mithilfe des Vergleichs zu erkennen. Innerhalb der Beiträge wird diese vergleichende Perspektive jedoch nur vereinzelt eingenommen. Auch wird der Akzent auf die Untersuchungskategorie Geschlecht von

den Beiträger und Beiträgerinnen in unterschiedlichem Maße eingelöst und problematisiert.

Lu Seegers eröffnet in ihrer Einleitung Lesern und Leserinnen ein Tableau an interessanten Fragen, Blickwinkeln und Zugängen auf Pop und Geschlecht. Dabei führt sie zum einen aus, dass wir nicht von einer manifesten Generation sprechen können, und definiert Generation explizit als erfahrungsgeschichtliche Kategorie, die kommunikativen Bedingungen unterlegen ist und dessen Selbst- und Fremdverortungen untersucht werden müssen. Zum anderen betont sie die Relevanz von „stillen“ Generationserfahrungen. Sie gibt zu bedenken, welche große Rolle dem privaten Raum und somit der Familie für einen generationellen Zusammenhalt durch Populärkultur zugesprochen werden muss. Erst in der wechselseitigen Beziehung von Familie und Gesellschaft werde die Dynamik generationellen Wandels deutlich, so Seegers. Populäre Phänomene würden nicht nur in Familien angeeignet, sondern auch generationelle Verständigungsprozesse auslösen.

Die Folgebeiträge arbeiten zwei interessante Perspektiven für die Mediengeschichte heraus. Erstens betonen viele Autoren und Autorinnen, wie wichtig die Rolle der Massenmedien bei der Popularisierung der Phänomene war und wie diese dabei gleichzeitig Verständigungsprozesse zwischen den Generationen auslösten. Zum einen können die Artikel von Journalisten und Journalistinnen als wichtige Seismographen für Selbst- und Fremdverortungen verstanden werden – auch in politisch-kontrollierten Öffentlichkeiten wie der Sowjetunion oder der DDR. Sie konnten als Ratgeber im spätsowjetischen Modediskurs (Anna Tikhomirova) dienen, als Produzenten von Vorbildern und Stars und somit von stellvertretenden Protagonisten der Generationen (Christoph Jacke) oder als Forum für Subkulturen (Nathalie Keigel). Nicht zu unterschätzen ist jedoch, dass Formen der Popularisierung auf Seiten der Medien mit jeweils sehr spezifischen Interessen verbunden waren, die nicht nur auf makroökonomischer Ebene, sondern auch mit Blick auf kulturelle Deutungshoheit zu verorten sind. Die Entdeckung der Jugend als Rezipientin kann genauso als wichtiges Vehikel für generationelle Wahrnehmungen verstanden werden wie die Narrative des Pops selbst. Besonders spannend lesen sich zum anderen die Ausführungen darüber, wie die Massenmedien Einzug in den privaten Raum hielten und angeeignet wurden. Keigel zeigt, wie Zeitschriften und Magazine dazu beitrugen, subkulturelle Trends zu

Mainstream-Phänomenen zu machen. Am Beispiel des Minirocks verdeutlicht sie, dass Modetrends ermöglichten, Geschlechterrollen neu zu verhandeln. Trotz dieser medialen Allmacht zeigt sich in den verschiedenen Beiträgen immer wieder die wichtige Rolle von Face-to-Face-Kommunikation. Der Austausch, der ein Gefühl von Gemeinsamkeit herstellte, passierte eben auch an ganz zentralen Orten und Plätzen, die nicht nur für die gemeinschaftsstiftenden Performenzen zentral waren, sondern die ebenfalls die Erfahrung mit Erinnerung verbanden.

Zweitens eröffnet die Konzentration auf den Bereich der Musik interessante Anschlussfragen im Sinne einer *sound history*. Dabei ist vor allem spannend, wie eben nicht der Text, sondern gerade auch der Sound zentrales Mittel zur Generationsstiftung war (Uta G. Poiger). Verstehen wir Musik darüber hinaus nicht nur als wesentliches und zeitübergreifendes Mittel in Abgrenzung von den Eltern, sondern auch innerhalb der unterschiedlichen Szenen, dann wird zudem deutlich, dass wir es hier immer auch mit einer subjektiven Verortung von Einzelnen in ihrer Zeit zu tun haben (Jacke). Diese stand zudem in Verbindung mit einer deutlichen Modesprache, die die Identifikation zu einer spezifischen Gruppe sichtbar machte. Der Einfluss der Technik auf Generationenerfahrungen ist hierbei besonders interessant. Dabei war nicht nur der Schallplattenspieler ein Instrument eines unabhängigen, selbstbestimmten Musikkonsums abseits des Radios, sondern gerade die tragbaren Geräte ermöglichten einen Konsum im öffentlichen Raum, der gemeinsam stattfand und damit selbst wieder der Selbstvergewisserung einer Generation/Gruppe diente.

Leichte Kritik muss allein an der uneinheitlichen Begriffsverwendung geübt werden, die das Gesamtergebnis des Sammelbandes dadurch etwas verwässert. Zu Recht verweist Seegers in ihrer Einleitung darauf, dass unterschieden werden müsse, ob der Generationsbegriff eine Selbst- oder Fremdzuschreibung oder gar eine analytische Kategorie sei (S. 21). Die Beiträge des Bandes nutzen ihn in dieser unterschiedlichen Bedeutsamkeit, was an einigen Stellen zu Widersprüchen führt. Gleiches gilt für den Begriff des Pop und der Populärkultur. Die Begriffe werden nicht nur von Seegers, sondern insbesondere von den Beiträgern in höchst unterschiedlichen Nuancen und für differente Gegenstände benutzt: mal bezogen auf die Musik, mal bezogen auf die Subkultur. Zu diskutieren

wäre, wie sinnvoll es ist, wenn Punk, dem sich allein mehrere Beiträge intensiv widmen, unter dem allgemeinen Begriff Pop versammelt wird und somit die eigene Selbstwahrnehmung der Gruppe als Subkultur, die sich eben von dem Populären abgrenzen wollte, dadurch marginalisiert wird. Punkkultur ging in die Popkultur ein, heißt es bei Seegers (S. 25); Poiger beschreibt Punk jedoch weiter als „Gegenkultur“; Jacke beschreibt Popmusikultur wiederum in ihren Anfängen als „Gegenentwurf zum Mainstream“, der dann entkräftet und in die Gesellschaft integriert wurde.

Diese Kritik mindert aber nicht die zahlreichen neuen Perspektiven, die der Band den Lesern und Leserinnen eröffnet. Gerade der interdisziplinäre Zugang erweist sich dabei als ausgesprochen produktiv und hilft über den eigenen disziplinären methodischen Tellerrand hinauszuschauen.

Gießen

Eva Maria Gajek

## Histoire des droites radicales

*Dard, Olivier (ed.): Organisations, mouvements et partis des droites radicales au XX<sup>e</sup> siècle (Europe–Amérique), 208 pp., Lang, Frankfurt a. M. et al. 2016.*

Les années 2010 verront-elles se concrétiser, dans les pays de l'Europe occidentale, les rêves des droites radicales des années 1960–1970 ? Tout se passe comme si, à mesure que s'effaçait le souvenir de la Grande Dépression et de la Seconde Guerre mondiale, s'éteignait l'opprobre dont étaient frappés les mouvements se rattachant ou se voyant rattachés aux dictatures européennes des années 1930. Le sujet est d'actualité dans un monde transatlantique qui, en l'espace de moins de douze mois, aura vu le succès du Brexit aux Royaume-Uni, l'élection de Donald Trump aux Etats-Unis et sans doute, au printemps 2017, la confirmation de l'enracinement du Front national dans le paysage politique français et celui de la AFD dans la démocratie allemande.

Dirigé par Olivier Dard, le livre « Organisations, mouvements et partis des droites radicales au XX<sup>e</sup> siècle (Europe–Amérique) » vient ainsi à point nommé nous éclairer sur le phénomène. Convient-il de le lire comme la résurgence

de racines se développant de longue date, ou au contraire insister sur sa nouveauté radicale, nourrie par l'échec et le désarroi des partis traditionnels de gouvernement ? Issu d'un séminaire tenu à Metz en octobre 2014 sous l'égide de la Maison des sciences de l'homme de Lorraine, l'ouvrage représente le quatrième et dernier segment d'une enquête concernant le volet le plus à droite de l'échiquier politique en Europe et en Amérique dans la seconde moitié du vingtième siècle. Il est, comme ses prédécesseurs, publié par l'éditeur Peter Lang dans la déjà très riche – et très soignée – collection « Convergences », dirigée par Michel Grunewald et centrée autour des relations politiques et transferts culturels franco-allemands.

Le cas allemand pourtant est, en tant que tel, absent de la série de contributions que nous proposons les huit spécialistes des extrêmes-droites qu'a réunis le directeur de l'ouvrage, en plus de lui-même. Quatre des auteurs sont français, les autres issus des deux champs géographiques auxquels est consacré l'ouvrage : l'Europe du sud (Portugal, Espagne) et les Amériques (Argentine, Canada). La plupart de ces contributions présentent en outre la spécificité, caractéristique de l'esprit de la collection « Convergences », de placer au cœur de leur réflexion la question des circulations, des réemplois, des hybridations – du transnational en un mot. Il en va ainsi tout particulièrement de la belle analyse, due à Humberto Cucchetti, des influences et des priorités extérieures qui jouent, dans le dernier tiers du vingtième siècle, sur l'évolution et le repositionnement de l'Action française.

Aujourd'hui, en un temps où les questions identitaires occupent, sur les agendas politiques européens, une place qui nous aurait horrifiés ne serait-ce qu'il y a vingt ans, on appréciera également les développements de Riccardo Marchi sur l'influence de Guillaume Faye, l'un des premiers idéologues de la mouvance identitaire, sur l'extrême-droite portugaise. Évoquée en octobre 2001, lors du premier congrès nationaliste portugais, la référence à « la confrontation entre groupes ethniques et néo-tribaux au sein des grandes métropoles européennes [...] et à l'invasion de non-Européens afro-asiatiques armés d'un islamisme militant et agressif » consonne de manière tristement prémonitoire avec les slogans extrémistes contemporains. On lira dans la même veine les pages consacrées à la réexploitation de l'anthropologie issue de la SS par le groupuscule Wulding Kindred,

rassemblement identitaire païen des États-Unis – mais on sait que, dans ce pays, la sacralisation par le *First amendment* de la liberté d'expression, fût-elle poussée à ses pires abjections, rend particulièrement difficile la lutte contre les discours de haine.

On pourrait évoquer toutes les contributions ici réunies, qui chacune analyse avec rigueur, précision et méthode un cas particulier – à commencer par celle due au directeur de l'ouvrage qui, à partir d'un cas dont il reconnaît lui-même la minceur, celui du MNP (Mouvement nationaliste du progrès) et de son avatar créé à l'occasion des élections législatives de 1967, le REL (Rassemblement européen de la liberté), évoque avec l'érudition et la rigueur qui lui sont coutumières l'évolution historique du rapport de la nébuleuse d'extrême-droite à la prise du pouvoir en France, question dont il n'est évidemment pas besoin de souligner l'actualité. Pour en rester au cas de l'extrême-droite française, et du parti qui la fédère aujourd'hui, le Front national, on lira avec intérêt les pages que consacrent Valérie Igounet et Pauline Picco à l'emblème qui fut si longtemps celui de ce parti, la flamme tricolore, simple recoloriage de celle dont Giorgio Almirante dota d'emblée le Mouvement social italien.

France et Italie, creusets idéologiques déjà cités plus haut – et sans doute également dans les trois précédents ouvrages qui forment avec celui-ci le bel aboutissement de ce projet de recherche – ne sont pas les seuls pays occupant une fonction matricielle dans la structuration des droites radicales contemporaines. L'Espagne y est présente, comme on le voit dans l'analyse, par Miguel Angel Perfecto Garcia, du cas argentin, cristallisateur des conflits d'influence entre fascisme italien et phalangisme espagnol.

Ouvrant le volume, Olivier Dard évoque d'emblée la prégnance des mythologies des « Internationales noires », en soulignant l'importance de à se détacher du mythe pour faire de la question un objet d'histoire. Il entend ainsi relever le défi lancé dès le début des années 1990 par Roger Griffin avec son article pionnier, « Europe for the Europeans ; Fascist Myths of the European New Order, 1922–1992 » [Repris dans Matthew Feldman (ed.) « A Fascist Century. Essays by Roger Griffin », 2008, pp. 132–180]. Il est clair, à la lecture du livre, que le pari est en passe d'être gagné.

Paris

Marc Olivier Baruch

## Weltkanzler Schmidt

*Spohr, Kristina: The Global Chancellor. Helmut Schmidt and the Reshaping of the International Order, 240 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2016.*

Schon auf den ersten Seiten geizt Kristina Spohr, Associate Professor für Internationale Geschichte an der London School of Economics, nicht mit Lobeshymnen auf den „Helden“ ihres Buches: Helmut Schmidt habe früher als seine Zeitgenossen die Dynamik jenes Prozesses erkannt, für den sich der Begriff „Globalisierung“ einbürgerte; kein anderer Politiker der 1970er Jahre sei zugleich „Macher“ und „Denker“ von solchem Format gewesen; als Staatsmann habe er Maßstäbe gesetzt, weil er wie kaum ein anderer Regierungschef über profunde Kenntnisse in wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen verfügt habe. Vor allem durch die Deutung als „globaler Kanzler“ unterscheidet sich ihre Studie von den vielen anderen Arbeiten über Schmidt. Um dessen Vorgänger und zeitweiligen Rivalen zu zitieren: Das kann man so sehen, muss man aber nicht. Zumindest Hartmut Soells großer, zweibändiger Biographie (2003) kann man gewiss nicht vorwerfen, dass sie diesen Aspekt des politischen Wirkens Schmidts vernachlässigt habe.

Dank ihrer auf wirtschafts-, währungs- und sicherheitspolitische Aspekte konzentrierten Darstellung kommt die Autorin mit 140 Seiten Text und 40 Seiten Anmerkungen aus. Das ist umso bemerkenswerter, als das Buch auf einer breiten und soliden Grundlage unveröffentlichter und veröffentlichter Quellen – darunter Schmidts Privatarchiv sowie die einschlägigen Bestände im Archiv der sozialen Demokratie, im Bundesarchiv, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, in den Presidential Libraries von Carter und Ford sowie in den britischen National Archives in Kew – basiert, aus denen sie auch ausgiebig zitiert. Und es bleibt sogar Platz für einen Hinweis auf den 1979 von Schmidts Frau Loki mit selbstgefertigtem Schmuck dekorierten Weihnachtsbaum im Kanzleramt (S. 109).

Das Buch ist im Wesentlichen chronologisch gegliedert, in den einzelnen Kapiteln finden sich jedoch zahlreiche thematisch motivierte Rück- und Vorgriffe. Zunächst untersucht Spohr, wie Schmidt auf die Weltwirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre reagierte, die er in erster Linie als Resultat einer strukturellen Krise der weltwirtschaftlichen Institutionen und damit als veritable Bedrohung des kapitalistischen Systems begriff.

Dieser Bedrohung hoffte er mithilfe einer Art „Weltwirtschaftsregierung“ (S. 18) begegnen zu können. Seine Vorstellungen über Möglichkeiten und Notwendigkeiten internationaler Zusammenarbeit mündeten schließlich 1975/1976 in die G6- beziehungsweise G7-Treffen und damit in die Etablierung einer Form von „world economic governance“ – der passenden Bühne für den „Weltökonom“ (S. 32) Schmidt. Das zweite Kapitel widmet sich dessen sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen. Für ihn stand außer Zweifel: „Western security had to be based on the two elements of economic stability and military balance“ (S. 35). In der Verknüpfung einer kreativen Osteuropapolitik mit einer auf militärischem Gleichgewicht gründenden Rüstungskontrollpolitik sieht Spohr den wesentlichen Unterschied zu den Vorstellungen Willy Brandts und Egon Bahrs. Im dritten Kapitel rekonstruiert sie den Streit um die Neutronenbombe, der sich zu einer ernsthaften Belastung der Beziehungen zwischen Präsident Jimmy Carter und dem Kanzler auswuchs. Im vierten Kapitel konzentriert sich die Autorin auf die Vorgeschichte und Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, den sie ohne Zögern auf Schmidts Habenseite verbucht. 1979 sieht sie Schmidt folglich auf dem Höhepunkt seiner weltpolitischen Agenda angelangt: „The Federal Republic had emerged as an equal partner on the transatlantic stage“ (S. 108), wie nicht zuletzt der gemeinsame Gipfel mit den drei Westmächten in Guadeloupe demonstriert habe. Das letzte Kapitel handelt von Schmidts Einsatz als „double interpreter“ zwischen den beiden Supermächten. Diesen Part habe er jedoch spätestens seit Anfang 1982 aufgrund fehlender Kompromissbereitschaft in Washington und Moskau sowie innerparteilicher und koalitionsinterner Widerstände nicht mehr glaubhaft ausfüllen können.

Spohrs Studie, die mittlerweile auch in Deutsch erschienen ist („Helmut Schmidt. Der Weltkanzler“, 2016), besticht durch ihre Konzentration auf den „Weltpolitiker“ und „Weltökonom“ Schmidt. Den „Denker“ Schmidt hält sie für mindestens so bedeutend wie den „Macher“. Die Rolle des persönlichen Faktors angesichts struktureller Zwänge vermag sie ebenso überzeugend herauszuarbeiten wie Schmidts Glauben an den Wert direkter Kontakte mit ausländischen Staatsmännern und an die Bedeutung politischer Freundschaften. Was hingegen irritiert ist Spohrs mitunter fast schon hagiographisch anmutendes Bemühen, den gewiss bedeutenden Kanzler zur



Überfigur zu stilisieren, welche allen damaligen politischen Mit- und Gegenspielern an Expertise und staatsmännischer Statur weit überlegen gewesen sei und die Bundesrepublik zur „associate superpower“ (S. 134) geformt habe, wie Spohr zustimmend einen amerikanischen Journalisten zitiert. So verdienstvoll es sein mag, das Image des pragmatischen, immer nur reagierenden Politikers, dem Visionen ein Gräuel waren, zu korrigieren – ins andere Extrem muss man deswegen nicht fallen. Denn wie eingeschränkt der Spielraum der Bundesregierung letztlich noch immer war, dessen blieb sich Schmidt ungeachtet aller Prestigeerfolge auf internationaler Bühne durchaus bewusst.

München

Werner Bühner

## POLITIKWISSENSCHAFT

### Die Politik der ethischen Begründungen

*Nida-Rümelin, Julian: Humanistische Reflexionen, 474 S., Suhrkamp, Berlin 2016.*

David Hume erzählt eine so schöne wie paradigmatische Geschichte. Erschöpft von ergebnislosen Versuchen, die Existenz der Außenwelt zu beweisen, habe er beschlossen, seinen Schreibtisch zu verlassen, um im nahen Pub ein Bier zu trinken. Es wurden wohl zwei, drei Biere, denn Hume kommt leicht angeheitert und stimuliert von der Geselligkeit an seinen Schreibtisch zurück, liest seinen Text und denkt sich: was für ein Blödsinn. Obwohl das Verhältnis zu Hume für Julian Nida-Rümelin sicher nicht ungetrübt ist (ein Hinweis S. 259f.), stehen meiner Ansicht nach doch beide auf demselben Boden. Die Monstren philosophischer Isolation werden durch die kommunikative Alltagsvernunft gebannt und aufgelöst. Und das ist völlig gut und richtig so. Wie sonst sollten wir jene Sätze aus dem programmatischen Auftakt Aufsatz von Nida-Rümelins „Humanistischen Reflexionen“ verstehen: „Der philosophische Zweifel, der über das, was sich vernünftigerweise bezweifeln lässt, hinausgeht, ist unseriös, eine intellektuelle Spielerei, die, wenn ernst genommen, zerstörerische Folgen für die theoretische und praktische Vernunft hat“ (S. 30). Auch ethische Urteile „bewähren sich [nämlich, AT] an dem, was nicht in Frage steht:

an bestimmten konkreten und allgemeinen normativen Sachverhalten, Invarianzen, Inferenzen, am ethischen Hintergrundwissen, am großen Netz, das durch die normative Verständigungspraxis, den lebensweltlichen Austausch normativer Gründe aufgespannt ist“ (S. 40).

Natürlich sind diese Sätze eine Provokation. Und ebenso selbstverständlich weiß Julian Nida-Rümelin, dass er sich damit mit den unterschiedlichsten Richtungen der Ethik und der Philosophie anlegt. Deshalb durchzieht die insgesamt 19 Aufsätze dieses Bandes auf die eine oder andere Weise die (zum Teil sehr dichte) argumentative Auseinandersetzung mit den beiden großen Traditionen der Moralbegründung (speziell im 20. Jahrhundert), dem Rationalismus und dem Realismus. Eingeflochten in diesen Zwei-Fronten-Kampf ist die Explikation der eigenen Position, die nicht nur jenes „Schisma“ (S. 16) überwinden helfen soll (wenn nicht schon überwindet), sondern auch für einen erneuerten Humanismus optiert und streitet. Der oben angeführten Metapher des „großen Netzes“ kommt dabei eine ganz besondere Rolle zu. Nida-Rümelin sieht sich damit, wie er im kurzen Vorwort vermerkt, in „einer größeren Tradition der humanistischen Revolte gegen anti-humanistische Theorie und Praxis“, und vermerkt zugleich, dass ihm dieser „rote Faden“ der „eigenen Arbeit [...] erst mit der Zeit bewusst geworden“ ist (S. 9). Insofern lässt sich der vorliegende Band mit Aufsätzen seit 1994 auch als intellektuelle, öffentliche Selbstverständigung Nida-Rümelins begreifen.

Wie schon erwähnt, präsentiert sich der Auftakt Aufsatz „Veritas filia temporis“ (S. 15–46) von 2014 als programmatische Basis, die sowohl Genese wie Gestalt des moralphilosophischen Schisma als auch die Implikationen des „Netzes“ skizziert. Die beiden folgenden (älteren) Aufsätze nehme einige Aspekte dieser Skizze näher in den Blick, etwa den Rationalismus der Ethikbegründung Ernst Tugendhats (S. 47–62) oder die Erläuterung der eigenen Ansicht, wir lebten gerade nicht in einer Zeit der moralischen Krise, sondern höchstens in einer der Krise der philosophischen Ethik (S. 63–90). Zumindest Letzteres erscheint uns – zehn Jahre nach Erscheinen des ursprünglichen Beitrages – nicht mehr ganz so überzeugend zu sein. Argumentieren diese Beiträge (und der folgende vierte) vor allem gegen den moralischen Rationalismus (und Rawl'schen Konstruktivismus), wenden sich die anschließenden drei Texte gegen den moralischen Realismus oder ethischen Naturalismus (S. 139–197).

Im Gegenlicht scheint dann auf, was Nida-Rümelin als eigene (humanistische) Brückenposition ins Feld führt, ein ontologisch agnostischer und nicht naturalistischer ethischer Realismus. „Dieser versteht sich als die natürliche Interpretation normativer Diskurse“ (S. 91). Dabei besteht die natürliche Interpretation im Geben und im Nehmen von Gründen. Befinden wir uns in der Ethik, also der praktischen Vernunft, dreht es sich um das Geben und Nehmen von Gründen für Handlungen. Interessen, Neigungen, Emotionen spielen natürlich im Handeln eine Rolle, aber wesentlich sind es Gründe, die Handlungen zu Handlungen machen. Die Liste der Begründungen ist so endlos, wie bunt. Wir rekurren auf die Situation, die wir natürlich interpretieren, wir rekurren auf Dinge, die wir (etwa in der Außen- und Sozialwelt) für unbezweifelbar halten, wir nehmen Bezug auf Normen, denen wir gemeinsam Geltung zusprechen oder die wir als gut begründet wie selbstverständlich akzeptieren. Diese Bezüge, diese Begründungsbewegungen mögen zunächst unscharf und etwas wild sein. Die soziale Nötigung des Gründe-Gebens übt aber den wohl sanften Zwang aus, solche Begründungen kohärent(er) zu machen. Gründe sollten zusammenpassen, stimmig sein, eine sozial, diskursiv und inter-subjektiv nachvollziehbar-akzeptable Form annehmen. „Da unsere Begründungen oft genug uneinheitlich sind, sich gelegentlich auch direkt widersprechen, sind wir gezwungen, abzuwägen, Gewichtungen vorzunehmen, unsere Begründungspraxis eben kohärent zu machen“ (S. 224f.). Steht also im Zentrum der praktischen Ethik die Ausbildung der Urteilskraft (und Klugheit), wird simultan die Dichotomie von apriori-Prinzipien oder posteriori-Erfahrung unterlaufen (oder überwunden). Hier gibt es keine prinzipielle Trennung der Sphären und Geltungsansprüche, sondern ein „Mehr oder Weniger, Beobachtungsnäheres und Beobachtungsfernerer, Abstrakteres und Konkretes“ (S. 224). Wir nehmen – und das dürfte nun nicht überraschen – im Begründen Bezug auf ein (großes) Netz, das aus theoretischen, praktischen, emotiven Gründen besteht und wie selbstverständlich auch in naturwissenschaftliche oder theologische Räume ausgreift. Die mit der Ausbildung von Klugheit *„korrespondierenden theoretischen, praktischen und emotiven Gründe sind nicht voneinander getrennt, sondern eng miteinander verbunden – sie knüpfen gemeinsam das Netz eines humanen Lebens“* (S. 245, Kursivierung im Original). Die Beschaffenheit dieses Netzes, seine Struktur,

Beharrungskraft, Fluidität, Stabilität, Wandelbarkeit, Belastbarkeit und Flexibilität stehen immer wieder im Mittelpunkt der einzelnen Aufsätze und perspektivischen Zugänge.

Muss sich Ethik, wie jede Theorie, an der Lebenswelt messen (droht sonst eben „unseriös“ oder zumindest merkwürdig zu werden), wie sich die Lebenswelt normativ vermessen lassen muss, können Praxis und Theorie, Normen und Erfahrung, Vernünftigkeit und Geschichte, Verantwortung und Freiheit nicht voneinander getrennt werden. Weil dem nun so ist, und sich die Daueraufgabe der Reflexion auf Begründungen nicht umgehen lässt, kann auch die Frage nach dem, was humane Gelungenheit denn eigentlich sein könnte, nicht abgewiesen werden. Wie sollte denn ein praktisch kluges, entfaltetes menschliches Leben aussehen? Aus der Frage nach der Ethik erwächst die (normative) Frage nach dem Humanismus. Darum sind Reflexionen des praktischen Begründens für Julian Nida-Rümelin unweigerlich Humanistische Reflexionen. „Der Humanismus vertraut auf die menschliche Fähigkeit, zu lernen – in kognitiver wie in ethischer Hinsicht. Und diese beiden Dimensionen menschlicher Erfahrung sind unauflöslich miteinander verwoben, sie bestimmen unsere Lebensform als ganze, unsere Identität als handelnde Personen und unsere Fähigkeit, mit anderen zu interagieren. Humanisten vertrauen auf diese menschliche Fähigkeit und wünschen, dass sie sich voll entfaltet“ (S. 362). Humanismus und Bildung lassen sich deshalb nicht voneinander trennen, sondern implizieren sich wechselseitig. Dass sich daraus eine Anschlussfähigkeit zur republikanischen Demokratie ergibt, scheint klar auf der Hand zu liegen (S. 410–442).

Aber bei aller Sympathie für diese klugen Reflexionen, die ihre Nähe etwa zum Pragmatismus nicht verschweigen, gibt es auch ein paar Schwierigkeiten. Lässt sich in dieser Konzeption einer ethischen Verankerung unserer Urteile „im robusten Realismus unserer Lebensform“ (S. 41) eine universalistische Komponente auffinden, die verhindert, dass etwa der Unterdrückung von Mädchen in Religionen (welcher Provenienz auch immer) entgegengetreten werden kann? Ja natürlich, sagt Nida-Rümelin (S. 258ff.). Ja, natürlich, sage auch ich. Aber: dann müssen wir über Institutionen der interkulturellen Kommunikation nachdenken. Und damit über politische Institutionen. Denn viel spricht dafür, dass das „große Netz“ ganz wesentlich politisch erzeugt, gerahmt und gehalten wird.

In dieser politisch institutionalisierten Praxis lernen wir (und das braucht Zeit!) jene „Fähigkeit der Distanzierung sowohl von den unmittelbaren eigenen Interessen als auch von den jeweiligen Entscheidungssituationen“ (S. 417), die für eben jenen Humanismus unabdingbar zu sein scheint. Offenbar ist die Politik in der humanistischen Ethik der Bildung und Verständigung sehr viel stärker präsent, als Julian Nida-Rümelin zugesteht. Erst ganz am Ende kommt der Autor unter der Überschrift „Humanismus als Leitkultur“ und im Kontext der terroristischen Attentate in Paris auf „eine Bildungs- und Sozialstaatlichkeit (in den westlichen Gesellschaften)“ zu sprechen, „die eine Gemeinsamkeit überwölbender Normen und Werte schafft und damit Zivilität sichert“ (S. 468). Kämen am Ende die Institutionen in Sicht, hätten die humanistischen Reflexionen, die immer wieder auf den früh-neuzeitlichen Humanismus verweisen, vielleicht jene historische Bewegung rekapituliert, die von Dante und Petrarca zu Guicciardini und Giannotti führt.

Diese Sicht mag am formierten Blick desjenigen liegen, der selber großen Gefallen am Bürgerhumanismus der europäischen Renaissance findet und die Macht der „Steckenpferde“ zumindest ahnt. Abgesehen davon, sind die hier versammelten Texte von Julian Nida-Rümelin kluge, überlegte, gelehrte und selber zutiefst humanistische Reflexionen über unsere Lebenswelt und über unsere alltäglichen Urteile. Man könnte auch sagen: eine Philosophie der aufgeklärten Bürgerlichkeit und Zivilität.

*Erfurt*

*Alexander Thumfart*

### **Afrikanische politische Philosophie als plurale Kritik**

*Dübgen, Franziska/Skupien, Stefan (Hrsg.):* Afrikanische politische Philosophie. Postkoloniale Positionen, 353 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Trotz der mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum vermehrten Rezeption postkolonialer Theorien steht eine Rezeption afrikanisch-philosophischer Wissensbestände bislang weitestgehend aus. Mit dem von Franziska Dübgen und Stefan Skupien herausgegebenen Sammelband „Afrikanische politische Philosophie. Postkoloniale Positionen“ liegt nun erstmals eine umfangreiche,

thematisch gut eingebettete und herausragende Auswahl an Texten zeitgenössischer Autor\_innen der Afrikanischen politischen Philosophie vor. Dabei geht es den Herausgeber\_innen explizit nicht darum, das „Andere“ in der Afrikanischen Philosophie zu suchen. Vielmehr wollen sie zu einem Polylog – einem „vieltimmigen Gespräch“ – beitragen, in dem die eurozentrische Universalität hegemonialer politischer Philosophie und ihrer zentralen Konzepte kritisch infrage gestellt werden. So ist auch die Frage nach dem Gehalt des „Afrikanischen“ im Spannungsfeld zwischen geteilter Erfahrung und Kritik kolonialer Machtverhältnisse einerseits und der Kritik an kulturellen Partikularismen andererseits zu verorten.

Haben bisherige Auseinandersetzungen bereits die Ausschreibung Afrikas aus dem Kanon der Philosophie, wie sie sich exemplarisch bei G.W.F. Hegel findet, herausgefordert, erweitern die Herausgeber\_innen dies um das Politische und fordern damit auch Hannah Arendts Beschreibung des afrikanischen Kontinents als geschichtslos und damit auch apolitisch heraus. Die 13 Beiträge sind in vier zentrale Themenbereiche gegliedert: Postkolonialismus und Afrikanische Philosophie; Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklung, Liberalismus, Menschenrechte und Demokratie; Gender Emanzipation und Kolonialismus; Ethik und Kosmopolitismus aus dem globalen Süden.

Die ersten beiden Beiträge diskutieren die Bedingungen und Methoden philosophischer Reflexion im postkolonialen Afrika. So hebt Tsenay Serequeberhan in seinem Beitrag zu einer radikalen Hermeneutik die Notwendigkeit einer kritischen Analyse des widersprüchlichen Enigmas der Befreiung hervor, das er als gelebte Sorge zwischen den Spuren von Kolonialismus einerseits und den antikolonialen Versprechen der Emanzipation und ihres Scheiterns andererseits versteht.

Im zweiten Teil unterziehen die Autor\_innen zentrale Konzepte der europäischen Moderne einer rigorosen Überprüfung. Fabien Eboussi Boulaga plädiert dabei für eine reziproke Dekolonisierung des Denkens, die auch die Kritik der Reaktualisierung kolonialer Legimitationsdiskurse durch das Paradigma der Entwicklung einschließt. Gegenstand und Ziel der reziproken Dekolonisierung sei es gemeinsam frei zu werden, „der Herr und der Knecht zur selben Zeit“ (S. 117). Freiheitskonzeptionen werden auch von Chisanga N. Siame, hier vor dem Hintergrund des zentralen Verhältnisses von Versklavung und

Freiheit in postkolonialen Kontexten, analysiert. Der Beitrag von Paulin J. Hountondji verweist in herausragender Weise auf die postkoloniale Strategie der pluralen Kritik. Hountondji kritisiert den Gründungsmythos der Menschenrechte, demzufolge die Idee alleine in Europa geboren sei, sowie ihre Instrumentalisierung für Formen neokolonialer Gewalt. Gleichzeitig kritisiert er die relativistische Zurückweisung der Menschenrechte als „westlich“ in nationalistisch ideologischen Diskursen und durch autoritäre Regime.

Die Beiträge des dritten Teils leisten vor allem eine Kritik universalisierender Tendenzen innerhalb westlich-liberaler Feminismen. Nkiru Nzegwu kritisiert die Verzerrungen, die durch den Import der vermeintlich universellen Kategorie „Frau“ auf Kontexte entstehen, in welchen die Verwandtschaftslinie (*lineage*) sowie Alter (Seniorität) wesentliche vergeschlechtlichte Ordnungsprinzipien sind. Oyèrónkẹ Oyẹwùmí, eine der prominentesten Vertreter\_innen des Afrikanischen Feminismus, zeigt anhand der Analyse von Bildungs-, Rechts-, Verwaltungs- und Religionsstrukturen in Yorùbá-Gesellschaften auf, wie koloniale Strukturen Geschlechterverhältnisse beeinflusst und reifiziert haben. Molará Ogundipe-Leslie plädiert als Vertreterin des Stiwanismus (*Social Transformation Including Women in Africa*) für feministische Kritiken, die an den Nahtstellen kontextspezifischer intersektionaler Kategorien theoretisieren und dabei von den vulnerabelsten Positionen ausgehen. Ihr Pochen auf die Kategorie der sexuellen Orientierung lässt sich auch auf diesen sonst so herausragenden Sammelband übertragen. Zwar weisen die Herausgeber\_innen auf die jüngsten signifikanten Interventionen und Kämpfe afrikanischer LGBT\*IQ Kollektive hin, jedoch fehlt leider ein entsprechender Beitrag zu solchen Formen pluraler Kritik.

Der Sammelband schließt mit drei sehr interessanten Beiträgen zu Afrikanischer Moraltheorie und postkolonialen Konzeptionen des Kosmopolitismus. Thaddeus Metz' Entwurf einer Afrikanischen Theorie des richtigen Handelns gründet auf dem *Ubuntu*-Konzept und damit auf der Herstellung von Harmonie in einem relationalen Gefüge *zwischen* Individuen, die die Dichotomie von Individualismus und Kommunalismus zu transzendieren sucht. Auch Achille Mbembes Beitrag diskutiert das Implodieren von Dualismen. Durch Zirkulation kultureller Praxen durch Kulturen der Mobilität einerseits und Kolonialismus, Versklavung und neokolonial bedingter Migration andererseits entsteht Afropolitanismus. Verstanden

als eine „Poetik der Welt“ entzieht dieser sich antikolonialen Nationalismen und sabotiert eurozentrische Universalismen durch beständige Hybridisierungen, ohne dabei postkoloniale Gewaltverhältnisse auszublenden.

Mit dem Sammelband ist es gelungen, der Leser\_innenschaft die Facetten postkolonialer Strategien im und aus dem afrikanischen Kontext näher zu bringen und damit auch die Pluralität postkolonialer Ansätze herauszustellen, was eine seiner vielen Stärken ausmacht. Es wird implizit darauf verwiesen, dass die plurale postkoloniale Kritik ein überaus herausforderndes Projekt ist. Die Reproduktion diskriminierender Begriffe wie beispielsweise „Schwarzafrikaner“ oder die problematische Übersetzung von politischen Selbstdefinitionen wie *people of colour* in „farbige Menschen“ hätten sich leicht vermeiden lassen; die Anwendung der postkolonialen Kritik auf die eigene Verortung, auch unseres Schreibens, Sprechens und Publizierens stellt sich weit aus schwieriger dar. Doch auch dies ist Teil der doppelten Dekolonisierung und ihrer Ambivalenz. Diese offen zu legen und ihr nachzuspüren, ist es auch wozu die Beiträge in diesem wichtigen Sammelband uns einladen. In diesem Sinne ist der Band ein postkoloniales Geschenk des politischen Afrikas.

Frankfurt a. M. Vanessa Eileen Thompson

### Leibniz politicus

Beiderbeck, Friedrich/Dingel, Irene/Li, Wenchao (Hrsg.): Umwelt und Weltgestaltung. Leibniz' politisches Denken in seiner Zeit, 688 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz hat zu fast allen Themengebieten der Philosophie und Wissenschaften substanzielle Beiträge geliefert und sich dabei auch beständig für praktische und technische Anwendungen des Wissens interessiert. Dies gilt in besonderem Maße für die Felder der praktischen Philosophie, der Rechts- und Politischen Theorie, deren hohe Bedeutung für Leibniz durch neue Quellen- und Kontextforschung und das ungeheure Anwachsen der Menge edierter Primärtexte im Rahmen der Akademieausgabe immer deutlicher hervortritt. Leibniz hat sich hierbei gleichermaßen um Grundlagenfragen bemüht,

wie ganz praktisch als Diplomat, Rechtsreformer und Politikberater engagiert. Das rationalistische Vertrauen auf die Macht der Ideen geht bei ihm einher mit der Überzeugung von der Verbesserbarkeit der Gesellschaft durch philosophisch induzierte Maßnahmen.

Es ist sinnvoll, Leibniz' Platz im Feld des (früh-)aufklärerischen Denkens und den spezifischen Wirksamkeitsanspruch seiner Politischen Philosophie genauer zu bestimmen. Seine Ablehnung der Implikationen der Religionskritik und politischen Philosophie seiner Vorläufer Hobbes und Spinoza, seine theologischen Motivationen und seine obrigkeitlich- und souveränitätsfreundlichen politischen Prinzipien machen es unmöglich, ihn als Vertreter einer ‚radikalen Aufklärung‘ (Margaret Jacob und Jonathan Israel) zu verstehen. Gleichwohl ist sein Anspruch auf direkte Wirksamkeit kühn und systematisch ausgearbeitet und die Grenzen zwischen Theorie und Praxis besonders in Bezug auf Politik und Recht werden bewusst eingezogen; bloß ‚moderat‘, so Israels Gegenbegriff, oder angepasst ist diese Aufklärung also auch nicht.

Für diese Fragen überaus hilfreiche Materialien zum politischen Leibniz bietet der vorliegende, monumentale Tagungsband, der so gut wie alle relevanten Themen souverän abschreitet, allerdings auch die Schwierigkeiten einer bündigen Antwort klar aufwirft. Die ausführlichen Beiträge zur Reichsverfassung, zu Leibniz' Stellungnahmen zum Wehrwesen, zu Münzreform, Außen- und Geopolitik, Völker- und Kriegsrecht, Frieden und Gleichgewicht, zu Schulwesen, Erziehung und diversen Akademieprojekten, zu Toleranz und der Überwindung der Konfessions- und Kirchenspaltung zeigen einen intellektuell an vielen Fronten engagierten und praktisch vielbeschäftigten Wissenschaftler. Eingehende Detailstudien zu seinem Frankreich-, Italien-, Polen-, Türkei- oder Russlandbild und seinem Korrespondenznetzwerk geben nützliche Auskünfte zum gedanklichen Hintergrund zahlreicher realpolitischer Interventionen.

Das in diesen kenntnisreich vorgetragenen Referaten erzeugte Bild bleibt allerdings mehrdeutig. Auf der einen Seite erscheint Leibniz als grundsätzlich argumentierender politischer Denker, für den die Reichsidee auf „eine geradezu ideale Ordnung“ verweist (Heinz Duchhardt, S. 52) und der die europäische Politik an prinzipiellen Harmonie-, Ausgleichs- und Gerechtigkeitsmaßstäben misst. Die menschliche Ordnung erscheint so als Abbild und Spiegel kosmischer

Geordnetheit, weshalb die soziale Welt als ganze auf Kultivierung und Perfektionierung hin ausgerichtet ist. Diese „Verbindung des Kulturbegriffs mit dem Fortschrittsgedanken“ (Friedrich Beiderbeck, S. 485) wird Leibniz' Vermächtnis für die deutsche Frühaufklärung und die gesamteuropäischen Aufklärungsdiskurse sein.

Dieser „metaphysische[n] Positionierung bzw. Grundierung der Politischen Philosophie bei Leibniz“ (Peter Nitschke, S. 574) steht ein okkasioneller Charakter vieler seiner Schriften entgegen. Der berühmt-berüchtigte „ägyptische Plan“ von 1672 etwa, in dem Leibniz dem französischen König Ludwig XIV. vorschlug, statt des deutschen Reichs und der Niederlande den Krieg zu erklären, lieber Ägypten zu besetzen (vgl. Michael Kempe, S. 258f.; Martin Wrede, S. 280f.), weist ihn als politisch taktierenden Schriftsteller aus, der seine wissenschaftliche Beratungskompetenz ganz in den Dienst politischer Machtintressen stellt.

Auch Leibniz' berühmte Stellungnahmen zur Missionstätigkeit in China sind schillernd. Einerseits wird hier in proto-kosmopolitischer Manier die einseitige christliche Missionierung kritisiert und „die Mission [als] ein Mittel zum geistigen Austausch zwischen Europa und China zu beiderseitigem Nutzen“ (Wenchao Li, S. 299) beschrieben, in dem Europa in einem wechselseitigen „commerce de lumière“ (S. 298) ebenso viel empfängt wie gibt. Auch hier bleibt „die Beschreibung kultureller Austauschbeziehungen immer wieder mit Motiven von politischer und kultureller Konkurrenz durchsetzt“ (Markus Friedrich, S. 646) und dient die rhetorische Glorifizierung der jesuitischen Missionstätigkeit auch der Sicherung der eigenen Informationsquellen, selbst wo dies Leibniz' eigenen Urteilen zur politischen und theologischen Bewertung dieses Ordens direkt widerspricht.

Viele Äußerungen auf der eher juristischen Ebene bezüglich der genealogisch begründeten Herrschaftsansprüche konkreter Adelshäuser wirken wie Auftragsarbeiten, „bei denen er sich virtuos den realpolitischen Opportunitäten im Interesse seiner Dienstherrn anpasste“ (Herd van den Heuvel, S. 525). Dies wirft aber auch ein Licht auf die grundsätzlicheren Entwürfe: Diese wirken dann wie „eine Art Feierabendphilosophie, der Traum des Moralphilosophen von einer Welt, die besser sein wollte als die, an deren profaner Praxis er selbst tagsüber mitgewirkt hatte oder zumindest doch gerne hätte mitwirken wollen“ (ebd.).

Die immer auch taktische und situative Kalkuliertheit in fast allen politischen Schriften von Leibniz gibt diesen etwas Heterogenes und äußerst Zeitgebundenes; und es ist kein Zufall, dass kein einziger der Beiträger\_innen in diesem verdienstvollen enzyklopädischen Band ein starkes Plädoyer für die Aktualisierungsfähigkeit oder besondere Zukunftsträchtigkeit dieses frühneuzeitlichen politischen Denkens versucht, wie es für Spinoza, Locke oder sogar Bodin in den letzten Jahren unternommen wurde. Die Versammlung der werkimmanenten Tiefenbohrungen und der ideengeschichtlichen Kontextualisierungen ergibt ein komplexes Kaleidoskopbild eines politischen Denkers und Akteurs, das sich zu keinem scharfen Profil zusammenfügen lässt.

Leipzig

Martin Saar

### **Carl Schmitt – „religiöser Denker“ oder abtrünniger Romantiker?**

*Kierdorf, Christian:* Carl Schmitts Idee einer politischen Theologie, 181 S., Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Politikwissenschaftliche Analysen zum Denken Carl Schmitts, in denen auch theologische Aspekte berücksichtigt werden, sind wichtig für eine begründet kritische Auseinandersetzung mit dem Werk des mitunter enigmatisch argumentierenden Staatsrechtlers. Christian Kierdorf leistet hierzu einen Beitrag, nüchtern und kenntnisreich argumentierend. Er untersucht, ob Schmitts Denken sich explizit als theologisch erweist oder implizit als theologisch qualifiziert werden kann: „Viele Fragen, die den Staatsrechtler beschäftigen, sind Gegenstände des Glaubens“ (S. 157). Subjektive Glaubensüberzeugungen jedoch verweisen eher auf Schmitts hermeneutisches Vorverständnis von Mensch und Welt, nicht aber notwendigerweise auf eine theologische Denkweise. Kierdorf verbindet, ja identifiziert mitunter Theologie mit Metaphysik, die der Philosophie zugeordnet werden müsste – der Christ glaubt an die Menschwerdung Gottes in der Person Jesus Christus, nicht an den Wahrheitsanspruch einer philosophischen Erkenntnislehre. Zwar legt der Verfasser korrekt dar, dass Schmitt über das „primäre Selbstverständnis als Katholik und Christ“ verfügt. Aber es stellt sich die Frage, ob die teilweise okkult anmutenden

„metaphysischen Annahmen“ des Denkers theologisch zu qualifizieren sind. Kierdorf schreibt, diese erinnerten „im Kontext der politischen Äußerungen an moderne Verschwörungstheorien“ (S. 169).

Zutreffend analysiert Kierdorf, der junge Schmitt habe „noch kein recht festgelegtes politisch-theologisches Weltbild“ (S. 167) vertreten. Er strebt eine „Deutung der politischen wie theologischen Identität Schmitts“ an und untersucht hierzu Schmitts Begriff „Ausnahmestand“. Dieser führt Kierdorf zum protestantischen Theologen Sören Kierkegaard. Der von Kierkegaard verwendete Begriff „Ausnahme“ entstammt jedoch dem philosophischen Existenzdenken, in enger Beziehung zum romantischen Geniekult entwickelt. Die „Ausnahme“ sei für Kierkegaard „interessanter“ als das Geläufige (S. 19). Dieser spricht indes von einer Person, nicht von einem Zustand im Staat. Der philosophische Begriff „Ausnahme“ wird somit von Carl Schmitt in das politische Denken überführt.

Kierdorf zeichnet weiterhin die Stadien von Schmitts Auseinandersetzung mit dem Liberalismus nach, reflektiert dessen Kritik an der kapitalistischen Wirkungsordnung ausführlich. Schmitt denke und argumentiere kollektivistisch. Die Kritik des Staatsrechtlers fokussiert die kompromissorientierte Ängstlichkeit, die das liberale Politikverständnis prägt und in Gestalten von unbestimmt lavierender Indifferenz sich exponiert artikuliert. Auf Schmitts vermeintlich theologische Haltung deuten die negative Anthropologie hin sowie die geistige Nähe zur zivilisationskritischen Sicht auf die neuzeitliche Entwicklung. Der Staatsrechtler stehe in „Fundamentalopposition“ zur Moderne und betrachte das „Treiben der szientistisch geprägten Neuzeit als ein großes Tollhaus, in dem die um sich selbst kreisende Gottvergessenheit immer neue Entfremdungserrscheinungen eines missglückten, weil sinnentleerten Lebensentwurfes gebiert“ (S. 68). Den technischen Fortschritt beurteile Schmitt als „Aufbegehren gegen Gott selbst“, dem „modernen Mensch“ attestiere er eine „Ich-Verpanzerung“ [...], welche als Verschließung vor der Anrufung Gottes zum moralischen Gutsein unfähig mache“ (S. 96).

Kierdorf schildert die Auseinandersetzung im Raum des Politischen nicht als partikularen Interessenkonflikt. Er verweist auf eine metaphysischen Dimension, verbunden mit tragisch-fatalistischen Komponenten: „Stattdessen ist der politische Kampf als Ausdruck metaphysischer

Gegensätze für Schmitt ein *factum brutum*, dem der Mensch auch unter größten Anstrengungen nicht entkommen kann“ (S. 83). Die Auswahl der Begriffe und Denkmuster, die einen „eindeutig theologisch-metaphysischen Charakter“ anzeigen, bezeugten, Kierdorf zufolge, die christlich geprägte Geschichtsphilosophie, die „stellenweise den Verdacht nährt, dualistisch-gnostizistischer Natur zu sein“ (S. 156). Er schreibt zudem, dass Schmitt „an eine absolute Wahrheit glaubt, die eine klare Unterscheidung von ‚Gut‘ und ‚Böse‘ erlaubt“ (S. 92). Schmitt greift auf gnostisch-dualistische Denkmodelle der Spätantike zurück, die eher als neo-manichäisch denn als theologisch anzusehen sind. Man könnte jedoch in gleicher Weise über eine begriffliche Affinität zur Existenzphilosophie nachdenken, in der auch mit Emphase von geistigen Kämpfen gesprochen wird, so etwa in den Schriften von Martin Heidegger oder Karl Jaspers.

Kierdorf wahrt gegenüber einer eindeutigen Schlussfolgerung eine begründete Skepsis, genüge doch die Beschäftigung mit „theologischen Dingen“ nicht, um Carl Schmitt als „religiösen Denker“ anzusehen (S. 115f.). Eine erwägenswerte Vertiefung und Erweiterung der hier vorgestellten Überlegungen bestünde darin, die dezidiert juristische Sprache des kirchlichen Lehramts jener Zeit vergleichend zu untersuchen. Parallelen fänden sich etwa in der restriktiv anti-modernistischen Haltung der römischen Kirche. Weitere Erwägungen, von Kierdorf eher beiläufig geäußert, verdienten eine wissenschaftliche Analyse, etwa der Gedanke, dass Carl Schmitt auch als abtrünniger politischer Romantiker verstanden werden könne. In Hinsicht auf seine Frühschriften entstehe der Eindruck, dass er selbst „romantischen Ideen anhing, bevor er in einem radikalen Akt der Selbstzensur und Mäßigung in Richtung des dezisionistischen Antipoden ausschlug“ (S. 101). Schmitts „Denkbewegung“ könne auch als „Kampf mit sich selbst, als Versuch der Bezwingung eigener Unzulänglichkeiten“ angesehen werden, der „politische Feldzug“ als Bewältigung einer „anarchistisch-okkasionellen, emotionalen Prädisposition“ (S. 169).

Das anregende Buch von Christian Kierdorf gibt wichtige Impulse für die kritische Reflexion des politischen Denkens von Carl Schmitt und bietet Anknüpfungspunkte für weitere, wissenschaftlich fruchtbare Auseinandersetzungen hierzu.

Hannover

Thorsten Paprotny

## Subjektivität, Wahrheit, Freiheit

*Foucault, Michel*: Subjektivität und Wahrheit. Vorlesungen am Collège de France 1980–1981, 414 S., Suhrkamp, Berlin 2016 (franz. 2014).

*Mazumdar, Pravu (Hrsg.)*: Foucault und das Problem der Freiheit, 239 S., Steiner, Stuttgart 2015.

Ein Großprojekt neigt sich seinem Ende zu: Mit der vorliegenden Übersetzung der Vorlesung aus dem Jahr 1981 fehlt nur noch ein Band – *Théories et institutions pénales. Cours au Collège de France (1971–1972)* – der auf Französisch mittlerweile vollständig publizierten Vorlesungen Michel Foucaults. In „Die Regierung der Lebenden. Vorlesung am Collège de France 1979–1980“ hatte Foucault die Pflicht untersucht, über sich selbst die Wahrheit zu sagen, und dazu die antiken Praktiken der Gewissensleitung mit den christlichen Buß- und Geständnispraktiken verglichen. In „Subjektivität und Wahrheit“ bleibt das titelgebende Verhältnis zentral, doch Foucault konzentriert sich stärker auf die Beziehung, die das Subjekt dadurch zu sich selbst herstellt und analysiert dazu die antike Ratgeberliteratur in Bezug auf sexuelle Aktivität. Die Vorlesung erlaubt daher nachzuvollziehen, wie Foucault seinen Begriff der „Selbsttechniken“ entwickelt, das heißt der Techniken, mit denen das Subjekt auf seine eigene Konstitution einwirken und sich transformieren kann (S. 58). Zudem finden sich Vorformen von aus den späteren Büchern vertrauten Analysen.

Was bringen diese Vorlesungen Neues für diejenigen, die nicht an Foucaults Werkgenese interessiert sind? Zweierlei: Eine ungewohnt ausführliche methodologische Selbstreflexion und die sonst nirgends so zugespitzte These zur Herausbildung des Begehrens, auf die die gesamte Vorlesung zuläuft.

Aus der Analyse von Artemidors „Traumbuch“ (Vorlesungen 3 und 4) zieht Foucault zu Beginn zwei Maßstäbe zur Bewertung der *aphrodisia* als der spezifisch griechisch-römischen „ethischen Perzeption“ sexueller Akte, die Foucault der christlichen Erfahrung des Fleisches und der modernen Erfahrung der Sexualität gegenüberstellt (S. 108f.). Der erste Bewertungsmaßstab ist das „Prinzip des Isomorphismus“ (S. 111) zwischen dem Sexuellen und dem Sozialen. Sexuelle Akte werden demnach positiv gewertet, sofern sie die

bestehenden sozialen Machtverhältnisse widerspiegeln. Der zweite Maßstab ist das „Prinzip der Aktivität“ (S. 119), wonach nur „die Position des aktiven Subjekts [d. h. des penetrierenden Subjekts, FV] zulässig, [...] das heißt imstande ist, bei der sexuellen Beziehung einen positiven Wert zu erhalten“ (S. 136).

Beide Prinzipien werden in den philosophischen Lebenskünsten des 1./2. Jahrhunderts nach Christi modifiziert und damit die „ethische Perzeption“ der *aphrodisia* vollständig verändert. Die wachsende Betonung beziehungsweise „Überbewertung der Ehe“ (S. 142) situiert legitime sexuelle Akte allein in der Paarbeziehung, die als unvergleichlich mit allen anderen sozialen Beziehungen gedeutet wird, so dass der „sozio-sexuelle Isomorphismus“ (ebd.) keinen gültigen Maßstab mehr darstellen kann. Zugleich wird dem ehelichen Sex nicht mehr nur die Aufgabe der Zeugung zugeschrieben, sondern auch „die Ausbildung und Entwicklung einer affektiven Bindung zwischen Ehemann und Ehefrau“ (S. 219). Dazu jedoch muss eine Reziprozität zwischen den Eheleuten entwickelt werden, die unvereinbar mit dem asymmetrischen Prinzip der Aktivität ist.

Diese Umorientierung der „ethischen Perzeption“ der *aphrodisia* hat zwei bemerkenswerte Konsequenzen: Erstens verändert sich die Rolle des Mannes als Mann, das heißt sein Verhältnis zu seinem Geschlecht, in der Öffentlichkeit, denn die zuvor selbstverständliche Ausübung seiner sexuellen Macht erfolgt nun ausschließlich im Privaten (S. 336–339). Zweitens wird die Selbstbeherrschung zum Zentrum eines ethischen Selbstverhältnisses, jedoch als Voraussetzung der Herrschaft über andere, nicht wie in der klassischen Antike als deren Begrenzung: Die „Beherrschung seines Begehrens“ (S. 342) soll dieses nicht nur zügeln, sondern zum Verschwinden bringen (S. 339–344).

Damit rückt das Begehren an die zentrale Position der „ethischen Perzeption“ sexueller Aktivität – es wird zum Objekt einer ständigen Selbstbeziehung. „Um welchen Preis? Um den Preis der Ausgrenzung oder relativen Neutralisierung des Akts und der Lust, des Körpers und der Lust“ (S. 371). Weit davon entfernt, als positives überzeitliches Moment für eine Kritik der modernen Repression von Sexualität dienen zu können, ist vielmehr das „Auftauchen des Begehrens als Prinzip der Subjektivierung/Objektivierung des Geschlechtsaktes“ (S. 372) die Existenzbedingung für die christliche Erfahrung des Fleisches und später die moderne Erfahrung der Sexualität.

Damit bindet Foucault seine Vorlesung an seine Kritik der Repressionshypothese aus „Der Wille zum Wissen“ (1976) zurück. Nicht die Geschichte der Unterdrückung von Sexualität und Begehren ist zu schreiben, so Foucault, sondern eine „Geschichte der Selbsttechnologien“ (ebd.), die zeigt, wie das Begehren aus der Erfahrung der *aphrodisia* herausgelöst und zentral für unseren Bezug auf uns selbst wurde.

Natürlich ist diese Rekonstruktion stark verkürzt und auf die „Geburt des Begehrens“ (so Frédéric Gros in seiner „Situierung der Vorlesungen“, S. 396) zugespielt; erwähnenswert ist von dem Ausgelassenen vor allem Foucaults ausführliche methodologische Selbstreflexion. Denn warum war ein Diskurs über die sexuellen Praktiken nötig, so fragt sich Foucault (S. 286ff. und Vorlesung 10), der offenbar genau mit den historischen Praktiken übereinstimmte? Weshalb die Wirklichkeit diskursiv reduplizieren? Foucault verwirft die drei Alternativen, darin eine nachträgliche Reflexion der Praktiken zu sehen (weil dies „logizistische[...] Ausweichmanöver“ die Rechtfertigung von Wahrheit mit der Begründung von Existenz kurzschleife, S. 305), den Diskurs als Ideologie zu entlarven, der die Wirklichkeit verberge (weil man so dasselbe Manöver durchführe, nur „mittels des Mechanismus der Täuschung [...] dialektisier[t]“, S. 314) oder den Diskurs als Rationalisierung der Praktiken zu verstehen (weil damit eine bestimmte Rationalität vom Ende her vorausgesetzt werde, S. 317). Stattdessen müsse man das „epistemische Stauen“ (S. 308) eingedenk von vier Eigenschaften von Wahrheitsdiskursen lebendig halten: Diese seien (i) nur ein Supplement der Wirklichkeit, (ii) nutzlos und (iii) nicht einheitlich, aber (iv) „nicht ohne Wirkung“ (S. 309). Die ersten drei Eigenschaften schließen eine Analyse aus, die das logizistische Postulat aufrechterhält und Existenz aus Wahrheit ableitet, die Wahrheit gemäß eines Nutzenprinzips untersucht oder die von einem einheitlichen Wahrheitsregime ausgeht. Stattdessen will Foucault eine „politische Analyse der Wahrheit“ betreiben, die zeigt „welche Wechselwirkungen die Verbindung hervorruft, die zwischen den menschlichen Praktiken und den damit verbundenen Regimen der Veridiktion besteht“ (S. 310). So wenig diese Selbstreflexionen Foucault-Leser\_innen überraschen werden, so selten sind derart ausführliche Thematisierungen der eigenen Methode bei Foucault, der erkennbar bemüht ist, seine bisherigen Lektüren zur Antike mit neuen Begriffen zu systematisieren.



Damit liegen Foucaults Vorlesungen zur „griechischen Erfahrung“ vollständig vor. Passend dazu ist bereits 2015 der Sammelband von Pravu Mazumdar mit dem Titel „Foucault und das Problem der Freiheit“ erschienen, werden doch Foucaults späte Überlegungen häufig so gelesen, als gäben sie der Freiheit mehr Raum. Mazumdar versucht in seiner ambitionierten Einleitung, eine „Analytik der Freiheit“ im Durchgang durch Foucaults Werke nachzuweisen, die mit der „Analytik der Macht“ verschränkt sein soll. Das gelingt ihm dort plausibel, wo er Freiheit als agonistischen Widerpart von Macht sichtbar macht; Mazumdars These, damit sei eine Doppelperspektive eröffnet, die auf Kräfte wirkende Kräfte jeweils als Freiheit oder als Macht problematisieren könne (S. 29), wirft allerdings die Frage auf, warum Foucault begrifflich nur eine Perspektive entwickelt: Dass er gerade keine Typologisierung von Freiheiten bietet, die den Machtformen (u. a. Souveränitäts-, Disziplinar- oder Biomacht) systematisch gegenübersteht, lässt doch Zweifel daran entstehen, ob die Rede von einer „Analytik der Freiheit“ angemessen ist.

Die weiteren Aufsätze des Bandes sind in drei Teile geordnet, deren erster Freiheit als Begriff in Foucaults Werken gilt. Alex Demirović situiert Foucault als emanzipatorischen Kritiker in der Tradition Marx': Foucault radikalisiere Marx' Kritik liberaler Freiheit, jedoch nicht, um Kritik zu verunmöglichen, sondern um eine „Freiheit jenseits der [liberalen, FV] Freiheit“ (S. 56) denk- und lebbar zu machen. Arne Klawitter liest Foucault von seinen frühen Schriften zur Literatur her, um diese Freiheit in einem „Außen“ anzusiedeln; Freiheit ist damit keine Wahlfreiheit, sondern (mit Bataille) die „Leidenschaft für das Außen“ (S. 73), das alle unsere Praktiken und Erfahrungen mit Kontingenz und Diskontinuität unterlege. Plausibel sind beide Beiträge, viel Neues bieten sie allerdings nicht.

Den zweiten Teil „Freiheit und Macht“ beginnt Felix Heidenreich, der Axel Honneths Differenzierung von negativer, reflexiver und sozialer Freiheit als Analyseraster nutzt, um Foucaults Freiheitskritik zu differenzieren: Foucault kritisiere demnach die „Pathologien“ negativer und reflexiver Freiheit – erstere etwa in der (Neo-) Liberalismusanalyse der Gouvernementalitätsvorlesungen, letztere zum Beispiel in der Untersuchung der Beichtpraktiken (vgl. S. 82ff.). Zwar thematisiere Foucault soziale Freiheit in seinen Überlegungen zur antiken Freundschaft und der Praxis der *parrhesia*, doch könne Foucault diese

nur ethisch denken und verfüge damit über keinen politischen Freiheitsbegriff. Diese weitreichende These wird leider nicht weiter diskutiert. Exegetisch wäre zu fragen, wie sie etwa zu Foucaults Genealogie der *parrhesia* als politischer Praxis passt, die erst von der Philosophie moralisiert wird; systematisch bricht an dieser Stelle der alte Streit auf, ob man die späten Schriften Foucaults als ethisches Programm oder als kritische Analysen von Ethiken versteht.

Gerhard Unterthurner geht Foucaults Denken von Normalität durch und untersucht ausführlich, wie Normalität und Normalisierung in den unterschiedlichen Texten gedacht und weiterentwickelt werden. Dass „Macht als Können und Freiheit als ein Spielraum von Möglichkeiten [...] zusammen[gehören]“ (S. 112) mutet angesichts der ausführlichen Exegese freilich als ein außerordentlich dünnes Ergebnis an. Ärgerlich ist der Beitrag von Yu-Lin Chang, dessen Vorschlag, der Disziplinarmacht einen „Doppeldisziplinierungsmechanismus“ entgegenzustellen, so dass nicht nur Bürger\_innen, sondern auch die Staatsmacht diszipliniert wird, von grober Unkenntnis der Foucault'schen Begriffe zeugt, wenn er diese Disziplinierung als Verrechtlichung anlegt (vgl. S. 126ff.), zumal die neuere Debatte zu Foucaults Rechtsverständnis etwa von Ben Golder und Peter Fitzpatrick konsequent ausgespart wird.

Im letzten Text des zweiten Teils versucht Christoph Hubig, die unterschiedlichen Dynamiken von Machtbeziehungen in Praktiken auszubuchstabieren. Er schlägt vor, Netze, Strukturen und Dispositive begrifflich zu unterscheiden: Während Netze eine reine Relationalität ohne Modalitätsgefälle zwischen Struktur und Aktion beschreiben, gibt es Strukturen und Dispositive nur mit diesem Modalitätsgefälle. Freiheit ist dann jeweils anders zu denken: als Subversion durch alternative Praktiken in Dispositiven und als Spielräume in Strukturen; in Netzen wird Freiheit und Macht dagegen mangels Modalitätsgefälle ununterscheidbar (vgl. S. 146).

Die drei Beiträge des letzten Teils widmen sich Freiheit als Haltung oder Praxis. Walter Seitter fragt, wie Foucaults Verhältnis zum Liberalismus einzuschätzen ist, den er allerdings ganz entgegen Foucaults Analyse in den Gouvernementalitätsstudien als „politische Einstellung, der die Freiheit als hohes Gut gilt“ (S. 153) versteht. Unter dieser undifferenzierten Prämisse – welche Art von Freiheit wird denn wertgeschätzt? – ist Foucault wenig überraschend tatsächlich ein Liberaler,

wenngleich ein eingeschränkter, da er zugleich das gegensätzliche „religionsartige Ideal der Bindung an Wahrheit“ (S. 167) aufrechterhalte.

Zara S. Pfeiffer liefert eine an Judith Butler anschließende Relektüre von Foucaults Kritikbegriff, wonach das unvermeidliche Scheitern der Subjektivierung durch Geschlechternormen die Möglichkeitsbedingung von Subversion und damit Freiheitsmomenten bietet. Wenngleich der Aufsatz gut lesbar ist, bleibt er letztlich Kommentar, das heißt Verdopplung des bereits Geschriebenen: in diesem Fall von Butlers Foucaultlektüren.

Der letzte Beitrag stammt von Wilhelm Miklenitsch und ist der längste; er widmet sich der Differenz zwischen Foucaults und Gilles Deleuze's Freiheitsverständnissen. Leider gehen die interessanten Befunde, die Miklenitsch vorträgt, im Ressentiment insbesondere der Fußnoten unter, die teilweise die Ebene sachlicher Kritik zugunsten persönlicher Attacken verlassen (FN 50). Warum der Herausgeber hier nicht eingegriffen hat, ist unverständlich.

Insgesamt bietet der Band also bestenfalls durchwachsene Kost; das größte Problem ist, das kaum ein Beitrag systematisch über das bei Foucault nachzulesende Diktum hinausgeht, dass Freiheit und Macht wechselseitig aufeinander verweisen. Die Wiederholung dieser Aussagen dürfte eine Anschaffung kaum lohnen.

Bremen

Frieder Vogelmann

## Foucault in der Revolte?

*Hürlimann, Gabriel: Analytik der Revolte. Über agonistische Konstellationen von Macht, Freiheit und Subjekt im Anschluss an Michel Foucault, 367 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2015.*

„[D]ie prototypische Revolte schlechthin existiert nicht“ (S. 9). So liest man schon auf dem Rücken dieses Buches von Gabriel Hürlimann, das auf einer 2013 in Frankfurt eingereichten Dissertation basiert. Nichtsdestotrotz tritt Hürlimann in seinem Buch an, mit und gegen Michel Foucault eine „transhistorische Logik“ revoltierenden Handelns zu modellieren, die Foucaults machtanalytische Arbeit für ein tieferes und analytisches Verständnis der Revolte fruchtbar machen möchte. Dabei geht er – hier ganz bei Foucault – der „Frage nach dem ‚Wie‘ der Revolte überhaupt“ (S. 11) nach.

Gabriel Hürlimann versucht in seinem Buch mehrerlei. Im ersten von drei Hauptteilen vollzieht er die Foucault'sche Auseinandersetzung mit dem „juridischen Diskurs“ und der souveränen Macht nach, um aus Foucault'scher Perspektive die Angst des neuzeitlichen Denkens vor der Revolte verständlich zu machen. Im zweiten Teil wendet Hürlimann sich den auch werkchronologisch folgenden Überlegungen Foucaults zum Verhältnis von Macht, Freiheit und Subjekt zu. Schließlich greift er im dritten Teil zusätzlich zu Foucault auf John Searle zurück, um die Revolte im Anschluss an Searle und Foucault als Widerstand gegen konstitutive Regeln einer Institution (im Sinne Searles) zu begreifen, und diese Konzeption an drei (wiederum Foucault'schen) Beispiel-Revoluten zu illustrieren.

Das Buch ist klar gegliedert, den Leser\_innen wird der Weg durch die Argumentation frühzeitig deutlich aufgezeigt. Sprachlich neigt Hürlimann etwas zu Zierwerk, doch die Nachvollziehbarkeit wird dadurch nicht geschmälert.

Die Arbeit an Foucault ist überaus informiert und nutzt auch den wesentlichen Forschungsstand zielführend und erhellend. Die Argumentation im ersten Teil basiert auf der Annahme, Foucault habe vor 1978 zwar erfolgreich macht-, aber eher erfolglos kampfanalytisch gearbeitet: Denn seine Kampfanalytik sei in eine Aporie gemündet, die sie habe nutzlos werden lassen. Zunächst zeigt Hürlimann, wie Foucaults Herangehensweise bis vor 1978 ihn zu einer Vorstellung führt, in der „macht- und kampfanalytische Reflexionen dergestalt zusammen [fallen], dass sowohl Macht als auch Kampf im diffusen Krieg aller gegen alle absolut konturlos zu werden drohen“ (S. 126).

Da Foucault aber in der Entwicklung seines Denkens über die Gouvernementalität seine Machtanalytik entscheidend weiterentwickelte, sieht Hürlimann darin auch die Basis für eine Weiterentwicklung der Kampfanalytik. So rekonstruiert er im zweiten Teil weitgehend zustimmend die Foucault'sche Arbeit an Macht, Freiheit und Subjekt, um deutlich zu machen, wie Foucault nun Macht und Freiheit als notwendig einander bedingend und über das – unterworfenen und doch handlungsmächtigen – Subjekt vermittelt denkt. Wenn Hürlimann indes schreibt, dass die Möglichkeit der Revolte im Moment revoltierender Freiheit gründe (S. 234), dann äußert er damit eine ähnlich „harmlose Aussage“, wie Nancy Fraser wenige Seiten zuvor gegenüber Foucault zitiert worden war. Dort wies Hürlimann Frasers

Kritik an Foucault mit dem Hinweis zurück, Foucault habe sich für „spezifische Praktiken in konkreten historischen Konstellationen“ (S. 222) interessiert – doch er selbst will eine „transhistorische Logik“ identifizieren, was seine Hinwendung zu John Searle rechtfertigt.

Nach der Rekonstruktion der Foucault'schen Machtanalytik ab 1978 wendet der Autor sich daher im dritten Teil dem erneuten Denken des Kampfes im Sinne der Revolte zu. Hier bezieht er sich auf Searles Begriffsapparat der „institutionellen Tatsachen“ und ihrer sprachlich-performativen Herstellung um „eine konstruktive Perspektive für das Projekt einer Kampfanalytik zu eröffnen, die die konstitutiven Regeln zum zentralen Angriffspunkt wirklichkeitsunterminierender Handlungsformen erhebt“ (S. 256).

Dieser Dialog mit Searle stellt einen spannenden Teil des Buches dar. Es stellt sich höchstens die Frage, ob die Bezugnahme auf Searle nicht noch breiter hätte angelegt werden können, um auch den stark rekonstruktiven ersten beiden Teilen des Buches einen kritischen Gegenpol zu geben, mit dem der Autor Foucaults Analytik hätte quer durchleuchten können.

Die Revolte erscheint nun als Widerstand gegen konstitutive Regeln einer Institution. Das heißt nicht jeder Widerstand ist eine Revolte, was Hürlimanns Anspruch entspricht, die Foucault'sche Ubiquität von Machtbeziehungen nicht in eine Ubiquität von Kampfbeziehungen zu überführen. Dieses revoltierende Handeln zeigt sich in Praktiken von Individuen, die Träger und Mit-Konstituierende jener Regeln sind, gegen die sie revoltierenden – nur so erscheint in der entwickelten Logik die Revolte denkbar. (Hier wären spannende Anschlüsse an die neuere Diskussion um kritische Systemtheorie denkbar). Revoltierendes Handeln ist eine Kunst der Selbstermächtigung (S. 346).

Der Gewinn indes, individuelles Handeln, das sich gegen konstitutive Regeln einer Institution richtet, als Revolte zu identifizieren, bleibt auch nach Lektüre des Buches nicht ganz klar. Foucault hatte selbst das Moment der Kritik als den Wunsch, „nicht dermaßen regiert werden zu wollen“ bezeichnet – ist dies nun eine Revolte? Wieso kommen im Rahmen einer an Foucault anschließenden, ihn aber auch kritisierenden Arbeit keine kollektiven Handlungsformen systematisch zur Sprache (dann über Foucault und Searle hinaus), die der Begriff der „Revolte“ doch historisch und in der alltagssprachlichen Bedeutung zu meist impliziert? Und inwiefern benötigt es dann

die begriffliche Verschiebung von Widerstand und Kritik hin zur Revolte?

Doch dass das Buch zu diesen interessiert kritischen Fragen anregt, zeigt, dass Hürlimanns Buch insgesamt eine lohnenswerte Lektüre bietet, deren Diskussion mit Sicherheit spannende Fragen an die Foucault-Forschung und mehr noch an die Weiterentwicklung des Denkens über Revolte und Widerstand zur Folge haben kann.

Freiburg i. Br.

Friedrich J. Arndt

### Sammelsurium gegen die Aufklärung

*Schlegel, Johann Ulrich: Der Terror und die Freiheit. Reaktion, Philosophie und die zurückgekehrte Religion, 182 S., Nomos, Baden-Baden 2016.*

Laut Klappentext handelt es sich bei Johann Ulrich Schlegel um einen Juristen und ehemaligen Philosophieprofessor an einem Schweizer Gymnasium. Im Nomos-Verlag hat er nun ein Buch zum Thema Religion, Freiheit und Terror veröffentlicht. Ein wissenschaftliches Buch ist es nicht: Eher handelt es sich um eine Sammlung von Essays, persönlichen Erinnerungen und biographischen Splittern, die lose durch gemeinsame Oberthemen verbunden sind. Dieser rote Faden scheint das Verhältnis von Freiheit und Metaphysik zu sein. Der erste Teil des Buches bietet eine Reihe biographischer Porträts verschiedener Philosophen der Neuzeit. Im zweiten Teil werden Gedankensplitter zu Religion, Theologie und religiösen Persönlichkeiten vorgetragen. So findet sich hier etwa eine zwanzigseitige Schilderung vom Besuch des Autors im Vatikan im Sommer 1980. Diese eklektische Zusammenstellung wäre an sich nicht schlimm. Viele renommierte Autoren haben es sich auf ihre alten Tage erlaubt, mit Textformen jenseits der konventionellen Abhandlung zu experimentieren. Auch hebt die Prosa Schlegels sich angenehm vom üblichen Fachjargon ab. Doch auch Belege für Zitate oder ein Literaturverzeichnis sucht der Leser vergebens. Hier beginnt man sich zu wundern. Und je weiter man im Buch fortschreitet, desto offensichtlicher wird, dass der Eigenwilligkeit der äußeren Form auch eine inhaltliche Beliebigkeit entspricht.

Dabei ist Beliebigkeit zunächst das, wogegen Schlegel sich wendet. Kernthese seines Buches ist: Der Westen habe es mit Aufklärung

und Religionskritik übertrieben, nun versinke er in Nihilismus und Beliebigkeit und könne dem Erstarken des Islams nichts mehr entgegensetzen. Diese These wird bei Schlegel mit deutlich konservativer Stoßrichtung vorgetragen. Als Gewährsmänner dienen Peter Sloterdijk, der Papst und der Verfasser von „The Clash of Civilizations“, Samuel Huntington. Wenn von „neutralistischer Korrektheit“ oder einer „pazifistischen Gutweltbetrachtung“ die Rede ist, wundert man sich eigentlich, dass Carl Schmitts alte Kritik am liberalen Zeitalter der Neutralisierungen nicht auch auftaucht. Diese Referenzen werden allerdings eher beschwört, dem Leser zugerannt, statt argumentativ verarbeitet. Die säkulare und linke Selbstkritik der Aufklärung, für die Namen wie Sigmund Freud, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer oder Jürgen Habermas stehen, kommt ihrerseits mit keinem Wort vor. Stattdessen werden schlecht hegelianische Großdeutungen aufgetischt: Die Menschen im Westen hätten sich selbst in „geradezu frevelhaftem Ausmaß“ überschätzt, während der „Weltgeist“ nun im Islam wohne, um von dort „ins geistliche [sic] Vakuum“ des Westens zurückzustoßen (S. 115 und 126).

Suggestive Formulierungen kaschieren dabei den Mangel an argumentativer Präzision und Substanz. Im Vorbeigehen werden Zeugnisse verteilt und herablassende Urteile gefällt. Die feministische Gruppe „Pussy Riot“ und ihre Unterstützerinnen aus den Reihen des westlichen Linksliberalismus werden belehrt, dass die Kanzel einer Moskauer Kathedrale ein heiliger Ort sei und daher zurecht ins Arbeitslager verbracht werde, wer sie entweihe. Statt den vermeintlichen Menschenrechten eines „entgöttlichten Mainstream[s]“, die in Schlegels Augen in Wahrheit „kaum etwas mit Recht zu tun“ haben, möchte er nämlich lieber die „Menschenrechte des religiösen Menschen“ schützen (S. 107). Welche Rechte das sein sollen und wie sie sich zu den Rechten der Ungläubigen verhalten: Wir erfahren es nicht. Schwer erträglich wird diese Überheblichkeit, wenn noch das islamistische Massaker an der Redaktion von Charlie Hebdo in Paris als eine in der Sache verständliche Reaktion auf den westlichen „Exzess“ des „totalen Freisinn und totalen Nihilismus“ exkulpiert wird (S. 109). Im Kern geht es Schlegel aber gar nicht um den Islam. Eine ernsthafte theologische, historische oder sozialpsychologische Beschäftigung mit dem islamischen Fundamentalismus findet sich denn auch an keiner Stelle. Gäbe

es ein Literaturverzeichnis, würde man Autoren wie Gilles Kepel oder Olivier Roy, die sich seit Jahrzehnten mit der Transformation des Islams beschäftigen und sich in Frankreich derzeit eine hitzige Forschungskontroverse über die Einordnung des religiösen Terrorismus liefern, vergeblich suchen. Letztlich interessiert das komplexe Phänomen des Islams in der Moderne den Autor nicht besonders. Es bleibt bloße Projektionsfläche für die eigene Gegenwarts kritik: Schlegel bewundert ‚den‘ Islam für seine Vitalität und innere Kraft, noch lieber wäre ihm aber eine neue „kulturelle, geistige Wehrhaftigkeit“ (S. 176) des christlichen Abendlandes.

Auch über Terrorismus und Gewalt erfahren wir nur wenig. Zwar trägt das Buch den ‚Terror‘ im Titel. Doch dessen Interpretation erschöpft sich in kurzen Hinweisen auf Jean Baudrillards poststrukturalistisch überspannte These vom Terror als einem ‚reinen Ereignis‘, das die Selbstzerstörung ‚des Systems‘ in Gang setze. So ist auch die terroristische Gewaltdynamik für Schlegel nur ein Anlass, vom selbstverschuldeten Niedergang des Säkularismus zu raunen, aber nichts, das eine ernsthafte, eigenständige Analyse verlangen würde.

Seien wir fair: Kann man, abseits gängiger wissenschaftlicher Maßstäbe wie dem, den Forschungsstand zu seinem Thema zu kennen, diesem Buch nicht doch etwas Positives abgewinnen? Etwa, wenn man es als zugespitzte, essayistische Intervention gegen eine instrumentell verflachte Aufklärung gelten lässt? Vielleicht wird der eine oder andere Leser das so sehen können. Der Rezensent vermag es nicht. Eine gute, geistreiche Polemik ist oft anregend. Aber dieses Sammelsurium bietet leider über weite Strecken nur schlechte.

Trier

Michel Dormal

### **Aspekte postdemokratischer Begründungen**

*Unterthurner, Gerhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen, 210 S., Nomos, Baden-Baden 2016.*

Die in diesem Sammelband vereinigten Beiträge thematisieren die postdemokratische Debatte, die sich im Anschluss an die Beiträge von Colin Crouch entsponnen hat. Neben dem thematisch

einführenden Vorwort der Herausgeber Gerhard Unterthurner und Andreas Hetzel fokussieren weitere acht Kapitel das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Marc Rölli thematisiert die Kritik an der Demokratie im Rückgriff auf die Mikropolitik von Gilles Deleuze. Lea Klasen und Liza Mattutat nähern sich dem Thema Postdemokratie durch eine tief-schürfende Analyse der Schriften von Jacques Rancière an, wohingegen Oliver Marchart die „leere Nacht des Sozialismus“ mit postdemokratischen Debatten verbindet. Andreas Oberprantacher skizziert Formen des Aufbegehrens unter postdemokratischen Zuständen, Alice Pechriggl skizziert die Notwendigkeiten revolutionärer Umbrüche oder – wie sie präferiert – schrittweiser Reformen zur Stärkung des Volkes gegenüber oligarchischen Eliten. Hakan Gürses dekliniert die Aufgaben und Möglichkeiten einer politischen Bildung unter postdemokratischen Vorzeichen durch. Cornelia Bruell argumentiert aus einer psychoanalytischen Perspektive im Rückgriff auf Jacques Lacan sowie Ernesto Laclau und plädiert für eine verstärkte Berücksichtigung emotionaler Kategorien in der postdemokratischen Debatte; konkret plädiert sie für die Notwendigkeit von Freundschaft jenseits marktgetriebener Imperative. Im Rückgriff auf Jeremy Bentham sowie Jean-Jacques Rousseau thematisiert Felix Trautmann die scheinbare Transparenz der Postdemokratie und deren symbolhafte Verankerung. Andreas Hetzel legt schließlich erneut die Rolle der Leidenschaften in der Postdemokratie dar. Sein ideengeschichtlich breit angelegter Beitrag mündet mit Spinoza in die den gesamten Sammelband abschließenden These, dass eine „Politik gänzlich ohne Leidenschaften [...] undenkbar [wäre], eine Demokratie ohne Leidenschaften [...] eine Postdemokratie [wäre]“ (S. 207).

Die Auflistung der Beiträge verdeutlicht, dass die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes zwar scheinbar auf die postdemokratische These von Colin Crouch hin ausgerichtet sind, gleichwohl argumentieren sie aus einer „postfundamentalistischen“ Position heraus. So umschreibt zumindest Oliver Marchart die philosophische Position des ontologischen Zweifels an belastbaren Gründen einer normativ verpflichtenden Theorie der Demokratie. Mit diesem Ansatz rücken die Autorinnen und Autoren weit ab von der postdemokratischen These Crouchs, der aufbauend auf empirischen Betrachtungen demokratietheoretische Reflexionen anstellte, ohne sich weitergehende ontologische Fragen zu stellen.

Insofern überrascht es wenig, dass ein fruchtbarer Diskurs zwischen Crouch und den Autorinnen und Autoren des Sammelbandes kaum gelingen mag.

Es ist bezeichnend, dass ein eigentliches Fazit dieses Sammelbandes fehlt; auch das Vorwort von Hetzel und Unterthurner, das die postdemokratische Debatte ausbreitet und in dem die weite Fragestellung des Sammelbandes präsentiert wird, lässt die Konklusionen der Beiträge in einer eigentümlichen Schwebelage. Wenn es tatsächlich Ziel des Sammelbandes – in den Worten von Hetzel und Unterthurner – wäre, „die von Crouch angestoßene politikwissenschaftliche und politische Debatte mit radikaldemokratischen Positionen [...] ins Gespräch zu bringen, um so Stärken und Schwächen der Diagnose Crouchs in den Blick zu bekommen und zu diskutieren“ (S. 15), dann leidet die Konzeption des Sammelbandes an einer nicht stringenten Hinführung aller Beiträge auf die zentralen Thesen von Colin Crouch und einer fehlenden expliziten Thematisierung der jeweils höchst unterschiedlichen theoretischen beziehungsweise philosophischen Verankerungen. Aus dieser Perspektive enttäuscht der vorliegende Sammelband.

Gleichwohl bieten die unterschiedlichen Beiträge interessante Einblicke in die Begründungsmuster einer postfundamentalistisch radikalen Kritik der Demokratie, die auf die Begriffe Emanzipation, Aktion und Emotion zu bringen wären. Durch alle Beiträge zieht sich ein roter Faden, der die – in der Tradition der Psychoanalyse verhafteten – Blicke auf den Demos der Demokratie richtet. Das Volk sei kaum mehr als homogen zu bezeichnen, der (Neo-)Liberalismus habe das Gemeinschaftliche ausgezehrt, der „Anteil der Anteilslosen“ (Rancière) sei ein Faktum der Gesellschafts- und Demokratietheorie. Wer sich solchen theoretischen Debatten zuwenden möchte, dem sei der vorliegende Sammelband aufgrund seiner facettenreichen Perspektiven sowie seiner anregenden theoretischen Konklusionen ans Herz gelegt.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes argumentieren, dass die zeitgenössische Auszehrung etablierter Demokratien dazu neige, „das Politische“ zu verleugnen. Aber es ist schade, dass sich keiner der Beiträge kritisch damit auseinandersetzt, ob eine solche ontologisch versierte Herangehensweise mit guten Gründen in eine Begründung des Aufbegehrens münden müsse. Kurz: Gegenteilige Positionen und Argumente werden kaum erörtert.

Vor diesem Hintergrund ist der Beitrag von Cornelia Bruell illustrierend. Die Autorin plädiert für eine Politik der Freundschaft. Darunter versteht sie eine Politik, in der die Freundschaft „die einzige Sicherheit“ in kontingenten Diskursen sei (S. 152) und sich dadurch ein Raum eröffne, in dem „jene zum Sprechen gebracht werden können, die bisher stumm bleiben mussten“ (ebd.). Es müsste zur Konkretisierung dieser These kritisch geprüft werden, ob beziehungsweise unter welchen hinlänglich realistischen Bedingungen eine Universalisierung der Freundschaft ermöglicht werden könnte. Cornelia Bruell führt selber aus, dass Freundschaft „in Zahl und Umfang beschränkt“ sei, ihr „Wesen allerdings bleibt quasi-universell“ (S. 149). An dieser Stelle wären weitere Konkretisierungen notwendig, um dem Leser zu verdeutlichen, wie Freundschaft über territoriale, ethische, kulturelle oder sonstige Grenzen zu universalisieren sei. Wer heute die Politik in Europa betrachtet, sehnt sich nach solchen Konkretisierungen, zeugt doch die reale Welt von eher unfreundschaftlichen Zuspitzungen demokratischer Politik.

Konstanz

Sven Jochem

### Die Linke in der Kontingenzfalle

*Süß, Rahel Sophia*: Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, 183 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2015.

Die Linke ist gegenwärtig in keiner komfortablen Lage. Hat sich die Sozialdemokratie in den 1990er Jahren im Zeichen der „Neuen Mitte“ von ihrem Markenkern abgewandt, so vermag heute kein linker Akteur angesichts des krachenden Scheiterns des Neoliberalismus das politische Geschehen erkennbar zu beeinflussen. Vielmehr triumphieren überall auf dem Kontinent die Rechtspopulisten. Ihre Antwort auf die Krise ist ein Zurück, mindestens hinter die Veränderungen der westlichen Gesellschaften seit 1968.

Vor diesem Hintergrund ist Rahel Sophia Süß' Frage nach den Bedingungen von Emanzipation von bedrückender Aktualität. Sie untersucht die Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit, die „auf einen tiefgreifenden und dauerhaften Wandel bestehender Ordnungssysteme“ (S. 16) gerichtet ist. Dies beinhaltet unweigerlich die Analyse des Scheiterns: Warum schöpfen kritische

Akteur\_innen ihre emanzipatorischen Potenziale nicht immer aus? Woran liegt es, dass sie immer wieder sogar Machtverhältnisse reproduzieren?

Süß behandelt diese Fragen, indem sie ausgewählte Theoretiker vergleichend diskutiert. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sind dabei heute sicherlich die naheliegenden Referenzen. Mit Antonio Gramsci wurde zudem jener Theoretiker behandelt, der wesentliche Inspiration für Laclau und Mouffe war. Weniger präsent dürfte vielen Leser\_innen hingegen die Kritische Psychologie Klaus Holzkamps sein. Gerade deshalb profitiert die Diskussion von Süß vom Rekurs auf diesen Autor.

Die Diskussion ist nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit einer überkommenen linken Tradition: Es gibt, so Süß, keine Gewissheit über die und nicht den einen gradlinigen Weg zu der emanzipierten Gesellschaft. Emanzipation ist nicht das Ergebnis einer letzten großen Revolution. Auch bringt die Geschichte nicht unweigerlich das eine (ökonomisch bestimmte) Kollektivsubjekt hervor, das die Menschheit zu ihrer Bestimmung führt. Keine Großtheorie und keine Avantgarde mehr. Emanzipation muss sich stattdessen an vielen Orten, im Alltag, in konkreten Projekten verwirklichen und verstetigen. Sie ist ein Experiment: Sie ist nie abgeschlossen und es gibt keine Garantie gegen einen Backlash. Es müssen Allianzen mit fluiden Identitäten zwischen verschiedenen Partikularinteressen geschmiedet werden, um Angst und Resignation zu überwinden und um einem Rückfall entgegenzuwirken. Schließlich müssen die kritischen Akteur\_innen ihre eigene Praxis permanent selbst hinterfragen: Unreflektierte Selbstgewissheit begünstigt neue Ausschlüsse, Emanzipation verkommt dann zu neuer Repression.

Diese Einschätzung spiegelt in etwa auch das Selbstverständnis kritischer Akteur\_innen im Stile von *occupy* wider. Es liegt in erster Linie an der Wahl der theoretischen Prämissen, dass die Diskussion kaum darüber hinausweist. Süß' Ausführungen bewegen sich im Fahrwasser eines emphatischen Begriffs der Politischen, wie ihn im deutschsprachigen Raum vor allem Oliver Marchart populär gemacht hat. Das Politische soll hier etwas Fundamentaleres bezeichnen als die institutionalisierte Politik und die etablierten Akteur\_innen. Egal wie unverrückbar ein Status quo auch erscheinen mag, jede Ordnung ist demnach nur das kontingente Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie und deshalb auch anders möglich. Soweit so gut.

Aber: Woran erkennt man, dass eine bestehende Hegemonie effektiv herausgefordert wird und wir es nicht lediglich mit Spielzügen zu tun haben, die im Rahmen dieser Hegemonie zwar möglich sind, nur bislang nicht unternommen wurden? Auch bei Süß ist viel von Brüchen und Diskontinuitäten die Rede, ohne dass Kriterien für diese grundlegende Unterscheidung erarbeitet würden.

Unabhängig davon, wie sehr Heterogene, Differenzen und Dynamisierungen betont werden, letztlich kreist der emphatische Begriff des Politischen um den Gegensatz von „System“ und kritischen Akteur\_innen („das Volk“). Fraglich ist, ob man mit dieser Schablone die Dynamiken in pluralistischen Demokratien auch nur annähernd erfassen kann. Aber genau diese Orientierung an tatsächlichen konkreten Gegebenheiten fordert Süß zugleich und vollkommen zu Recht ein.

Schließlich demonstriert Süß eindringlich, welche Probleme sich (akademische) Linke hinsichtlich ihrer Handlungsfähigkeit einhandeln, wenn sie Kontingenz zum Bedeutungskern von Emanzipation erheben. Einerseits formuliert Süß einigermassen klar, wie eine andere Gesellschaft nicht aussehen sollte (Kapitalismus, Heteronormativität, Grenzen, Rassismus, Antisemitismus, S. 68). Andererseits zieht nicht nur Süß aus der Geschichte der Linken den – vermutlich richtigen – Schluss, dass mit der Gewissheit, die gesellschaftliche Avantgarde zu bilden, gebrochen werden muss, um die Emanzipation nicht zu verraten: „Ein Nein – viele Ja's“ nannten dies die Zapatistas seinerzeit. Wie aber kann verhindert werden, dass die beständige Selbsthinterfragung – wie etwa bei *occupy* – zu einem Hindernis für kollektive Handlungsfähigkeit wird? Und wie kann man, wenn man jede Gewissheit verabschieden will, und ohne „Festschreibungen vorzunehmen“ (S. 26) für breite Bevölkerungsteile attraktive „Transformationsprojekte“ (S. 155) formulieren?

Laclaus und Mouffes Hegemonietheorie, der auch Süß folgt, liegt offenkundig das Ansinnen zugrunde, ein schlagkräftiges linkes Projekt in einer Zeit zu unterfüttern, die durch einen entpolitisierenden Neoliberalismus geprägt erschien. Sind es gegenwärtig nicht die Rechten, die sehr eindrucksvoll demonstrieren, wie man Äquivalenzketten gegen das „System“ schmiedet und erfolgreich Massen für das eigene Projekt mobilisiert? Und zwar gänzlich ohne eine „kontinuierliche Arbeit an Begriffen“ (S. 170), von der fortlaufenden Hinterfragung des eigenen Tuns ganz zu schweigen. Diese aktuelle Konjunktur,

die das Projekt der Emanzipation nicht minder herausfordert als der Neoliberalismus, findet in dem Buch von Süß leider keine Erwähnung.

Rostock

Jan Rohgalf

### Konvergenz oder Pluralität?

*Fillieule, Olivier/Accornero, Guya (Hrsg.): Social Movement Studies in Europe. The State of the Art, 526 S., Berghahn, Oxford/New York 2016.*

Der Band „Social Movement Studies in Europe. The State of the Art“ setzt sich ein ambitioniertes Ziel: Die Autorinnen und Autoren wollen nicht ein weiteres Einführungsbuch vorlegen, sondern ein differenziertes und umfassendes Bild der sozialen Bewegungsforschung, ihrer theoretischen Perspektiven und empirischen Forschungsagenda entwerfen. Die Herausgeber Olivier Fillieule und Guya Accornero wählen als heuristisches Mittel den Vergleich europäischer und amerikanischer Forschungstraditionen beziehungsweise -paradigmen, um die Entwicklung der Bewegungsforschung einordnen und bewerten zu können. Zwar wird das Fazit bereits im Vorwort vorweggenommen: Die Kategorisierung der Bewegungsforschung in eine europäische und eine amerikanische Schule ist zu unterkomplex, dennoch erweist sich diese vergleichende Perspektive als durchaus gewinnbringend in doppelter Hinsicht. Zum einen orientieren sich die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes an der Leitperspektive des Buches und bieten somit eine differenzierte und vergleichende Perspektive auf Ansätze, Perspektiven und Desiderata der Forschung. Zum anderen leistet der Band einen Beitrag zur *intellectual history* und zeigt wie Konzepte über Grenzen hinweg wandern – mit positiven und negativen Konsequenzen.

Der Band versammelt im ersten Teil Aufsätze, die sich aus vergleichender Perspektive mit europäischen Sozialen Bewegung befassen. Diese transnationale Sicht wird durch nationale Fallstudien ergänzt, wobei die häufig anzutreffende Verengung auf westeuropäische Länder vermieden und ein genuin europäischer Blick (unter Einbezug Süd- und Osteuropas sowie der Türkei) entfaltet wird. Die Beiträge zeigen einerseits die Lebendigkeit der vielfältigen europäischen intellektuellen Traditionen – nationale

und lokale Entwicklungen und theoretische Perspektiven haben nach wie vor Einfluss auf die soziale Bewegungsforschung. Dies gilt zwar für verschiedene Länder in unterschiedlichem Maße, aber gerade in Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Irland zeigen lokale Forschungsansätze (in Anlehnung an marxistische Traditionen oder die kritische Soziologie Bourdieus) weiterhin ihr innovatives Potenzial. Zugleich jedoch ist, wie Dieter Rucht in seinem Fazit konzise zeigt, eine doppelte Verengung des Feldes zu konstatieren. Die wachsende Internationalisierung und Institutionalisierung der Forschung trug zwar zur transatlantischen Kooperation und damit auch zum Wandern von Konzepten bei, dies führte jedoch vor allem in den 1990er Jahren zur Dominanz amerikanischer Paradigmen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Ansätze der Ressourcenmobilisierung, der Politischen Gelegenheitsstrukturen und des *framing* strukturieren bis heute als dominante Ansätze das Feld der Bewegungsforschung und besitzen wenig Innovationspotenzial. Zudem ist die Bewegungsforschung in der Wahl ihres empirischen Gegenstandes auf postmaterialistische und gut institutionalisierte vor allem urbane Bewegungen verengt und verliert damit wichtige Entwicklungen aus dem Blick.

Auch wenn dieses mitunter harsche Fazit von Rucht etwas überzogen ist, wie die Beiträge des Bandes eindrucksvoll bezeugen, so teilen doch viele Autorinnen und Autoren die Kritik an der theoretischen und empirischen Verengung des Forschungsfeldes. In der Gesamtschau der Artikel zeigen sich drei zentrale Perspektiven für die künftige Entwicklung der sozialen Bewegungsforschung. Erstens gewinnen materialistische Bewegungen an Bedeutung in Europa. Lange Zeit galt die Aufmerksamkeit der Forschung vor allem postmaterialistischen Bewegungen, während beispielsweise die Arbeiterbewegung aus dem Blickfeld verschwunden ist. Verschiedene Aufsätze des Bandes zeigen, dass die Dichotomisierung von materialistischen und postmaterialistischen Bewegungen historisch irreführend ist (Erik Neveu am Beispiel der 68er Bewegung) und vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrisen Bewegungen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten (Marco Giugni und Jasmine Lorenzini, Karel Yon) oder Proteste gegen die Austeritätspolitik (Isabelle Sommier, Héloïse Nez) neue Zentralität gewinnen. Zweitens hat die Dominanz von rationalistischen Ansätzen der Mobilisierungsforschung dazu geführt, dass Bewegungen nur unzureichend in den historischen

Kontext und das politische Feld eingebettet wurden. Nicht mehr das Warum, sondern das Wie der Mobilisierung vor allem von Bewegungsorganisationen stand im Fokus der Forschungsfragen. Demgegenüber fordern zahlreiche Beiträge des Bandes, soziale Bewegungen wieder auf soziale Transformationsprozesse zu beziehen (etwa Nez, Sebastian Haunss) und damit die, wenn man so will, europäische Tradition der Bewegungsforschung wieder zu stärken. Der Beitrag von Manuela Caiani und Rossella Borri zu rechtsextremen Bewegungen zeigt exemplarisch, wie die verschiedenen Ansätze der Bewegungsforschung auf Mikro-, Makro- und Meso-Ebene nebeneinander stehen, ohne in ein *multi-level framework* integriert zu sein. Dies bleibt eine Herausforderung für künftige Entwicklungen. Drittens zeigen die Beiträge, dass die Bewegungsforschung in andere politikwissenschaftliche Felder eingebettet werden kann und in einen Dialog mit dortigen Ansätzen, Theorien und Methoden treten sollte. Die soziale Bewegungsforschung kann etwa einen Beitrag zur Transitions-, Rechtsextremismus-, Europäisierungs- oder zur politischen Kulturforschung leisten und umgekehrt von Forschungen in diesen Bereichen profitieren.

Der vorliegende Band ist nicht als Einführung konzipiert, da Kenntnisse der grundlegenden Paradigmen der Bewegungsforschung vorausgesetzt werden. Stattdessen zeigen die Beiträge, die durchgängig von hoher Qualität sind, eindrucksvoll gegenwärtige Debatten und theoretische Perspektiven innerhalb der Bewegungsforschung auf und bieten damit einen Blick auf den Stand der Forschung und bestehende Desiderata. Ein Ausblick und die Entwicklung von Forschungsperspektiven hätten den Band abgerundet.

Kaiserslautern

Steffen Hagemann

### **Anregung zum „Theoretisieren“**

Baecker, Dirk: Wozu Theorie? Aufsätze, 292 S., Suhrkamp, Berlin 2016.

Das Buch „Wozu Theorie?“ besteht aus elf Aufsätzen, die Dirk Baecker im Zeitraum 2010 bis 2015 veröffentlicht hat, und einem unveröffentlichten Manuskript. Wie dies bei Aufsatzsammlungen häufig der Fall ist, kommt es auch hier immer wieder zu Wiederholungen, doch stellen sie weniger ein Ärgernis dar, als vielmehr eine



Gelegenheit, komplexe Sachverhalte, wie zum Beispiel solche mit Bezug auf den Kalkül von George Spencer-Brown, sich erneut zu vergegenwärtigen. Die Aufsätze umfassen eine sehr große, auf dem ersten Blick verwirrende thematische Bandbreite. Unter anderem geht es um „Zählen, Ordnen, Tauschen“, „Negativsprachen aus soziologischer Sicht“, „Ein neues Zeichen“ oder „Wer hat Angst vor Hegel?“. Diese Aufsatzsammlung zu rezensieren, ist schon deshalb keine leichte Aufgabe, weil die diskutierten Themen sehr komplex sind und die Ausführungen sich auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau bewegen. Alle Aufsätze bauen auf einem systemtheoretischen Gedankengut auf, das sich aus einer Vielzahl von Quellen speist. Die folgenden Ausführungen müssen sich auf einige Anmerkungen zum Titel des Bandes, „Wozu Theorie?“, beschränken.

Eine erste Antwort auf diese Frage findet man auf dem Klappentext des Buches. Dort heißt es: „Es kann sich lohnen einer Theorie [hier ist wohl die soziologische Systemtheorie gemeint, EC] nachzugehen, weil man nur so der Möglichkeit einer anderen Theorie [welcher bleibt unbestimmt, EC] auf die Spur kommt“. Das klingt gut, aber ist eine solche Annahme auch realistisch? Einige Skepsis ist zumindest angebracht, weil sich aus einer Theorie, wie insbesondere der soziologischen Systemtheorie, nur schwerlich ausbrechen lässt. In dem die Systemtheorie auf andere Theorien eingeht, bezieht sie sich bekanntlich immer auf sich selbst. Andere Theorien (Baecker geht u. a. auf Handlungstheorie, Netzwerktheorie, Kommunikationstheorie und Informationstheorie ein) können sie nur „irritieren“, nicht aber grundlegend verändern, langfristig angelegtes „Driften“ mit eingerechnet. Man könnte auch sagen, die soziologische Systemtheorie instrumentalisiert andere Theorien für ihre Zwecke. Für Baecker ist die Systemtheorie ohnehin „strukturmächtiger“ (S. 9) als alle anderen Theorien. Schon deshalb kann sich die soziologische Systemtheorie nur im Selbstbezug verändern, was Baecker nachdrücklich verdeutlicht. Dabei ist er ein im besten Sinne sich in seiner Systemtheorie selbst einschließender Beobachter, der, wenn er denn einmal aus der Theorie auszubrechen versucht, sich nur noch weiter gedanklich in der Theorie verstrickt, was diese immer komplexer werden lässt.

In „Wozu Theorie?“ geht es um Theoriearbeit im Kontext einer Theorie der Theorie (S. 176, Anm. 68); wobei die Aufgabe der Theorie darin besteht, „sich selbst nicht über den Weg zu trauen“ (S. 260). Ein solches Theorieverständnis

kann sich nicht an die Stoppregeln halten, welche eine unübersichtliche gesellschaftliche Praxis setzt. Es hilft deshalb auch nicht viel weiter, wenn Baecker behauptet, dass die Texte der Systemtheorie nicht nur Beiträge zur empirischen Forschung (S. 160), sondern selbst ein empirisches Phänomen seien (S. 190–193), wobei die zuerst genannte Behauptung von vielen Soziologen vehement in Abrede gestellt wird. Dennoch stimmt der Rezensent Baeckers Auffassung weitgehend zu, weil die Systemtheorie so angelegt ist, dass sie über die Realität im Sinne von oberflächlichen Objektaussagen hinausweist (S. 171) und erst dadurch diese als kontingent erscheinen lassen kann. In gewisser Weise geht hier also die Theorie der Praxis voraus und setzt die Standards, gemäß derer man die Praxis zu untersuchen hat.

Mehr noch! Die Praxis droht von der Theorie aufgesaugt zu werden und dabei ihre eigenständige Bedeutung zu verlieren, was wiederum ganz im Sinne des auch von Baecker vertretenen Konstruktivismus ist (S. 185f.). Es ist ja durchaus zutreffend, dass sich die Systemtheorie nicht von dem abhängig machen darf, was gerade als Praxis oder Empirie erfassbar und möglich ist. Aber durch eine zu starke Hypostasierung der Theorie entsteht entweder die Gefahr des Theoretisierens um des Theoretisierens willen oder dass das Theoretisieren ins „Philosophieren“ abgeleitet und die Praxis, wenn überhaupt, nur noch als selbst konstruiertes Objekt für selbst formulierte Ideen fungiert (S. 269ff.). Insofern meint Baecker auch, dass es keine sozialen, sondern nur soziologische Systeme gäbe (S. 200f.) und weist „jede ontologische Annahme, dass es Systeme, selbstreferentielle Systeme und selbstreferentielle soziale Systeme gibt“ (S. 204), zurück. Was aber dann? Baecker verweist hier auf die „Selbstreferenz des Beobachters, in unserem Fall des Soziologen“ (ebd.). Es ist ihm dies die unausweichliche Konsequenz, dass Anfang und Ende einer Theorie nicht nur willkürlich sind, sondern aufgrund der Komplexität auch gar nicht überschaubar werden können (S. 118ff.). Man könnte angesichts solcher Aussagen gelegentlich auf den Gedanken kommen, dass man es hier entweder mit einer soziologisch bestimmten Philosophie oder mit einer philosophisch untermauerten Soziologie zu tun hat. Wie auch immer, in beiden Varianten wird deutlich, dass die üblichen Methoden der empirischen Sozialforschung an ihre Grenzen stoßen (siehe auch S. 227), worin übrigens ein Grund dafür liegen könnte, warum die Systemtheorie insbesondere von vielen „empirisch“ arbeitenden

Soziologen abgelehnt wird. Eine etwas anders akzentuierte Position zu dem hier entwickelten Theorienverständnis findet sich bei Karl Popper, die wie auch bei Baecker (S. 10) funktional bestimmt ist, aber doch mehr pragmatisch orientiert ist. In seiner „Logik der Forschung“ versteht Popper unter Theorien allgemeine Sätze, die dazu dienen, „die Welt‘ einzufangen, – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen“. Theorien haben bei Popper also eine dienende, keinesfalls aber eine die Realität transzendierende Funktion. Poppers objektivistischem Wissenschafts- und Theorienverständnis dürfte Baecker skeptisch gegenüberstehen, weil es dazu verführt, zu schnell zu Ergebnissen zu gelangen, statt alles offen zu halten, um so der Kontingenz des Sozialen besser gerecht zu werden.

Wenn aber alles offen gehalten werden soll, wenn der Kontingenz von allem Sozialen genüge getan werden muss, wenn jede Theorie ihren eigenen Erklärungen misstrauen soll (S. 7), kann es dann für Theorien und wissenschaftliche Erkenntnisse überhaupt noch einen wenigstens vorübergehenden Grundkonsens geben? Oder müssen wir uns mit immerwährenden Oszillationen und Relationen zwischen dem Beobachtungsgegenstand, dem Beobachter und der jeweiligen gesellschaftlichen Komplexität abfinden, die, in dem Moment wo sie erfasst werden, sich dem deutenden Zugriff schon wieder entziehen? Baecker begreift eine solche, von der Bestimmung des Unbestimmten ausgehende Sichtweise als einen Erkenntnisfortschritt und als Aufgabe einer „relationalen Soziologie“ (S. 13f.), die sich dem Problem „der Kopplung nichtlinearer Oszillationen“ (S. 42f.) zu stellen hat. Er schlägt deshalb auch vor, von der prinzipiellen Unlösbarkeit wissenschaftlicher Probleme auszugehen, wohl wissend, dass diese Form der Lösung ihrerseits unlösbar ist. Dementsprechend gilt sein Augenmerk „nicht der dogmatischen Sicherheit, sondern der kontrollierten Beweglichkeit“ (S. 8) sowie einer „Wende vom Unproblematischen ins Problematische“ (S. 19). Aufgabe der Wissenschaft ist es deshalb auch – und gleichermaßen der Theorie –, Eindeutigkeit in Vieldeutigkeit zu übersetzen (S. 29). Als Gegensatz zu der von Baecker proklamierten Offenheit könnte seine „Arbeit am Begriff“, wie dem Handlungs-, System-, Informations-, Selbstreferenz- oder Komplexitätsbegriff, gesehen werden, die seinen Ausführungen Bodenhaftung und Konturen verleiht. Doch unterliegt auch diese dem Grundsatz einer negativen Reflexität

(S. 80ff., 274, 282–286). Einen gewissen Halt in der Bestimmung des unbestimmt Bestimmten sieht Baecker in der soziologischen Theorie (S. 22, 24), doch auch sie ist nach seiner Auffassung mehr an Problemen als an ihrer Lösung interessiert (S. 27f.). So bleibt nur die Hoffnung, dass es Forschungsvorhaben „irgendwie“ gelingt, „an sich festzuhalten, obwohl gleichzeitig so viel anderes geschieht“ (S. 184).

Abschließend und zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die gesellschaftliche Realität nicht in toto erfasst werden kann, ihre zumindest partielle Analyse immer fehlerbehaftet ist, jede Erkenntnis immer nur vorläufig ist, und die Aufgabe von Theorie darin besteht, sich immer wieder selbst infrage zu stellen. Man könnte auch sagen, alles ist im Fluss und ungewiss. In diesem Sinne unterscheidet sich Baecker nicht grundsätzlich von den Auffassungen einer kanonisierten empirischen Sozialforschung unserer Tage. Seine Originalität besteht darin, dass er dies auf der Grundlage eines systemtheoretischen Wissenschaftsverständnisses tut, das einem nicht nur offeneren, sondern auch differenzierteren Verständnis von Empirie und empirischer Forschung folgt und das vor allem darum bemüht ist, den Beobachter als einen integralen Bestandteil des Forschungsprozesses zu verankern (pointiert S. 212f.). Nicht von ungefähr findet man in dem Sammelband einen Verweis auf die Quantenmechanik (S. 12), in deren Kontext die Abhängigkeit des Forschungsdesigns und der Forschungsergebnisse vom Beobachter nachgewiesen worden ist. Aber auch hierbei droht wiederum die Gefahr, die Baecker auch erkennt (etwa S. 233), dass sich die (soziologische) Forschung, sofern man sie einmal summarisch als „Beobachter“ bezeichnen darf, zu sehr mit sich selbst beschäftigt (S. 229ff.) und damit ihren Gegenstand, „die“ Gesellschaft, zwar nicht aus den Augen verliert, aber ihn nur noch auch der verengten Eigenperspektive zu analysieren vermag. Gesellschaftliche Komplexität und ihre Analyse könnte damit in eine zu große Abhängigkeit zur jeweiligen Eigenkomplexität der soziologischen Forschung geraten. Dass Baecker als Beobachter der Gesellschaft in der Gesellschaft etwas anderes sieht als Herr X oder Frau Y, müsste dann den jeweiligen individuellen Erkenntnisfähigkeiten zugeschrieben werden, gemäß dem Titel eines Aufsatzes von Niklas Luhmann: „Ich sehe was, was Du nicht siehst“. In einer solchen Situation liegt die logische Konsequenz in einer Aufwertung der Kognitionswissenschaft (S. 241).

Alles in allem unterliegen die Aufsätze einer höchst anspruchsvollen Argumentation, deren gedankliche Nachvollziehbarkeit aufgrund einer nicht selten allzu komprimierten und kurzgeschlossenen Argumentation den Rezensenten gelegentlich überfordert hat. Wer jedoch über gute systemtheoretische Kenntnisse verfügt und sich die Mühe macht, die von Baecker entwickelten Gedanken zu verstehen, wird intellektuell reichlich belohnt und zum weiteren „Theoretisieren“ angehalten werden, was natürlich ganz im Dirk Baeckers Sinne ist.

Koblenz

Edwin Czerwick

### Politische Theorie in Kinofilmen und Fernsehserien

*Hamenstädt, Ulrich (Hrsg.): Politische Theorie im Film, 313 S., Springer VS, Wiesbaden 2016.*

Einiges wurde zur Wirkung des Mediums Film für Gesellschaft und politische Kultur schon aus den Perspektiven der Teildisziplinen der Politikwissenschaft und der Soziologie – vorzugsweise der politischen Kulturforschung und der Komparatistik – geschrieben. Bezüge zwischen politischer Theorie und fiktionalem Film wurden dabei allerdings selten untersucht, obwohl gerade in der kulturbezogenen politischen Ideengeschichte und der Medientheorie einige Ansatzpunkte aufscheinen. Hier leistet der vorliegende Band mit seinen 13 Aufsätzen in drei Themenkomplexen einen originellen Beitrag.

In der Einleitung begründet der Herausgeber zunächst den Gegenstand des Sammelbandes, einerseits aus einer kulturtheoretischen Perspektive und andererseits aus der hochschuldidaktisch schwierigen Aufgabe der Vermittlung von politischer Theorien. Es erweist sich hierbei zwar als sehr verdienstvoll, an Spielfilme als Form der Politikvermittlung, Beitrag zum politischen Diskurs und Zugang zu politischen Utopien heranzutreten; es bleibt allerdings vage, welchen akademischen Nutzen denn die Anwendung von politischen Theorien auf Kinofilme und Fernsehserien haben soll.

Im ersten Teil des Bandes sind fünf Aufsätze zu Theorien der politischen Soziologie versammelt, womit der Band erfreulicherweise über die im Titel gezogene Grenze der „politischen

Theorie“ hinausgeht. André Beckershoff stellt anhand von „Der Pate“ Grundzüge Bourdieuscher Kategorien wie ‚symbolische Herrschaft‘, ‚Ritual‘ und ‚symbolische Macht‘ dar: Die Veränderung der Hauptfigur des Michael Corleone von einem unsicheren jungen Außenseiter zum neuen Mafiaboss lässt sich tatsächlich durch die Verinnerlichung der Strukturen der die Gesellschaftsordnung organisierenden Grunddispositionen erklären. Gleichmaßen wächst mit Veränderung von ‚Hexis‘ und ‚Habitus‘ dessen Anerkennung durch die Mafiafamilie. Auch der Aufsatz von Stephan Engelkamp vergleicht eine Theorie mit einer filmischen Darstellung, nämlich die „Batman“-Trilogie mit Giorgio Agambens ‚Theorie der Ausnahme‘. Der Verfasser erläutert sehr instruktiv die Grundzüge des theoretischen Konzepts und grundlegende Thesen von Agambens zum Ausnahmezustand und zeigt auf, wie Batman diesen Zustand nutzt, um eigenmächtig und gewaltsam seine umgebende Gesellschaft vor dem Untergang zu retten und die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen. Auch der Aufsatz von Kirsten Hoesch zum Film „Machete“ geht ähnlich vor: Zunächst zeichnet die Verfasserin kurz den US-amerikanischen Migrationsdiskurs nach, geht auf verschiedene Konzepte zu diesem Thema ein und stellt dem anschließend nachvollziehbar die Gemeinsamkeiten mit der Darstellung des Lebens mexikanischer Migrant\_innen im genannten Film gegenüber. Der Beitrag von Julia Lux behandelt die US-Fantasyserie „A Game of Thrones“, eine HBO-Serie, die zur Zeit vier Staffeln umfasst. Hier gelingt es der Verfasserin eindrucksvoll, thesengeleitet verschiedene Themen und Ansätze aus der feministischen Forschung auf diesen umfangreichen Materialkorpus und die Hauptfiguren anzuwenden. Demgegenüber beschäftigt sich Ivo Hernandez in seinem Aufsatz über den Film „Moneyball“ mit dem für die Sozialwissenschaften eher neuen und spannenden, aber noch recht wenig bearbeiteten Phänomen *big data*. Leider bleibt hier der Zusammenhang zwischen politischer Theorie, *big data* und dem Film ausgesprochen lose und wenig systematisch ausgearbeitet.

Der zweite Teil dieses Bandes ist speziell den Theorien der Internationalen Beziehungen gewidmet. In seinem Beitrag über 9/11 und die Darstellung der Ursachen von Terrorismus in „Family Guy“ vergleicht Jan Sändig Erkenntnisse der internationalen Terrorismusforschung mit Terrorismus-Narrativen in dieser beliebten US-Zeichentrickserie. Auf der Basis aller

231 Episoden und verschiedener Schlüsselfragen macht er sehr überzeugend und didaktisch sinnvoll deutlich, dass die Darstellung von Terrorismus hier zwar oft wirklichkeitsnah erscheint, in der Pauschalisierung der Terroristen als „Geistesranke“ jedoch ein großes Problem für den öffentlichen Diskurs über Terrorismus zu finden ist. Der Artikel von Stephan Stetter und Eva Herschinger über „James Bond“ und die internationale Politik nähert sich auf der Basis aller bisher erschienenen James-Bond-Filme der Frage, wie hier globale politische Ordnung und die weltpolitische Bedeutung Großbritanniens konstruiert werden. Sie machen deutlich, dass James Bond – entgegen allen pauschalisierenden Urteilen – hinsichtlich Freund-Feind- und Geschlechterstereotypen in sich und über die fünf Produktionsjahrzehnte bei genauerem Hinsehen wesentlich differenzierter, komplexer, ambivalenter und interpretationsfähiger daherkommt. In ihrem Beitrag über den „Omega Man“, Kolonialismus und *global health* untersuchen Simon Rushton und Alexia J. Duten den Diskurs über Maßnahmen im Namen der Weltgesundheit und die damit verbundenen Eingriffe in staatliche Souveränität. Die aktuelle Diskussion über diese Maßnahmen und die zuweilen feindseligen Reaktionen in den Zielländern und Bezeichnungen als *neokolonialistische* und *eigennutzorientierte* Interventionen durch *den Westen* werden überzeugend dargestellt. Der Bezug zum Film und zur IB-Theorie erscheint jedoch recht weit hergeholt. Im letzten Artikel dieses Teils analysieren Ulrich Hamenstädt und Stephan Engelkamp den Film „Memento“ aus neomarxistischer und aus konstruktivistischer Perspektive. Sie setzen sich dabei kritisch mit einer Analyse von Cynthia Weber auseinander und geben der Interpretation von „Memento“ eine andere Richtung, indem sie sie konstruktivistisch wenden und kommen sowohl medien- als auch politiktheoretisch zu interessanten Befunden.

Im dritten Teil des Bandes werden Theorien der politischen Philosophie anhand von verschiedenen Filmen behandelt. Katharina Glaab setzt sich in ihrem Beitrag instruktiv mit dem Kinofilm „V wie Vendetta“ auseinander und zeigt, dass sich an diesem Film zentrale Begriffe von Antonio Gramsci („Hegemonie“, ‚*common sense*‘) und die Bedeutung von Ideen sehr gut veranschaulichen lassen. Als nächstes präsentiert Manon Westphal eine Interpretation des Klassikers „Animal Farm“ aus der Perspektive der Hegemonietheorie von Chantal Mouffe.

Die Begriffe ‚Antagonismus‘, ‚Hegemonie‘ und ‚Kontingenz‘ als deren zentrale Kategorien für Politik werden auf diese Zeichentrickverfilmung angewandt und es wird eingängig verdeutlicht, dass künstlerische Werke auch als Beiträge zum politischen Diskurs verstanden werden können und müssen. In seinem Aufsatz über Adornos Beiträge zu kritischer Theorie und Kulturindustrie und den Kinofilm „Vaterland“ weist Ulf Kemper auf deren gemeinsame Message hin. Dabei werden Aspekte im Film wie auch im Adorno'schen Werk hervorgehoben, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit im Nachkriegsdeutschland kritisch bewerten. Der letzte Beitrag des Bandes von Ibrahim Can Sezgin zur ‚Anerkennungstheorie‘ von Axel Honneth anhand der „Rocky“-Kinofilme präsentiert nach dem bewährten Muster einerseits zentrale Kategorien der genannten Theorie – vor allem die des Kampfes um soziale Anerkennung – und andererseits deren Anwendbarkeit auf das filmische Material.

Grundsätzlich sind die hier aufgezeigten inhaltlichen Parallelen zwischen den analysierten Filmen und Theorien ein spannender Stoff für die Sozialwissenschaften. Aus dieser Perspektive ist das von Ulrich Hamenstädt herausgegebene Buch sicherlich eine lohnende Lektüre, und filmwissenschaftlich interessierte Sozialwissenschaftler\_innen finden in dieser Aufsatzsammlung viele Beiträge, die eine extensivierte oder intensiviertere Beschäftigung lohnen. Wer jedoch mehr Anspruch damit verbindet, als in einer Art Kaleidoskop diverse Manifestationen diverser Theorien in filmischer Form präsentiert zu bekommen, wird enttäuscht. Dies umso mehr, als die Konkretion eines politikdidaktischen Anspruchs und Vorgehens bei der Auseinandersetzung mit dem filmischen Material leider regelmäßig fehlt, obwohl dies doch erklärmaßen eine Hauptaufgabe dieses Bandes sein sollte. Die Frage ist zudem, wie hilfreich es ist, zu jedem theoretischen Konzept regelmäßig nur *ein einzelnes* Medienprodukt heranzuziehen. Ein nachhaltig erscheinender Nutzen, auch im Sinne der Plausibilisierung einer Wirksamkeitsannahme, wird eigentlich nur bei den Aufsätzen sichtbar, die *mehrere* Kinofilme oder ganze Serien behandeln.

Als Kritikpunkt an der technischen Umsetzung dieser Aufsatzsammlung muss festgehalten werden, dass die Sorgfalt, mit der die analysierten Filme zitiert werden, zwischen den Aufsätzen leider drastisch schwankt – und nicht mit dem teils hohen *inhaltlichen* Niveau

korreliert. Während von einigen (z. B. Beckershoff, Hoesch, Sezgin) sorgfältig auf die zitierten Filmstellen hingewiesen wird, fehlen bei anderen (z. B. Kemper, Hernandez, Stetter/Herschinger, Glaab) solche Hinweise weitestgehend oder völlig. Wenn AV-Medien als wissenschaftliche Analysematerialien ernst genommen werden sollen, sind hohe Anforderungen an die Zitierweise zu stellen, um die Nachvollziehbarkeit der – ja insgesamt durchaus anspruchsvollen und ernsthaften – Argumentation zu gewährleisten. Sonst verzichten wir auf eine intersubjektive Überprüfbarkeit durch die Rezipient\_innen und Diskutant\_innen in einem Maße, wie es demgegenüber für gedruckte Literatur völlig inakzeptabel wäre und der inhaltlichen Qualität der meisten Beiträge auch nicht gerecht wird (und geben nicht zuletzt ein schlechtes Vorbild für interessierte Studierende).

Magdeburg

Frank Lesske

### Nationale Identität aus marxistischer Sicht

*Keil, Daniel:* Territorium, Tradition und nationale Identität. Eine staatstheoretische Perspektive auf den Wandel nationaler Identität in der europäischen Integration, 279 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2015.

Daniel Keil erörtert das Verhältnis von Staat und Nation sowie die Verknüpfung beider Konzepte mittels der Kategorie der Tradition. Nationale Identität werde durch die Konstruktion und Vermittlung von Traditionen generiert. Davon ausgehend wendet sich Keil der Veränderung der so erzeugten nationalen Identitäten zu ausgehend von der Transnationalisierung von Staatlichkeit im Rahmen der europäischen Integration. Die europäische Identität tritt demnach den nationalen Identitäten zusätzlich zur Seite, löse diese aber nicht ab. Aufgrund der Überschreitung der Staatlichkeit von Nation erscheine europäische Identität zwar als anders, doch sieht sie Keil als Rekonfiguration der von ihm negativ bewerteten nationalen Identitäten.

Das Buch besteht aus zwei Hauptteilen, von denen sich der eine mit dem Verhältnis von Staat und Nation auseinandersetzt, während der andere die Transnationalisierung von Staatlichkeit in der EU thematisiert. Die Überschrift

des ersten Teiles irritiert insofern, als zunächst auf 70 Seiten aus marxistischer Perspektive die Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse erörtert wird, um die Formen politischer Herrschaft in kapitalistischen Gesellschaften zu bestimmen. Erst im Weiteren wird dann die Nation als spezifische Möglichkeit im Kapitalismus herausgearbeitet. Ihr komme die Aufgabe zu, den den Marktgesetzen und der Konkurrenz unterliegenden vereinzelt Gesellschaftsmitgliedern eine kollektive Identität zu verschaffen und sie in einem Staatsverband zusammenzufassen. Ältere Semester werden sich fragen, warum ihnen, sofern sie sich an entsprechende Diskussionen aus den 1970er und 1980er Jahren erinnern, diese Gedankengänge in solchem Umfang und in entsprechendem Jargon präsentiert werden. Andererseits bietet sich hier jungen Leserinnen und Lesern die Gelegenheit, einen theoretischen Ansatz kennenzulernen, der in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion eine eher untergeordnete Rolle spielt.

Daran anschließend erklärt Keil nationalistische und fremdenfeindliche Einstellungen als notwendige Bedingungen staatlicher Organisation in kapitalistischen Gesellschaften. Der Nationalismus dürfe aber nicht als notwendiges Produkt der ökonomischen Entwicklung verstanden werden. Vielmehr hätten sich nationalistische Deutungsmuster als praktikabel erwiesen, um eine innere Formierung einer Gesellschaft zu ermöglichen, die durch eine grundlegende zentrifugale Tendenz bei den Teilnehmenden am Marktgeschehen gekennzeichnet sei. Die Identifikation mit der Nation sei erforderlich, um formal unabhängige und vereinzelt Rechtssubjekte, die allein den Marktgesetzen unterworfen seien, in eine als homogen erscheinende Gruppe zu integrieren. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Einführung der Kategorien der Territorialität einerseits und der Historizität andererseits, insofern das Kapital wie auch die abstrakte Wertform keineswegs als unabhängig von räumlichen Ordnungen oder Geschichtsdeutungen angesehen werden dürften. Ungeachtet jeglicher Flexibilität blieben kapitalistische Prozesse an den Raum gebunden, weswegen dessen staatliche Organisation, sei es auf nationaler, sei es auf transnationaler, europäischer Ebene, notwendig sei. Aus erinnerungspolitischer Perspektive ist die Integration von Geschichte in den theoretischen Rahmen aufschlussreich, weil Keil hier Tradition als Kategorie konzeptualisiert. Ihr komme die Funktion

zu, der Nation einen Sinn zuzuschreiben, der über die Zeit konstruiert worden sei, um die ökonomischen Bedingungen wie auch die staatliche Organisation als unabdingbar und naturgegeben erscheinen zu lassen.

Im zweiten Hauptteil diskutiert der Verfasser die jüngeren Entwicklungen hin zur EU, aufgrund derer sich nationalstaatliche Strukturen aufzulösen scheinen. Keil legt dar, dass die Nation als Kategorie durch diese Entwicklung nicht aufgehoben werde. Vielmehr verschränkten sich mit der nationalstaatlichen und der europäischen zwei Dimensionen und blieben voneinander abhängig. Somit komme es zu einer Transformation der nationalen Identität auf europäischer Ebene.

Auch wenn manche Ausführungen, wie etwa die zu den Thesen von Thilo Sarrazin, überflüssig sind, weil sie keine neue Erkenntnis erbringen, hat der Autor mit seiner Dissertation insgesamt eine Arbeit vorgelegt, die auf verschiedenen Ebenen zu weiterführendem Nachdenken anregt. Dieses Urteil gilt insbesondere für die Gedanken zur Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppe und die verschiedenen Funktionen von Rassismus. Gleichzeitig wird in der Fokussierung auf Ausgrenzung als Systemerfordernis eine Schwäche des hier präsentierten Ansatzes deutlich, der das Thema der nationalen Identität ausschließlich als eines der Makroebene diskutiert. Indem Ansätze der Sozialpsychologie unbeachtet bleiben, erscheinen die Identifikation mit der eigenen Nation und die analoge Ausgrenzung Fremder allein als systembedingte Notwendigkeiten. Unter dieser Prämisse bliebe den Individuen keinerlei Freiheitsgrad in ihrem Handeln und Verhalten. Dem ist entgegenzuhalten, dass wir Menschen uns als soziale Wesen konstituieren und zugleich die Mitglieder unserer Eigengruppe(n) bevorzugen. Gerade die Minimalgruppenexperimente Henri Tajfels belegen die Systemunabhängigkeit dieser Verhaltensweisen. Unabhängig von der Kompatibilität des Rassismus mit dem Kapitalismus stellt sich dann aber die Frage, ob die Ursachen für die Ablehnung von Fremdgruppen nicht auch auf der Mikroebene zu suchen sind.

Weiterhin erscheinen die Handlungsmöglichkeiten der Individuen im kapitalistischen System als nahezu nicht existent. Wer die im besprochenen Buch entwickelte Linie übernimmt, wird den an Demokratie und Partizipation gebundenen Verfassungspatriotismus im Habermas'schen Sinn verwerfen. Die Frage bleibt aber offen, ob innerhalb Europas nicht aufgrund der

Wechselwirkung zwischen Mikro- und Makroebene Veränderung möglich ist.

Passau

Horst-Alfred Heinrich

### **Zur Zukunft der europäischen Integration**

*Grimm, Dieter: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie, 287 S., Beck, München 2016.*

Dieter Grimm, emeritierter Professor für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität Berlin und der Yale Law School sowie Richter am Bundesverfassungsgericht von 1987 bis 1999, hat mit „Europa ja – aber welches?“ eine faszinierende Zusammenstellung jüngerer Essays vorgelegt, der man nur größtmögliche Verbreitung wünschen kann. In insgesamt zwölf Kapiteln legt Grimm eine Deutung der verfassungsrechtlichen und politischen Probleme der europäischen Integration vor, die es in sich hat.

Europäische Entscheidungen von hohem Gewicht, so Grimm, werden in aller Regel in einem depolitisierten Modus getroffen. Denn die exekutiven und judikativen Institutionen der Europäischen Union (EU) haben sich von den demokratischen Prozessen sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Ebene der EU abgekoppelt und verselbstständigt. Diese Abkoppelung, so Grimm, vollzog sich schleichend über mehrere Jahrzehnte der europäischen Integration, während derer die Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) die europäischen Verträge zu einer Quasi-Verfassung umdeuteten, ihre Bestandteile immer extensiver interpretierten und gegen mitgliedstaatliche Regeln und Praktiken in Stellung brachten.

Im Ergebnis kommt europäische Politik nicht, wie man eigentlich denken sollte, als demokratische Auswahl aus politischen Entscheidungsalternativen daher, sondern als Verfassungsvollzug. Den Unmut über europäische Entscheidungen können die Bürgerinnen und Bürger aber nur bei ihren jeweiligen nationalen Regierungen abladen, die von Möglichkeiten der Steuerung des Verfassungsvollzugs ihrerseits weitgehend abgeschnitten sind. Hierin, nicht etwa in unterentwickelten Mitwirkungsrechten des Europäischen Parlaments bei der Aushandlung europäischer Gesetze, erkennt Grimm den Kern des europäischen

Demokratiedefizits. Die mitgliedstaatlichen Demokratien sehen sich einem Prozess schleichen der Aushöhlung ausgesetzt.

Neben die Demokratie, so Grimm, gesellt sich ein zweiter Verlierer der Über-Konstitutionalisierung der EU: der regulierte Kapitalismus. Denn ein Großteil des europäischen Verfassungsvollzugs erfolgt im Namen der europäischen Grundfreiheiten (das sind die Rechte auf freie Bewegung auf den Märkten für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit) und mit dem Ziel der Binnenmarktvertiefung. Das schneidet tief die Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten. Der eigentümliche europäische Politikmodus engt also nicht nur demokratische Spielräume ein, sondern gibt zudem eine politische Richtung vor. Er steht den Institutionen der sozialen Marktwirtschaft feindlich gegenüber und begünstigt die Durchsetzung von Liberalisierungspolitik.

Das europäische Demokratiedefizit, so folgert Grimm im Einklang mit einem Großteil der Literatur, ist groß. Geht es aber um Auswege, widerspricht er dem Mainstream der Europadiskussion vehement. Die meisten Reformvorschläge laufen auf eine Vollparlamentarisierung des politischen Systems der EU hinaus. Kaum etwas, so der Autor, wäre falscher und gefährlicher als das. Denn derzeit zehrt die EU vor allem von der Legitimation, die die Bürgerinnen und Bürger ihren Mitgliedstaaten entgegenbringen. Die Parlamentarisierung würde den Rat in die Rolle einer zweiten Kammer des Europäischen Parlaments (EP) drängen und den Legitimationskanal, der über die mitgliedstaatlichen Demokratien in die europäische Politik fließt, erheblich verengen. Für die Eigenlegitimation der europäischen Politik wäre durch die Störung der Fremdlegitimation aber nichts gewonnen. Denn die europäische Politik krankt nicht zuvörderst an einem zu schwachen EP, sondern an dem Mangel an europäischem Bewusstsein, an dem Fehlen europäischer Parteien, an der Nichtexistenz europäischer Medien – und eben an der Über-Konstitutionalisierung. Man kann, warnt Grimm, nicht einfach beschließen, eine europäische Demokratie zu sein. Am Ende der Vollparlamentarisierung der EU, so der Autor, würde nicht mehr, sondern weniger demokratische Legitimation stehen, und ihre Distanz zu den Bürgerinnen und Bürgern wäre am Ende größer als zuvor.

Was also will Grimm? Natürlich wünscht er sich, dass das EP näher an sein Publikum rückt, etwa durch ein einheitliches europäisches Wahlrecht. Gleichwohl warnt Grimm vor falschen

Hoffnungen. Denn so lange es keine europäischen Parteien gibt, kann auch die Europäisierung der Wahlen die demokratische Eigenlegitimation der EU nicht entscheidend stärken. Für aussichtsreich hält Grimm vielmehr einen anderen Weg der Demokratisierung: die Ent-Konstitutionalisierung. Der Verfassungsvollzug, so Grimm, muss sich auf die Sicherung der basalen Ziele, Organe, Kompetenzen und Verfahren der EU beschränken. Die entsprechenden Bestimmungen finden sich vor allem im EU-Vertrag (EUV), den Grimm im Status des Primärrechts belassen möchte. Alles hingegen, was im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) steht – inklusive der Grundfreiheiten! – möchte Grimm auf einfaches Sekundärrecht hinabstufen. Die expansive Ausdeutung der europäischen Grundfreiheiten durch den EuGH wäre dann nur noch Gesetzesinterpretation und könnte durch den europäischen Gesetzgeber gegebenenfalls korrigiert werden. Erstmals hätte die europäische Politik dann die Möglichkeit, das eigenwillige europäische Höchstgericht bei Bedarf demokratisch „umzuprogrammieren“.

Grimms Klarstellungen und Vorschläge haben Gewicht und verweisen vieles von dem, was derzeit über die Demokratisierbarkeit des politischen Systems der EU gesprochen und geschrieben wird, in den Schatten. Besonders beeindruckend ist die Griffigkeit seines zentralen Reformvorschlags, die Überführung des AEUV samt Grundfreiheiten in den Status des einfachen europäischen Gesetzesrechts. Natürlich lädt gerade dieser Vorschlag auch zu Anschlussüberlegungen ein. Für die europäische Politik wäre durch die demokratische Korrigierbarkeit von EuGH-Entscheidungen einiges gewonnen, für die demokratischen Prozesse auf Ebene der Mitgliedstaaten aber zunächst einmal wenig. Denn das europäische Sekundärrecht bricht nationales Recht (einschließlich des nationalen Verfassungsrechts) ebenso gnadenlos wie das europäische Primärrecht. Weiterhin müssten die Mitgliedstaaten illegitime Übergriffe des EuGH auf ihre Rechtsbestände hinnehmen und wären auf die europäischen Organe angewiesen, um sich gegen diese zu wehren.

Eine gegenständlich formulierte Aufteilung der Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedstaaten, die Grimm in Ergänzung zur Ent-Konstitutionalisierung des AEUV vorschlägt und die auch Übergriffe im Namen europäisch geschützter Individualrechte effektiv abwehren soll, würde da schon deutlich mehr bringen – allerdings nicht,

wenn wir uns, was häufig der Fall ist, in der konkurrierenden Gesetzgebung bewegen, in jenem Bereich also, in dem sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU Gesetze erlassen dürfen. Aber auch und gerade hier haben die EU-Mitglieder einen berechtigten Anspruch auf Autonomieschutz. Denn auch wenn die Mitgliedstaaten eine Materie in den Bereich der geteilten Zuständigkeit verweisen, auf den Erlass europäischer Gesetze aber im Geiste der Subsidiarität verzichten, darf es keinen Freibrief für liberalisierende Eingriffe des EuGH geben. Eine Schlussfolgerung könnte lauten, dass eine Aufhebung der Klemme, in die marktkorrigierende Institutionen und Praktiken durch die immer radikalere Interpretation der Grundfreiheiten geraten sind, an den Grundfreiheiten selbst ansetzen müsste (und nicht nur an ihrer Primärrechtsqualität). Man könnte sie dahingehend präzisieren, dass sie protektionistische Diskriminierungen ausländischer Marktteilnehmer wirksam unterbinden, aber keine darüber hinausgehenden Liberalisierungsgebote mehr enthalten.

Allgemein faszinieren Grimms Belesenheit quer durch die sozialwissenschaftlichen Disziplinen und seine Fähigkeit, die gewonnenen Einsichten für die eigene Disziplin, das Staatsrecht, nutzbar zu machen. „Europa ja – aber welches?“ hat nicht nur das Potenzial, Spuren in unterschiedlichsten Diskussionszusammenhängen zu hinterlassen, sondern auch, diese zueinander sprechen zu lassen. Der Band fächert ein Forschungsprogramm auf, das sich nur interdisziplinär bearbeiten lässt. Der Stand der vor-konstitutionellen Voraussetzungen demokratischer Prozesse auf europäischer Ebene etwa, zu denen zuvörderst die Wahrscheinlichkeit der Entstehung eines europäischen Parteiensystems zählt, wird sich nur unter Mitarbeit der Politologen klären lassen. Ebenso braucht die Zusammenarbeit mit Geschichtswissenschaftlern, wer verstehen will, wie die Dinge so werden konnten, wie sie nun sind, und die Zusammenarbeit Makroökonomien, wer verstehen will, warum von der Währungsunion ein Schub technokratischen europäischen Regierens ausgeht, der hinsichtlich seiner demokratieschädlichen Wirkungen hinter den von Grimm analysierten Problemen der Über-Konstitutionalisierung der EU nicht zurückbleibt. Die spannendsten und relevantesten Debatten über die Zukunft der europäischen Integration finden derzeit an genau solchen Schnittstellen zwischen den Disziplinen statt.

Köln

Martin Höpner

## Eine Art Ideologiekritik des internationalen Rechts

Orford, Anne/Hoffmann, Florian (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Theory of International Law*, 1.088 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2016.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Diplomaten und Politiker zum Ende des Dreißigjährigen Krieges Hugo Grotius' „De jure belli ac pacis“ in ihrem Gepäck hatten, um sich über die Normen und Theorien, die die internationalen Beziehungen ordnen und bestimmen sollten, zu informieren. Vermutlich noch viel unwahrscheinlicher ist es anzunehmen, dass „The Oxford Handbook of the Theory of International Law“ die modernen Akteure der internationalen Beziehungen nachhaltig beeinflussen wird. Aber genau diesen ambitiösen Anspruch erhebt der vorliegende Band. Er will nicht *sine ira et studio* distanziert die historische und aktuelle Praxis und Theorie des internationalen Rechts analysieren und kommentieren, sondern engagiert Einfluss nehmen.

Was, so die Herausgeber Anne Orford und Florian Hoffmann, diesen Band vor allem ausmache und von anderen Ansätzen unterscheidet, sei sein „passionate quest [...] for the possibility of positive change or – put simply – a ‚better world‘“ (S. 12). Nun wird niemand etwas gegen den Wandel zum Besseren einzuwenden haben. Strittig dürfte dann aber wohl doch sein, was konkret mit diesem Wandel zum Besseren gemeint ist. Es geht in diesem Band damit auch darum, eine Interpretationshoheit zu reklamieren, die bei aller Vielfalt der vorgetragenen Ansätze mit dem Pathos der Veränderung zum Besseren auftritt. Theoriebildung und -diskussion wird hier ausdrücklich als ein politisches Engagement verstanden, denn „theorizing is itself a political intervention“ (S. 17). Man sollte sich bei der Lektüre der Artikel daher stets vor Augen halten, dass die hier angebotene Diskussion der „Theory of International Law“ explizit intendiert, die „Theory [...] as a call to action put to the international legal order“ (S. 10) zu begreifen.

Damit läuft die hier in dem Anspruch kritischer Theoriebildung vertretene Ideologiekritik ihrerseits wieder Gefahr zur Ideologie zu werden. Denn die Aufdeckung ideologischer Motive in der Theorie und Praxis des internationalen Rechts wird ihrerseits, gerade wenn sie so offensiv normative und politische Ansprüche zugleich vertritt, nicht frei von ideologischen Motiven sein. Die Dialektik der Aufklärung, und die Schwierigkeit



diese aufzulösen, wird in dem von Orford und Hoffmann postulierten politischen Anspruch deutlich. Eine Selbstreflektion dieses emanzipatorischen Pathos sucht man in der Einleitung vergeblich, findet sie aber zum Beispiel in dem Beitrag von Dianne Otto zu „Feminist Approaches to International Law“ (vgl. S. 489, 502).

Der Band ist in vier Teile („Histories“, „Approaches“, „Regimes and Doctrines“ und „Debates“) gegliedert. Die 48 Beiträge untersuchen die verschiedenen Aspekte der Theoriebildung des internationalen Rechts. Geschichte, Theorie und Praxis sollen dabei fruchtbar verbunden werden, wobei der dritte Teil explizit auf die vielschichtige Theoriebildung eingeht. Hier werden die unterschiedlichen Ansätze, die internationalen Beziehungen durch Rechtsinstrumente und Institutionen zu ordnen, kritisch diskutiert. Das Handbuch versteht sich dabei nicht als Nachschlagewerk oder Thesaurus bestehender Wissenskanons, sondern als ein kritisches Instrument, um den Zugang zu „the richness and diversity of the field“ (S. 9) zu ermöglichen. Diesen Anspruch löst der Band durchaus ein.

London

Peter Schröder

### Pluralismus als neues Paradigma

Berger, Peter L.: *Altäre der Moderne. Religion in pluralistischen Gesellschaften*, 200 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015 (engl. 2014).

Wie man es mit der Säkularisierungstheorie hält, ist eine der Gretchenfragen in den Sozialwissenschaften. Einige (wenige) erachten die Einsichten der religionssoziologischen Klassiker von Émile Durkheim bis Max Weber auch heute noch in der wesentlichen Aussage als zutreffend: der des sozialen Bedeutungsverlusts von Religion in der modernen Welt, wenn auch Modifikationen in Details angezeigt sein mögen. Die anderen befinden die Säkularisierungstheorie für grundlegend falsch, da Religion keineswegs in einem kontinuierlichen Niedergang begriffen sei. Eine der wichtigsten Stimmen in diesem kontroversen Feld ist seit rund fünfzig Jahren Peter L. Berger, der sich im Lauf der Zeit zu beiden Debattepolen bekannt hat. In seinem frühen Werk „*The Sacred Canopy: Elements of a Sociological Theory of Religion*“ (1967) ging Berger noch davon

aus, dass die Säkularisierung, verstanden im Sinne eines Rückgangs von Religion, ein notwendiger Prozess sei, der auch durch die zunehmende Pluralisierung der religiösen Landschaft bewirkt wird. Die Pluralisierung führe dazu, dass die vormals als selbstverständlich geltende religiöse Wahrheit und die damit verbundene Praxis unter dem Eindruck konkurrierender Angebote nur noch als relative Überzeugungen erscheinen und zudem wechselseitig infrage gestellt werden, mithin ihre Plausibilitätsstruktur (auch ein von Berger geprägter Begriff) verlieren und so erodierten. Rund dreißig Jahre später zeigt Berger in „*The Desecularization of the World: Resurgent Religion and World Politics*“ (1999), dass global gesehen die für Westeuropa typische Erfahrung eines Rückgangs von Religiosität aber tatsächlich die Ausnahme sei. In allen anderen Weltgegenden stellte sich das Verhältnis von Religion und Modernisierung anders dar, als von der Säkularisierungstheorie angenommen – je mehr Modernität, desto weniger Religion, wie Berger die Säkularisierungstheorie auf eine Formel gebracht hatte, gilt in den meisten Teilen der Welt gerade nicht, wodurch diese Theorie, wenn sie denn einen generellen Erklärungsanspruch erhebt, grundlegend an Überzeugungskraft eingebüßt habe.

Den aktuellsten Stand seiner Erkenntnisse bietet nun die Schrift „*Altäre der Moderne. Religion in pluralistischen Gesellschaften*“, in der es Berger auf knapp 140 Seiten vermag, den *on-going dispute* über die Säkularisierungstheorie mit einer höchst bedenkenswerten These zu bereichern. Er will nicht mit einer erneuten Wendung den Widerruf widerrufen. Tatsächlich bleibt Berger dabei, dass das Paradigma der Säkularisierungstheorie aufzugeben sei. Aber das neue Paradigma, in Bezug auf das der Verfasser mit wohl kalkuliertem *understatement* hofft „einen bescheidenen Beitrag“ (S. 10) zu leisten, erhellt sich vor dem Hintergrund einer wesentlichen Beobachtung der Säkularisierungstheoretiker, die Berger nun sehr viel umfassender gewichten will. Mehr noch: Er schlägt daraus den zündenden Funken für seine These, dass das neue Paradigma, mittels dessen das Verhältnis von Religion und Moderne zu bestimmen ist, das des Pluralismus sei. Der Gedankengang wird in vollendeter Knappheit bereits im Vorwort entfaltet und geht in etwa so: Die globale Realität des säkularen Diskurses ist nicht zu leugnen. Wie kann dann aber erklärt werden, dass diese Beobachtung der Säkularisierungstheorie-Anhänger Bestand hat und zugleich die andere Beobachtung der Säkularisierungstheorie-Kritiker

über die andauernde und in vielen Teilen der Welt sogar wachsende Bedeutung von Religion ebenfalls zutreffend ist? Die Antwort Bergers ist, dass diese beiden empirisch validierten Beobachtungen sich gar nicht widersprechen, sie müssten vielmehr anders aufeinander bezogen werden. Und hier kommt das Paradigma des Pluralismus ins Spiel. Der Pluralismus als zentrales Kennzeichen der modernen Gesellschaft ist nichts, was Säkularisierung befördert und Religion zum Verschwinden bringt. Durchaus sieht Berger weiterhin im Pluralismus eine Herausforderung für den religiösen Glauben. In Bezug auf die Herausforderung der Konfrontation mit anderen religiösen Auffassungen ändere sich aber nicht das „Was“, sondern das „Wie“ des Glaubens: Religion ist keine Selbstverständlichkeit mehr, in die das Individuum hineingeboren wird und die es unhinterfragt annimmt, vielmehr tendiere Religion als Folge des Pluralismus dazu, von der Gewissheit zur Meinung aufzusteigen (S. 51). Selbstbestimmung als ein Grundprinzip des modernen Menschen macht also auch davor nicht halt, wie man sich zu den Antworten auf die letzten Fragen verhält, die Religionen bieten. Der Pluralismus ist für Berger damit nicht nur eine „gesellschaftliche Situation, in der Menschen verschiedener Ethnien, Weltanschauungen und Moralauffassungen friedlich miteinander leben und freundlich miteinander umgehen“ (S. 16) (das letztere ist Berger wichtig zu betonen, denn in einer Gesellschaft, in der jeweiligen Gemeinschaften keine Berührungspunkte haben, entfaltet der Pluralismus nicht seine Dynamik). Darüber hinaus wird der Pluralismus von einer bestimmten Entsprechung im Bewusstsein begleitet, was erforderlich ist, wenn sich denn eine Institution in einer Gesellschaft bewähren soll – eine weitere wissenssoziologische Grunderkenntnis, die Berger hier auch für soziologische Anfänger unter Rückgriff auf Arnold Gehlens Institutionentheorie wunderbar verständlich und zugleich auf bestem analytischen Niveau erläutert. Und eine solche Entsprechung im Bewusstsein muss es offensichtlich auch für den Pluralismus von religiösem und säkularem Diskurs geben. Viele Menschen vermögen es, so Berger, zwischen ihrem Glauben und einem strikt säkularen Diskurs zu unterscheiden sowie zwischen den damit verbundenen Bezügen hin und her zu wechseln und damit den „prototypischen kognitiven Balanceakt der Moderne“ (S. 11, 82) zu vollführen. Um diese Koexistenz der Diskurse auch im individuellen Bewusstsein genauer zu verstehen, greift Berger auf das Konzept der Relevanzstrukturen seines

Lehrers Alfred Schütz zurück. Darunter lässt sich das Gerüst von Bedeutungen verstehen, das sich – wenn der Begriff hier angemessen ist – in den jeweiligen Subsystemen ergibt. Das moderne Individuum erlernt die Fähigkeit, wie Berger es ausdrückt, zwischen dieser Pluralität von Relevanzen zu jonglieren. Mit Blick auf die hier in Rede stehende Pluralität von säkularem und religiösem Diskurs unterstellt das moderne Individuum in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, so zu handeln, als ob es Gott nicht gebe.

Die berühmte frühneuzeitliche Formel von Hugo Grotius „*etsi Deus non daretur*“, auf die sich Berger bezieht und die er auch als den „immanenten Rahmen“ versteht, den Charles Taylor in seinem bahnbrechenden Werk über das säkulare Zeitalter (2007) ganz analog herausgearbeitet hat, birgt freilich auch eine Schwierigkeit, auf die eine Soziologie als empirisch-analytische Wissenschaft keine normative Antwort bieten kann, sondern nur beobachtend die Antworten der Praxis auswerten kann: Wie kann in einer Gesellschaft dieser Rahmen in legitimer Weise so bestimmt werden, dass seine Missachtung durch Einzelne als problematische Grenzüberschreitungen wahrgenommen werden und nicht etwa als Ausdehnung des Schutzraumes, den die Religionsfreiheit bietet? Die Religionsfreiheit und die mannigfaltigen Variationen der staatlich normierten Unterscheidung und institutionellen Trennung, aber auch Verschränkung von Politik und Religion sowie der Regelung der Beziehungen zwischen den Religionen ist das abschließende Thema, mit dem sich Berger beschäftigt. Schon die vorherigen Ausführungen richten den Blick auch intensiv auf die Verhältnisse außerhalb des (zumal europäischen) Westens. Allerdings kommen die sattem bekannten Fälle USA, Frankreich und Deutschland durchaus zur Sprache, da sich in deren historischer Entwicklung bei aller Unterschiedlichkeit zeigt, dass im Ergebnis eine Friedensformel steht, nämlich die Formel der friedlichen Koexistenz sowohl zwischen den Religionen als auch zwischen dem säkularem und dem religiösen Diskurs. Die Gemeinsamkeit der westlichen Demokratien lässt sich auch so ausdrücken, dass der Staat „religiös neutral ist und innerhalb eines eindeutig säkularen Diskurses operiert („als ob es Gott nicht gäbe““ (S. 133). Entsprechend weist Berger auf die Probleme in jenen Staaten hin, die den für moderne Gesellschaften unhintergehbaren Pluralismus anders managen, wie etwa in der Privilegierung und politischen Instrumentalisierung der russisch-orthodoxen Kirche in Russland erkennbar oder auch

auf die funktionalen Probleme, in die sich islamisch geprägte Staaten begeben würden, wenn sie den säkularen Diskurs moderner Technologie oder Ökonomie religiös beschränkten, was sie bekanntlich nicht tun. Das eigentliche Problem in der islamischen Welt ist denn auch vielmehr jenes, ob dem säkularen Diskurs erlaubt werde, auch verschiedene Bereiche des politischen und sozialen Lebens zu beherrschen.

Die politikrelevante Konklusion, die Berger aus seiner Umschau der verschiedenen Regime zieht, ist, dass unter den Bedingungen der Moderne „irgendeine Version der Trennung“ (S. 134) von Religionsgemeinschaften und Staat und dessen religiöse Neutralität am besten in der Lage ist, eine humane und stabile politische Ordnung zu stützen, die wiederum imstande ist, den Pluralismus zu handhaben. In diesem Sinne ist die mit der religiösen Neutralität verbundene Religionsfreiheit auch politisch nützlich. Aber Berger beendet sein lesenswertes Buch nicht mit einem Utilitätskalkül, sondern lässt sich zu einem für einen ‚wertneutralen‘ Sozialwissenschaftler bemerkenswerten Absatz hinreißen, warum Religionsfreiheit vor allem zu befürworten ist: weil Religion das Hauptvehikel in der Menschheitsgeschichte ist, für das Staunen, das wir dem Geheimnis entgegenbringen, wer wir sind und woher wir kommen und wie wir leben sollen – diesen Fragen nachgehen zu können, ist für Berger ein Recht, das älter ist als jede Regierungsform. Mit Blick auf die religionspolitische Lage in vielen Ländern der Welt gilt es hervorzuheben, dass Religionsfreiheit in einem umfassenden Sinne bedeutet, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern in religiösen Fragen nichts vorschreiben darf: weder ein bestimmtes, noch überhaupt ein Bekenntnis und religiöse Praktiken.

Kiel

Tine Stein

**Bürgerschaftliches Engagement: Gemeinwohlorientiert, aber nicht selbstlos?**

*Sutter, Barbara*: Der Wille zur Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement und die Transformation des Sozialen, 207 S., UVK, Konstanz/München 2015.

Wutbürger, bürgerschaftliches Engagement, leistungsbereites Individuum – mit diesen Schlagwörtern steckt Barbara Sutter in ihrer 2015

erschienenen Dissertation das Claim ihrer Untersuchung ab. Sie will darin dem Paradoxon nachgehen, dass im öffentlichen und politischen Diskurs die Freiwilligkeit der Bürger\_innen, sich zu engagieren, eingefordert wird. Ziel der Arbeit ist es, einen „Beitrag zur Diskussion über die Selbstbeschreibung gegenwärtiger Gesellschaft“ (S. 44) zu erbringen.

Dazu untersucht die Autorin den Transformationsprozess des Sozialen und der Gesellschaft ausgehend von Niklas Luhmann auf der einen und Michel Foucault auf der anderen Seite in einem zweistufigen Verfahren aus Diskursanalysen und anschließender Diskussion der Funktion des Sozialen für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Sutters These, dass die Forderung von Freiwilligkeit eine „grundlegende Revision des Sozialen“ (S. 20) darstellt, das damit nicht einfach existent ist, sondern erst als Ergebnis individuellen, sozialen Handelns entsteht, wird im Buch in sechs Teilen behandelt.

Drei Kapitel widmen sich Materialstudien, in denen auf a) das Umfeld der Enquete-Kommission, b) das *corporate citizenship* und c) das Engagement als entscheidender Faktor gelungener Lebensführung eingegangen wird. Damit will die Autorin die a) Politisierung, b) Ökonomisierung und c) Moralisierung individueller Handlungen unter der Maßgabe bürgerschaftlichen Engagements beleuchten. Die einzelnen Kapitel werden durch kurze Bridge-Texte miteinander verbunden. Hier verknüpft die Autorin nicht nur die einzelnen Analysen, sondern pointiert die Ergebnisse der einen für die nächste, so dass diese Passagen eine wesentliche Ergänzung zu den einzelnen Diskursanalysen bilden.

Ausgehend von der Enquete-Kommission des Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement bettet Sutter die Diskussion über und politische Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in den (inter-)nationalen Kontext ein. Sie geht den von der Enquete-Kommission als Kriterien genannten Elementen für bürgerschaftliches Engagement als freiwillige, gemeinwohlorientierte, nicht auf materiellen Gewinn zielende beziehungsweise unentgeltlich erbrachte Tätigkeit nach. Sie stellt das traditionelle Ehrenamt dem geforderten Selbstmanagement engagierter Bürger\_innen gegenüber und wendet sich dann den requalifizierten und kompetenten Bürger\_innen zu. Der Staat wird zwar einerseits in der analysierten Literatur (Texte der Enquete-Kommission sowie ihres Umfeldes) als defizitär betrachtet, fungiert aber dennoch als neo-paternalistischer, ermöglichender Staat.

Eine zweite Materialstudie befasst sich mit *corporate citizenship* als spezieller Mischform bürgerschaftlichen Engagements auf Seiten von Unternehmen und ihren Mitarbeiter\_innen. Ausgehend von unternehmensstrategischen Texten und Berichtslegungen stellt sich *corporate citizenship* als vermarktbar, gesellschaftliche Verantwortung dar, die öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt werden kann. Dies dient zum einen der ökonomischen Notwendigkeit, sich im globalen Wettbewerb besser zu positionieren, zum anderen aber auch der Bildung von sozialem Kapital durch engagierte Mitarbeiter\_innen. So äußert sich die „gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens [...] in gesellschaftlicher Verantwortung seiner Mitarbeiter“ (Kap. 3.4). Eine weitere wichtige Komponente bildet das *corporate citizenship* im Zusammenhang politischer Deregulierung. Unternehmen werden als neuer politischer Akteur betrachtet, der Staat soll als Unternehmen geführt werden. In dieser Herangehensweise, die auch in der Politik ihren Ausdruck findet, zeigt sich die Durchdringung aller Lebensbereiche durch die Ökonomie. Damit setzt *corporate citizenship* sich bewusst vom philanthropischen Mäzenatentum ab, indem eine „Kultur des Eigennutzes“ (S. 121) gelebt wird, bei der der Erfolg des Unternehmens oberste Priorität hat.

Die Bürgerberatungsliteratur ist Gegenstand der dritten Materialstudie. Ausgehend von den Autor\_innen und ihren Motivationen befasst sich dieser Abschnitt mit Büchern, in denen es um Tugenden und Werte geht, mit Texten, die verinnerlicht werden und den Alltag anleiten sollen. Ob die Sorge um den Werteverfall, den wirtschaftlichen Standort oder das Individuum die Schreibenden umtreibt, stets ist der Grundtenor derselbe: Jede und jeder kann selbst die Zukunft, die Gesellschaft verändern und gestalten. Gemeinsam bilden Autor\_in und Leser\_in ein Wir, das sich aufgrund als gemeinsam postulierter Werte und

Tugenden engagiert. Der Bürger, die Bürgerin hat also offensichtlich Beratungsbedarf, wie das Leben erfolgreich als gute Bürger\_innen zu meistern ist. Dabei wird immer wieder auf eine Gegenüberstellung von Staat und Individuum rekurriert: Nicht die Bürger\_innen als Gesamtheit bilden Staat und Gesellschaft, sondern sie müssen sich aus dem paternalistischen Zugriff des Staates befreien. Somit werden nicht nur die Problemlagen und Wechselfälle des Lebens durch den Neoliberalismus privatisiert. Auch die Lösung dafür kann nur vom Individuum kommen, nicht von der Gesellschaft oder dem Staat. Sind die Betroffenen nicht selbst in der Lage, Abhilfe zu schaffen, so ist ein ehrenamtliches Individuum dazu berufen.

Im fünften Kapitel geht die Autorin den Auswirkungen dieses Diskurses und der Transformation des Sozialen für die Soziologie als Wissensform und ihr eigenes Selbstverständnis nach. Sie beleuchtet die Anfänge der Sozialwissenschaften im 19. Jahrhundert und befasst sich mit der Trias aus Soziologie, Staat und Selbst. Ein neuer Gesellschaftsvertrag, wie er in den Diskursen um das bürgerschaftliche Engagement immer wieder postuliert wird, konstituiert nach Sutter nicht nur Gesellschaft als Interaktion handelnder Individuen. Er hebt auch darauf ab, dass die Bürger\_innen Mitglied in dieser Bürgergesellschaft werden und sein wollen. Soziologisches Wissen und Expert\_innen sind in diesen Diskursen durchaus gefragt, und die Disziplin sollte sich nach Ansicht der Soziologin vor diesem Hintergrund zur Selbstreflexion anregen lassen.

Die Studie ist insgesamt klug argumentiert, und die Ausführungen auf Grundlage der Materialanalysen und der Diskussion der Ergebnisse sind nachvollziehbar. Das Literaturverzeichnis hingegen erweist sich als unvollständig, sucht man doch einige zitierte Texte darin vergebens.

Heidelberg

Gudrun-Christine Schimpf